

Protokoll

20. Parteitag der CDU Deutschlands
27.–28. November 2006, Dresden

Besser für die Menschen.



CDU

Protokoll

**20. Parteitag der CDU Deutschlands
27. – 28. November 2006, Dresden**

INHALT	Seite
Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands	7
Wahl des Tagungspräsidiums	10
Beschlussfassung über die Tagesordnung	11
Bestätigung der Antragskommission	12
Wahl der Mandatsprüfungskommission	12
Wahl der Stimmzählkommission	12
Grußworte	13
■ Lutz Vogel, Erster Bürgermeister der Stadt Dresden	13
■ Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident des Landes Sachsen	15
■ Dr. Wilfried Martens, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei	18
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	20
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	38
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla, zugleich Arbeitsbericht der Grundsatzprogrammkommission	73
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs	81
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hartmut Nassauer	90
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Peiner, Vorlage der Rechenschaftsberichte 2003 und 2004 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz	91
Bericht der Rechnungsprüfer	94
Bericht der Mandatsprüfungskommission	97
Entlastung des Bundesvorstandes	98
Wahl des Bundesvorstandes	100
Wahl des Vorsitzenden	100
Wahl des Generalsekretärs	102

Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden	104
Wahl des Bundesschatzmeisters	108
Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums	110
Wahl der Rechnungsprüfer	117
Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)	118
Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die EVP-Kongresse	118
Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes	118
Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge	138
Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.“ Parlamentarischer Staatssekretär Peter Hinze – Beratung und Beschlussfassung –	147
Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Klein und einzigartig – auf den Anfang kommt es an! Bildungschancen fördern, Erziehung stärken.“ Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen – Beratung und Beschlussfassung –	161
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder	185
Grußwort des Vorsitzenden der CSU in Bayern, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber	195
Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Soziale Kapitalmarktpartnerschaft – für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital.“ Minister Karl-Josef Laumann – Beratung und Beschlussfassung –	209
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	214
ANHANG	
Beschlussprotokoll	219
Rednerverzeichnis	254

Montag, 27. November 2006

Erste Plenarsitzung

(Beginn: 10.34 Uhr)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

ERÖFFNUNG UND BEGRÜßUNG

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 20. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und heiße Sie alle ganz herzlich in Dresden willkommen.

(Beifall)

Mein Gruß gilt zuerst Ihnen, den gewählten Delegierten aus den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden unserer Partei aus ganz Deutschland. Ganz herzlich begrüße ich den Ersten Bürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, Dr. Lutz Vogel, der gleich ein Grußwort zu uns sprechen wird.

(Beifall)

Ich weiß nicht, ob sich alle von Ihnen erinnern: Wir als Christlich Demokratische Union sind zum dritten Mal in Dresden. Vor 15 Jahren haben wir hier zum ersten Mal einen Parteitag durchgeführt und zuletzt vor fünf Jahren, im Jahre 2001. 1991 stand der Parteitag unter dem Motto „Einheit leben“. Seitdem haben die von der CDU geführten Staatsregierungen unter den Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf und Georg Milbradt etwas Großartiges aus diesem Freistaat Sachsen gemacht. Dafür möchte ich beiden ein ganz herzliches Dankeschön sagen: Lieber Kurt Biedenkopf, herzlich willkommen hier bei uns! Lieber Georg Milbradt, Sie werden nachher noch zu uns sprechen.

(Beifall)

Von unserer bayerischen Schwesterpartei begrüße ich zunächst einmal den Generalsekretär Markus Söder, den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Ersten stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Ramsauer sowie Joachim Herrmann. Ein herzliches Willkommen an die Vertreter der Schwesterpartei und auf gute Zusammenarbeit mit der CSU.

(Beifall)

Unter den vielen ausländischen Gästen, die unserem Parteitag die Ehre geben, begrüße ich ganz besonders unseren langjährigen Freund, den EVP-Vorsitzenden Wilfried Martens. Lieber

Wilfried, herzlich willkommen bei uns! Du wirst zu uns gleich auch noch ein Grußwort sprechen.

(Beifall)

Weiter begrüße ich stellvertretend für alle anderen ausländischen Gäste den ehemaligen Ministerpräsidenten Bulgariens und den Vorsitzenden der Demokraten für ein starkes Bulgarien Ivan Kostov sowie aus unserem Nachbarland Österreich den Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei Reinhold Lopatka. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Besonders freue ich mich, dass die Repräsentanten unserer beiden großen Kirchen am Sitz von Regierung und Bundestag in Berlin, Prälat Karl Jüsten und Prälat Stephan Reimers, heute unsere Gäste sind. Ich bitte Sie von uns allen ein ganz herzliches Dankeschön an die Bischöfe Jochen Bohl und Joachim Reinelt auszurichten, die uns heute früh mit ihrem Gottesdienst in dieser wunderschönen Frauenkirche einen wunderbaren Morgen bereitet haben und uns gut in diesen Tag führen. Herzlich willkommen, Herr Reimers und Herr Jüsten.

(Beifall)

Für die Vertreter von Organisationen möchte ich stellvertretend ganz herzlich den Vorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, und unsere Parteifreundin Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, ganz herzlich begrüßen. Morgen wird auch noch Michael Sommer zu uns kommen. Jetzt erst einmal ein herzliches Willkommen an Ingrid Sehrbrock, die heute für den DGB hier ist.

(Beifall)

Ich begrüße auch Herrn Heesen, der als Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes bei uns ist, und viele andere Vertreter von gesellschaftlichen Gruppen, die ich jetzt nicht alle erwähnen kann.

Einen ganz besonderen Gruß möchte ich an Ute Barzel senden. Wir freuen uns, dass Sie heute bei uns sind.

(Beifall)

Ich möchte es nicht versäumen, einen Delegierten in ganz besonderer Weise zu begrüßen, nämlich Werner Langen. Ich erwähne ihn hier nicht deshalb, weil er der neue Vorsitzende der deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments ist, nachdem Hartmut Nassauer die Aufgabe abgegeben hat, sondern deshalb, weil er heute Geburtstag hat. Einen herzlichen Glückwunsch an ihn heute auf diesem Parteitag!

(Beifall)

Mit besonderer Freude begrüße ich die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die von unserem Parteitag sicherlich sehr viel Interessantes, Gutes und Spannendes berichten können. Herzlich willkommen! Ich hoffe, Sie haben gute Arbeitsbedingungen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitages jener gedenken, die seit dem Parteitag in Düsseldorf im Jahre 2004 von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Ich möchte beginnen mit unserem früheren Parteivorsitzenden Rainer Barzel, geboren am 20. Juni 1924, gestorben am 26. August 2006. Rainer Barzel war seit 1954 Mitglied der CDU. Von 1960 bis 1973 war er Mitglied des Bundesvorstandes und zudem von 1971 bis 1973 Vorsitzender unserer Partei. Von 1957 bis 1987 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1964 bis 1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er gehörte bereits als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen von 1962 bis 1963 dem letzten Kabinett Adenauer an. Von 1982 bis 1983 war er noch einmal Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.

Danach war er in den Jahren 1983 und 1984 Präsident des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Ursula Starlinger, geboren am 15. Februar 1917, gestorben am 26. Februar 2005. Sie war seit 1948 Mitglied unserer Partei. 1958 gründete sie die Frauen-Union im Kreisverband Ludwigshafen-Land und war bis 1987 die Erste Vorsitzende. Sie war viele Jahre Mitglied des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz und gehörte von 1967 bis 1979 dem Landtag Rheinland-Pfalz an, und zwar von 1971 bis 1979 auch als dessen Vizepräsidentin.

Ich erinnere an Rudi Geil, geboren am 25. April 1937, gestorben am 12. Februar 2006. Er war seit 1960 Mitglied der CDU. Von 1980 bis 1991 gehörte er dem Landesvorstand Rheinland-Pfalz an. Von 1971 bis 1993 war er Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz und gehörte von 1982 bis 1985 als Minister für Soziales, Gesundheit und Umwelt und später als Minister für Wirtschaft und Verkehr dem Landeskabinett Rheinland-Pfalz an. Von 1994 bis 1997 war er Mitglied des Landtags Mecklenburg-Vorpommern sowie von 1993 bis 1997 Innenminister dieses Landes. 1997/98 war er Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und seit 2002 war er Vorsitzender der Senioren-Union Rheinland-Pfalz.

Ich denke an Horst Gibtner, geboren am 23. August 1940, gestorben am 2. April 2006. Seit 1971 war er Mitglied der CDU, von 1981 bis 1990 Vorsitzender des Kreisverbandes Berlin-Treptow. Nach der Wende war er von April bis Oktober 1990 Minister für Verkehr der DDR unter der Regierung von Lothar de Maizière. Von 1990 bis 1994 gehörte er dem Deutschen Bundestag an.

Ich nenne Jürgen Echternach, geboren am 1. November 1937, gestorben am 4. April 2006. Er war seit 1954 Mitglied unserer Partei, von 1969 bis 1973 Bundesvorsitzender der Jungen Union und

von 1974 bis 1992 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Hamburg sowie von 1969 bis 1992 Mitglied des Bundesvorstands unserer Partei. Von 1966 bis 1981 gehörte er der Hamburger Bürgerschaft an, seit 1970 als Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Er war Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung von 1987 bis 1993 und von 1993 bis 1994 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Finanzen. Seit 1994 war er Landesvorsitzender der Senioren-Union Hamburg.

Ich erinnere an Heiner Lueg, geboren am 21. Oktober 1944, gestorben am 15. Juni 2006. Er war seit 1979 Mitglied der CDU und Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle und seit 1991 Leiter des Bereichs „Politische Programme und Analysen“ und stellvertretender Bundesgeschäftsführer. Wir werden jetzt den ersten Parteitag ohne ihn durchführen müssen.

Ich denke an Elfie Wörner, geboren am 31. Juli 1941, gestorben am 4. Juli 2006. Sie war seit 1986 Mitglied der CDU und leitete mit großem Engagement die Aktion „Sorgenkinder in Bundeswehrfamilien“.

Ich nenne Philipp von Bismarck, geboren am 19. August 1913, gestorben am 20. Juli 2006. Er war seit 1961 Mitglied der CDU. Als Generalstabsoffizier gehört er der Widerstandsgruppe gegen Hitler um General von Tresckow an. Viele Jahre war er Schatzmeister der CDU in Niedersachsen. Von 1973 bis 1983 gehörte er dem Bundesvorstand an und war von 1970 bis 1983 Vorsitzender des Wirtschaftsrats. Als Sprecher der Landsmannschaft Pommern war er zugleich ein engagiertes Mitglied der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU. Von 1969 bis 1979 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1979 bis 1989 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Ich erinnere an Herbert Hupka, geboren am 15. August 1915, gestorben am 24. August 2006. 1972 kam er als SPD-Bundestagsabgeordneter zur CDU und gehörte von 1972 bis 1987 für die CDU dem Deutschen Bundestag an. 1977 bis 1989 war er Vorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU und seitdem Ehrevorsitzender.

Ich nenne abschließend Ingeborg Seitz, geboren am 18. Mai 1924, gestorben am 25. Oktober 2006. Sie war seit 1968 Mitglied unserer Partei. Von 1980 bis 1996 hatte sie den Vorsitz des Landesverbands der Frauen-Union Hessen inne. Von 1970 bis 1987 gehörte sie dem Hessischen Landtag an.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben. – Ich bitte Sie um eine Schweigeminute. – Herzlichen Dank.

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS.

Sie finden die entsprechenden Unterlagen auf Ihren Tischen.

Wer mit dem Tagungspräsidium einverstanden ist, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Das muss heute noch geübt werden. Noch einmal: Ich bitte um das Erheben der Stimmkarte. – Das sieht mir nach einer Mehrheit aus.

Ich bitte den sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt um die Übernahme der Tagungsleitung.

Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde der CDU! Ich bedanke mich auch im Namen meiner Mitstreiter hier im Präsidium für das Vertrauen. Wir hoffen, dass wir die Sitzung zügig und ohne große Kontroverse leiten werden. Wenn Sie ein bisschen mithelfen, können wir morgen gegen 12 Uhr fertig sein.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG.

Die vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag wurde mit der Einladung fristgemäß zugesandt. Sie liegt jetzt in aktualisierter Form den Tagungsunterlagen bei.

Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, so bitte ich um Ihre Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Tagesordnung ist einstimmig angenommen.

Ich möchte einige zeitliche und organisatorische Hinweise für den Parteitag geben. Nach unserer Geschäftsordnung kann der Parteitag die Meldefrist für Kandidaturen bestimmen. Wir schlagen Ihnen vor, diese Frist auf 11.30 Uhr festzusetzen. Die Vorschläge müssen schriftlich im Tagungsbüro im Foyerbereich eingereicht werden. Eine Liste mit den bisherigen Kandidatenvorschlägen befindet sich in Ihren Unterlagen. Für diese Kandidaten erübrigt sich selbstverständlich eine erneute Nominierung. Wenn Sie mit der vorgeschlagenen Frist 11.30 Uhr für die Kandidaturen einverstanden sind, so bitte ich um Ihre Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit haben wir beschlossen, die Meldefrist auf 11.30 Uhr festzusetzen.

Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge von 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, dann lassen Sie den Text im Büro der Antragskommission in das Computersystem eingeben. Das Büro befindet sich in dem ausgeschilderten Sitzungsraum der Antragskommission, Halle 1 Süd, Büro 5. Damit diese Anträge von der Antragskommission ordnungsgemäß beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für deren Einbringung setzen. Wir vom Tagungspräsidium schlagen vor, diese Frist auf 13 Uhr festzusetzen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer ist für 13 Uhr als Meldefrist? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Frist ist damit festgesetzt.

Falls Sachanträge vorliegen, wird sich die Antragskommission nach der Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs zu einer Sitzung im Sitzungsraum der Antragskommission, Halle 1 Süd, Büro 3, zusammenfinden. Die Mitteilung dafür erfolgt rechtzeitig durch das Tagungspräsidium.

Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen bitte ich Sie, die Wortmeldezettel aus den Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von uns aus gesehen rechten Seite vor der Bühne befindet sich eine Mitarbeiterin, die Ihre Wortmeldezettel entgegennimmt. Bitte füllen Sie diesen Zettel mit Namen und Thema vollständig aus und geben Sie an, von welchem Mikrofon im Saal aus Sie reden möchten.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Eine Namensliste befindet sich ebenfalls in Ihren Unterlagen. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen möchten, so bitte ich wiederum um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist die Antragskommission bestätigt.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat ebenfalls einen Vorschlag für die Mandatsprüfungskommission vorgelegt. Die Namensliste befindet sich ebenfalls in den Unterlagen. Wenn Sie dem Vorschlag zustimmen wollen, so bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit sind die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission gewählt. Ich bitte, dass sich die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission nach dem Bericht unserer Vorsitzenden im Büro des Organisationsleiters hinter der Bühne einfinden.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Auch hier liegt eine Namensliste in Ihren Unterlagen vor. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag durch Ihr Kartenzeichen zu billigen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich danke für die Bestätigung. Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich ebenfalls nach dem Bericht der Vorsitzenden zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission, Halle 1 Süd, Büro 1.

Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRÜßWORTE

Ich übergebe das Wort an den Ersten Bürgermeister der gastgebenden Stadt Dresden, Herrn Lutz Vogel.

(Beifall)

Lutz Vogel: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr geehrter Herr Generalsekretär! Sehr geehrte Delegierte! Meine Damen und Herren! Herzlich willkommen in Dresden! Herzlich willkommen in der ersten und einzigen schuldenfreien Großstadt der Bundesrepublik Deutschland!

(Vereinzelt Beifall)

Vielen Dank für Ihren Applaus. Vor allem für die Berliner Delegierten dürfte vor diesem Hintergrund ein Besuch in Dresden im wahrsten Sinne des Wortes Neuland sein.

(Teilweise Beifall)

Die Stadt Dresden fühlt sich geehrt, dass die CDU wieder einen Bundesparteitag bei uns durchführt. Viele von Ihnen werden sich sicherlich an das Jahr 2001 und den damaligen Parteitag erinnern. Seitdem hat sich viel getan. Sie haben seitdem den Sprung von der harten Oppositionsbank auf die vielleicht noch härteren Regierungssitze geschafft. Ihr anspruchsvolles Programm für die kommenden Tage ist nicht zuletzt Ausdruck dieser gestiegenen Verantwortung.

Deutschland hat sich seit 2001 verändert. Reformen sind in Gang gekommen. Erstmals ist wieder so etwas wie die zarte Pflanze eines Aufschwungs zu spüren. Aber es warten noch weitere große Aufgaben auf uns alle.

Sie haben mit Dresden einen Ort für Ihren Parteitag gewählt, der durchaus exemplarisch für die positive Entwicklung in den vergangenen Jahren steht. Nach der verheerenden Hochwasserkatastrophe von 2002 schien ein großer Teil der Wiederaufbauarbeit nach der Wende im wahrsten Sinne des Wortes die Elbe herunterzuschwimmen. Doch mit der finanziellen Hilfe von Bund und Land ist eine großartige Leistung erbracht worden. Wenn Sie heute durch die Stadt gehen, werden Sie keine Spuren des Hochwassers mehr finden. Es scheint, als hätte die Katastrophe neue Energien freigesetzt und weite Teile der Stadt beflügelt.

Dresden ist mit dem Wiederaufbau der Frauenkirche, der Wiedereröffnung des Festspielhauses Hellerau und der Eröffnung des historischen Grünen Gewölbes zu einer der wichtigsten Städte im deutschen Tourismus geworden. Ein Plus von 20 Prozent bei der Zahl der Besucherinnen und Besucher in Dresden allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres spricht eine deutliche Sprache. Nicht nur der Tourismus, sondern die gesamte Wirtschaft in Dresden wächst jedes Jahr um mehr als drei Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

– Danke schön.

Die so genannte Leuchtturmpolitik, hier in Dresden besonders mit AMD und Infineon, trägt die versprochenen Früchte. Vielen Dank auch an den Freistaat an dieser Stelle für diese kluge Politik.

Vor allem im Bereich Forschung und Wissenschaft konnte Dresden in den vergangenen Jahren weiter an Potenz gewinnen. Gerade diese Verbindung aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung hat uns den Titel „Stadt der Wissenschaft 2006“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft eingebracht.

Frau Bundeskanzlerin, Sie hatten in diesem Jahr wiederholt Gelegenheit, nach Dresden zu kommen: sei es zur Eröffnung des Grünen Gewölbes, sei es zur Feier von 10 Jahren AMD oder für den Petersburger Dialog. Ich hoffe, wir werden Ihnen derartige Anlässe auch in Zukunft bieten, so dass Sie häufig unser Gast sein können.

Meine Damen und Herren, wie ich eingangs gesagt habe, hat uns der Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft mit einem Schlag schuldenfrei werden lassen. Das ist an sich noch kein Erfolg, sondern zunächst nur eine fiskalische Größe. Ein Erfolg wird dieses durchaus umstrittene Vorgehen dann sein, wenn es uns gelingt, den kommenden Generationen auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten keine neuen Schulden aufzubürden. Dann haben wir ihnen tatsächlich eine solide Basis geschaffen.

(Teilweise Beifall)

Den finanziellen Spielraum, den wir jetzt gewonnen haben, werden wir vor allem in Kinderbetreuung und Schulsanierung investieren, also für das große Thema: Bildung. Damit diese Investitionen auch nachhaltig Erfolg zeigen können, muss die Bundesregierung ihren Teil dazu beitragen. Hartz IV hat zumindest für Dresden nicht die versprochene Entlastung gebracht. Im Gegenteil, unsere Sozialkosten explodieren. Hier besteht Handlungsbedarf. Gerade die ostdeutschen Kommunen werden mit dem Auslaufen des Solidarpaktes vor völlig neue Herausforderungen gestellt. Helfen Sie uns bitte, diese Aufgaben zu bewältigen!

Liebe Delegierte, meine Damen und Herren, ich möchte Sie mitnichten zur Parteitagsabstinentz animieren, aber ich hoffe, Sie finden in den kommenden Tagen auch Zeit für einen Rundgang durch unsere Stadt. Lassen Sie sich von der einmaligen Landschaft verzaubern. Dresden ist in diesem Jahr 800 Jahre alt geworden. Das ist für eine Stadt noch kein Alter. Aber es waren bewegte 800 Jahre. Dass Dresden heute, nach der Zerstörung am 13. Februar 1945, nach 40 Jahren sozialistischer Planwirtschaft und nach der Hochwasserkatastrophe von 2002 wieder erstrahlt, ist auch ein Verdienst bundesdeutscher Politik. Vor allem aber ist es ein Verdienst der Men-

schen, die hier leben. Genau diese Menschen setzen ihre Hoffnungen auch in diese Bundesregierung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Herr Vogel. Bitte richten Sie dem Rat und den Bürgern der Stadt Dresden aus, dass wir uns hier, in der Hauptstadt Sachsens, sehr wohl fühlen und dass wir die große historische und kulturelle Dimension spüren, die mit dieser faszinierenden Stadt verbunden ist.

Als Nächster spricht zu uns der Vorsitzende der Sächsischen Union, Georg Milbradt.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt: Liebe Frau Bundeskanzlerin Merkel! Liebe Freunde inner- und außerhalb der Christlich Demokratischen Union! Verehrte Gäste! Auch von mir ein herzliches Willkommen hier in Sachsen, hier in Dresden! Es ist uns eine große Ehre und Freude, dass Sie in unsere schöne Stadt gekommen sind. Der Bürgermeister hat es schon gesagt: Wir sind gute Gastgeber. Wir haben auch dafür gesorgt, dass das Wetter heute vorwinterlich schön ist und Sie auch die Möglichkeit haben, nicht nur diesen Tagungsraum zu besuchen, sondern sich auch das eine oder andere anzusehen.

Wir haben heute in der Frauenkirche einen beeindruckenden Gottesdienst gehabt und eine anregende Predigt der beiden Bischöfe gehört. Als ich in der Frauenkirche saß und mir dieses schöne Gotteshaus wiederum und erneut angesehen habe, sind meine Gedanken zurückgegangen zum 19. Dezember 1989. Die meisten von Ihnen wissen: Am Abend des 19. Dezembers sprach Bundeskanzler Kohl zum ersten Mal vor der Bevölkerung Dresdens, in der damals noch existierenden DDR. Es war diese Rede, von der die Bewegung zur Wiedervereinigung in beiden Teilen Deutschlands ausgegangen ist. Bundeskanzler Kohl hat damals etwas gemacht, was er an sich nicht tun sollte: Er hat sich nicht nur mit den Offiziellen, dem damaligen Ministerpräsidenten Modrow, getroffen, sondern auch mit den Vertretern der Opposition. Einer von uns ist unter uns: Arnold Vaatz, jetzt sächsischer Abgeordneter, Dresdner Abgeordneter im Bundestag.

(Beifall)

Immer wenn man diese Frauenkirche sieht, wird man an die Geschichte, wird man an Krieg und Zerstörung erinnert – aber auch an Versöhnung. Das goldene Kreuz auf der Kuppel der Frauenkirche ist gespendet worden von Wohltätern aus Großbritannien, vom Dresden Fund. Das Kreuz ist geschmiedet von einem Goldschmied, dessen Vater einer der Bomberpiloten war, die Dresden zerstört haben. Ich glaube, es gibt kein besseres Bild von dem, was in den letzten 60 Jahren, seit Kriegsende, in Europa, in Deutschland, geschehen ist. Ich bin dankbar dafür, dass wir hier in Frieden leben können.

(Beifall)

Einige von Ihnen erinnern sich noch an den Parteitag 1991 hier in Dresden. Es war der erste Parteitag nach der Wiedervereinigung. Es ging darum, nach der ersten Freude über das Zusammenkommen die Aufgaben zu definieren, vor denen unser Vaterland und vor denen die Bevölkerung steht. Wir haben damals gesagt: Der Aufbau im Osten ist keine Privatangelegenheit der Ostdeutschen, sondern eine nationale Aufgabe, eine patriotische Pflicht. Und: Er wird etwa eine Generation dauern. Jetzt, 2006, nach der Hälfte der Strecke, nach 15 Jahren, können Sie hier in Dresden, in Sachsen sehen, was aus dieser gemeinsamen Anstrengung geworden ist. Sie sehen viel Erfolg: Nicht unsere Kulturgüter erstrahlen in neuem Glanz – neben der Frauenkirche das Grüne Gewölbe, in dem Schätze von europäischem Rang ausgestellt werden –, sondern wir haben auch eine neue Infrastruktur und vor allen Dingen eine moderne Wirtschaft. Dies alles ist möglich geworden durch den Fleiß und die Anstrengungen der Bevölkerung, die große Schwierigkeiten, insbesondere am Anfang, hat überwinden müssen und von der immer noch ein überproportionaler Anteil arbeitslos ist. Dies zum Beitrag, den die Ostdeutschen geleistet haben. Genauso wichtig war der Beitrag, den die Westdeutschen geleistet haben. Für die solidarische Hilfe möchte ich mich im Namen aller Sachsen ganz herzlich bei Ihnen bedanken.

(Beifall)

Liebe Freunde, was kann ein besserer Dank sein, als wenn derjenige, dem geholfen wird, zeigt, dass die Hilfe richtig verwendet ist? Sie können es überall in Sachsen sehen: Wir haben uns nach bestem Gewissen und nach besten Kräften bemüht, dieses Land nach vorne zu bringen. Vieles ist gelungen. Einiges ist auch misslungen. Als Anfang der 90er-Jahre erste Kritik kam betreffend Fehler im Aufbau Ost – damals hat der Bundesrechnungshof einen Bericht geschrieben, wie schlimm das alles sei –, habe ich gesagt: Das werden wir bei der nächsten Wiedervereinigung beachten.

Dies war natürlich etwas, was wir alle vorher so noch nicht erlebt haben. Natürlich hat es auch Fehler gegeben. Es gibt aber auch Erfolge, und die Erfolge überwiegen. Wir haben jedoch noch einen weiten Weg zurückzulegen, denn noch ist nicht alles so schön und so proper hergerichtet wie in Dresden. Unser Ziel ist es, dass es im ganzen Land bald ebenso aussieht.

Die neue Wirtschaft hier in Dresden, in Sachsen ist durch die Kombination von Industrie, Forschung, Entwicklung, Wissenschaft und Kunst gekennzeichnet. Ich glaube, es ist uns in besonders guter Weise gelungen, auf der einen Seite den Barock der Vergangenheit und auf der anderen Seite Hightech der Gegenwart und Zukunft zu kombinieren, ob dies nun den Automobilbau, den Maschinenbau oder die Mikroelektronik betrifft. Wir sind glücklich, dass wir im ersten Halbjahr dieses Jahres wiederum ein Wachstum von 3,8 Prozent haben registrieren können. Bei der PISA-Studie sind wir auf Platz 2. Wir haben zwar noch nicht das Ziel der Dresdener

– keine Schulden – erreicht; wir sind erst bei dem Ziel angekommen, keine neuen Schulden zu machen. Wir haben in der Koalition hier in Sachsen vereinbart, dass es keine weitere Neuverschuldung gibt und die Möglichkeit genutzt werden soll, das Eine oder Andere zu tilgen. Bei den demografischen Veränderungen, die vor uns stehen, wissen wir, dass wir die Schuldenlast verringern müssen. Bei den Veränderungen, die vor uns liegen, geht es nicht nur um den Aufbau Ost nach der deutschen Wiedervereinigung, sondern zunehmend auch um Globalisierung und Europäisierung. Die böhmische Grenze ist 30 km von hier entfernt. Wenn die Autobahn im nächsten Monat eingeweiht wird, werden Sie Prag in gut einer Stunde erreichen können. Dies bedeutet erhebliche Chancen, aber natürlich auch neue Herausforderungen. Ich erwähne in diesem Zusammenhang die moderne Technologie und die Demografie.

Deswegen möchte ich am Ende meiner Rede Ihnen und unserer Parteivorsitzenden gern ein Geschenk machen, das natürlich auch mit Sponsorenhilfe möglich geworden ist. Dieses kleine Gerät, das ich Ihnen hier zeige, ist kein Feuerzeug, wie vielleicht einige meinen. Es ist ein Chip, ein – wie es heute auf Neudeutsch heißt – Memorystick, in dem ein Speicher eingebaut ist. Sie können diesen Stick an Ihren Computer anschließen und dann etwas überspielen, wenn Sie z. B. zu einer Sitzung kommen wollen.

Das zweite Geschenk ist ein Geschenk an die Frau Bundeskanzlerin. Es ist ein Notebook, produziert in Thüringen von Fujitsu/Siemens. Das Notebook hat einen Mikroprozessor, der zu den schnellsten der Welt gehört. Liebe Frau Merkel, ich möchte Ihnen dieses Notebook übergeben. Da ich aber weiß, dass ein Bundeskanzler nicht ohne Weiteres Geschenke annehmen kann, haben wir vereinbart, dieses Geschenk an die Anne-Frank-Schule in Radebeul weiterzugeben. Ich bitte die Direktorin und zwei Schüler der Anne-Frank-Schule aus Radebeul, zu uns auf die Bühne zu kommen, damit wir diesen Laptop überreichen können.

(Beifall – Prof. Dr. Milbradt überreicht der Bundeskanzlerin den Laptop, und diese gibt ihn an die Vertreter der Anne-Frank-Schule weiter – Erneuter Beifall)

Herzlichen Dank. – Kommen Sie, nachdem die Tagung vorbei ist, wieder einmal nach Dresden. Es lohnt sich immer wieder, hierher zu kommen. – Danke sehr.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, die Geschichte Sachsens ist eine echte Erfolgsgeschichte: innovative Wirtschaft, herausragende Kultur und ein bärenstarker Ministerpräsident. Wir gratulieren den Sachsen zu Georg Milbradt und danken ihm für sein Grußwort.

(Beifall)

Die Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages Astrid Vockert ist erstens Delegierte und feiert zweitens mit uns heute ihren 50. Geburtstag. Recht herzlichen Glückwunsch vom Tagungspräsidium!

(Beifall)

Wir freuen uns, dass der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Herr Meyer, bei uns ist. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir begrüßen den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Herrn Robbe, der unter uns ist.

(Beifall)

Als Vertreter der Wirtschaft begrüßen wir den Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Herrn Schleyer, und den Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn Dr. Göhner.

(Beifall)

Wir grüßen weiterhin den Vorsitzenden des Normenkontrollrates der Bundesregierung, Herrn Ludewig.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, nun begrüßen wir einen großen Europäer unter uns, einen der politischen Väter des Vertrages von Maastricht. Er war zwölf Jahre lang Ministerpräsident von Belgien. Er ist seit 16 Jahren Vorsitzender der größten europäischen Gruppierung unserer christdemokratischen Parteienfamilie, der Europäischen Volkspartei. Wir begrüßen Wilfried Martens, der jetzt zu uns sprechen wird.

Dr. Wilfried Martens (mit Beifall begrüßt): Schönen Dank, Peter. – Liebe Angela Merkel! Liebe Freunde von der CDU Deutschlands! Die CDU ist jetzt nicht mehr nur die größte Mitgliedspartei der EVP. Sie stellt auch die Kanzlerin im größten Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Auch für die EVP waren die sieben Jahre Oppositionszeit der deutschen Christdemokraten keine einfache Zeit. Die konstruktive Führungsrolle der Deutschen war in dieser Zeit leider verloren gegangen. Auch das ist ein Grund, warum die letzten Jahre für Europa schwierige Jahre waren.

Heute schaut ganz Europa auf die deutsche Bundeskanzlerin. Es gibt viele Erwartungen, von denen vielleicht nicht alle erfüllt werden können. Das eigentlich Wichtige ist aber: Europa schaut mit Erwartungen und mit Hoffnungen auf Deutschland.

(Beifall)

Das wäre ohne die integrative Kraft der CDU als deutsche Europapartei nicht möglich. Es wäre aber sicher auch nicht ohne die Führungsfähigkeit von Angela Merkel möglich.

(Beifall)

Die CDU Deutschlands war gerade in den letzten Jahren ein wichtiger Motor innerhalb der EVP.

Dafür möchte ich insbesondere Dir, liebe Angela Merkel, herzlich danken. Du hast gemeinsam mit Peter Hintze als EVP-Vizepräsident und vielen anderen führenden Politikern aus der CDU daran mitgewirkt, die EVP zu einer starken und schlagkräftigen politischen Familie weiterzuentwickeln. Ebenso, wie nur die Unionsparteien die große Reformkraft in Deutschland sein können, kann nur die EVP diese Reformkraft auf europäischer Ebene sein. Aber die EVP braucht für diese Aufgabe die CDU als treibende Kraft und als ruhenden Pol.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier die Gelegenheit nutzen, Hans-Gert Pöttering zu seiner Nominierung für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments zu gratulieren.

(Beifall)

Lieber Hans-Gert, wir alle zollen dir Respekt und Anerkennung für deine Leistungen als Vorsitzender der EVP-Fraktion in den vergangenen sieben Jahren. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass die Führung unserer Fraktion – der größten im Europäischen Parlament – eine Aufgabe ist, die viel Sensibilität verlangt. Herzlichen Dank und auf weiterhin gute Zusammenarbeit auch in deiner neuen Funktion.

(Beifall)

Im kommenden Jahr und damit auch in der deutschen Ratspräsidentschaft werden wir vor großen Herausforderungen stehen. Wir müssen sicherstellen, dass das erweiterte Europa von bald 27 Ländern weiterhin funktioniert, transparenter wird und entscheidungsfähiger als bisher sein kann. Dafür wird es von großer Bedeutung sein, dass die im Rahmen des Verfassungsvertrages beschlossenen Reformen in Kraft treten können. Wir werden als EVP alles tun, damit wir in dieser Frage weiterkommen.

Im ersten Halbjahr des Jahres 2007 stellt die EVP die Präsidenten von Rat, Kommission und Parlament. Daher haben wir die Verantwortung, Europa voranzubringen.

Meine Damen und Herren, die CDU regiert wieder in Deutschland. Wie Sie schon festgestellt haben, liebe Angela Merkel: Nach Jahren der Stagnation befindet sich das Land wieder im Aufschwung und die Arbeitslosigkeit sinkt. Endlich erfüllt Deutschland wieder die Stabilitätskriterien des Euro und lebt weniger auf Kosten zukünftiger Generationen. Natürlich ist die Große Koalition eine Zweckgemeinschaft, aber wir dürfen nicht vergessen, dass es die Wähler waren, die so entschieden haben. Deswegen ist es wichtig, zu sehen, dass ihr Land auf dem rich-

tigen Weg ist und dass Chancen genutzt werden, Blockaden zu überwinden. Das war nicht nur wichtig für Deutschland; es ist auch wichtig für Europa.

Liebe Freunde der CDU Deutschlands, Regieren ist kein einfaches Geschäft. Das sage ich Ihnen auch nach zwölf Jahren im Amt des belgischen Premierministers. Aber wir haben die Aufgabe, Dinge zu gestalten und Probleme zu lösen. Das ist es, was die Menschen von uns erwarten. Ich wünsche dir, liebe Angela, bei dieser Aufgabe eine glückliche Hand. Bei deinem europapolitischen Kurs kannst du dir jederzeit der Unterstützung der EVP sicher sein. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Peter Hintze: Herzlichen Dank, Wilfried Martens. Wir sind stolz darauf, dass eine Persönlichkeit die EVP führt, die so viel politisches Gewicht hat und die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in der Frage Europas so überzeugend verbindet. Liebe Delegierte, wir freuen uns, dass die großen Fraktionen im Europäischen Parlament beschlossen haben, den Vorsitzenden unserer EVP-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlamentes zu wählen und uns damit die Chance zu geben, dass nach seiner Wahl am 16. Januar ein Präsident aus unserer Mitte die neue Ratspräsidentin Angela Merkel in Straßburg im Europäischen Parlament begrüßt. Das ist eine gute Sache. Glückwunsch an Hans-Gert Pöttering!

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS
BUNDESKANZLERIN DR. ANGELA MERKEL

Ich freue mich, das Wort unserer Vorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, erteilen zu können.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, lieber Georg Milbradt!

(Beifall)

Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Zu Beginn aber ganz besonders: Liebe Frau Barzel, es ist für uns alle eine große Freude und Ehre, dass Sie zu unserem Bundesparteitag heute nach Dresden gekommen sind. Für dieses Zeichen der Zusammengehörigkeit auch über den Tod Ihres

Mannes Rainer Barzel hinaus danke ich Ihnen und dankt dieser Bundesparteitag Ihnen von ganzem Herzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, Rainer Barzel gehörte einer Generation an, deren Lebenswirklichkeit von wirklich einschneidenden Erfahrungen geprägt wurde. Aus diesen Erfahrungen erwuchs sein geradezu existenzielles politisches Anliegen: die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit in einem geeinten Europa zu vollenden.

Daran hat er immer festgehalten, auch als andere längst aufgegeben hatten. Das wird meine Generation – noch dazu, wenn sie aus der früheren DDR kommt – ihm nicht vergessen. Dafür sind wir immer dankbar.

(Beifall)

Dass wir uns heute Morgen zum Gottesdienst gerade in der Dresdner Frauenkirche versammeln konnten – auch das ist Teil des Lebenswerkes von Politikern wie Rainer Barzel.

Wir haben da nicht nur ein prächtiges Gotteshaus bewundert; wir sahen vor allem ein bewegendes Zeugnis von Aufbauwillen und von Zukunftsglauben. Wiedererstanden ist dieses Wahrzeichen von Dresden gegen viel Widerstand, Kleinmut und Ungläubigkeit. Deshalb möchte ich allen danken, die an den Wiederaufbau dieser Kirche geglaubt haben, die dabei mitgeholfen haben, dass dieses Symbol für Frieden und Versöhnung heute in Dresden für die Menschen offensteht. Es ist ein wunderbares Symbol.

(Beifall)

Gelungen ist dies durch eine Initiative der Bürger. Das war Bürgersinn in seiner besten Form. Ich finde, so müssen wir die Angelegenheiten unseres Gemeinwesens begreifen: als bürgerliche Initiative. Das gilt auch für uns, die Mitglieder der Christlich Demokratischen Union. Jeder von uns trägt an seinem Platz in unserer Partei Verantwortung für unser Land.

Seit Sie mich im November 2004 erneut zur Parteivorsitzenden gewählt haben, ist viel geschehen – in der Union und in Deutschland. Für die CDU sind die letzten zwei Jahre großartiger Erfolge und – das sage ich auch ganz offen – auch herber Enttäuschungen gewesen.

Neben der Bilanz unserer Partei steht die Bilanz für Deutschland. Ich will hier von beiden Bilanzen sprechen, von der für unsere Partei und der für Deutschland, zwischen 2004 und heute.

Die Erfolge der Christlich Demokratischen Union seit 2004 waren zum Teil spektakulär gut. Im Februar 2005 gelang es uns nach 17 Jahren SPD-Herrschaft, in Schleswig-Holstein wieder das Ruder zu übernehmen.

(Beifall)

Seither regiert Peter Harry Carstensen das Land in einer Großen Koalition. Schleswig-Holstein ist wieder auf Kurs in Richtung Erfolg! Peter Harry Carstensen gehört zu den beliebtesten Ministerpräsidenten in Deutschland. Weiter so, Schleswig-Holstein!

(Beifall)

Und dann kam der 22. Mai 2005, unvergessen:

(Beifall)

Jürgen Rüttgers und der gesamten Union ist etwas gelungen, worauf wir fast vier Jahrzehnte warten mussten. Eine fast 40-jährige SPD-Herrschaft in Düsseldorf wurde beendet! Jürgen Rüttgers regiert heute in einer schwarz-gelben Koalition das Bundesland Nordrhein-Westfalen. Wachstum und Wohlstand haben wieder eine Chance. Das haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen verdient, meine Damen und Herren, liebe Freunde!

(Lebhafter Beifall)

Aber damit nicht genug: Im März dieses Jahres hat Günther Oettinger einen großartigen Wahlsieg in Baden-Württemberg eingefahren. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

In Sachsen-Anhalt kann Wolfgang Böhmer seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen.

(Beifall)

Und seit September dieses Jahres ist Jürgen Seidel stellvertretender Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall)

In Rheinland-Pfalz gilt das Motto: Nach der Wahl ist vor der Wahl! Wir danken Christoph Böhr ganz herzlich für seinen großartigen Einsatz und wünschen Christian Baldauf alles Gute. Rheinland-Pfalz hat eine bessere Regierung verdient, liebe Freunde!

(Beifall)

Und für Berlin, die deutsche Hauptstadt, haben wir gemeinsam mit Friedbert Pflüger das Ziel: Rot-Rot muss weg! Wowereit ist schon jetzt zweite Wahl, liebe Freunde! Diese Hauptstadt hat eine andere Regierung verdient als einen solchen Senat der Hilflosigkeit! Das müssen wir noch schaffen.

(Beifall)

Liebe Freunde, auf Bundesebene haben wir in den zurückliegenden zwei Jahren auch in der Endphase unserer Oppositionszeit noch die schlimmsten Dinge der damaligen rot-grünen Koalition verhindert. Wobei – sehr viel zu verhindern gab es eigentlich nicht mehr. Denn in Wahrheit herrschte nur eines: Stillstand auf ganzer Linie, Ratlosigkeit, wohin man schaute. Rot-Grün war mit seinem Latein am Ende! Ohne uns, ohne unsere Ministerpräsidenten und ihre Mehrheit im Bundesrat, wäre unser Land voll gegen die Wand gelaufen.

Liebe Freunde, ich weiß, viele an der Basis haben in den letzten Monaten manchmal gesagt: Manch einer könnte vielleicht auch einmal an einer Fernsehkamera vorbeigehen, ohne etwas zu sagen.

(Beifall)

Manchmal könnte man vielleicht „Ja, aber“ statt „Nein, aber“ sagen. Es ist aber auch richtig: Von Leuten, die ohne unsere Unterstützung fast nichts mehr auf die Reihe gebracht haben, von Leuten, deren Ministerpräsidenten man an einer Hand abzählen kann, brauchen wir keine Belehrung über unsere Ministerpräsidenten. Wir sind stolz, dass wir sie haben und dass so viele Länder in Deutschland gut regiert werden.

(Beifall)

Der größte Erfolg der letzten zwei Jahre seit unserem Düsseldorfer Bundesparteitag bleibt allerdings einer: Wir haben Rot-Grün beendet, und zwar vorzeitig! Wir haben Schröder aufs Altenteil geschickt, und zwar vorzeitig! Soll er jetzt mit seinen Memoiren durchs Land fahren, gute Reise! Wir machen inzwischen mehr aus Deutschland. Wir regieren dieses Land, liebe Freunde. Und das ist wichtig und richtig!

(Beifall)

Ja, ich räume ein, im ersten Jahr der neuen Regierung ist nicht alles glatt und nicht alles rund verlaufen. Niemand ärgert sich zum Beispiel mehr als ich darüber, dass wir bei der EU-Richtlinie zum Antidiskriminierungsgesetz, die ich im Übrigen im Grundsatz für unsinnig halte,

(Beifall)

zwei Anläufe brauchten, bevor wir es geschafft haben, dass sie akzeptabel ist. Das sage ich ganz klar.

Aber unter dem Strich, liebe Freunde, gilt doch: Rot-Grün ist weg! Einen besseren Dienst konnten wir unserem Land nicht erweisen.

(Beifall)

Diese Bundesregierung hat im ersten Jahr ihrer Arbeit mehr beschlossen und mehr erreicht als manche Vorgängerregierung in Jahren. Und trotz des nicht voll erreichten Wahlziels bei der

Bundestagswahl können wir heute in Dresden sagen: 2006 ist ein gutes Jahr für Deutschland! Wir können dieses Land wieder erfolgreich machen – und darauf sind wir stolz!

Außenpolitisch ist Deutschland wieder geachtet. Wir sind ein verlässlicher Partner in Europa und in der Welt. Wir haben unsere Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika erneuert. Wir brauchen die USA, genauso wie die USA uns brauchen. Deswegen sage ich, dass zur Freundschaft natürlich auch gehört, dass man Dinge offen anspricht, wo man unterschiedlicher Meinung ist. Aber – und das ist der Unterschied zum Kanzler Schröder – das macht man nicht im Geiste des Misstrauens, sondern im Geiste des Vertrauens! Darauf beruhen die verlässlichen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika!

Genauso unverzichtbar für unsere Zukunft ist eine strategische Partnerschaft mit Russland. Aber auch hier gilt es, offen anzusprechen, wo wir unterschiedlicher Meinung sind. Denn beim Schutz der Menschenrechte, beim Schutz von Meinungs- und Pressefreiheit kann es kein Zögern und Zaudern geben. Das werde ich wieder und wieder meinen Gesprächspartnern sagen, egal ob es der russische Präsident, die chinesische Parteiführung oder wer auch immer auf dieser Welt ist. Für die Christlich Demokratische Union gibt es bei den Menschenrechten keine Kompromisse. Sie sind unteilbar, liebe Freunde! Das war so und das bleibt für uns auch so.

(Beifall)

Verteidigungspolitisch hat die Bundesregierung endlich, nach zwölf Jahren, wieder ein Weißbuch vorgelegt, das die neuen Bedrohungen, insbesondere den weltweiten internationalen Terrorismus, in den Blick nimmt und daraus die Aufgaben der Bundeswehr in unserer veränderten Welt bestimmt.

Deutschland übernimmt inzwischen Verantwortung in vielen Auslandseinsätzen der Bundeswehr: in Bosnien, im Kosovo, in Afghanistan, vor der Küste Libanons, im Kongo und am Horn von Afrika. Wir dürfen nie vergessen, unsere Soldatinnen und Soldaten sind bereit, ihr Leben für unsere Werte und unsere Interessen einzusetzen. Manche von ihnen haben es im Einsatz verloren. Wir sind unseren Soldaten zu großem Dank verpflichtet.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich sagte es bereits: 2006 war ein gutes Jahr für Deutschland, außenpolitisch, aber auch gesellschaftspolitisch. Wir gehen auf dem Kurs der Stärkung der Familie, der Erziehung und der Bildung voran. Damit wagen wir mehr Freiheit. Wir tun das, weil wir wissen, wie unersetzlich Ehe und Familie für das Zusammenleben unserer Gesellschaft sind. Hier werden Werte gelebt und vorgelebt. Hier übernehmen Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung. Deshalb ist und bleibt der Schutz von Ehe und Familie im Grundgesetz – das werden wir in der Programmdebatte auch bekräftigen – für uns unverzichtbar.

(Beifall)

Aber wir dürfen die Augen auch nicht vor der Tatsache verschließen, dass eine immer größer werdende Zahl von Familien heute nicht mehr allein in der Lage ist, die Erziehungsverantwortung wahrzunehmen. Fälle, wie das Schicksal des kleinen Kevin in Bremen, stehen leider dafür. Wir verfolgen das alles fassungslos. Für mich ist wichtig: Solche Fälle dürfen uns nicht nur ein paar Tage erschüttern, sie müssen uns dauerhaft aufrütteln, damit wir das Richtige tun und kein Kind mehr in die Gefahr gerät, einem solchen Schicksal ausgesetzt zu sein.

(Beifall)

Es bleibt richtig: Die Familie ist und bleibt der beste Ort der Erziehung. Alle Betreuungs- und Bildungsangebote bleiben Angebote. Der Staat kann niemals die nahe und persönliche Aufmerksamkeit einer Familie ersetzen. Ebenso richtig bleibt aber auch, dass nicht immer das Rezept gilt: Privat geht vor Staat. Der Staat muss sich heute, um solche Dinge zu verhindern, stärker engagieren. Daran führt kein Weg vorbei; denn wir können nicht einfach wegschauen, auch das mussten wir in den vergangenen Jahren lernen, liebe Freunde.

(Beifall)

Auch innenpolitisch kann sich die Bilanz unseres ersten Regierungsjahres sehen lassen. Innere Sicherheit stärken und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ermöglichen – das ist unsere Devise. Wir führen den Kampf gegen den Terrorismus in unserem Lande mit den geeigneten Mitteln. Wir waren es, die Videoüberwachungen durchgesetzt haben. Wir waren es auch, die dafür gesorgt haben, dass eine Antiterrordatei in Deutschland eingerichtet wird, damit wir die richtigen Mittel in der Hand haben.

Wir besinnen uns auf unsere gemeinsamen Werte. Mit dem Integrationsgipfel, den Integrationsplänen und dem Dialog mit dem Islam gehen wir völlig neue Wege, die von größter Bedeutung für das Miteinander in unserer Gesellschaft sind. Liebe Freunde, das ist der christdemokratische und heute endlich mehrheitsfähige Gegenentwurf zu Multikulti. Multikulti hat Deutschland in die Irre geführt, Multikulti ist gescheitert. Deshalb ist es richtig, dass wir heute andere Wege gehen. Das ist der Christlich Demokratischen Union und der Union insgesamt zu verdanken.

(Beifall)

Was ist passiert? Heute stehen wir ganz selbstverständlich zu unserem Land, zu unserer Sprache, zu unserer Kultur und zu unserer Verfassung. Wir spüren auf einmal die Lebendigkeit, das Mitreißende unserer freiheitlichen Werte. Wir sind Deutsche und wir lieben unser Land, ohne jede Überheblichkeit, fröhlich, gastfreundlich und neugierig. Das ist Patriotismus im besten Sinne. Das ist einfach großartig!

(Beifall)

Wir tragen damit ein neues, ein schönes Bild eines selbstbewussten Deutschlands in die Welt. Jeder, der in diesen Tagen reist weiß, wie das anderswo gesehen wird.

Die haushaltspolitische Bilanz: Wir nehmen unsere Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen endlich wieder wahr. Der Haushalt entspricht endlich wieder den Vorgaben des Grundgesetzes. Wir haben die geringste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung, die Maastrichtkriterien werden seit Jahren das erste Mal wieder eingehalten. So beenden wir zum ersten Mal Schritt für Schritt das Leben von der Substanz.

Die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Bilanz kann sich ebenfalls sehen lassen. Die Zahl der Arbeitslosen ist in diesem Jahr um fast eine halbe Million Menschen zurückgegangen. Die Zahl der offenen Stellen steigt. Das Wirtschaftswachstum ist doppelt so hoch wie 2005. Immer weniger Unternehmen gehen pleite. Die Preissteigerung flacht ab. Die Lohnzusatzkosten sinken. Das sind Erfolge, auf denen wir aufbauen können.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich will nichts beschönigen. Wir haben 2005 wahrlich Wahlkampf für eine andere Koalition gemacht. Aber bei aller Aufrichtigkeit, mit der wir unsere Arbeit insgesamt bewerten, dürfen wir eines nicht übersehen: Auf eine Bilanz einer Regierungsarbeit, wie wir sie nach einem Jahr vorlegen können, haben die Menschen seit Jahren gewartet. Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Sie haben darauf gewartet, dass sich in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt endlich etwas bewegt. Das haben wir geschafft. Dabei wissen wir aber: Die Menschen haben Angst, dass die positiven Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft keinen Bestand haben können, dass es wieder einmal nur ein kurzes Strohfeuer sein könnte. Darum müssen wir alles daran setzen, dass es dauerhaft in Deutschland aufwärts geht. Denn das Vertrauen der Menschen setzt auf Verlässlichkeit, und Vertrauen muss hart erarbeitet werden. Deshalb müssen wir die positiven Ergebnisse unserer Politik verstetigen, nachhaltig und unumkehrbar machen, damit die Menschen Hoffnung schöpfen können.

Um das zu schaffen, müssen wir uns immer wieder eines klar machen: Es gibt nicht die eine Großmaßnahme. Manchmal habe ich den Eindruck, manche warten auf eine Art Urknall, dann werde wieder alles gut. Das gibt es nicht, das ist Träumerei und hat mit realer Politik nichts zu tun. Was wir aber leisten müssen, ist die Kombination der vielen richtigen Schritte. Das ist das Erfolgsprinzip, nach dem wir bislang gehandelt haben. Das wird auch das Erfolgsprinzip sein, nach dem wir weiter vorgehen werden. Wir gehen viele kleine Schritte in die richtige Richtung.

Ja, es ist wahr, wir regieren zusammen mit den Sozialdemokraten. So einfach liegen die Dinge. Dabei müssen wir uns immer klar machen: Ohne uns gäbe es nicht viele kleine Schritte in die

richtige Richtung, aber mit uns, mit der Union, können wir unsere Handschrift deutlich machen. Das werden wir in der Großen Koalition für das Land und für die Menschen in diesem Land nutzen. Das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall)

Nach der Weltmeisterschaft im eigenen Land, nach diesem einzigartigen Erlebnis der Gemeinschaft, des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls, der Freude und der Weltoffenheit sage ich es einfach in der Sprache des Fußballs: Ein Jahr nach der Bundestagswahl befinden wir uns in der 23. Minute eines Fußballspiels. Ja, wir haben schon einige tolle Tore geschossen. Ja, wir hatten einige gute Chancen, aber gewonnen ist noch gar nichts. Weitere 67 Minuten Spielzeit liegen vor uns. Es gibt viele weitere Möglichkeiten, Chancen für Deutschland herauszuholen und sie zu nutzen.

Wir müssen uns weiter anstrengen, nicht nur die ersten 23 Minuten zu gewinnen, sondern das ganze Spiel. Als Teamchefin habe ich dabei die Aufgabe, dass wir möglichst viele Chancen für Deutschland und für die Menschen in diesem Land nutzen.

Dabei muss die Christlich Demokratische Union es schaffen, die eine Aufgabe des 21. Jahrhunderts zu erkennen und zu benennen. Diese eine Aufgabe entscheidet nach meiner festen Überzeugung über die Zukunft unseres Landes. Diese eine Zukunftsaufgabe ist und bleibt für mich die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft.

Damit komme ich auf einen Gedanken zurück, der mich leitet, seit ich Parteivorsitzende bin. Ich weiß, viele von Ihnen haben skeptisch geschaut, als ich vor ein paar Jahren begonnen habe, von der Neuen Sozialen Marktwirtschaft zu sprechen. Ich weiß auch, dass ich mit meinem ersten Anlauf nicht alle habe überzeugen können. Auf den Begriff Neue Soziale Marktwirtschaft kommt es mir dabei auch gar nicht zuallererst an. Vielleicht nennen wir diese Neue Soziale Marktwirtschaft in 20 Jahren ja Internationale Soziale Marktwirtschaft oder Globale Soziale Marktwirtschaft oder weiter Soziale Marktwirtschaft. Aber wichtig ist: Wir dürfen uns um das Eigentliche nicht herumdrücken.

Gut fünf Jahre nach der Arbeit unserer Kommission Neue Soziale Marktwirtschaft, ein Jahr nach Übernahme der Regierungsverantwortung als Bundeskanzlerin bin ich überzeugter denn je: Es muss der Union gelingen, die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft wirklich anzugehen und zu bewältigen.

(Beifall)

Ich sage Ihnen: Das ist mehr als Rhetorik, Kommunikationstricks oder irgendwelche sprachlichen Spielereien. Ich glaube, hier geht es um den Kern des politischen Handelns in unserem 21. Jahrhundert.

Es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Werte, die unser Land so stark gemacht haben: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Denn, liebe Freunde, ich will, dass diese Werte auch im 21. Jahrhundert, im globalen Zeitalter, nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch gelebt werden können. Das ist unser Ziel!

(Beifall)

Wir müssen uns die Dinge ganz nüchtern anschauen: Viele Menschen haben Sorge und Zweifel, ob das der Politik gelingt, ob die Politik überhaupt noch genügend Einfluss hat, ob sie genügend Gestaltungskraft hat und ob die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert überhaupt noch Erfolg haben kann.

Damit wir uns die Dimension, um die es geht, einmal deutlich machen, ein ganz kleines Beispiel: In Europa, in der Europäischen Union, leben 450 Millionen Menschen. Allein in China und in Indien zusammen leben 2,4 Milliarden Menschen. Diese beiden Länder stellen rund 40 Prozent der Weltbevölkerung. Kürzlich hat der chinesische Präsident bei seinem Staatsbesuch in Indien gesagt, dass die Welt ein „wahrhaft asiatisches Jahrhundert sehen wird“, wenn Indien und China ihre gemeinsamen Entwicklungsmöglichkeiten verwirklichen.

Mir scheint, dieses eine Beispiel zeigt die ganze internationale Dimension unserer Zeit. Ich bin überzeugt: Wir müssen es schaffen, die internationale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie sich im 21. Jahrhundert zeigt, zu erkennen, zu nutzen und zu gestalten. Das ist unser Auftrag.

(Beifall)

Das ist keine theoretische Abhandlung, sondern ich bin überzeugter denn je: Der politischen Kraft in Deutschland, der es gelingt, die Fähigkeit und die Bereitschaft aufzubringen, die Soziale Marktwirtschaft auf die dazu notwendige neue Stufe zu heben, sie also umfassend zu erneuern, der politischen Kraft wird die Zukunft in unserem Lande gehören.

Warum? Liebe Freunde, ganz einfach auf den Punkt gebracht: 1998, als wir in die Opposition gehen mussten und unsere programmatische Erneuerung begonnen haben, waren die Probleme in unserer Wahrnehmung noch hauptsächlich – ich sage nicht nur, aber hauptsächlich – deutsch. Wir haben in der Analyse schon vieles darüber hinaus besprochen, aber bei den Lösungen haben wir, verkürzt gesagt, immer deutsch gedacht. Heute, 2006, sind die Probleme in der Analyse und auch in der Lösung tatsächlich global.

Das hat Folgen. Daran, ob wir in der Lage sind, aus den vielen richtigen Einzelmaßnahmen – vom Kombilohn über betriebliche Bündnisse für Arbeit, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bis hin zu einem vereinfachten Steuerrecht, einer Gesundheits- und Pflegeversicherungreform, der Föderalismusreform und vielem mehr –, daran also, ob wir in der Lage sind, aus all diesen vielen richtigen, zum Teil unter uns erstrittenen Einzelmaßnahmen ein

Gesamtkonzept zu machen, das auch den globalen Ordnungsrahmen im Blick hat, daran entscheidet sich die Zukunft unseres Landes.

Nebenbei, daran entscheidet sich auch die Mehrheitsfähigkeit einer der beiden Volksparteien; daran entscheidet sich nach meiner festen Überzeugung, wer in Zukunft wieder 40 Prozent plus x erreichen kann. Große Koalition hin oder her, ich will, dass es die Christlich Demokratische Union ist, die diese Zukunftsaufgabe bewältigt. Ich will, dass wir es sind, die wieder 40 Prozent plus x erreichen können.

(Beifall)

Liebe Freunde, die CDU hat immer in schwieriger Zeit Regierungsverantwortung übernommen. So war es 1949, als der Krieg das Land zerstört hatte und die Menschen unendlich viel Leid erfahren hatten. Wir waren es, die Brücken gebaut haben. Wir waren es, die dabei mitgemacht haben, Europa aufzubauen, die Erbfeindschaften beendet haben, die über den eigenen Tellerrand schauen konnten. Und so war es 1982, als sich das Land in einer Wirtschaftskrise mit einer sprunghaften Vermehrung der Staatsschulden und steigender Arbeitslosigkeit befand. Wir, Helmut Kohl und später Theo Waigel waren es, die den europäischen Binnenmarkt geschaffen haben, die sich zu einer einheitlichen Währung bekannt haben, damit wir unsere Kräfte bessern bündeln können.

Liebe Freunde, so ist es auch jetzt, im Jahre 2006. Auch wir haben in unserem Lande eine schwierige Situation vorgefunden: der Haushalt ein Sanierungsfall, kaum Wachstum, fünf Millionen Arbeitslose, eine internationale Verunsicherung. Aber wir wissen, dass wir auf etwas bauen können: Unser Land hat großartige Menschen, motiviert, flexibel und einsatzbereit. Das Land hat ein großes Potenzial an Ideen. Die Menschen erwarten, dass wir den Rahmen dafür schaffen, dass aus ihren Ideen auch Taten, Produkte und Geschäfte werden können.

Keine Partei hat in den letzten Jahren so intensiv um den richtigen Weg zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft gerungen wie die Christlich Demokratische Union. Das hat auf unserem Parteitag in Erfurt 1999 begonnen, als wir mit den Erfurter Leitsätzen beispielsweise das erste Konzept für einen Kombilohn aufgestellt haben. Weiter ging es auf dem Dresdner Parteitag 2001 mit dem Antrag „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“, in dem wir zum ersten Mal das Konzept der betrieblichen Bündnisse für Arbeit entwickelt haben. Weiter ging es mit dem fast schon legendären Parteitag in Leipzig 2003, wo wir uns vorgenommen haben, Deutschland fair zu ändern. Dahinter verbarg sich ein revolutionäres Konzept für ein einfaches und gerechtes Steuersystem und für eine solidarische Gesundheitsprämie. Ohne dieses Konzept wäre es uns heute in der Bundesregierung nicht möglich gewesen, die Bürgerversicherung zu verhindern und die entscheidenden Weichenstellungen für die neue Gesundheitsversicherung vorzunehmen.

(Beifall)

Leipzig war und bleibt ein wegweisender Parteitag, liebe Freunde. Das ist wichtig für uns, festzuhalten.

(Anhaltender Beifall)

Wir haben die Programmatik dann 2004 mit unserem Antrag „Wachstum. Arbeit. Wohlstand“ fortgesetzt.

Dieser kurze Rückblick zeigt: Wir sind die Reformpartei in Deutschland. Wir wollen verändern, um Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zu bewahren. All diese Parteitage haben doch eines gemeinsam, nämlich die Erkenntnis, dass soziale Marktwirtschaft der Erneuerung bedarf.

Wir wissen seit Ludwig Erhard: Die Ordnung des Wettbewerbs in der Sozialen Marktwirtschaft setzt einen handlungsfähigen Staat voraus, der diese Ordnung garantiert. In dem Moment aber, in dem sich die Wirtschaft global ausbreitet, entzieht sie sich zunehmend der bisherigen Ordnungsfunktion des Nationalstaates. Liebe Freunde, dahinter steckt eine politische Dramatik. Wirtschaftsunternehmen planen weltweit, Regierungen dagegen haben das Wohl ihres jeweiligen Volkes im Auge zu behalten. Das Kapital fängt an zu wandern, entzieht sich den gewohnten, national geprägten Bewertungen, und plötzlich werden Dinge absolut gesetzt, die wir früher ganz anders beurteilt haben: zum Beispiel die Dividende am Ende des Jahres, der Aktienkurs und der Börsenwert.

Natürlich weiß ich, dass Unternehmen Gewinne brauchen. Aber die Politik muss sich doch die Frage stellen: Was steht im Mittelpunkt? Für uns Christdemokraten steht der Mensch im Mittelpunkt. Das war so und das muss so bleiben. Das ist der Auftrag des christlichen Menschenbildes. Es geht um die Würde jedes einzelnen Menschen. Das muss der Maßstab unseres Handelns bleiben, auch in Zukunft.

(Beifall)

Ich glaube, die Dramatik der heutigen ökonomischen Herausforderungen ist mit den Umwälzungen zu vergleichen, die es vor 200 Jahren gab, als die feudale Agrargesellschaft durch die moderne Industriegesellschaft abgelöst wurde. Damals entstand die erste soziale Frage mit der Ausbeutung der Arbeiter, mit Kinderarbeit, Nachtarbeit von Frauen und großer Armut. Eine gültige und wirksame Antwort auf diese soziale Frage gelang nach vielen Irrwegen und katastrophalen Irrtümern im Grunde erst der Sozialen Marktwirtschaft. Nicht der Wechsel bzw. die Weiterentwicklung von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft war das Problem, sondern es brauchte eine lange Zeit, bis der menschliche Ordnungsrahmen dafür entwickelt war, nämlich die Soziale Marktwirtschaft.

Heute, liebe Freunde, ist es die Entwicklung zur Wissensgesellschaft, die den Gestaltungsanspruch der Politik im 21. Jahrhundert wieder auf eine Probe stellt. Das Wissen wächst explo-

sionsartig. Neues Wissen veraltet. Moderne Datennetze ermöglichen eine globale Verbreitung in Windeseile. Es entstehen völlig neue Instrumente der internationalen Kapitalmärkte. Die neue soziale Frage unserer Zeit hat deshalb damit zu tun, welchen Zugang zu diesen Entwicklungen und welche Teilhabe an diesen Entwicklungen die Menschen heute haben.

So kommen wir zu der zentralen politischen Herausforderung unserer Zeit: Welchen Ordnungsrahmen braucht unsere veränderte Welt, um Teilhabe für jeden Einzelnen an den Ressourcen, den Früchten und dem Fortschritt zu ermöglichen? Ich fürchte, wenn wir diese Frage nicht schlüssig beantworten, dann wird politisches Handeln angesichts der atemberaubenden Geschwindigkeit der Veränderungen den Entwicklungen immer nur hinterherlaufen. Dann wird Angst das vorherrschende Gefühl. Dann werden neue soziale Verwerfungen die Folge sein. Dann werden die Menschen nicht mehr an die Kraft der Politik glauben. Deshalb bin ich überzeugt: Genau das muss verhindert werden. Das ist wahrlich keine graue Theorie; das berührt das tägliche Leben jedes Menschen. Ich empfinde es darum als so bahnbrechend, dass wir uns nach Jahrzehnten der Diskussion jetzt endlich entschlossen haben, auf diesem Parteitag einen neuen Weg zu mehr Beteiligungsgerechtigkeit zu gehen, und zwar mit dem Konzept des Investivlohns, also Teilhabe der Arbeitnehmer an dem Wertzuwachs des Faktors Kapital. Der Wertzuwachs des Faktors Kapital ist um vieles höher als der des Lohns. Wir haben dieses Instrument entwickelt. Deshalb ist es richtig und muss umgesetzt werden. Deshalb werden wir auch dafür werben, dass das mit den Sozialdemokraten in der Großen Koalition etwas wird. Es drängt nämlich, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir sind uns doch einig: Jeder in unserem Land wird gebraucht. Keiner soll ausgegrenzt werden. Arbeit für alle – dieser Leitsatz muss das Kernstück sozialer Gerechtigkeit sein. Die richtige Antwort darauf heißt allerdings nicht: Allzuständigkeit von Politik, sondern die richtige Antwort heißt: Politik muss an den richtigen Stellen loslassen können und an anderen Stellen eingreifen. Dafür brauchen wir eine internationale Ordnung des Wettbewerbs. Schüren von Angst, Abschottung und Protektionismus, wie wir es überall finden, sind nicht die richtigen Antworten. Es geht auch nicht um eine Ordnung für irgendeinen fiktiven Weltstaat. Das wäre eine sozialistische Antwort. Wohin das führt, braucht man mir nicht zu erzählen. Es geht vielmehr um neue Mechanismen privaten und politischen Handelns in internationalen Organisationen.

Denken wir an die Welthandelsorganisation: Ja, ich will, dass der Welthandel frei und fair gestaltet wird. Er ist aber nicht fair, wenn er über jeden Sozial- und Umweltstandard hinweggeht. Wir brauchen eine Verzahnung der verschiedensten Bereiche, der Welthandelsorganisation, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Die Welt braucht einen neuen Stellenwert von Private Public Partnership. Die Welt braucht mehr Transparenz auf den Kapitalmärkten. Wir brauchen einen allgemein anerkannten Schutz des geistigen Eigentums. Wir können es wenden,

so viel wir wollen: Wenn es nicht woanders akzeptiert wird, dass man dieses nicht rauben darf, dann werden wir keinen Erfolg haben und den Wohlstand nicht halten können. Wir brauchen auch internationale Abkommen zur Ethik, weil wir doch merken, dass vieles national gar nicht mehr zu schaffen ist. Daran müssen wir arbeiten.

(Beifall)

Ich will zwei Herausforderungen der Menschheit nennen, bei denen das ganz unmittelbar spürbar wird:

Die erste Herausforderung besteht darin, die Welt ausreichend mit bezahlbarer Energie zu versorgen. Öl- und Gasreserven sind begrenzt. Länder wie China wollen ihren Wohlstand verdoppeln. Ich kann viele andere Länder aufzählen, für die das auch gilt. Wollen wir nun den Menschen in diesen Ländern verwehren, auch einmal besser zu leben? Nein, so haben Christdemokraten noch nie gedacht. Ich füge hinzu: So werden wir auch nie denken; das verbietet uns das christliche Menschenbild. Das christliche Menschenbild endet weder an unseren Landesgrenzen noch an den Grenzen Europas. Wenn wir so dächten, gäben wir unser christliches Menschenbild preis. Niemals werden wir das tun; das „C“ ist konstitutiv für die Christlich Demokratische Union, liebe Freunde.

(Beifall)

Ganz eng mit dem Thema Energie hängt das Thema Klimaveränderung zusammen. Manch einer will es nicht ganz wahrhaben, aber es ist so: Im Jahre 2020 wird es keinen Gletscher mehr auf der Zugspitze geben. Wir haben heute mit Fluten zu kämpfen. Schauen Sie sich einfach nur einmal die Größe der Seenotrettungsboote vor Helgoland an: Sie waren vor einigen Jahren 20 Meter lang; heute müssen sie 50 Meter lang sein, um die Wellen auszuhalten. Fragen Sie einmal die Winzer in Rheinland-Pfalz nach der Trockenheit oder sprechen Sie mit denjenigen, die heute in der Uckermark Bäume pflanzen. Man weiß heute nicht mehr, ob dort die Eiche noch in 50 Jahren geraten wird.

Was bei uns nur ganz wenig sichtbar ist, ist in Spanien und Portugal schon fast als Wüstenbildung sichtbar. Liebe Freunde, wenn Sie nach Afrika gehen, sehen Sie: Wir haben heute wegen Umweltschäden schon mehr Migrationsbewegungen als wegen Bürgerkriegen. Das müssen wir verändern. Wir haben das Zeug dazu;

(Beifall)

denn wir können neue Technologien entwickeln, wir können mit Energie effizient umgehen und wir haben es in der Hand, die alten ideologischen Debatten endlich zu beenden. Ich werde es immer für unsinnig halten, technisch sichere Kernkraftwerke, die kein CO₂ emittieren, abzuschalten.

(Beifall)

Sie werden sehen: Eines Tages werden auch die Sozialdemokraten das einsehen. Es dauert halt immer etwas länger.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, deshalb rufe ich uns, die CDU, auf vom Schutz des Klimas und dem Zugang zur Energie mit der gleichen politischen Entschlossenheit zu reden, mit der wir heute schon über Demografie und Globalisierung reden.

All das kennzeichnet den internationalen Rahmen. Wir haben dabei Riesenchancen, an die Spitze zu kommen, im Übrigen mit unseren europäischen Partnern. Wir werden diese Themen auf die Agenda der EU- und der G-8-Präsidentschaft setzen.

Bei diesem internationalen Rahmen wird es darauf ankommen, dass wir Partner haben, die ein gemeinsames Fundament von Werten vertreten. Das haben wir in der Europäischen Union und das haben wir zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir müssen unsere Kräfte bündeln – auf dem Fundament eines gemeinsamen Werteverständnisses, wie es von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung bis zum Grundrechtskatalog der Europäischen Union gegeben ist.

Wir dürfen nicht ängstlich sein, weil neue Wettbewerber dazugekommen sind; wir müssen vielmehr unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und faire Bedingungen für alle herstellen. Das geht nur, wenn wir uns unserer Überzeugung, wenn wir uns dessen, was uns leitet – Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit –, bewusst sind und wenn wir bereit sind, das auch wirklich einzubringen.

Bei denen, die anders leben, bei denen, die unsere Art zu leben, zerstören wollen, werden wir nur Respekt bekommen, wenn wir wieder lernen, für unsere Überzeugungen gemeinsam entschieden einzutreten.

(Beifall)

Nun fragt vielleicht manch einer, ob ich gerade dabei bin, die Bodenhaftung zu verlieren. Ich sage: Nein. Das Gegenteil ist der Fall. Erst mit der Fähigkeit, nationale Interessen und globales Handeln tatsächlich zu verbinden, werden wir hier bei uns zu Hause wieder in die Lage versetzt, Politik so zu gestalten, wie wir das für richtig halten.

Natürlich müssen wir dafür auch zu Hause weiter unsere Arbeit machen. Wir müssen die Prioritäten unseres politischen Handelns neu ordnen. Wir müssen diese Prioritäten ordnen, indem wir aufhören, von der Substanz zu leben, und wieder im Blick auf die nächste Generation arbeiten. Das heißt, dass wir endlich sehr viel schneller die Maßnahmen zu lebenslangem Lernen ergreifen müssen.

Es geht um den Wettlauf und den Wettkampf um die besten Köpfe. Wir haben jetzt eine Hightechstrategie entwickelt. Diese Hightechstrategie gilt es umzusetzen; denn wir wollen wissenschaftlichen Fortschritt und wissenschaftliche Erkenntnisse enger mit den Produkten zusammenbringen. Deutschland will an die Weltspitze. Wir sind kein Land für Mittelmaß. Wir dürfen nicht zulassen, dass die besten Köpfe unser Land verlassen, sondern die besten Köpfe, die schon weg sind, müssen wieder in unser Land zurückkommen, liebe Freunde; das muss unser Ziel sein.

(Beifall)

Eine Politik, die auf die nächste Generation gerichtet ist, will die Integration von Menschen anderer Kulturen. Dazu gehört ein aufrichtiger Dialog der Kulturen. Dazu gehört auch ein aufrichtiger Dialog der Religionen. Dazu gehört vor allem erst einmal ein Bekenntnis: Es gibt keine Gewalt im Namen von Religion. – Das muss ein für allemal und gegenüber jedermann klar sein.

(Beifall)

Es ist wahr: Europa ist kein Christenklub. Aber wahr ist auch: Europa ist ein Grundwerteklub. Hier bei uns gelten Menschen- und Bürgerrechte. Diese Menschen- und Bürgerrechte beruhen bei uns ganz wesentlich auf dem Menschenbild des Christentums.

Unser Werteverständnis leitet uns deshalb auch bei den Gesprächen mit der Türkei. Wenn der Fortschrittsbericht, der an vielen Stellen eher ein Rückschrittsbericht ist, ein Bericht ist, bei dem Defizite benannt werden, dann müssen wir das sagen. Wenn die Türkei das Ankara-Protokoll nicht einhält, also Zypern quasi nicht akzeptiert, dann kann es ein einfaches „Weiter so!“ bei den Verhandlungen mit der Türkei nicht geben.

(Beifall)

Wir führen ergebnisoffene Verhandlungen mit der Türkei. Aber als Parteivorsitzende sage ich: Es war richtig und es bleibt richtig, der Türkei statt der Vollmitgliedschaft die privilegierte Partnerschaft mit der Europäischen Union anzubieten. So sagen wir es auch in unserem Antrag.

(Beifall)

Eine Politik, die auf die nächste Generation gerichtet ist, will eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir wissen, dass die Wahlfreiheit, von der wir viele Jahre gesprochen haben, nicht die Realität war. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass viele Frauen zwischen Beruf und Kind zu entscheiden hatten – in diese oder jene Richtung. Das war einer der Gründe dafür, dass wir das Elterngeld einführen. Aber ich sage für die Christlich Demokratische Union auch: Wir werden niemals Lebensentwürfe gegeneinander ausspielen. Wer sich für Familienarbeit entscheidet, ist uns genauso herzlich willkommen wie der, der Beruf und Familie zusammenbringen will. Das ist immer unser Bild vom Menschen gewesen.

(Beifall)

Wir werden in unserer Politik, die auf künftige Generationen gerichtet ist, auch niemals dazu kommen, dass wir die Jungen gegen die Älteren ausspielen. Wir investieren in die Jugend und wir mobilisieren die Erfahrung der Älteren. Wie mit der Erfahrung von Älteren in unserer Gesellschaft umgegangen wird, das ist Verschwendung und Vergeudung von Ressourcen und Erfahrung. Deshalb ist Erfahrung Zukunft, liebe Freunde; das müssen wir in unserer Arbeit deutlicher machen.

(Beifall)

Wir haben schließlich gesagt – dort, wo wir regieren, wird das auch praktiziert –: Wer in die Schule kommt, egal ob ausländischer Abstammung oder deutscher Abstammung, muss einen Sprachtest absolvieren. Liebe Freunde, wir wollen Kindern Chancen geben – jawohl! –, aber wir sind auch der Überzeugung, dass die denkbar falscheste Antwort die Einheitsschule ist, wie sie in Berlin jetzt wieder Urständ feiert.

(Beifall)

Da kann Bildungsminister sein, wer will: Wer den Kindern keine Chance gibt, der macht fatale Experimente auf dem Rücken von Kindern.

(Beifall)

Eine Politik, die auf zukünftige Generationen gerichtet ist, fördert die kleinen Einheiten. Deshalb brauchen wir für die Bund-Länder-Finanzbeziehungen endlich eine Ordnung, bei der keine Ebene mehr Schulden zulasten der Zukunft macht. Wir brauchen den Abbau von Bürokratie. Wir brauchen eine Erbschaft- und Unternehmensteuerreform, so wie wir sie jetzt vorgelegt haben. Wir müssen es schaffen, die Kopplung der sozialen Sicherungssysteme vom Faktor Erwerbsarbeit ein Stück zu lösen, auch wenn das nur langsam geht; ich halte das nach wie vor für richtig.

Eine Politik, die auf zukünftige Generationen gerichtet ist, hat im Zentrum natürlich die Frage: Was müssen wir auf unserem Arbeitsmarkt ändern? Deshalb beraten wir auf diesem Parteitag auch zwei Anträge zum Arbeitsmarkt und zur sozialen Sicherung. Der eine Antrag bekräftigt noch einmal unsere Forderung nach betrieblichen Bündnissen für Arbeit und nach der Lockerung des Kündigungsschutzes. Der andere Antrag unterstreicht unsere Forderung nach einer stärkeren, aber aufkommensneutralen Staffelung bei der Auszahlung des Arbeitslosengeldes I nach der Einzahlungsdauer.

Dies wollen wir – darüber haben wir im Übrigen in der vergangenen Legislaturperiode viel diskutiert –, weil für Ältere das Risiko höher ist als für Jüngere, keinen neuen Arbeitsplatz zu finden. Für mich gehören all diese Anträge zusammen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir stellen damit unter Beweis: Wir machen Politik für alle. Wir machen Politik für diejenigen, die Sorgen haben und die ein Interesse daran haben, Arbeitsplätze zu schaffen. Wir vereinfachen Neueinstellungen. Wir machen Politik für diejenigen, die Arbeit suchen und die es besonders schwer haben, wieder Arbeit zu finden.

Ich finde, in diesen Anträgen spiegelt sich unsere Christlich Demokratische Union wider, die CDU, die seit 60 Jahren in der Mitte der Gesellschaft steht, unsere CDU, die große Volkspartei der Mitte.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir alle sind Teil einer großen politischen Familie. Das heißt, wir achten die Meinung des anderen und seine Persönlichkeit. Niemand von uns darf für sich beanspruchen, allein für die richtige Meinung oder für die bessere Richtung in der Partei zu stehen. Als Physikerin sage ich: Flügel geben Auftrieb. Als Politikerin füge ich hinzu: Das gelingt aber nur, wenn die Flügel nicht gegeneinander stehen. Wir müssen miteinander versuchen, das Beste für unser Land zu machen.

(Anhaltender Beifall)

Ich füge hinzu: Wirtschaft und Soziales waren bei uns nie Gegensätze. Das eine kann ohne das andere nicht gelingen. Wir sind die Partei von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Schichtendenken bzw. Klassendenken ist und bleibt uns fremd. Das wird es auch in Zukunft nicht geben dürfen. Sonst sind wir keine Volkspartei mehr, liebe Freunde. Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Meinungsvielfalt ist gelebte Demokratie, erst recht in unserer Partei. Ringen wir um die Sache, leidenschaftlich und jeder mit seinen besten Argumenten! Tun wir das zugleich mit großem Ernst! Tun wir das mit dem gebotenen Respekt vor der Meinung des anderen! Nur dann erreicht unsere Botschaft auch die Bürger.

Wir merken, dass die Aufgabe, vor der wir stehen, groß ist. Ich glaube, es lohnt sich, weiterhin auf die Kraft der Freiheit für Gerechtigkeit und Solidarität zu setzen. Für mich ist und bleibt die Freiheit der entscheidende Schlüssel – ohne die Grundwerte gegeneinander auszuspielen –, damit Gerechtigkeit und Solidarität eine Zukunft haben.

Liebe Freunde, der Wille zu politischen Weichenstellungen ist stets mit zum Teil erbittertem Widerstand verbunden, zumindest mit Skepsis und Fragen. Das wird bei der Frage der Neuen Sozialen Marktwirtschaft bzw. der Internationalen Sozialen Marktwirtschaft wieder so kommen. Es geht mir aber nicht vordergründig um den Begriff, sondern um das Thema. Ich bin für das Machbare. Aber auch das Machbare braucht Visionen. Deshalb werde ich nicht locker lassen, immer wieder deutlich zu machen: Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards wird nicht

nur nicht mutwillig preisgegeben. Die Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verlieren nicht nur nicht ihre Gültigkeit. Vielmehr verschafft uns erst das Erkennen des Neuen an der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert wieder die Voraussetzung, dass genau die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft angewendet werden können.

Nur wenn wir akzeptieren, dass die Globalisierung keine Naturkatastrophe ist, wenn wir glauben, dass Politik gestalten kann, können wir allen die Chance auf Teilhabe geben. Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards, die heute alle im Munde führen, haben wir unterstützt, als noch viele gegen sie waren. Das Stenografische Protokoll über die erste Bundestagsdebatte weist aus: Lachen links. Aber langfristig hat sich erwiesen: Wir hatten Recht. So wird es auch bei unserem neuen politischen Konzept sein.

(Anhaltender Beifall)

Ich möchte, dass wir es sind, die mit einem umfassenden Konzept den Menschen die Angst nehmen, damit Angstkampagnen à la Schröder in diesem Lande nie wieder eine Chance haben.

(Beifall)

Die CDU hat immer die Kraft zu schwierigen Entscheidungen gehabt. Sie hat als Partei immer davon profitiert. Wir wissen: Ja, auch wir haben in den 90er-Jahren zu spät und zu zögerlich mit den Reformen begonnen. Aber die SPD hatte damals die Zeichen der Zeit noch gar nicht erkannt. Die SPD hat sich immer gern als gesellschaftliche Avantgarde verstanden. Aber in Wirklichkeit war sie allzu oft die Nachhut. Ich will, dass es dabei bleibt, dass wir die Avantgarde sind, dass wir die Lösung der Probleme angehen und dass wir das auf unserem historischen Fundament tun. Wir können stolz sein, dass wir das so oft geschafft haben.

(Anhaltender Beifall)

Die letzten 57 Jahre haben CDU-Bundeskanzler unser Land 37 Jahre regiert. Von christdemokratischen Kanzlern sind für Deutschland wichtige Impulse ausgegangen: von Konrad Adenauer, von Ludwig Erhard, von Kurt Georg Kiesinger und von Helmut Kohl. Jetzt will ich meinen Beitrag leisten. Ich weiß, dass ich das nicht alleine kann. Ich benötige Ihre Unterstützung. Ich danke Volker Kauder und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich danke Ronald Pofalla, dem Konrad-Adenauer-Haus und dem ganzen Bundesvorstand für die großartige Zusammenarbeit. Ich danke Edmund Stoiber für das gute Miteinander von CDU und CSU.

Gemeinsam können wir Deutschland voranbringen. Die Zeichen dafür stehen gut. Die Union stellt elf von 16 Ministerpräsidenten. Sie ist in 14 von 16 Landesregierungen vertreten. Ein Wechsel zu einer CDU-geführten Regierung – das zeigt sich immer – lohnt sich immer. Ja, wir wollten im vergangenen Jahr ein anderes Regierungsbündnis. Ja, große Koalitionen sollen und müssen die Ausnahme in unserer parlamentarischen Demokratie sein. Aber jetzt haben wir die-

se Große Koalition, die uns der Wähler aufgegeben hat. Wir arbeiten gut zusammen. Vertrauen ist da. Ich will, dass wir den Menschen zeigen, dass wir das Beste aus dem Wählerauftrag machen.

Die Union stellt viele Hundert Bürgermeister und Landräte. In Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden sowie in unseren Vereinigungen engagieren sich unsere Mitglieder. Sie alle stehen draußen auf den Straßen, auf den Plätzen und an ihrem Arbeitsplatz. Ich weiß, dass sie es nicht immer leicht haben. Lassen Sie mich deshalb ganz einfach ein Wort sagen: Danke.

(Beifall)

Ich danke Ihnen allen für Ihren Einsatz, ohne den nichts, aber auch gar nichts gelingen würde.

Liebe Freunde, heute bekräftigen wir unsere Werte in einer Gesellschaft, die einen ganz neuen, selbstverständlichen Patriotismus lebt, in einer Gesellschaft, die die Bedeutung bürgerlicher Tugenden, die Leistungsbereitschaft, Verantwortung und Gemeinsinn wieder zu spüren beginnt, in einer Gesellschaft, für die Kinder, Familie und Religion, der Glaube an Gott wieder wichtiger werden, in einer Gesellschaft, die die Erfahrung älterer Menschen neu schätzen lernt und eine würdige Kultur des Alterns entwickelt, in einer Gesellschaft, die sich der fundamentalistischen Bedrohung unserer Grundwerte bewusst wird und bereit ist, ihre Ordnung zu verteidigen.

Arbeiten wir weiter! Die ersten Schritte sind getan, und wir wollen gemeinsam unseren Weg zum Besseren gehen! Ich will, dass wir gemeinsam den Willen spüren, Deutschland wieder an die Spitze Europas zu führen. Ich will, dass wir Politik aus der Überzeugung machen, dass Deutschland seine besten Jahre nicht hinter sich hat, sondern dass Deutschland seine besten Jahre vor sich hat. Ich glaube, die Arbeit lohnt sich. Deutschland können wir gemeinsam erfolgreich machen. Das ist unser Auftrag als Christlich Demokratische Union.

(Langanhaltender starker Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, Angela Merkel, für diese großartige Rede! Der Beifall des Parteitags hat gezeigt, dass die Aufforderung an uns, die Führung in diesem Lande weiter innezuhaben, das Land zu modernisieren und die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, von uns angenommen worden ist. Wir wünschen weiter eine erfolgreiche Regierung, mit unserer Unterstützung, in Berlin.

(Beifall)

Die Tagesordnung sieht jetzt die

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DER VORSITZENDEN

vor. Mir liegen bisher drei Wortmeldungen vor. Für diejenigen, die reden wollen, noch einmal der Hinweis: Es gibt Wortmeldezettel, die ich uns nach oben zu geben bitte, damit wir die Rednerliste

entsprechend führen können. Der Erste, der sich gemeldet hat, ist unser Kollege Jürgen Rüttgers aus Nordrhein-Westfalen.

(Teilweise Beifall)

Jürgen Rüttgers: Herr Präsident! Ich hatte mich zwar noch nicht gemeldet. Aber wenn das Präsidium der Auffassung ist, ich wollte mich melden im Rahmen dieser Diskussion, dann will ich das gerne tun.

(Prof. Dr. Georg Milbradt: Hier liegt ein Zettel vor,
auf dem „Jürgen Rüttgers“ steht!)

– Aber nicht von mir. Macht nichts, ich rede jetzt.

(Heiterkeit)

Es wäre auch ein bisschen komisch, liebe Angela Merkel, liebe Freunde, wenn wir nach den Debatten der letzten Tage und Wochen hier auf diesem Parteitag so tun würden, als ob diese Diskussion nicht da gewesen wäre.

Ich will mich zuerst ausdrücklich der Einschätzung des Präsidenten anschließen, dass die Parteivorsitzende eine große Rede gehalten hat. Liebe Freunde, mir liegt daran, Ihnen heute eine kleine Geschichte zu erzählen. Ich bin vor einigen Wochen in Kamp-Lintfort gewesen, und zwar an dem Tag, an dem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im dortigen Werk von BenQ die Meldung bekommen hatten, dass entschieden worden war, das Insolvenzverfahren einzuleiten. Ich habe dort vor den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, tausend an der Zahl, gestanden und geredet, und ich habe in die Augen dieser Menschen gesehen. Ich habe gesehen, dass sie Angst hatten, Angst, nie mehr einen Arbeitsplatz zu bekommen, gerade die Älteren, Angst, ihre Familien nicht mehr ernähren zu können.

Es waren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ich schon länger kannte, weil ich im Jahre 2004 damals schon in diesem Werk war, als es um die Verhandlungen zwischen der IG Metall auf der einen Seite und Siemens auf der anderen Seite ging, wie man dieses Werk erhalten könne. Die Menschen in Kamp-Lintfort haben damals etwas getan, was wir in unseren Debatten und auch Wirtschaftswissenschaftler immer als wichtig und richtig bezeichnet haben. Sie haben auf bis zu 30 Prozent ihres Lohns verzichtet. Sie haben fünf Stunden in der Woche länger ohne Lohnausgleich gearbeitet. In den Gesichtern dieser Menschen stand die Frage: Und das alles hat nichts genutzt?

Liebe Freunde, dieses Ereignis hat mich sehr nachdenklich gemacht. Es ist, wie ich finde, auch deshalb ein wichtiges Ereignis, weil es neben der konkreten Wirklichkeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von BenQ in Kamp-Lintfort auch eine andere Wirklichkeit gibt – Angela Merkel hat gerade davon gesprochen –: Die Konjunktur läuft gut, die Arbeitslosigkeit sinkt, die

Steuerquellen sprudeln. Es ist doch ein ungeheurer Erfolg und übrigens auch ein Erfolg unserer Politik, dass die Wirtschaft brummt. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Ich habe aber gesehen, dass die Menschen trotz bester Konjunktur und trotz sinkender Arbeitslosigkeit Angst haben. Die Arbeitnehmer haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, weil irgendwo in Asien so entschieden wird. Die Leistungsträger in unserem Land haben Angst vor dem sozialen Abstieg. Selbst die Manager haben inzwischen Angst vor einem Hinauswurf, weil 30-jährige Analysten sagen, 20 Prozent Rendite seien nicht genug. Damit geht einher, dass viele Menschen das Vertrauen verloren haben, die Politik könne daran etwas ändern. Angela Merkel hat gerade davon gesprochen.

Liebe Freunde, wir werden die Menschen nicht erreichen, wir werden ihnen keinen Mut machen, sich auf Reformen einzulassen, wenn die einzige Antwort von uns ist – dies ist in der öffentlichen Debatte ja immer wieder zu hören –, die Globalisierung sei halt unvermeidlich. Deshalb ist es so wichtig, dass Angela Merkel dieses Thema eben angesprochen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, das Gleiche gilt für Hartz IV. Auch dazu gab es ja angeblich keine Alternative. Zur Begründung wurde damals angeführt, die Arbeitslosenversicherung sei halt eine Risikoversicherung. Einmal abgesehen davon, liebe Freunde, dass das eine Sprache aus dem Sprachgebrauch von Technokraten ist: Die Arbeitslosenversicherung war nie eine Risikoversicherung, sie ist es nicht, und ich will auch nicht, dass sie es wird.

(Beifall)

Risikoversicherung heißt doch: Wer das höhere Risiko hat, zahlt auch höhere Prämien. Konkret heißt das dann, dass Arbeiter in Deutschland demnächst eine höhere Prämie als Akademiker zahlen müssen, weil ihr Risiko, arbeitslos zu werden, größer ist. Das kann doch nicht richtig sein. Das können wir doch nicht wollen, liebe Freunde.

(Beifall)

Zudem weiß doch jeder: Wenn ein Haus abbrennt, bekommt man Geld für ein neues Haus. Wenn ich aber unverschuldet arbeitslos werde, bekomme ich keinen neuen Arbeitsplatz. Deshalb finde ich es so wichtig, dass wir auf diesem Parteitag etwas tun, worüber wir schon mehrfach gesprochen und diskutiert und wozu wir auch schon Beschlüsse gefasst haben, was nicht in Vergessenheit geraten sollte, vor allen Dingen weil wir in den nächsten Wochen über die generelle Überholung von Hartz IV – so ist es in der Koalition vereinbart – reden werden. Es ist wichtig, eine andere Lösung, die mehr dem Gerechtigkeitsgefühl entspricht, bei der Überarbeitung von Hartz IV zu finden. Wenn diese Lösung dann auch noch den Arbeitsmarktdaten ent-

spricht, ist es, wie ich finde, eine gute Lösung. Die Wahrheit ist, dass junge Leute im Schnitt nach vier Monaten einen neuen Arbeitsplatz bekommen, ältere Menschen aber erst nach 24 Monaten, wenn sie nicht sogar gesagt bekommen, sie seien zu alt. Deshalb ist dieses Signal für mehr Leistungsgerechtigkeit wichtig. Liebe Freunde, Leistung muss sich auch in der Arbeitslosenversicherung lohnen.

(Beifall)

Soll jemand, der 30 Jahre gearbeitet hat, sein Kind erzogen hat, Steuern gezahlt hat und etwas für das Alter zurückgelegt hat, denn wirklich das Ganze verlieren, und sollen wirklich 84 Euro pro Monat an privater Zusatzrente übrig bleiben? Auch das ist doch nicht richtig. Wir können denjenigen, der das ganze Leben lang für das Alter gespart hat, wie wir es immer fordern, so behandeln wie irgendjemanden, der sein Geld durchgebracht hat. Auch das ist ungerecht. Ich finde, dass die Leute recht haben, wenn sie so argumentieren.

(Beifall)

Es hat in den letzten Tagen nun einige gegeben, die gesagt haben, man müsse vor einem Linksruck warnen, wenn darüber diskutiert wird, dass die jetzigen Regeln geändert werden. Meine Antwort darauf ist: Wenn 80 Prozent der Menschen etwas wollen, ist das nicht links, sondern die Mitte der Gesellschaft, die eine entsprechende Forderung stellt.

(Beifall)

Liebe Freunde, dies sei noch hinzugefügt: Sozial ist noch lange nicht sozialistisch. Ich kenne übrigens niemanden in der Union, der bei Hartz IV höhere Transferleistungen will. Das passt nicht zu unserer Politik. Ich finde, es passt viel besser, wenn wir sagen: Wir wollen eine Unternehmensteuerreform haben, um die Familienunternehmer zu entlasten. Wir stecken die Steuermehreinnahmen in den Schuldenabbau, um größere Wachstumsspielräume zu bekommen. Schließlich tun wir auch noch etwas für die Arbeitnehmerinnen und für die Arbeitnehmer, damit sie sich auf Reformen einlassen können. Reformen lassen sich nur dann durchführen, wenn man die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer dabei mitnimmt.

(Beifall)

Nach unserem Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft – das hat Angela Merkel in der Debatte eben mit Recht betont – galt dabei immer ein Kernsatz: Leistung muss sich lohnen. Das gilt nicht nur bei Aktienoptionen, sondern auch bei der Arbeitslosenversicherung.

(Beifall)

Wenn wir entsprechende Beschlüsse fassen – es sieht ja so aus, als ob wir das hinbekommen –, werden wir auch Vertrauen zurückgewinnen. Wir werden den Menschen dann neue Sicherheit geben, z. B. Sicherheit vor Altersarmut, wenn ich ein Leben lang gearbeitet habe, Sicherheit,

eine Lehrstelle zu finden, wenn ich fleißig bin und einen guten Schulabschluss habe, Sicherheit, einen Arbeitsplatz zu bekommen, wenn ich mein Studium abgeschlossen habe und nicht nur einen Praktikumsplatz nach dem anderen innehatte, und Sicherheit, Aufstiegschancen zu bekommen.

Liebe Freunde, ich habe es persönlich erlebt, dass sozialer Aufstieg möglich ist. Ich weiß, viele hier im Saal haben dies in ihrem persönlichen Leben auch erlebt. Viele junge Leute erleben das heute aber nicht mehr. Sie haben inzwischen das Gefühl, dass es selbst bei Bildung und bei Fleiß nur noch eingeschränkte Aufstiegschancen gibt. Wenn wir diesen jungen Leuten die Angst nehmen, schaffen wir auch die Aufbruchsstimmung, von der wir so gerne reden. Wir brauchen Reformen. Das ist wahr. Leipzig steht für Reformen. Reformen sind auch in Zukunft notwendig. Dresden kann nun dafür stehen, dass es dabei gerecht zugeht, liebe Freunde.

(Beifall)

Es ist klar, dass wir nichts versprechen dürfen, was wir nicht halten können.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen, dass wir für alle, die in diesem Lande etwas leisten, mehr tun müssen: für die Familien, die Kinder, die Behinderten, die Arbeitnehmer, die Handwerker und die Selbständigen. Ich habe in diesen Tagen einen spannenden Aufsatz des früheren amerikanischen Finanzministers Lawrence Summers gefunden. Er hat in diesem Aufsatz darauf hingewiesen, dass durch die Globalisierung bisher nur die sehr Reichen und einige sehr Arme zu mehr Wohlstand gekommen seien. Er hat hinzugefügt: Die Sorgen der ängstlichen globalen Mittelschicht sind die große wirtschaftliche Herausforderung unserer Zeit. – Liebe Freunde, ich glaube, er hat recht. Ludwig Erhard hat vom Wohlstand für alle und nicht von Unsicherheit für viele gesprochen, als er die Soziale Marktwirtschaft durchsetzte. Deshalb ist es wichtig, dass wir nicht eine Politik betreiben, die von den Leuten im Sinne von etwas weniger verstanden wird, sondern eine Politik, die von den Leuten zwar verlangt, dass sie sich auf etwas einlassen, die ihnen aber auch sagt: Am Schluss wird es mehr geben, und zwar mehr Wohlstand, mehr Arbeit, mehr Sicherheit. Das hat auch viel mit Kommunikation zu tun, wenn man erwartet, dass Menschen, die von ihrer Hände Arbeit leben, auch den Mut haben, sich auf ein Stück Unsicherheit einzulassen.

Ich glaube, das ist der Schlüssel zum Erfolg. Deshalb müssen wir mehr für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft tun. Das sind wir dem „C“ schuldig.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, Konrad Adenauer hat das in seiner Universitätsrede im März 1946 großartig auf den Punkt gebracht, wie ich finde. Darin heißt es:

Der Fundamentalsatz des Programms der CDU – der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen – ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik. Die menschliche

Person hat eine einzigartige Würde und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. Nach dieser Auffassung ist weder der Staat, noch die Wirtschaft noch die Kultur Selbstzweck. Sie haben eine dienende Funktion gegenüber der Person. Die materialistische Weltanschauung macht den Menschen unpersönlich, zu einem kleinen Maschinenteil in einer ungeheuren Maschine. Sie lehnen wir mit der größten Entschiedenheit ab.

Liebe Freunde, nur wenn wir unsere Gesellschaft zusammenhalten, dann werden wir auch die Akzeptanz für Veränderungen erhalten. Wer Reformen will, muss die Menschen mitnehmen. Dann werden wir die Wahlen auch mit den Reformen gewinnen.

(Beifall)

Liebe Angela, ich will, dass Du 2009 als Kanzlerin wiedergewählt wirst, aber dann als Kanzlerin einer Koalition von CDU/CSU und FDP, einer Koalition der Erneuerung und Sicherheit. Dazu – darin stimme ich Dir ausdrücklich zu – brauchen wir bei nationalen Wahlen 40 Prozent plus x. Die haben wir heute nicht. Aber dafür brauchen wir – das war ein Teil der Debatte – die Stammwähler genauso wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diejenigen, die heute drohen, ins Lager der Nichtwähler überzugehen, sind diejenigen, die mehrere Kinder haben oder die ein mittleres oder unteres Einkommen beziehen, also viele, die Angst vor der Globalisierung haben.

Deshalb sage ich: Die CDU muss die Partei aller Schichten bleiben. Aber sie muss auch die Partei der Schwachen sein. Denn das ist glaubwürdig in der Politik. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen und geben uns unser unverwechselbares Profil.

(Beifall)

Noch etwas, liebe Freunde: Dies ist kein Koalitionsparteitag – das hat die Rede der Bundesvorsitzenden deutlich gemacht –; es ist ein Parteitag der CDU Deutschlands. Wir haben bei der Debatte um diese Themen in den letzten Wochen erlebt, dass uns die SPD und auch die Grünen permanent angreifen. Sie alle haben von der Rede von Herrn Müntefering von der SPD-Fraktion gehört. „Auf sie mit Gebrüll!“, hat er dort ausgerufen und damit meinte er uns alle.

Liebe Freunde, ich habe nicht vor, mir von Herrn Müntefering vorschreiben zu lassen, was auf einem CDU-Parteitag beschlossen werden kann und was wir hier diskutieren,

(Beifall)

schon gar nicht, nachdem derselbe Mann noch am 14. Juni 2005 – Sie haben richtig gehört – als SPD-Fraktionsvorsitzender, der er damals war, einen Antrag hat beschließen lassen, die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds von 32 Monaten erneut zu verlängern. Was wir in den letzten Wochen erlebt haben, ist pure Heuchelei à la Müntefering.

(Beifall)

Mir ist wichtiger, dass uns die Bevölkerung zustimmt, als Herr Müntefering. Ich glaube, dass die beiden Parteien inzwischen kaum noch wissen, wie normale Leute in diesem Land denken. Politik beginnt mit der Wahrnehmung von Wirklichkeit. Das ist der Grund, weshalb wir uns für die Soziale Marktwirtschaft entschieden haben. Sie ist und bleibt die beste und gerechteste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und – darin stimme ich Angela Merkel ausdrücklich zu – sie ist auch die richtige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Zeitalter der Globalisierung. Wir müssen Veränderungen vornehmen, damit sie das leisten kann, aber sie ist immer noch die richtige Idee und Vision für das, was wir brauchen.

Wir wissen, liebe Freunde, dass unser Grundgesetz von Werten lebt, die wir selbst nicht schaffen können. Das haben wir bei Böckenförde gelernt. Aber es ist auch wahr, dass die Marktwirtschaft von Werten lebt, die der Markt nicht schaffen kann. Ich glaube, wenn man das deutlich macht, dann machen wir eine Politik mit Profil. Dann ist auch klar, was der Unterschied zwischen uns und den anderen ist. Dann stehen wir für Freiheit statt Bürokratie. Wir stehen für Gerechtigkeit und die anderen stehen für Gleichmacherei. Wir stehen für solide Haushalte und die anderen für Schuldenmacherei. Wir stehen für mehr Wachstum und die anderen für Umverteilung. Wir stehen für Zukunft und die anderen für Vergangenheit. Dann sind wir auch die Volkspartei der Mitte, die wir immer waren und die wir auch in diesem Jahrhundert bleiben wollen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Der Nächste auf der Rednerliste ist Herr Eugen Abler aus Baden-Württemberg.

Eugen Abler: Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einer starken Rede haben Sie den Spielverlauf bis zur 23. Minute unserer Regierungszeit dargestellt und die weiteren Spielzüge aufgezeigt. Auch wenn Deutschland, was den Haushalt angeht, ein Sanierungsfall ist, sind wir auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes ein Stück vorangekommen. Als Erfolge nenne ich stellvertretend die Föderalismusreform, das Elterngeld und die Rente mit 67. Dennoch fragen viele Bürgerinnen und Bürger, für welche Politik die CDU steht.

Wir brauchen ein schärferes Profil. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass CDU drin ist, wo CDU draufsteht. Zu oft verschwimmen die Grenzen zur SPD. Das müssen wir ändern, wenn wir künftige Wahlen gewinnen wollen. Wir müssen uns auch wieder daran erinnern, dass Glaubwürdigkeit die Voraussetzung ist, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen.

Meine Damen und Herren, unser Land braucht eine Vision, eine konkrete Vorstellung davon, wo wir mittel- und langfristig hinwollen. Uns muss die alte Weisheit bewusst sein, dass ein Volk

ohne Vision zugrunde geht. Zur wertorientierten Politik der CDU gibt es keine erkennbare Alternative. Das christliche Menschenbild und unser Verständnis von der Neuen Sozialen Marktwirtschaft sind die Grundlagen, die für eine Balance zwischen Markt und sozialem Ausgleich stehen. Wir müssen aber noch deutlicher machen, dass sich Leistung lohnt, und wir müssen mehr Eigenverantwortung einfordern.

Gestatten Sie mir noch einige Anregungen. Wir brauchen eine PKW-Maut für Autobahnen. Durchreisende Urlauber benutzen kostenlos unser Straßennetz und leisten keinen Beitrag zur Erhaltung und Verbesserung unserer Verkehrsinfrastruktur, während es in anderen europäischen Staaten längst eine Gebührenpflicht gibt. Warum erheben wir nicht eine solche Gebühr mit einer Vignette? Es wäre nur gerecht und unsere Staatskasse kann eine solche Einnahme auf jeden Fall gebrauchen.

Stichwort Steuerreform: Die Verbesserungen in der Erbschaftsteuer- und Unternehmensteuergesetzgebung können nicht über den dringenden Reformbedarf in der Steuergesetzgebung hinwegtäuschen. Nach dem Ende dieser Großen Koalition sollten wir das Thema einer tief greifenden Steuerreform wieder auf die Tagesordnung setzen. Wir brauchen eine radikale Vereinfachung; denn je einfacher das Steuersystem ist, desto gerechter ist es auch.

Zu den Staatsfinanzen: Das Erbe von sieben Jahren Rot-Grün wiegt schwer. Dennoch sollte sich die CDU nicht mit einer geringeren Neuverschuldung zufrieden geben. Konrad Adenauer sagte 1965:

Wir werden in Zukunft nur weiter vorankommen, wenn wir solide bleiben.

Daran anknüpfend sage ich heute: Wir müssen solide werden, wenn wir einen Staatsbankrott vermeiden wollen. Wir dürfen nicht nur an der Steuerschraube drehen, sondern wir müssen auch sparen. Unsere Staatsausgaben müssen auf den Prüfstand. Es geht um die Zukunft künftiger Generationen. Wir dürfen nicht länger Schecks ausstellen, die unsere Kinder bezahlen müssen.

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Bundespräsident Köhler sagte in einer Rede:

Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in unserem Land ist mit 130 000 jährlich anhaltend hoch – zu hoch. Wir dürfen uns damit nicht abfinden.

130 000 sind die offizielle Größe. Experten gehen sogar von 250 000 Kindern aus, die im Mutterleib getötet werden.

Das ist mit unserem christlichen Menschenbild nicht vereinbar und es ist eine existenzielle Bedrohung für unsere Gesellschaft. Unser Demografieproblem liegt weitgehend darin begründet, dass seit der Freigabe durch die Fristenregelung 1974 circa acht Millionen Kinder nicht geboren, sondern getötet wurden. Wer das Recht auf Leben missachtet, zerstört die Grundlagen unseres Rechtsstaates.

In der genannten Rede ermutigte der Bundespräsident alle, die sich für den Schutz des Lebens einsetzen, mit den Worten:

Jedes Kind ist ein Geschenk, für mich und für viele Menschen ein Geschenk Gottes.

Soweit unser Bundespräsident.

(Beifall)

Das „C“ in unserem Namen verpflichtet uns, zu diesem Thema nicht länger zu schweigen. Denn was moralisch falsch ist, kann politisch nicht richtig sein.

In diesem Zusammenhang sollte sich die CDU auch nicht länger daran beteiligen, dass Abtreibungen mit Steuergeldern finanziert werden. Das vermittelt den Menschen in unserem Land, dass ein Schwangerschaftsabbruch eine Bagatelle sei, und verwischt dadurch die Grenzen zwischen Recht und Unrecht.

Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Besinnen wir uns auf unsere Tradition und unsere große Erfolgsgeschichte. Beherzigen wir eine Devise Konrad Adenauers:

Wenn die anderen glauben, wir sind am Ende, dann müssen wir erst richtig anfangen.

In diesem Sinne lasst uns gemeinsam unsere Nation nachhaltig prägen, so wie wir es seit 60 Jahren leidenschaftlich und erfolgreich tun. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Der Nächste auf der Rednerliste ist der Kollege Oettinger aus Baden-Württemberg.

Günther H. Oettinger: Liebe Freundinnen und verehrte Freunde! Das zu Ende gehende Jahr 2006 wird das erste gute Jahr für Deutschland in diesem Jahrzehnt. Waren die letzten fünf Jahre von Rezession, Stagnation und steigender Arbeitslosigkeit geprägt, haben wir in diesem Jahr die Trendumkehr erreicht. Wer hätte zum Jahresbeginn geglaubt, dass Deutschland 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum und Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen haben wird? Wären Schröder und Clement noch an der Regierung, sie würden Krönungsmessen zelebrieren, vor dem DGB und den Arbeitgebern im ganzen Land.

Und was machen wir? Wir führen einen Richtungsstreit und behaupten, dass Angst im Mittelpunkt steht und nicht Perspektive und Hoffnung von unserer Politik im Bund ausgehen kann.

(Beifall)

Deswegen steht für mich die Frage im Mittelpunkt: Wie erreichen wir, dass nach einem Jahr guter Konjunktur die Wirtschaft auch in den nächsten Jahren wächst und durch mehr Wachstum

mehr Beschäftigung für viele oder alle entstehen kann? Nicht Arbeitslosigkeit zu verwalten, sondern Beschäftigung zu schaffen, muss im Blickpunkt unserer Arbeit stehen.

(Beifall)

In den letzten Jahren hatten wir immer eine zentrale Botschaft: Sozial ist, was Arbeit schafft. Ich glaube, dies muss auch heute unsere Botschaft an die Menschen sein: Die beste Sozialpolitik ist die für mehr Wachstum der Wirtschaft und mehr Beschäftigung im ganzen Land.

(Beifall)

Jürgen Rüttgers hat in einem völlig Recht: Unser Parteitag ist kein Koalitionsausschuss. Denkverbote gibt es nicht. Nicht Kurt Beck bestimmt unsere Tagesordnung, sondern wir sind selbst Mann und Frau genug, um den Bürgern zu sagen, wohin die Politik in Deutschland geht.

Da gibt es aktive Elemente und reaktive Elemente. Reaktive Elemente sind: der Mindestlohn, der Kombilohn, der zweite und der dritte Arbeitsmarkt, das Arbeitslosengeld. Über alles kann man reden und muss man reden. Wenn aber das Arbeitslosengeld im Mittelpunkt steht und alles andere verdrängt wird, wenn Bildung, Forschung und Innovation, wenn Steuerreform und Integration, wenn Bürokratieabbau und flexibles Arbeitsrecht nicht mehr im Mittelpunkt stehen, dann hat die CDU einen inhaltlichen und zentralen strategischen Fehler gemacht.

Die Debatte um das Arbeitslosengeld darf nicht den Blick auf die wirklich wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung verstellen. Diese Gefahr darf heute hier nicht realisiert sein.

(Beifall)

Angela Merkel hat ihre Regierungserklärung vor einem Jahr im Deutschen Bundestag mit der Aussage überschrieben: Lasst uns mehr Freiheit wagen. Ich glaube, dass mehr Freiheit, mehr Markt und weniger Staat, mehr Eigenverantwortung und höhere soziale Treffsicherheit auch in den nächsten Jahren die zentrale Aussage unserer Politik bleiben muss. Nicht Arbeitslosigkeit zu verwalten, sondern Beschäftigung zu verstärken, muss im Mittelpunkt der Arbeit von CDU und CSU stehen.

(Beifall)

Wenn gesagt wird, die Menschen hätten Angst, dann glaube ich dieses. Aber nicht nur der Arbeitnehmer und der Arbeitslose haben Angst. Ich kenne manchen Handwerksmeister, manchen Bäckermeister, manchen Einzelhändler, manchen Mittelständler, der am 28. eines Monats nicht weiß, wie er Löhne und Gehälter bezahlen soll, der um seine Existenz Angst hat und um die seiner Arbeitnehmer ebenso. Wir müssen schon auch sehen, dass die Wirtschaft entlastet werden muss, dass mehr Arbeitgeber für mehr Arbeitsplätze in Deutschland stehen.

(Beifall)

Nach einem Jahr einer von der Union geführten Bundesregierung, nach einem Jahr Kanzlerschaft von Angela Merkel und uns sollten wir eine Perspektive aufzeigen, sollten wir aufzeigen, wie aus dem Wachstum dieses Jahres nicht eine Episode, sondern eine Epoche wird, die die zweite Hälfte dieses Jahrzehnts durch Wachstum zu mehr Beschäftigung führt.

Deswegen glaube ich, dass einige Anträge zwar behandelt werden können, dass man manchen zustimmen kann, dass sie aber nicht plakativ im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Der Nächste auf der Liste ist Peter Müller aus dem Saarland.

Peter Müller: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Wenn man sich die Begleitung dieses Parteitages in den letzten Tagen und auch am heutigen Vormittag angeschaut hat, hat man gesehen, dass sie von zwei Behauptungen getragen war. Die erste Behauptung lautete: Die CDU befindet sich in einem tief greifenden Richtungsstreit und dieser Parteitag wird Aufschluss geben über die Neuausrichtung der CDU.

Die zweite Behauptung lautete: Viele Dinge, die Gegenstand der vorliegenden Anträge sind, sollten sinnvollerweise auf diesem Parteitag nicht behandelt werden, weil das, was dort gefordert wird, mit den Sozialdemokraten, mit dem Koalitionspartner, nicht zu machen ist, so dass es besser wäre, wenn es die CDU erst gar nicht beschlösse.

Ich bin Angela Merkel sehr dankbar, dass sie mit ihrer Rede sehr deutlich gemacht hat: Beide Behauptungen sind schlicht falsch.

(Beifall)

Natürlich – das ist ja bereits mehrfach gesagt worden – gilt: Der Parteitag ist nicht der Koalitionsausschuss. Wir wissen, dass eine Große Koalition den beständigen Zwang zum Kompromiss bedeutet. Wir wissen, dass diese Kompromisse geschlossen und vertreten werden müssen. Aber wir wissen auch: Das, was in diesen Kompromissen zum Ausdruck kommt, ist nicht CDU pur. Wenn wir CDU pur nicht auf unserem Parteitag formulieren – wo sollen wir es denn sonst formulieren? Dieser Parteitag muss deutlich machen: Wir wissen mehr als das, was wir in der Koalition durchsetzen können. Wir haben weiter gehende, bessere Konzepte, die unserem Land weitergehend helfen würden, wenn wir sie umsetzen könnten.

(Beifall)

Ich halte es auch deshalb für notwendig, dass wir über die Konzepte reden, weil es nicht genügen kann, auf diesem Parteitag über die vorhandenen Ängste zu sprechen. Unsere Aufgabe ist

es nicht, Ängste zu analysieren. Unsere Aufgabe besteht darin, den Menschen Hoffnung zu machen, indem wir ihnen Lösungen zur Bewältigung ihrer Ängste aufzeigen.

(Beifall)

Deshalb mag es sein, dass es Sozialdemokraten gibt, deren wichtigstes Ziel die möglichst zeitnahe Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ist. Diesen Parteitag kann niemand daran hindern zu sagen: Wir glauben, dass Beitritts- und Aufnahmefähigkeit entscheidend für die Erweiterung für die Europäische Union sind. Wir glauben, dass die privilegierte Partnerschaft das Richtige ist, weil wir wissen, dass ein zu schneller Erweiterungsprozess Europa aus den Herzen und Köpfen der Menschen entfernt. Das wollen wir nicht. Wir sind überzeugte Europäer und weil wir das sind, wollen wir einen umsichtigen Prozess und die privilegierte Partnerschaft für die Türkei. Niemand kann uns daran hindern, das in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall)

Niemand kann uns daran hindern – ob es die Sozialdemokraten wollen oder nicht – zu sagen: Sozial ist, was Arbeit schafft. Eines der größten Beschäftigungshemmnisse ist die Überregulierung des Arbeitsmarktes. Deshalb wollen wir betriebliche Bündnisse für Arbeit. Deshalb wollen wir Änderungen beim Kündigungsschutz. Wenn diese Forderungen in der Sache richtig sind, muss der Parteitag sie formulieren, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Koalitionspartner sie jetzt oder erst nach einer Phase des Umdenkens umsetzen wird.

Ich will ein anderes Beispiel nennen. Wenn wir Christdemokraten der festen Überzeugung sind, dass der Schutz des Lebens unsere wichtigste Aufgabe ist, wenn wir Christdemokraten der festen Überzeugung sind, dass dies auch und insbesondere für den Schutz des werdenden Lebens gilt, dann mag es ja sein, dass Sozialdemokraten die Auffassung vertreten, es sei schon alles geschehen, was in dieser Gesellschaft geschehen kann, um werdendes Leben zu schützen. So sagen wir Christdemokraten dennoch, gerade mit Blick auf die Problematik der Spätabtreibungen, gerade mit Blick auf unsere Überzeugung, dass jedes Leben gleichwertig ist, egal ob behindert oder nicht behindert, und dass nach wie vor Handlungsnotwendigkeiten bestehen. Diesen Notwendigkeiten stellen wir uns, das ist unsere Aufgabe. Das ist die Auffassung der Christdemokraten, diese formulieren wir, egal was der Koalitionspartner will.

(Beifall)

Deshalb fordern wir unabhängig von der Frage, ob sich die Sozialdemokraten nach wie vor in einer geistigen Babylonischen Gefangenschaft gegenüber der Agenda 2010 und Gerhard Schröder wähnen, dass im Bereich unserer sozialen Sicherungssysteme der Grundsatz gelten muss: Wer mehr eingezahlt hat und mehr Solidarität geleistet hat, der hat auch einen Anspruch darauf, dass ihm, wenn er selbst Solidarität genießen muss, mehr zurückgezahlt wird, dass ihm

gegenüber mehr Solidarität geleistet wird, als gegenüber demjenigen, der wenig oder gar nichts eingezahlt hat. Auch das ist ein Prinzip, zu dem wir uns bekennen sollten.

Liebe Freunde, ich glaube, der entscheidende Punkt ist, dass wir in diesen Debatten über einzelne Fragen die Kraft haben sollten, deutlich zu machen, dass all das, was wir tun, auf der Grundlage unbestrittener Überzeugungen und Grundwerte stattfindet. Die CDU ist die Partei des christlichen Menschenbildes. Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, sie ist die Partei der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Das ist unstreitig zwischen uns. Deshalb gibt es auch keine Richtungsdebatte. Wir sind uns einig in unseren Grundwerten, wir sollten uns daher eine Richtungsdebatte nicht von außen aufreden lassen.

(Beifall)

Wir brauchen keine Neuausrichtung. Was wir permanent brauchen, ist die Besinnung auf unsere geistigen Wurzeln. Vielleicht haben wir in der Vergangenheit den Fehler gemacht, die Rückführung auf unsere eigenen Grundsätze, auf unsere geistigen Wurzeln unzureichend durchzuführen. Wir haben viel über Steuersätze geredet. Steuersätze sind wichtig, aber genau so wichtig wie die Steuersätze sind auch die Grundsätze. Vielleicht müssen wir in der Zukunft mehr über unsere Grundsätze reden, ohne die Steuersätze und die Diskussion derselben dabei zu vernachlässigen.

(Beifall)

Das heißt – das soll mein letzter Gedanke sein –, dass wir natürlich auch über das Verhältnis einzelner Grundsätze und Grundwerte zueinander reden müssen. Dass die CDU die Partei der Freiheit ist, dass sie die Partei ist, die bereit ist, notwendige Hartz-Reformen anzupacken, ist etwas, was uns abgenommen wird, für das wir stehen. Das hat der Parteitag in Leipzig zu Recht deutlich gemacht. Aber, liebe Freunde, wir dürfen bei allem Bekenntnis zur Freiheit, bei allem Bekenntnis zu Markt und Wettbewerb nicht vergessen, dass Wettbewerb, Freiheit und Markt allein noch keine Gerechtigkeit schaffen. Das ist etwas, was wir in der Vergangenheit vielleicht nicht hinreichend deutlich gemacht haben.

Wir haben Nachholbedarf bei dem Bemühen um soziale Ausgewogenheit und Gerechtigkeit. Deshalb glaube ich, dass die wichtige Frage, wie erreiche ich die soziale Gerechtigkeit, wie erreiche ich Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit aber auch Verteilungsgerechtigkeit, unter den Bedingungen der Globalisierung eine zentrale Frage für die Union ist. Wir stehen für Freiheit und Gerechtigkeit, und zwar für beide Prinzipien in gleichem Umfang.

Wenn in diesem Zusammenhang gesagt wird, das Eintreten für soziale Gerechtigkeit ist Voraussetzung für die Mehrheitsfähigkeit der Union, dann erwidere ich: Das mag ja richtig sein, aber es nicht entscheidend; entscheidend ist, dass unsere Vorstellungen der Sozialen Markt-

wirtschaft, die Vorstellung Ludwig Erhards, Wohlstand für alle, nur umsetzbar ist, wenn das Bekenntnis zur Freiheit mit dem Bekenntnis zur Solidarität und zur Gerechtigkeit verbunden wird. Die Union ist die Partei der Freiheit und der Gerechtigkeit – das muss die Botschaft dieses Parteitags sein. Das bringt uns nicht nur Mehrheitsfähigkeit, das ist Wahrnehmung unserer Verantwortung für unser Land. Wer, wenn nicht wir, soll unser Land nach vorn führen? Deshalb brauchen wir ein klares Bekenntnis, dass wir dazu entschlossen sind, für die Freiheit einzutreten, ohne die Gerechtigkeit dabei zu vergessen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als nächster Redner steht Herr Schlarman auf der Liste.

Dr. Josef Schlarman: Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin! Meine lieben Delegierten! Wenn Leipzig ein Signal für die marktwirtschaftliche Reform gewesen ist – das glaube ich – und Dresden ein Signal für mehr Gerechtigkeit sein soll, was gewünscht wird, dann darf ich einen kleinen räumlichen Zusammenhang darstellen, auf den mich gestern ein Delegierter aus Paderborn hingewiesen hat. Er sagte: Der Weg von Düsseldorf nach Dresden führt über Leipzig. Das mag symbolisch dafür stehen, dass zunächst die Freiheit kommt und dann die Gerechtigkeit, ohne dass zwischen diesen beiden Prinzipien ein Prioritätsverhältnis begründet wird.

Wenn wir aber mit der Gerechtigkeit anfangen, ohne die Freiheit im Auge zu haben und sogar in Gefahr sind, sie zu vernachlässigen, dann werden wir die Gerechtigkeit nie herstellen. Ich muss Herrn Müller in einem Punkt widersprechen: Der Markt ist keine unsoziale Veranstaltung. Nach Ludwig Erhard ist der Markt die Einrichtung, die für Gerechtigkeit, und zwar für die Leistungsgerechtigkeit, die wir an die erste Stelle gesetzt haben, sorgt.

(Vereinzelt Beifall)

Nach dem Prinzip der Subsidiarität kommt der Staat mit der Verteilungsgerechtigkeit erst dann, wenn er festgestellt hat, dass der Markt bei der Gerechtigkeitsfrage versagt hat. Ich glaube, diese Verhältnisse müssen wir richtig stellen. Wenn ich die aktuelle Entwicklung betrachte, so ist es in der Tat so, dass wir 600 000 Arbeitslose weniger haben. Das liegt an der guten Konjunktur. Die Großen haben daran verdient. Der Mittelstand aber hat die Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall)

Der Mittelstand braucht eine freiheitliche Wirtschaftsordnung.

Die Großen sind nicht unbedingt auf freiheitliche Wirtschaftsordnungen angewiesen; die können sich international behelfen. Aber wir, die wir hier im Inland sind, brauchen Freiheit; sonst ist freies Unternehmertum nicht möglich.

(Beifall)

Deshalb glaube ich, dass die Bundeskanzlerin heute ein richtiges Signal gesetzt hat. Wir müssen nicht nur „Leipzig“ erhalten, sondern müssen einen neuen Ansatz für die Reform, für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft schaffen. Sehr verehrte Frau Merkel, wir von der MIT werden Sie dabei unterstützen, und wir werden uns auf dem Weg der kleinen Schritte auch herausnehmen zu fragen, ob sie mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft kompatibel sind oder nicht. Das ist eine Aufgabe, die die MIT im Interesse der Partei erfüllen kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Der Nächste auf der Rednerliste ist Tim Küsters vom RCDS.

Tim Küsters: Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn ich über das Thema Bildung rede, sagt man mir immer wieder: Hiermit kannst du keine Wahlen gewinnen. Im letzten Jahr durfte ich aber mit Jürgen Rüttgers in NRW ein anderes Erlebnis haben. Wahlen kann man mit dem Thema Bildung doch gewinnen. Mit dem Schlagwort „5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall“ konnten wir auf die große Lücke hinweisen, die Rot-Grün in nordrhein-westfälische Schulen geschlagen hatte.

Seit letztem Jahr können wir in Nordrhein-Westfalen eine andere Politik fahren. Schon in dieser kurzen Zeit haben wir mit Jürgen Rüttgers und Frau Sommer als Kultusministerin dort gute Schritte in die richtige Richtung gemacht. Auch auf der Bundesebene mache ich mir seit dem letzten Jahr keine Sorgen mehr: Mit Frau Schavan haben wir eine hervorragende Ansprechpartnerin, wenn es um Wissenschaft und Forschung an unseren Hochschulen geht.

Trotzdem ist der Wissenschaftsbereich in Deutschland immer noch unterfinanziert. Wir als RCDS können zwar immer wieder fordern, dass mehr Geld in die Hochschulen muss, dass die Lehre verbessert werden muss; wir werden dann aber auch immer gefragt: Woher wollt ihr das Geld denn nehmen? Ganz klar ist für uns dabei: Das neue Geld darf nicht aus Schulden kommen. Wir berauben eine Generation ihrer Zukunft, wenn wir immer neue Schulden aufhäufen, wenn wir ihr zwar eine Zukunft mit guter Bildung bieten, wenn aber das Geld, das sie braucht, um etwas finanzieren zu können, wenn sie in der Verantwortung ist, dann schon ausgegeben ist.

Deswegen haben wir unseren Stand draußen und auch unsere neue Kampagne unter das Motto „Kohle für Bildung“ gestellt. Das ist ein tagesaktuelles Thema, denn in der nächsten Woche über den Ausstieg aus den Kohlesubventionen verhandelt. Ganz klar muss sein: wenn mehr Geld in die Bildung kommt, muss es aus Einsparungen bei anderen Posten stammen. „Kohle für Bildung“ steht dann nicht nur für Einsparungen bei den Steinkohlesubventionen, sondern für das Zurückfahren aller Subventionen, wobei das Geld nicht nur in die Rückführung der Alt-schulden gesteckt werden muss, sondern auch in die Zukunft, und die Bildung ist Zukunft.

Teilhabegerechtigkeit und Chancengerechtigkeit erreichen wir nur dann, wenn der neuen Generation, wenn Kindern von Anfang an die Möglichkeit geboten wird, aktiv an der Gesellschaft

teilzunehmen. Wir müssen zu Beginn des Lebens Chancengerechtigkeit schaffen. Dies schaffen wir durch mehr Bildung, und wir brauchen hierfür mehr Geld. Lassen Sie uns gemeinsam Deutschland erfolgreich machen, lassen Sie uns durch die erfolgreiche Politik der CDU Bildung zukunftsfähig gestalten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Ursula von der Leyen, Tagungspräsidium: Nächster Redner in der Aussprache ist Herr Peter Jungen.

Peter Jungen: Frau Vorsitzende! Frau Bundeskanzlerin! Meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Oettinger in den Prioritäten, die er heute Morgen hier gesetzt hat, ausdrücklich zustimmen. Ich glaube, wir verzerren die Wirklichkeit, wenn wir den Eindruck erwecken, als ob die entscheidende Frage in der sich ständig globalisierenden Umwelt bei dem Mangel an Wachstum, den wir haben – obwohl wir dieses Jahr zum ersten Mal wieder wachsen –, nur darin bestünde, wie viele Monate und in welchem Umfang diejenigen Unterstützung bekommen, die die Opfer einer falschen Politik sind. Unser eigentliches Problem ist der Mangel an Dynamik unserer Volkswirtschaft, und das seit vielen Jahren.

Wenn wir uns einmal die Vergleiche mit vielen anderen Ländern ansehen, stellen wir fest, dass unser Hauptproblem die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit ist. Das ist zum Teil die Folge einer falschen Politik, die auch wir in der Vergangenheit mit zu vertreten hatten. Während in den USA nur 13 Prozent der Arbeitslosen innerhalb von einem Jahr keinen Job finden, sind es bei uns über 50 Prozent. Das eigentliche Problem ist also die Langzeitarbeitslosigkeit, die auch Teil einer falschen Politik ist, auch Teil einer falschen Bildungspolitik, die sich zunehmend als unsozial erweist.

Ich stimme dem Vorredner ausdrücklich zu: Wir müssten viel mehr streitig über die Frage diskutieren, wie wir über Bildung Chancengleichheit schaffen, statt uns am Ende über die Verteilung zwischen den Opfern zu streiten. Im Grunde genommen diskutieren wir immer nur über die Verteilung zwischen den Opfern, nicht über die Verteilung zwischen uns und den Opfern.

Meine Damen und Herren, daneben ist der niedrige Prozentsatz der Beschäftigungsquote in unserem Land ein wesentlicher Punkt. Im Vergleich zu Großbritannien oder wiederum zu den USA haben wir eine acht Prozentpunkte niedrigere Beschäftigungsquote – acht Prozent Anteil an der erwachsenen Bevölkerung –, und das Interessante ist: im Bereich zwischen 25 und 50 Jahren stehen wir sehr gut da, aber bei den jungen Leuten und bei den Älteren versagt unser verkrusteter Arbeitsmarkt.

Werte Damen und Herren, wir führen jetzt eine Debatte darüber, ob wir den Jüngeren Geld wegnehmen, wenn wir es den Älteren länger zahlen. Wo landen dann die jungen Leute, deren Ausbildungs- und Berufschancen sowieso schon schlechter sind als die derjenigen, die 10 oder

20 Jahre älter sind? Wir sollten uns nicht auf diese Diskussion konzentrieren, sondern auf die Frage, wie wir wieder mehr wirtschaftliche Dynamik gewinnen können, um denen eine Chance zu geben, die sich nicht selbst helfen können.

Unser Problem ist nicht, dass wir Arbeitsplätze verlieren. Unser Problem ist, dass wir keine neuen oder zu wenige neue hinzubekommen. In der Politik reden wir immer vom Recht auf Arbeit. Aber wer löst denn dieses Versprechen ein? Die Politik? Oder braucht sie dafür nicht andere? Das sind Unternehmer, die im Grunde die politischen Versprechen einlösen müssen. Wie wirkt eigentlich unsere Diskussion auf junge Gründer oder Gründerinnen, die wir ermuntern wollen, in diesem Land eine Firma zu gründen und Menschen zu beschäftigen? Wie wirkt unsere Diskussion auf diese Menschen in ihrer sozialen Situation, in ihrer Unsicherheit, in der Unklarheit, ob sie Kunden finden, um ihre Mitarbeiter beschäftigen zu können? Glauben wir ernsthaft, dass junge Menschen ermuntert werden, das Risiko der Selbstständigkeit einzugehen? Viele werden sich fragen, ob es dann nicht doch besser ist, sich dem Sozialstaat zu überlassen, über den ja, wie es manchmal scheint, die Union die ganze Diskussion nur noch führt.

Wir haben in diesem Land keinen Mangel an Arbeit; das haben wir hier schon häufiger festgestellt. Wir haben einen Mangel an Arbeitgebern und damit an Unternehmern, die Arbeit organisieren. In diesem Zusammenhang muss ich die Bundesregierung und vor allen Dingen die Frau Bundeskanzlerin ausdrücklich loben. Die Unternehmenssteuerreform ist jetzt auf den Weg gebracht worden, und besonders durch den Einsatz der Bundeskanzlerin ist verhindert worden, dass diese unsinnigen Vorstellungen von der Besteuerung von Zinsaufwendungen Platz greifen. Das ist ein großer Fortschritt, auch und gerade für neu gegründete junge Unternehmen. Wovon sollen die sonst leben, wenn sie keine Bankkredite bekommen?

Meine Damen und Herren, vor 25 Jahren hat Ronald Reagan den Economic Recovery Act unterschrieben. Dank der damit verbundenen massiven Steuersenkung sind in den USA mehr Arbeitsplätze geschaffen worden als in allen anderen Industrieländern zusammen. Über diese Zusammenhänge sollten wir doch einmal miteinander reden.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir Angst haben vor der Globalisierung. Niemand hat in der Nachkriegszeit mehr von der Globalisierung profitiert als Deutschland. Später hat niemand mehr davon profitiert als die EU. Unter diesem Gesichtspunkt können wir doch nicht so tun, als sei jetzt das Ende der Sozialen Marktwirtschaft gekommen. Nachdem sich die ganze Welt vom Kommunismus abgewandt und die Marktwirtschaft übernommen und mit Erfolg eingeführt hat, in dem Moment haben wir Angst vor den Kräften des Marktes und der Sozialen Marktwirtschaft. War nun der Kommunismus die eigentliche Bedrohung oder ist die Globalisierung die eigentliche Bedrohung, die durch die Einführung der Marktwirtschaft in China und anderen asiatischen Ländern vorangetrieben wird? Wir sollten diese Ängstlichkeit ablegen. Ludwig Erhard und Konrad Adenauer würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie unsere Angst vor der Globali-

sierung mitbekommen würden. Beide haben sich damals bemüht, Deutschland für den Weltmarkt zu öffnen und haben darin die einzige Chance gesehen, um Wohlstand zu schaffen.

Wir sollten uns auch einmal daran erinnern, wie es zur Sozialen Marktwirtschaft kam. Als Ludwig Erhard sie am 10. Juni 1948 eingeführt hat, da gab es vorher keinen Parteitag, da gab es keine Bundesregierung, da gab es noch nicht einmal eine Bundespartei. Niemand hat ihn also daran hindern können. Er hat die Aufhebung der Bewirtschaftung ganz alleine auf seine eigene Kappe genommen und das mit großem Erfolg.

Ludwig Erhard ist ja heute hier mehrfach bemüht worden. Ich würde mich freuen, wir würden einmal eine Diskussion darüber führen – dazu reicht dieser Parteitag natürlich nicht –, wie Ludwig Erhard wirklich zum Wettbewerb gestanden hat. Am 14. Oktober 1946 hat er in einem Artikel öffentlich erklärt: „Der Wettbewerb ist an sich sozial.“ Für ihn war laut einer Aussage vom 26. April 1953 die Marktwirtschaft ein Sozialprogramm. Er hat am 30. April 1964 weiter gesagt, er sei skeptisch gegenüber dem Wort Gerechtigkeit, weil mit keinem Wort so viel Missbrauch getrieben werde. Dem hat er noch hinzugefügt: erst recht mit dem Wort „soziale Gerechtigkeit“. Am 29. Juli 1949 hat er gesagt – Herr Müller, ich erwähne das einmal –, soziale Gerechtigkeit entstehe durch Wettbewerb. Nicht jeder also, der sich heute auf Ludwig Erhard beruft, tut das zu Recht, wie aus diesen Zitaten deutlich wird.

Schließlich hat Ludwig Erhard auch gesagt: Nichts ist unsozialer als der so genannte Wohlfahrtsstaat. Demzufolge müssen wir, meine Damen und Herren, die Menschen vor Gefahren schützen, aber nicht vor dem Wettbewerb. So hat nämlich Ludwig Erhard sein System verstanden. In seinem Aufsatz mit dem Titel „Die wahren Feinde des deutschen Volkes“ hat er sogar geschrieben, dass sich der Wohlfahrtsstaat nur noch graduell, aber nicht mehr grundsätzlich von totalitären Systemen unterscheidet. Wir müssen also aufpassen, dass nicht eine weitere Lebenslüge Eingang in unsere Partei findet. Das würde geschehen, wenn diejenigen recht behalten, die die Auffassung vertreten, dass die CDU die Partei der Sozialen Marktwirtschaft sei. Ludwig Erhard ist ja, wie wir alle wissen, nicht 1949 in die CDU eingetreten, sondern erst am 24. April 1963 – rückdatiert auf den 1. März 1949 –, wenige Tage vor seiner Wahl zum Bundeskanzler. Die ganze Zeit vorher gehörte er der CDU nicht an. Vielleicht war es auch in gewisser Weise ein Vorteil, denn er konnte sich so ein gewisses Maß an Freiheit bewahren, das ihn erfolgreich gemacht hat.

Lassen Sie mich noch ein Zitat von ihm zur Verwendung des Begriffes „sozial“ im Zusammenhang mit dem Markt bringen. An seinem 70. Geburtstag hat er sich an den anwesenden Friedrich von Hayek, einen der wichtigsten Vertreter der österreichischen Schule der Nationalökonomie, gewandt und gesagt:

Herr von Hayek, damit wir uns nicht falsch verstehen: Die Marktwirtschaft benötigt nicht das Adjektiv „sozial“. Sie ist durch den Wettbewerb allen anderen Systemen so überlegen, dass sie denjenigen eine Hilfe geben kann, die sich selbst nicht helfen können.

Insofern hat er in Übereinstimmung mit Müller-Armack das Wort „sozial“ immer in dem Sinne verwendet, dass etwas dadurch bewirkt wird, aber wir es nicht sozial machen müssen. In seiner Vorstellungswelt gibt es keine Verteilungsgerechtigkeit, die die Politik schafft, sondern der Markt ist der Ort, an dem dieses stattfindet.

Ich weiß, dass der eine oder andere von diesen Zitaten etwas überrascht ist. Wir sollten aber doch klar sehen, dass Ludwig Erhard, auf den wir uns so gerne berufen, nicht nur die Grundlagen unserer Marktwirtschaft gelegt hat, sondern er damit auch die Türen für Deutschland in der Welt geöffnet hat und wir ihm unseren ganzen Wohlstand verdanken.

Wir sollten auch aufpassen, dass wir mit unseren Diskussionen nicht die qualifizierten jungen Leute aus unserem Lande vertreiben. Fast 150 000 junge Leute haben im vorigen Jahr Deutschland verlassen. Das ist die höchste Zahl seit Kriegsende. Darunter sind vor allen Dingen diejenigen, die leistungsfähig, leistungsstark und leistungsbereit sind. Wenn wir die verlieren und nicht wieder zurückholen, dann werden wir auch im Sozialen verlieren, weil so nämlich auch diejenigen verlieren, die sich nicht selber helfen können. Deshalb wünsche ich mir sehr, dass die Union auf dem Wege, den die Bundesregierung mit der Steuerreform eingeschlagen und den die Frau Bundeskanzlerin in ihrer heutigen Rede wie schon zuvor in Leipzig und Düsseldorf skizziert hat, weitergeht und die eigentlichen zentralen Fragen behandelt, die uns in dieser sich immer stärker globalisierenden Welt herausfordern. Dazu gehören die Themen, die im Vorfeld und auf diesem Parteitag die Hauptschlagzeilen beherrscht haben, nur am Rande. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Nächster Redner in der Aussprache ist Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann: Liebe Parteifreunde! Zunächst einmal freue ich mich darüber, dass wir heute in Deutschland eine Viertelmillion sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr haben als vor einem Jahr.

(Beifall)

Ich musste als langjähriger Arbeitsmarktpolitiker miterleben, wie 60 Monate in Folge die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in diesem Land abnahm. Nun, wo sie seit drei Monaten wieder zugenommen hat, und zwar um eine Viertelmillion, freue ich mich darüber. Ich freue mich vor allem deshalb darüber, weil das in einer Zeit passiert, wo wir in Berlin und in den meisten Bundesländern unser Land gestalten können.

(Teilweise Beifall)

Ein wichtiger Punkt ist aber auch, wie ich glaube, dass unsere große Volkspartei der Mitte, die aufgrund ihrer Geschichte von drei großen Flügeln geprägt ist, nämlich dem liberalen, dem konservativen und dem christlich-sozialen, den ich als CDA-Chef vertrete, auf ihrem Parteitag

auch die Bevölkerung in diesem Land ansprechen muss. Wahr ist ja leider, dass wir jetzt schon bei vielen Wahlen erlebt haben, dass die Zahl derjenigen, die nicht gewählt haben, die wir also alle gemeinsam nicht mehr erreicht haben, zur größten Gruppe geworden ist. Wenn man sich näher mit der Situation auseinandersetzt, dann stellt man fest, dass in diesem Land – das ist wissenschaftlich ziemlich fundiert untersucht worden – jeder dritte abhängig Beschäftigte Angst hat, seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Wenn man dann noch bedenkt, dass diejenigen, die in den großen Beschäftigungssektoren des öffentlichen Dienstes und der Wohlfahrtsverbände arbeiten, keine so große Angst haben, weil es dort bislang noch nicht zu großen Entlassungswellen gekommen ist, dann wird klar, dass der größte Druck auf denjenigen lastet, die in den Bereichen Entwicklung und Produktion in diesem Lande ihren Mann und ihre Frau stehen.

(Teilweise Beifall)

Das sind auch diejenigen, die erheblich zur Wertschöpfung in diesem Land beitragen.

Wir alle wissen, dass wir aufgrund der Demografie das Rentenrecht in diesem Land ändern mussten. Das bedeutet für einen normalen Facharbeiter, der heute 40 Jahre alt ist, schlicht und ergreifend, dass er jeden Monat 50 Euro sparen muss, wenn er in 25 Jahren, wenn er nämlich in Rente geht, die gleiche Rentenhöhe haben will wie ein vergleichbarer Arbeitnehmer, der in diesem Jahr in Rente geht.

Nun gibt es die Hartz-Gesetzgebung, nach der wir diesem Menschen, wenn er mit 50, 52 oder 53 Jahren arbeitslos wird und nichts Neues findet, bis auf 16 000 Euro – das entspricht einer monatlichen Zusatzrente von sage und schreibe 87 Euro – alles wegnehmen, obwohl er das getan hat, was wir immer wollten: Er hat Vorsorge fürs Alter getroffen.

(Vereinzelt Beifall)

Es kann doch einfach nicht richtig sein, dass wir diesem Menschen nicht mehr für die Altersversorgung lassen. Hier geht es nicht um Leute, die nichts haben, sondern um Leute, die etwas können und fleißig sind und sich etwas erarbeitet haben. Sie haben Angst vor dem Abstieg. Das muss diese Partei doch ernst nehmen.

(Beifall)

Ich werde nicht müde, diesen Punkt aufzurufen, weil ich glaube: Wenn wir Menschen, die etwas können, begeistern wollen, gerade in den Bereich von Produktion und Entwicklung zu gehen – ich war nun einmal 17 Jahre lang Maschinenschlosser in der Landmaschinenindustrie; ich kenne mich da ein bisschen aus –, wenn wir sie motivieren wollen, in Betriebe in diesen Industriezweigen zu gehen, und wenn wir nicht wollen, dass all diejenigen, die clever sind, in den sicheren Schoß des Staates gehen, dann müssen wir in der Christlich Demokratischen Union verdammt noch mal die Sorgen dieser Leute ernst nehmen.

(Beifall)

Wir leben in einer Zeit, in der sich etwas geändert hat. Obwohl ich erst 49 Jahre bin, habe ich noch die Arbeitswelt der 70er- und 80er-Jahre kennengelernt. Hier steht einer, der den Gesellenbrief eher als den Führerschein hatte. Das lag nicht daran, dass ich zu doof war, den Führerschein zu machen; ich hatte den Gesellenbrief eben schon mit 18. Damals haben wir Arbeitnehmer, die konservativ dachten, immer geglaubt: Geht es der Wirtschaft gut, geht es unserem Unternehmen gut, geht es auch uns gut. – Das war die Philosophie, die ganz viele von uns hatten, die ihr Kreuz bei den Schwarzen gemacht haben.

Jetzt stellen wir fest, dass dies nur noch im inhabergeführten Mittelstand gilt, dass dies aber in der großen Wirtschaft, bei den großen Konzernen überhaupt nicht mehr gilt. Du kannst fleißig sein, du kannst gut sein, das Unternehmen kann gute Gewinne machen – trotzdem wirst du rausgeschmissen. Es gehört dazu, dass eine Volkspartei wie die CDU das ganz deutlich sagt.

(Beifall)

Deswegen bin ich auch leidenschaftlich für eine Politik, die dem inhabergeführten Mittelstand hilft. Der inhabergeführte Mittelstand ist für uns Arbeitnehmer mittlerweile der beste Arbeitgeber, den wir uns überhaupt wünschen können. Deswegen ist eine Politik für diesen Bereich der Unternehmer immer auch eine Politik für uns Arbeitnehmer.

(Beifall)

Es ist so, dass in dieser globalisierten Welt, in dieser Wissensgesellschaft nach meiner Meinung eines anders ist als vor 20 Jahren. Veränderungen gehen schneller vonstatten und man braucht schnellere Entscheidungen. Deswegen gibt es in unserer Partei eine Debatte und auch eine Beschlusslage, die CDA-Mitglieder übrigens nie verinnerlichen können, dass zum Beispiel der Kündigungsschutz gelockert werden muss, damit sich Betriebe der Situation auf den Märkten schneller anpassen können. Darum geht es. Als jemand, der das nüchtern analysiert und der im Bundestag lange Arbeitsmarktpolitik gemacht hat, muss ich zugeben: Da ist was dran.

Aber dann besteht auch die Situation, dass viele Arbeitnehmer heute nur noch befristete Arbeitsverträge haben. Schauen Sie sich das einmal an! Mittlerweile haben 30 Prozent oder 35 Prozent der Leute unter 30 Jahren nur noch diese Form der Arbeitsverträge. Ich vergleiche das einmal mit der Zeit, als ich 28 war und geheiratet habe. Wie sieht es denn aus, wenn diese Leute mit den befristeten Verträgen zur Sparkasse gehen und einen Kredit haben wollen, weil sie heiraten oder einen Hausstand gründen wollen? Wir müssen also sehen: Es geht nicht nur um die wichtigen Interessen der Unternehmen; wir brauchen auch ein Stück Sicherheit für die Arbeitnehmer, damit sie ihr Leben planen können, damit sie sich zum Beispiel auch für Familie und Kinder entscheiden können.

Das haben wir in Leipzig, finde ich, nicht genügend zusammengebracht. Da haben wir die eine Seite gut gemacht, aber die andere Seite zumindest nicht so betont, dass die Menschen es verstehen konnten.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen meine ich, dass jetzt auch einmal diese Seite in die Debatte der Union gehört.

Ich bin in diesem Jahr 33 Jahre Mitglied der CDU. Ich habe noch keinen Tag bereut, dass ich Mitglied dieser Partei bin. Ich gehöre im Übrigen auch noch zu den CDU-Leuten, die sich jeden Morgen, wenn sie aufstehen, darüber freuen, dass es in ganz Deutschland keinen grünen Minister mehr gibt.

Eines ist wahr: Wir sind eine Partei, in der unterschiedliche Erfahrungswelten zusammenkommen, die der Unternehmer, die Arbeit organisieren, aber auch die Sichtweise der Arbeitnehmer. Ich meine, dass uns – CDA, Mittelstand – in diesen zwei Jahren mit der Kapitalbeteiligung – darüber werden wir morgen früh beraten – in dieser Volkspartei gelungen ist, eine vernünftige Antwort auf einen Teil dieser Probleme und dieses Streits zu entwickeln. Verdammt noch mal! Wir können es doch noch, wenn wir uns vernünftig zusammensetzen und darüber reden!

(Beifall)

Wir können Zukunftslösungen für beide Seiten in diesem Land entwickeln. Das ist auch unser Job und unser Auftrag. Es gilt nicht, den einen gegen den anderen auszuspielen.

(Beifall)

Deswegen bin ich sehr dafür, dass wir nach diesem Parteitag einmal ohne Ideologie darüber reden, ob wir nicht, wenn sich das Arbeitsrecht ändern muss, weil eben schneller entschieden werden muss, eine andere Form der Arbeitslosenversicherung als die brauchen, die wir in Deutschland zu Zeiten entwickelt haben, in denen wir noch ein ganz festes Arbeitsrecht hatten und über das Arbeitsrecht ein Teil der Sicherheit gegeben war. Das wäre doch einmal eine spannende Debatte! Wir müssten in den Ländern Europas, die traditionell kein starres Arbeitsrecht haben, schauen, was für eine Arbeitslosenversicherung die haben. Aber wir diskutieren hier so: Kündigungsschutz runter, Leistungen der Arbeitslosenversicherung runter und nach zwölf Monaten bist du bei Hartz und dir wird alles genommen, was du fürs Alter angespart hast. – Und da wundern wir uns, dass wir bei einem Großteil der Menschen in diesem Land keine Zustimmung mehr finden!

(Beifall)

Diese Debatte kann nach meiner Meinung nur einer in Deutschland zusammenführen: Das ist unsere CDU. Das kann sie nur schaffen, wenn wir auf der einen Seite einen starken CDA-Flügel haben, der solche Überlegungen auch kompetent in die Arbeitnehmerschaft rüberbringen kann, und wenn wir auf der anderen Seite einen vernünftig organisierten Mittelstand haben, in dem wir dies miteinander besprechen.

Dann ist die Aufgabe einer Parteiführung, finde ich, dafür zu sorgen, dass nicht der eine Flügel vom anderen Flügel untergepflügt wird. Das sage ich hier ganz offen: Ich habe in den letzten Jahren oft den Eindruck gehabt, dass die CDA untergepflügt worden ist. Das hat uns nicht gerade attraktiver gemacht.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb meine ich, dass die Debatte der letzten Wochen eine gute Debatte war und dass es jetzt darauf ankommt, was wir als die große Volkspartei der Mitte in den nächsten Monaten aus dieser Debatte machen. Ich habe in meinem politischen Leben oft festgestellt, dass man, weil man aus unterschiedlichen Erlebniswelten kommt, unterschiedliche Erfahrungswelten in die Partei einbringt, natürlich auch unterschiedliche Standpunkte vertreten muss. Aber das christliche Menschenbild und eine bestimmte Vorstellung von der Würde des Menschen, das war dann das, was uns geeint hat und am Ende immer zu tragfähigen Lösungen für beide Seiten geführt hat. So eine CDU wünsche ich mir.

Deswegen ist Leipzig nichts Schlechtes. Aber Leipzig muss zumindest aus meiner Sicht – ich hoffe, dass Sie mich verstehen können – ein bisschen mit den Gedanken angereichert werden, die ich hier rüberzubringen versucht habe. Dann ist das keine linke Politik, dann ist das kein Linksruck in der CDU, sondern dann ist das eine Politik, die schlicht und ergreifend vernünftig ist.

(Beifall)

Dafür bitte ich um ein Mandat für unsere Partei, für den Bundesvorstand der Union. Aber ich sage Ihnen: Wir müssen damit aufhören, dass wir den einen als Sozialdemokraten in der CDU und den anderen als Neoliberalen beschimpfen. Es gibt in der CDU weder Sozialdemokraten noch Neoliberale.

(Vereinzelt Beifall)

Es muss damit aufhören, dass so verfahren wird: Nur weil jemand eine bestimmte inhaltliche Position hat, wählen wir ihn nicht. – Wir müssen uns gegenseitig in Ämter wählen. Ob ich jemanden wähle, entscheide ich nicht danach, welchem Parteiflügel er angehört, sondern danach, ob er ein Typ ist, von dem ich denke, dass er verlässliche Politik macht, dass ich mich auf ihn verlassen kann,

(Beifall)

dass er geradeaus denkt und dass er große Sachkenntnis hat. Das sind die Punkte, nach denen man in der Christlich Demokratischen Union solche Dinge entscheiden muss.

(Beifall)

Dann, glaube ich, wächst daraus eine Kraft, die uns so stark und geschlossen macht, dass gegen uns niemand ankommt.

Wie weit sind wir denn? Wir müssen doch den Anspruch haben, wenn wir bei Wahlen antreten, es alleine zu machen; das sollte der Regelfall sein. Erst dann, wenn wir Not haben, machen wir es mit der FDP. Aber der Anspruch der CDU, absolute Mehrheiten – zumindest in einigen Regionen – zu bekommen, darf nicht aufgegeben werden. Das geht nur, wenn sich die Partei so aufstellt, wie ich es zu vermitteln versucht habe. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Nächster Redner ist Ole von Beust.

Ole von Beust: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Karl-Josef Laumann, das war eine Rede mit Herzblut. Solche Reden tun uns immer gut. Ein Parteitag braucht so etwas.

(Vereinzelt Beifall)

Trotzdem bin ich nicht in allen Punkten Ihrer Meinung.

(Teilweise Beifall)

So sympathisch und menschlich es war, verwahre ich mich ein wenig gegen die Aussage, das, was wir in Leipzig beschlossen haben, sei ungerecht gewesen und bedürfe heute einer Korrektur der Gerechtigkeit. Dieser Ansatz ist, finde ich, nicht in Ordnung.

(Teilweise Beifall)

Was wir in Leipzig beschlossen haben, war eine programmatische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Sie war sowohl in sozialer als auch in ökonomischer Hinsicht dringend notwendig, um das Programm der CDU in wichtigen Punkten zu profilieren, was zugegeben in vielen Punkten unpopulär war und vermutlich in manchen Punkten noch immer unpopulär ist. Aber ich bin überzeugt: Wer führen und gute Politik machen will, muss auch unpopuläre Dinge sagen und durchsetzen. Es geht nicht anders.

(Beifall)

Lieber Jürgen Rüttgers, es ist daher für mich kein Maßstab, wenn 80 Prozent der Menschen sagen, etwas sei gut. Das ist wichtig zu hören, keine Frage. Natürlich wollen wir auch gewählt werden. Wir wollen das, was die Menschen denken, ernst nehmen. Aber demoskopische Werte sind für mich kein Maßstab bei der Entscheidungsfindung.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Maßstab ist für mich – hier gebe ich Jürgen Rüttgers und Karl-Josef Laumann Recht –, ob etwas gerecht ist oder nicht, keine Frage. Wir haben sehr heftig über Freiheit und Gerechtigkeit diskutiert. Diese Frage muss man in diesem Fall ganz konkret beantworten, weil hier ein ganz

konkreter Vorschlag gemacht wird. Es wird behauptet, es sei gerecht, das Arbeitslosengeld I an ältere Arbeitslose länger zu zahlen. Schön wäre es allemal, keine Frage. Dass dahinter teilweise furchtbare, ergreifende Schicksale stehen, wissen wir alle, die – wo auch immer – Verantwortung haben. Ich kann mich in die Schicksale hineinversetzen. Wenn man aber die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verlängern will, dann muss man auch sagen, wie es bezahlt werden soll.

(Teilweise Beifall)

In dem Antrag steht, dass es aufkommensneutral finanziert werden soll. Was heißt das denn? Wer soll das bitte bezahlen? Sollen dafür die Steuern und Abgaben für die Arbeitnehmer und die Unternehmen erhöht werden? Woher soll das Geld kommen? Wenn man aus dem System finanziert, dann möchte ich gerne hören, wer für das angeblich Gerechtere bluten soll, und begründet haben, warum dies gerecht sein soll.

(Teilweise Beifall)

Ich garantiere Ihnen: Bei jedem, bei dem gekürzt werden soll, gibt es einen guten Grund, das in entsprechender Höhe anzusetzen. Natürlich werden diejenigen, die es gerechter machen wollen, sagen können: Ist es denn gerecht, wenn gerade bei Jüngeren, die gerade eine Familie und einen Hausstand gegründet haben und Kredite aufgenommen haben, um die ersten Anschaffungen vorzunehmen, gekürzt wird? – Nun wird mir entgegengehalten, so dürfe man nicht argumentieren. Wir dürften die Jüngeren nicht gegen die Älteren ausspielen. Aber dann, lieber Jürgen Rüttgers und alle anderen, sagt bitte, wie es bezahlt werden soll. Dann können wir darüber streiten, ob es gerecht ist oder nicht. Aber pauschal etwas Schönes zu verlangen, ohne zu sagen, wie es bezahlt werden soll, ist mit Verlaub etwas vordergründig.

(Teilweise Beifall)

So gut gemeint der Vorschlag ist, er geht aus meiner Sicht in die falsche Richtung. Wir diskutieren und streiten über die Frage, wie man die Folgen der Arbeitslosigkeit – ich weiß, dass diese in persönlicher Hinsicht sehr tragisch sein können – besser alimentieren kann. Aber wir wissen, dass wir relativ wenig Geld zum Alimentieren haben. Auch wenn die Steuereinnahmen momentan gut sind, befinden wir uns in einer schwierigen Entwicklung. Wir sind ja nicht schuldenfrei. Vielmehr sind alle hoch verschuldet, bis auf Dresden. Wir brauchen höhere Abgaben. Also müssen wir schauen, welches in sozialpolitischer Hinsicht der vernünftigste Ansatz in Zeiten knapper Kassen ist. Ich bin der Meinung, dass es ein Fehler wäre, über höhere Alimentierungen nachzudenken. Der richtige Ansatz ist, zukünftig zu verhindern, dass junge Menschen in die Situation kommen, in der sie Alimentierung oder Hilfe brauchen.

Wie können wir jedem eine Chance eröffnen? Das beginnt ganz früh bei der Kinderbetreuung, im Kindergarten, in der Grundschule und setzt sich am Gymnasium, an der Universität sowie in

Wissenschaft und Forschung fort. Aus meiner Sicht lautet die zentrale Frage: Was können wir als Christlich-Demokratische Union tun, um den jungen Menschen die Chance zu geben, nicht in die Situation zu kommen, in die andere tragischerweise gekommen sind? Das ist aus meiner Sicht der richtige politische Ansatz.

(Teilweise Beifall)

Das geht nur Stück für Stück. Ich will denjenigen, die heute etwas nehmen, nichts wegnehmen. Um Gottes Willen! Aber ich glaube, es macht wenig Sinn, mehr zu geben. Man muss langsam umsteuern und sowohl Jüngeren als auch Älteren nicht durch Alimentierung, sondern durch Qualifikation neue Chancen eröffnen. Förderung der frühkindlichen Entwicklung, Lernen, Ausbildung, das sind die Dinge, auf die es ankommt. Ich glaube, das ist die soziale Frage, die wir beantworten müssen. Hier haben wir bereits gute Wege aufgezeigt.

Vor diesem Hintergrund meine ich: So gut gemeint es ist und so menschlich verständlich es ist, eine höhere Alimentierung ist der falsche Weg. Vielmehr müssen wir Vorsorge treffen, dass dieser Fall erst gar nicht eintritt. Das ist der richtige Weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Nächster Redner in der Aussprache ist Armin Laschet.

Armin Laschet: Liebe Parteifreunde! Das ist schon eine zum Teil eigenartig geführte Debatte. Wir diskutieren zum einen über die sehr detaillierten Formulierungen eines Antrags und zum anderen mit einer Aneinanderreihung von Zitaten von Ludwig Erhard über die Frage, ob Wettbewerb Gerechtigkeit schafft. Ich glaube, dass diese Debatte so geführt wird, macht zuallererst deutlich, dass diese Debatte notwendig ist, dass wir uns in manchen Punkten scheinbar nicht mehr so klar sind, wie Soziale Marktwirtschaft funktionieren soll. Deshalb will ich dem Plädoyer meiner drei, vier Vorredner schlicht widersprechen. Markt alleine schafft nicht Gerechtigkeit. Das war auch nie der Ansatz von Ludwig Erhard.

(Teilweise Beifall)

Schon in den 50er-Jahren waren Rahmengesetze, die den Markt regulieren, seine Grundidee. Der Markt schafft viel Gerechtigkeit auf einem bestimmten Feld. Aber die Rahmenbedingungen hat der Nationalstaat gesetzt, angefangen von der Kartellgesetzgebung über die Sozialgesetzgebung bis hin zu bruttolohnbezogenen Rentensystemen. All das waren Errungenschaften der Union in den 50er-Jahren. Ich weiß nicht, ob es der Union in programmatischer Hinsicht nach außen hilft, wenn ein Redner hier erst einmal erklärt, wie lange Ludwig Erhard nicht Mitglied der CDU war. Er steht für unsere Programmatik. Seine Grundgedanken haben wir in den 50er-Jahren durchgesetzt. Wir haben die Wahl unter Konrad Adenauer immer ge-

wonnen, weil wir beide Seiten, wirtschaftliche Kompetenz und soziale Gerechtigkeit, in Einklang gebracht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist aus vielen Reden von Ludwig Erhard zitiert worden, zum Beispiel aus der am 26. April 1953. Ich stelle die Frage: Hilft uns das eigentlich im 21. Jahrhundert weiter? Die Parteivorsitzende hat heute das Gegenteil gemacht. Sie hat deutlich gemacht, dass die sozialen Rahmenbedingungen nicht mehr vom Nationalstaat zu setzen sind, sondern dass wir weltweit ökonomische und soziale Standards brauchen, weil der Wettbewerb alleine es eben nicht regelt.

Alleine diese Aussage ist die Programmatik der Union für das 21. Jahrhundert. Insofern ist die Grundthese „Wettbewerb allein schafft Gerechtigkeit“ vielleicht die Position der Liberalen; allerdings bin ich mir nicht einmal sicher, dass das jemand von den Liberalen so behaupten würde. Es ist jedenfalls nicht die Position der Christlich Demokratischen Union.

(Teilweise Beifall)

Wer das benennt, hat nicht etwa Angst vor Globalisierung, wie das in manchen Redebeiträgen zum Ausdruck gebracht worden ist. Was heißt denn Angst vor Globalisierung? Wir haben als politische Partei den Anspruch, die Globalisierung zu gestalten. Wir wollen beispielsweise in der Europäischen Union, einem Binnenmarkt von 27 Mitgliedstaaten, vergleichbare Rechtsstandards haben, damit sich keiner auf Kosten der sozialen Dinge oder auf Kosten der Ökologie einen Wettbewerbsvorteil erschleichen kann. Aber selbst diese Europäische Union ist zu klein – wir brauchen weltweite Maßstäbe.

Zu dem, was Jürgen Rüttgers hier vorgetragen hat: Wie erreicht man, dass die Menschen diesen Weg mitgehen? Die Menschen müssen wissen: Wenn ich ein Opfer bringe und auf Einkommen verzichte und länger arbeite, dann lohnt sich das, dann gilt das Versprechen, dass mein Arbeitsplatz erhalten bleibt, auch dann, wenn es schwierig wird. Im Fall BenQ hatten wir das exakte Gegenteil. Wir müssen als politisch Verantwortliche die Rahmenbedingungen setzen. Wir können es nicht zulassen, dass ein Unternehmen das Vertrauen der gesamten wirtschaftlichen Klasse und der Politik verspielt, indem es den Leuten etwas abverlangt und sie danach ohne jeden Sozialplan vor die Wand laufen lässt. Das hat nichts mit Angst vor Globalisierung zu tun, sondern das ist unser Anspruch, Politik zu machen.

Ein Letztes: Hier ist von einigen Rednern – auch von Ole von Beust und dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg – gesagt worden: Wir reden nur über dieses eine Thema, lasst uns doch über mehr reden, über Forschung, über Innovation, über Integration, über Konsolidierung! Das machen wir auch und das ist auch richtig. Aber heute steht eben dieser eine Antrag zur Abstimmung an. Wenn es hier heißt, dass Bildung wieder eine Chance haben soll, dass wir in einer älter werdenden Gesellschaft jedes Potenzial von jungen Leuten brauchen, wenn gefor-

dert wird, dass wir Integrationspolitik machen, weil es in unserem Interesse liegt, dass die Kinder die deutsche Sprache sprechen und jede Bildungschance haben, dann ist das doch der beste Beleg dafür, dass das nicht durch den Markt zu regeln ist. Wir müssen als Staat viel Geld in die Bildung stecken – der Markt wird nicht die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir eine innovative Gesellschaft sind, dass unsere Kinder gebildet sind, dass Innovation stattfindet, dass Integration gelingt. All das schafft nicht der Markt allein. Als Volkspartei müssen wir dies offen sagen. Dann haben die Chance, bei Wahlen wieder 40 Prozent zu gewinnen. Deshalb bin ich froh, dass diese Debatte angestoßen ist. Wir hatten immer einen sozialen und einen wirtschaftsliberalen und einen konservativen Flügel in der Union. Aber die Sprachlage hatte sich in den letzten Jahren ein wenig verschoben. Wenn das wieder ins Gleichgewicht kommt, macht uns das wieder mehrheitsfähig, können wir wieder 40 Prozent plus X bei Bundestagswahlen erreichen.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte! Ich will eine Bemerkung zum Verfahren machen. Weil die Anwesenden die Diskussion zunehmend interessant finden und zunehmend Lust haben, sich zu beteiligen, laufen immer weitere Wortmeldungen ein. Ich schlage vor, dass es bei diesem Büschel Wortmeldungen bleibt und wir dann zum nächsten Tagesordnungspunkt – des Berichtes des Generalsekretärs – kommen und die Aussprache, wenn es dann noch Aussprachebedarf gibt, noch einmal eröffnet wird. Ich lese jetzt alle vor, die jetzt noch sprechen, damit sie sich geistig darauf einrichten und ein bisschen vorbereiten können: Dr. Kuno Winn, Christian Wulff, Hartmut Schauerte, Rainer Bleiler, Friedhelm Koch und Dr. Uwe Lehmann-Brauns. Dann würden wir die Aussprache schließen, wenn der Parteitag damit einverstanden ist.

(Teilweise Beifall)

– Nach diesem lebhaften Beifall gehe ich davon aus. Ich gebe jetzt Dr. Kuno Winn das Wort.

Dr. Kuno Winn: Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Mein Name ist, wie gesagt, Kuno Winn. Ich bin Arzt für Allgemeinmedizin und Vorsitzender des größten und ältesten fachübergreifenden deutschen Ärzteverbands, des Hartmannbundes. Bevor ich einige kritische Anmerkungen zur Gesundheitsreform mache, möchte ich sagen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, dass ich durchaus ein Fan von Ihnen bin. Ich bitte, meine Anmerkungen nicht zu persönlich zu nehmen. Aber mir ist an der Sache sehr viel gelegen. Deshalb kann ich dieses nicht hier vortragen.

Wir haben diese Reform in der Vergangenheit und in diesem Jahr in einem ausgeglichenen Zweiklang aus Dialog und Protest begleitet. Es wird Sie dennoch nicht überraschen, wenn ich Ihnen hier und heute im Namen von rund 55 000 Ärzten sage: Das Ergebnis ist, diplomatisch ausgedrückt, mehr als enttäuschend. Das Gesundheitswesen ist und bleibt unterfinanziert.

Trotz anderslautender Ankündigungen ist es nicht gelungen, einen grundsätzlichen Systemumbau hin zu einer Entkopplung von den Lohn- und Arbeitskosten zu realisieren. Die Honorarreform auf 2009 zu verschieben ist bereits an sich nicht akzeptabel. Das will ich auch vor dem Hintergrund sagen, dass gerade im Osten, in den neuen Bundesländern, die Situation wesentlich schwieriger ist als im Westen. Selbst wenn die Berechnung dann in Euro und Cent erfolgt, ist das nur eine scheinbare Lösung der Probleme. Denn diese Reform schafft eben nicht das System der Budgetierung und Deckelung der Honorierung der ärztlichen Leistungen ab. Die Folge ist: Ärzte sollen weiterhin einen großen Teil ihrer Arbeit unbezahlt erbringen. Zugleich werden unsere Patienten durch den erzwungenen Rationierungsdruck nicht mehr in dem notwendigen Maße am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Diese Warnung kann man zwar wortreich als Panikmache abtun, doch die Wirklichkeit wird man dadurch nicht aufhalten.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass es Empfindlichkeiten gegeben hat, als die Ärzte in den letzten Monaten vor einem Weg in die Staatsmedizin gewarnt haben. Über Begriffe kann man diskutieren – in der Sache ist nicht zu bestreiten, dass der Staat immer stärker in die Therapiefreiheit eingreift. So wird zukünftig eine staatliche Behörde anstelle der gemeinsamen Selbstverwaltung von Ärzten, Patienten und Kostenträgern darüber entscheiden, welche Medikamente und Therapien von den Krankenkassen ausgeschlossen oder bezahlt werden. Damit entscheidet zukünftig der Staat und nicht mehr der Arzt über die Behandlung unserer Patienten. Um den Patienten moderne Behandlungsmöglichkeiten zugänglich zu machen, soll es künftig in bestimmten Fällen verpflichtend einer Zweitbegutachtung – durch einen so genannten Spezialisten – bedürfen. Dies bedeutet im Klartext: Ausgerechnet besonders schwer erkrankte Patienten müssen mit Verzögerungen ihrer Behandlung rechnen und werden unnötig verunsichert.

Zurzeit subventioniert die private Krankenversicherung ein unterfinanziertes System der gesetzlichen Krankenversicherung quer. Im Klartext heißt das: Viele Praxen überleben heute nur noch durch Einnahmen aus der Behandlung von privat Versicherten. Mit den Einnahmen aus der Behandlung gesetzlich Versicherter kann heute keine Praxis mehr überleben, geschweige denn in eine moderne, zukunftsfähige Infrastruktur investieren. Das ist die schlichte Wahrheit, das ist nicht etwas, was ich Ihnen sozusagen als Funktionär vortrage, sondern das ist in der Realität so. Die verpflichtende Einführung eines Basistarifes ohne Risikoprüfung mag ein Tribut an den Koalitionspartner sein, doch es stellt ein erfolgreiches privates Geschäftsmodell massiv infrage. Eine offene oder versteckte Schwächung der privaten Krankenversicherung löst aber kein einziges Problem der gesetzlich Krankenversicherten. Es verstellt lediglich den Blick für die dringend notwendige Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. Das Versorgungsniveau aller Versicherten sinkt damit in Deutschland weiter ab.

Bei aller Einsicht, dass in einer Großen Koalition Kompromisse notwendig sind, dürfen wir heute keine Weichenstellung zulassen, die es später anderen ermöglicht, unser Gesundheitswesen

in ein dirigistisches System zu überführen, in dem die Finanzierung nicht mehr ausreicht, um die Menschen in unserem Lande auf hohem medizinischem Niveau zu versorgen.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, ich habe in der letzten Zeit das Gefühl gehabt, dass wir eine Art von Wagenburgmentalität entwickeln. Sachverstand von außen war eher unwillkommen als willkommen, obwohl man zumindest aus unseren Reihen der Reform immer sehr wohlgesonnen gegenüberstand, zumindest in der Weise, dass man hat mitarbeiten wollen. Es ist leider so, dass der Sachverstand von außen anscheinend stört. Ich hätte mir gewünscht, dass es zur Bildung einer Kommission gekommen wäre. In anderen Fällen haben wir zur Lösung wichtiger Probleme ja ebenfalls Kommissionen eingesetzt, in deren Rahmen der externe Sachverstand gebündelt an der Lösung der Probleme hatte arbeiten können. Ich glaube, dann wäre auch etwas Besseres herausgekommen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Der nächste Redner in der Aussprache ist der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff.

Christian Wulff (mit Beifall begrüßt): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Ich habe mich jetzt ausschließlich aus einem Grunde zu Wort gemeldet: Hier wurde gesagt, die Beschlüsse von Leipzig würden gelten, sie müssten aber um der Gerechtigkeit willen durch Beschlüsse von Dresden ergänzt werden. Ich finde, diese These kann nicht so vereinfachend im Raum stehen bleiben.

(Beifall)

Für mich ist das Signal von Leipzig ein sehr mutiges und sehr klares Signal gewesen, aus den Erfahrungen anderer Industrieländer die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und zu sagen: In der Welt sind die Länder erfolgreich gewesen, die sich für ein schlankes Staatswesen, wenig Bürokratie, ein faires Steuersystem, flexibles Arbeitsrecht, flexibles Tarifrecht, Investitionen in Bildung und Forschung sowie den Umbau der sozialen Sicherungssysteme entschieden haben. Die Länder, die das vermieden haben, sind im Wettbewerb zurückgefallen. Man fühlte sich damals schon an den französischen Schriftsteller Mauriac erinnert, der gesagt hat, bedauerlicherweise sei der richtige Weg fast immer der schwerste. Die Union stand bisher dafür, dass wir Wege beschritten haben, die zwar anstrengend, schwierig und häufig auch unpopulär waren, die aber nach oben führten.

Meines Erachtens wird zu häufig danach gefragt, was uns bei den Wählerstimmen über die 40 Prozent brächte. Ich finde, die Fragestellung kann nicht sein, was uns über die 40 Prozent brächte und was wir dafür wohl zu sagen hätten. Die Frage für eine Volkspartei der Mitte muss doch lauten: Was braucht unser Land, was ist gut für Deutschland, was ist die richtige Politik in dieser

Situation? Diese richtige Politik müssen wir dann kämpferisch, mutig und offensiv vertreten. Dafür wird um Mehrheiten gekämpft.

(Beifall)

Ich kann mir schlecht vorstellen, dass wir das sagen, was gerade ankommt. Wir müssen vielmehr das sagen, worauf es ankommt. Ich finde, der Antrag auf Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist kein Antrag von links oder rechts, sondern ein Antrag für mehr Leistungsgerechtigkeit. Ich gehe deshalb davon aus, dass dieser Antrag von Nordrhein-Westfalen hier mit breiter Mehrheit angenommen wird.

(Beifall)

Im Übrigen haben wir das, was in dem Antrag gefordert wird, immer vertreten, etwa in all unseren Anträgen im Deutschen Bundestag. Wir haben in Düsseldorf einen entsprechenden Antrag beschlossen. Die Frage der Differenzierung bei der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld kann nicht das Thema des Streits sein. Ich beziehe mich hierbei auch auf das leidenschaftliche Plädoyer von Karl-Josef Laumann. Wir haben im Bundesvorstand und im Präsidium bei allen Beschlussfassungen betulich jeweils auf das Wort von Karl-Josef Laumann geachtet, weil wir immer wussten: Wenn er nicht zustimmt, fehlt ein wichtiger Teil unserer Partei. Deshalb kann ich mich nicht erinnern, dass die Sozialausschüsse jemals bei irgendeiner Frage untergepflügt worden wären. Die Sozialausschüsse sind für uns wichtig, weil sie die große Gruppe der Beschäftigten und das Christlich-Soziale in unserer Partei vertreten.

Ich finde es auch richtig, dass man hier formuliert: Wir müssen die Menschen auf dem Wege der Veränderungen mitnehmen. Wir müssen den Menschen Mut machen. Wir müssen ihnen durch positive Beispiele und durch das Licht am Ende des Tunnels, das zu sehen ist, Mut machen. Liebe Freunde, das können wir aber nicht, wenn wir einen Streit zwischen dem Erwirtschaften in der Volkswirtschaft und dem Verteilen in der Volkswirtschaft führen. Für mich sind es zwei Seiten derselben Medaille, dass wir als Partei der Sozialen Marktwirtschaft sowohl das Erwirtschaften als auch das Verteilen im Auge haben. Nur mit Wachstum, nur mit Beschäftigung, nur mit Arbeit können wir das hohe Maß sozialer Sicherheit in unserem Land erhalten, wie wir es über die letzten Jahrzehnte geschaffen und geschafft haben.

(Beifall)

Soziale Politik ist Politik, die Beschäftigung schafft. Es ist die Politik der Sozialen Marktwirtschaft, die auch die Unternehmer, die Wirtschaft in die Pflicht nimmt, mehr Verantwortung zu übernehmen. Ich möchte für mich hier deutlich machen, dass ich es falsch finde, die Beschlüsse von Leipzig infrage zu stellen. Ich finde es falsch, mit dem Begriff der Lebenslüge zu argumentieren.

(Beifall)

Ich finde es auch falsch, eine Generalrevision unserer Beschlüsse zu fordern.

(Beifall)

Wir müssen unsere Beschlüsse fortentwickeln. Das ist keine Frage. Wir brauchen aber keine Generalrevision unserer Beschlüsse, und wir brauchen in der innerparteilichen Auseinandersetzung auch nicht mit solchen Begrifflichkeiten, wie ich sie erwähnt habe, zu argumentieren. Wir sollten die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner führen. Wir sollten von einem Parteitag wie diesem ein Signal der Geschlossenheit und der Entschlossenheit ausgehen lassen. Wir sollten vor allem den Menschen im Lande klarmachen: Wir sind diejenigen, die es besser können, die es besser machen, und deshalb wird es auch besser werden. Wenn wir dies nicht überzeugend nach draußen hin vertreten, werden wir allerdings mit Sicherheit weder die Frage beantworten, was gut für unser Land ist, noch die Frage beantworten, wie wir über 40 Prozent der Wählerstimmen erreichen. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Hartmut Schauerte das Wort.

Hartmut Schauerte: Frau Vorsitzende! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Freunde! Es ist ein bisschen eigenartig, welchen Verlauf unsere angebliche oder tatsächliche Richtungsdebatte in den letzten Wochen und Monaten genommen hat. Da wird aus dem reichen Fundus unserer Leipziger Parteitagsbeschlüsse ein Detail herausgeholt, nicht ganz 1 : 1 umgesetzt und als neue Betonung unserer Sozialpflichtigkeit in der Gesamtpartei dargestellt. Eigentlich ist daran gar nichts zu kritisieren. Problematisch ist die Sache dadurch geworden, dass aus dieser relativ einfachen Vorgehensweise so etwas wie ein Richtungsstreit in der CDU entwickelt wurde bzw. dass ein solcher Richtungsstreit zugelassen wurde oder von wem auch immer betrieben worden ist.

Jetzt stehen wir armen Delegierten vor einem Dilemma. Einen Richtungsstreit in der Union wollen wir ja gar nicht. Wir lehnen ihn ab. Wir sind viel geschlossener, als es bei dieser Debatte den Anschein hat. Ich will in diesem Zusammenhang das Beispiel des Investivlohns erwähnen. Dieses Vorhaben haben wir wirklich gemeinsam – Mittelstand und Arbeitnehmer in der CDU – ohne jeden strittigen Punkt sauber auf die Reise geschickt. Damit haben wir ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Das Vorhaben ist doch ohne jedes Wenn und Aber gelungen. So etwas funktioniert, wenn wir uns zusammensetzen. Was wir wie der Teufel das Weihwasser vermeiden müssen, ist, dass wir durch einseitige Schwerpunktsetzungen in das Fahrwasser eines Richtungsstreits kommen, den wir alle miteinander nicht haben wollen und den wir auch nicht gebrauchen können.

(Beifall)

Deswegen bin ich den Baden-Württembergern dankbar. Ich gehe jetzt gar nicht in die Sache hinein. Sie ist lange genug erklärt worden. Wenn eine Finanzierung gefunden wird, kann man das Vorhaben auch angehen. Mir fehlt der konkrete Gegenfinanzierungsvorschlag bisher allerdings. Die Bundestagsfraktion wird ihn aber sicherlich irgendwo finden – hoffentlich nicht nur irgendwo, sondern beim Thema selber. Ich bin den Baden-Württembergern, wie gesagt, sehr dankbar, und zwar dafür, dass sie hier einen weiteren Antrag aus Leipzig zur Abstimmung gestellt haben. Die Parteitagsregie war klug genug, nicht noch weitere Anträge aus Leipzig ebenfalls zur Abstimmung zu stellen. Es hätte schließlich noch viele Fundstellen gegeben. Jetzt haben wir in diesem Zusammenhang zwei Anträge zur Abstimmung vorliegen. Der eine Antrag beschäftigt sich mit dem Kündigungsschutz und dem Aufbrechen des verkrusteten Arbeitsmarktes in Deutschland. Der andere Antrag beschäftigt sich mit der Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld bei langen Einzahlungszeiten. Wenn wir beide Anträge annehmen, hört die Debatte über einen Richtungswechsel auf. Ich empfehle dringend, beide Anträge anzunehmen. Es ist die Kunst des Parteitages, jetzt zu erreichen, dass die unnötige Debatte über einen Richtungsstreit bei diesem Thema beendet werden kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Der nächste Redner ist Herr Rainer Bleiler.

Rainer Bleiler: Guten Tag! Ich möchte aus meiner Sicht als Personalleiter in der chemischen Industrie einen praktischen Hinweis geben. Ich stelle fest, dass einem Arbeitnehmer – wir bezahlen in der chemischen Industrie durchaus gute Entgelte – nach den Abzügen und nach Steuern – ich nenne hier besonders die Sozialabgaben in Höhe von etwa 21 Prozent – für Vorsorge eigentlich nicht mehr viel übrig bleibt.

Insofern widerspreche ich Ihnen, Herr von Beust. Das ist mir zu einfach. Ich erlebe etwas anderes, nämlich dass Mitarbeiter, die leistungsfähig sind und mehrere Sprachen beherrschen, Chancen nutzen, mithilfe von Export-Verträgen ins Ausland zu gehen und nicht mehr zurückkehren, weil sie wissen, dass sie im Ausland mehr für ihre eigene Vorsorge tun können als hier, wo sie in Zwangsmodelle einzahlen müssen und das, was einzuzahlen ist, in keinem Verhältnis mehr steht. Wenn wir an dieser Stelle nicht aufpassen, läuft das Ganze in eine Richtung – insofern geht es in der Diskussion nicht nur um die Bezugsdauer. Wir müssen die sozialen Sicherungssysteme – diese Zwangskollektivsysteme – überdenken, sonst sind sie für die junge Generation, aber auch für die Leistungsträger nicht mehr hinnehmbar und interessant. Sie werden dann ins Ausland gehen, was wir bereits permanent erleben.

Insofern, denke ich, hat die Diskussion einen Anstoß gegeben. Sie darf aber nicht damit aufhören. Wir müssen sie vielmehr fortentwickeln, damit wir zu einem modernen Staat kommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Nächster Redner ist Friedhelm Koch; danach kommt Dr. Uwe Lehmann-Brauns.

Friedhelm Koch: Meine Damen und Herren! Ich bin einigermaßen erschrocken. Ich habe mir gewünscht, dass die Sachfrage, ob Hartz IV nach dem nordrhein-westfälischen Vorschlag verbessert werden muss, so gehandhabt werden kann, dass keine Richtungsdebatte daraus entsteht und dass wir nicht anfangen, an den in Leipzig gefassten Beschlüssen herumzukritteln. Ich habe den Satz formuliert: Der Weg mit dem Zug von Düsseldorf nach Dresden führt nur über Leipzig – nirgendwo anders entlang.

Wir müssen nach dem Grund für die Auseinandersetzung fragen, die wir jetzt führen. Ich behaupte, Frau Bundeskanzlerin, dass wir unsere Niederlage noch nicht verarbeitet haben. Die Frage, ob wir mit einem falschen Programm in den Wahlkampf gegangen sind, ist für einige noch nicht abgearbeitet. Ich könnte das an dieser Stelle vertiefen, möchte aber darauf verzichten, um die Beteiligten zu schonen. Wir sind nicht an der falschen Programmatik gescheitert, sondern daran, dass wir uns nicht einig waren. Die Frage, ob wir uns einig sein können, wird auch diesen Parteitag bestimmen.

Damit kehren wir wieder zurück zu der Sachfrage, ob die Auswirkungen von Hartz IV für Langzeiteinzahler gerecht sind. Dabei ist für mich nicht die Frage, ob sie ein Vierteljahr oder ein halbes Jahr länger Geld bekommen sollen, wenn sie dann arbeitslos bleiben. Damit komme ich zu Herrn von Beust und Herrn Wulff. Wir haben die Aufgabe, Verhältnisse und Voraussetzungen zu schaffen, damit Arbeitslose schnell wieder Arbeit finden. Das muss das Ziel sein.

Aus der Studie der Bertelmann-Stiftung über Zusammenhänge von Demographie und Arbeitsmarkt geht hervor, dass wir in zehn Jahren eine völlig andere Situation haben werden als bisher. Dann bewerben sich die Unternehmen bei den Arbeitsuchenden und präsentieren sich selbst in den Vorstellungsgesprächen, damit sie noch Arbeitskräfte bekommen.

Insofern ist die Diskussion, die wir führen, auch etwas rückwärtsgewandt. Wenn wir an der Zukunftsausgabe, dem Arbeitsmarkt genügend qualifizierte Kräfte zur Verfügung zu stellen, nicht scheitern wollen, dann dürfen wir keine rückwärtsgewandten Diskussionen führen; vielmehr müssen wir uns den Leipziger Beschlüssen voll bewusst werden und feststellen, dass dieser Kurs richtig war, um dieses Land wettbewerbsfähig zu machen und – wie Herr Wulff ausgeführt hat – verstärkt Wert auf die Aus- und Weiterbildung zu legen.

Wir haben dankenswerterweise von Herrn Rüttgers einen richtigen Anstoß bekommen. Aber das Problem liegt, wie gesagt, nicht darin, wie lange jemand Arbeitslosengeld bekommt. Es geht vielmehr um das so genannte Schonvermögen, wenn jemand tatsächlich Haus und Hof verlieren kann, wenn er arbeitslos wird, während jemand, der sein ganzes Leben lang nicht vorgesorgt hat, dann auf der faulen Haut liegt.

Wie kann man das Problem lösen? Wir erleben immer wieder eine Vermischung zwischen der Diskussion über Frau Merkels Rede und einer vorgezogenen Antragsdiskussion. Wenn ich in diesem Zusammenhang einen Hinweis geben darf, dann würde ich dafür plädieren, darüber nachzudenken, dass man bei Betrachtung des Schonvermögens die Erträge daraus bei der Berechnung der Hartz-IV-Leistungen berücksichtigt, aber die Substanz nicht angreift. Wenn nur die Erträge berücksichtigt würden, dann würde es gar nicht erst zur Veräußerung von angesparten Vermögenswerten kommen.

Es wäre – um das abzuschließen – wünschenswert, von einer Richtungsdiskussion zur Diskussion einer einfachen Sachfrage zu kommen. Wenn das gelingen würde, Frau Merkel, und Sie die Diskussion in diesem Sinne führen könnten, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Als letzter Redner in der Aussprache hat jetzt das Wort Herr Dr. Uwe Lehmann-Brauns.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns: Verehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin Merkel hat zweimal die Stadt Berlin erwähnt. Erlauben Sie mir dazu ein paar Bemerkungen. Berlin ist – das wissen wir – nicht der Nabel der Welt. Es ist nicht die Kulturhauptstadt der Republik und nicht der geozentrische Mittelpunkt Deutschlands. Die Stadt erhebt keinen Anspruch auf Bevorzugung als Bundesland.

Wir Berliner CDU-Leute wissen, was der Bund für diese Stadt tut und welche Bundesmittel zum Beispiel in die Kultur Berlins fließen. Dafür sind wir dankbar. Uns ist auch bekannt, dass die gegenwärtige rot-rote Stadtregierung mit ihrem Motto „Arm, aber sexy“ nicht nur sich selbst deklassiert, sondern auch den Ruf der Stadt in Deutschland schädigt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind voll im Bilde über eine Stadtregierung, die in einer Mischung aus Beliebigkeit und Ideologie zum Teil aberwitzige Vorschläge macht und – wie wir vor einer Woche erleben konnten – nicht einmal bis 75 zählen kann.

Das alles vorausgestellt, bitten wir nicht um Mitleid, sondern um Gerechtigkeit, vor allem um Ihr Verständnis dafür, dass Berlin teilungs- und nachwendebedingte Lasten trägt, die ohne Entsprechung anderswo sind.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Berlin mutierte von der größten Industriestadt Deutschlands in der Nachkriegszeit zur Werkbank einer Handvoll von Privatunternehmen. Noch 1990 verlor der Ostteil der Stadt zwei Drittel seiner Industrieunternehmen. Es stellt deshalb eine abwertende Behauptung dar, Berliner sähen – so ein Münchener Magazin – die Welt rosarot. Hier wird die Farbe der derzeitigen Stadtregierung zu Unrecht auf das Lebensgefühl der Bewohner übertragen.

Ähnlich abwertend ist die Bemerkung, Berlin läge an der Peripherie. Deutschland ist keine Westrepublik mehr, sondern – das sage ich gerade hier in Dresden voller Stolz und Dankbarkeit – eine Republik mit vier Himmelsrichtungen. Auch „Westalgie“ ist unangebracht.

Berlin hat sich seine Geschichte nicht ausgesucht. Zu den teilungs- und nachwendebedingten Lasten kommt die Tatsache, dass Berlin trotz der Hauptstadtentscheidung nur eine Bruchteilshauptstadt ist. Die meisten Bundesbeamten sind in Bonn verblieben und produzieren seit dem Jahr 2000 noch sehr viele Flüge hin und her. Diese Taubenschlagsituation ist eine Anomalie, die keiner anderen Hauptstadt der Welt zugemutet wird.

Meine Damen und Herren und vor allem Sie, lieber Herr Rüttgers, verstehen Sie deshalb unsere Bitte folgendermaßen: Identifizieren Sie erstens die Stadt nicht mit ihrer gegenwärtigen Stadtregierung! Zweitens bitte ich Sie: Sie müssen uns nicht verwöhnen, sondern geben Sie unserer Stadt nur das, was ihr zusteht – vor allem die restlichen Ministerien. Ich bitte Sie deshalb, sich in Ihren Landesverbänden und im Bundestag dafür einzusetzen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Die Mitglieder der Antragskommission mögen sich bitte geistig darauf einstellen, dass sich die Antragskommission nach dem Bericht unseres Generalsekretärs zu ihrer abschließenden Beratung trifft, und zwar in der Halle 1 Süd, Büro 3. Draußen hängen große Schilder mit der Aufschrift „Antragskommission“, denen Sie folgen können.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS
ZUGLEICH ARBEITSBERICHT DER GRUNDSATZPROGRAMMKOMMISSION

Das Wort hat Ronald Pofalla.

(Beifall)

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Vor etwa einem Jahr haben Sie mich zum Generalsekretär der CDU Deutschlands bestellt. Das ist eine große Ehre; denn die Christlich Demokratische Union ist eine großartige und stolze Partei.

Wir sind die Volkspartei, die Politik für alle Menschen in Deutschland macht. Wir haben – wie keine andere Partei – die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geprägt. Wir sind – wie keine andere Partei – im ganzen Land verwurzelt. Wir sind die Volkspartei für ganz Deutschland. Und hier in Dresden füge ich hinzu: Das waren wir auch, als andere die Wiedervereinigung längst aufgegeben hatten.

(Beifall)

Ich bin der erste Generalsekretär unserer CDU zu Beginn einer Großen Koalition. Das ist eine echte Herausforderung. Und ich bin Generalsekretär in einer Zeit großer Umbrüche. Wir haben die Kraft, auf die veränderten Herausforderungen mit neuen Antworten und neuem Stil zu reagieren. Deshalb werden wir Wahlen gewinnen und bürgerliche Mehrheiten erobern. Mein Ziel für die nächste Bundestagswahl ist und bleibt 40 Prozent plus X.

(Beifall)

Wenn Sie einen Generalsekretär wollen, der nur auf „Hau drauf und Krawall“ aus ist, bin ich der Falsche. Nur auf die anderen einkloppen: Das ist der Stil von gestern. Das überlassen wir Herrn Struck und anderen. Aber klar bleibt auch: Wer uns in Zukunft angreift, muss wissen, dass wir uns wehren. Wir werden uns wehren!

(Beifall)

Wenn Sie einen Generalsekretär wollen, der nur im „akademischen Elfenbeinturm“ sitzt: Auch dann bin ich der Falsche. Nachdenken ist wichtig – aber nachdenken im Denkerstübchen alleine reicht nicht. Politik muss raus zu den Menschen, rein ins Leben, ran an die Wirklichkeit. Dafür stehe ich zur Verfügung.

(Beifall)

Wenn Sie allerdings einen Generalsekretär wollen, der den anderen Grenzen aufzeigt und nicht vergisst, zu sagen, wofür wir stehen: Dann bin ich der Richtige.

Wenn Sie einen Generalsekretär wollen, der immer für seine Ziele gekämpft hat, einen Generalsekretär, der von Kindesbeinen an weiß, dass das beharrliche Bohren dicker Bretter zum Erfolg führt: Dann bin ich der Richtige.

Ich komme aus einer Arbeiterfamilie, aus einer Familie, die auch in schweren Zeiten zusammengehalten hat. Und ich bin noch heute meinen Eltern überaus dankbar; denn sie haben mir beigebracht: Es lohnt sich, für eine bessere Zukunft hart zu arbeiten. Nach den Erfahrungen in meiner Familie und meiner Jugend war für mich ganz klar: Meine Partei ist die CDU!

(Beifall)

Wenn Sie also einen Generalsekretär wollen, der weiß, dass es in der Politik immer und immer wieder um Menschen geht, dann lassen Sie uns gemeinsam die Herausforderungen unserer Zeit annehmen.

Wir haben den Menschen eine Menge zu bieten. Wir haben nicht nur den Anspruch, sondern auch das Rüstzeug und den Kompass, um Deutschland erfolgreich zu machen.

Und die SPD? Erst redet sie über Heuschrecken, dann über Leistungsträger, jetzt über die Unterschicht. Aber neue Antworten? Fehlanzeige! Neuer Stil? Fehlanzeige! Beck sähe sich vielleicht

gerne als zweiten Helmut Kohl. Als Freund von Helmut Kohl kann ich allerdings eindeutig sagen: Dazu fehlt ihm das Format. Und ich füge hinzu: auch das Gewicht.

(Beifall)

Liebe Freunde, zu unserem Profil gehört: Wir lassen niemanden zurück. Jeder wird gebraucht. Wir finden uns niemals mit Massenarbeitslosigkeit und Chancenlosigkeit ab. Das Ziel der Vollbeschäftigung geben wir nie auf. Für uns gilt nach wie vor: Vorfahrt für Arbeit.

(Beifall)

Wir finden uns nicht damit ab, dass Außenseiter heranwachsen, dass Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wir finden uns nicht ab mit jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden, und Älteren, die dem Jugendwahn zum Opfer fallen. Da lassen wir auch die Unternehmer nicht aus der Verantwortung. Das muss sich auch in Deutschland ändern!

(Beifall)

Wir lassen nicht zu, dass Menschen stigmatisiert werden. Menschen, die von Transferleistungen leben müssen, sind keine Unterschicht! Das sollte die SPD eigentlich wissen. Kurt Beck hat, wie ich finde, aus der Debatte nichts gelernt. Schlimmer noch: In einer englischen Zeitung hat er die Begründung für seine Politik der Ausgrenzung gleich mitgeliefert. Zitat Beck: „Wir sind nicht das Rote Kreuz!“ Das ist sozial kalt, das ist beschämend! Das wird niemals Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands werden.

Wir geben jedem Menschen eine Chance. Und wenn es nötig ist, eine zweite; wenn es nötig ist, auch eine dritte. Denn: Chancengerechtigkeit ist die zentrale Frage unserer Zeit.

Wir stehen für unsere Werte ein. Karikaturenstreit, Opernabsetzung, Morddrohungen gegen Kopftuchkritiker – alles das hat gezeigt: Es ist notwendig, für unsere Werte einzustehen. Ja, wir müssen sie offensiver als bisher vertreten. Denn es gibt auch in unserem Land Menschen, die unsere Art, zu leben, nicht akzeptieren. Ich füge hinzu: Und das akzeptieren wir nicht!

(Beifall)

Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir lassen nicht zu, dass sich unter dem Deckmantel der Toleranz Unfreiheit breitmacht. Heute ist durch verschiedene Beiträge deutlich geworden – dem kann ich nur zustimmen –: Die neue Innenpolitik unseres Bundesinnenministers, die neue Politik des Dialogs, ist der richtige Weg. Multikulti ist in Deutschland endgültig gescheitert!

(Beifall)

Wir bekämpfen „Ehrenmorde“ und Zwangsehen. Wer zu uns kommt, muss Deutsch lernen und unsere Verfassung anerkennen. Darauf werden wir weiter bestehen.

(Beifall)

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir werden alles dafür tun, damit jeder seine Meinungs- und Religionsfreiheit ungehindert ausüben kann. Aber ich erwarte Respekt für unsere Werte und unsere Art, zu leben.

Unsere Werte verlieren ihre Gültigkeit auch nicht an den Grenzen Deutschlands. Deshalb habe ich mich in der Türkei im Rahmen einer Reise mit den beiden Beauftragten der christlichen Kirchen für Religionsfreiheit für die in der Türkei lebenden Christen eingesetzt.

(Beifall)

Ich finde es ungeheuerlich, dass der türkische Ministerpräsident angeblich keine Zeit hat, den Papst zu treffen, dass er die ausgestreckte Hand des Dialogs ausschlägt. In Europa jedenfalls ist es üblich, sich mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche zu treffen.

(Lebhafter Beifall)

Können Sie sich vorstellen, dass es genauso selbstverständlich ist, dass eine christliche Kirche in Anatolien gebaut wird, wie eine der vielen Moscheen in Dresden, Berlin oder Köln? – Ich mir leider noch nicht.

Deswegen wird für mich auch immer deutlicher: Unser Konzept der privilegierten Partnerschaft ist der richtige Weg. Und wenn sich die Türkei bei der Religionsfreiheit nicht endlich bewegt, dann muss das Folgen für den derzeit laufenden Verhandlungsprozess haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, zu unserem Profil gehört unsere Stärke in den Ländern. Die CDU und Deutschland – das ist eine starke Kombination. Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser – und das seit Jahren. Es sind nur noch zwei Länder, in denen wir nicht regieren bzw. mitregieren: Berlin und Rheinland-Pfalz. Da braucht es für die SPD keinen Sitzungssaal, da braucht es auch keine Telefonschaltkonferenz. Um es salopp auszudrücken: Wowereit und Beck passen in eine Telefonzelle. Deshalb ist ihr Kommunikationsbedarf öffentlich auch nicht bekannt.

Stichwort Wowereit, dieser „Wackel-Wowereit“: Der macht jetzt, wie wir alle gelesen haben, auf Kultur. Was hat ihn eigentlich dazu qualifiziert?

Der Mann macht den Religionsunterricht in Berlin kaputt und will die Einheitsschule einführen. Das werden wir niemals akzeptieren.

(Beifall)

Liebe Freunde, Angela Merkel schaffte Fakten vom ersten Tag an. Die Rente mit 67 ist unsere Antwort auf den demografischen Wandel. Die Senkung der Lohnnebenkosten macht Arbeit in Deutschland wieder attraktiver. Die Unternehmensteuerreform führt dazu, dass Unternehmen

in Deutschland und nicht im Ausland Steuern zahlen. Die Föderalismusreform steht für schnelle Entscheidungen und mehr Transparenz. Wir investieren mit der Hightechstrategie und der Exzellenzinitiative in Köpfe. Das ist nach meiner festen Überzeugung eine Trendwende, auch im Stil der deutschen Politik.

(Vereinzelt Beifall)

Dieser Stil verbindet sich mit einem Namen. Der Stilwandel verbindet sich mit Angela Merkel. Schluss mit leeren Versprechungen! Schluss mit großen Ankündigungen! Schluss mit großer Show! Das ist die neue Politik der Christlich-Demokratischen Union für Deutschland.

(Beifall)

Im In- und Ausland wird Angela Merkel als verlässliche und seriöse Partnerin sehr geschätzt. Sie wird als Partnerin geschätzt, die zu ihrem Wort steht. Sie wird gehört, sie verteidigt die Menschenrechte. Dies ist das krasse Gegenteil zu den peinlichen Verbrüderungsszenen mit dem angeblich lupenreinen Demokraten. Wir sind stolz darauf, dass Angela Merkel diesen Weg nicht geht.

(Beifall)

Mir ist es recht, dass im Zusammenhang mit Herrn Schröder die eine oder andere Berichterstattung in den letzten Wochen stattgefunden hat. Ich sage klar und deutlich: Mir ist es ganz recht, dass er jetzt Bücher statt Gesetze für Deutschland schreibt, die uns in aller Regel nur geschadet haben. So ist es allemal besser.

(Beifall)

Für die Trendwende stehen aber auch unsere Minister: Von Schily zu Schäuble heißt von doppelter Staatsbürgerschaft zum Islamgipfel, von Bulmahn zu Schavan heißt vom Verbot von Studiengebühren zur Exzellenzinitiative, von Schmidt zu von der Leyen heißt vom Lebenspartnerschaftsgesetz zum Bündnis für Erziehung und von Struck zu Jung heißt von der Konzeptlosigkeit zum Weißbuch der Bundeswehr. Herzlichen Dank an unseren Bundesverteidigungsminister.

(Beifall)

Um es klar zu sagen: Unsere Überzeugungen sind trotz Großer Koalition unverändert. Deshalb komme ich jetzt zu den Punkten, bei denen wir mehr wollen. Wir wollen stärkere Wettbewerbs-elemente bei der Gesundheitsreform, das ist mit der SPD nicht zu machen. Stichwort Arbeitsmarkt: Betriebliche Bündnisse und Lockerung des Kündigungsschutzes sind mit der SPD leider nicht zu machen, aber wir werden auch durch die Beschlüsse des heutigen Parteitags deutlich machen, dass wir der Überzeugung sind, dass durch betriebliche Bündnisse für Arbeit und durch

eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes die Chance entsteht, zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.

(Beifall)

Der Ausstieg aus dem Atomausstieg ist mit der SPD nicht zu machen, noch nicht: Die SPD sehnt sich oft nach Basta und Machtworten. Lieber Koalitionspartner, das kriegen sie. Flächendeckende Mindestlöhne gibt es mit uns in Deutschland in den nächsten Jahren ganz sicher nicht.

(Beifall)

Den EU-Beitritt der Türkei wird es so nicht geben. Unser Modell ist die privilegierte Partnerschaft. Bei dieser Überzeugung werden wir bleiben.

(Beifall)

Bürgerzwangsversicherung bei Gesundheit und Pflege: Mit uns gibt es keine Chance auf eine Bürgerzwangsversicherung, weder bei der Gesundheitsreform noch bei der anstehenden Reform der Pflegeversicherung.

(Beifall)

In der Großen Koalition werden die Unterschiede zwischen Union und SPD deutlicher sichtbar. Das erleben wir bei allen Debatten. Deshalb ist klar: Die Große Koalition ist eine zeitlich begrenzte Arbeitskoalition. Unser Ziel ist es, auch nach 2009 zu regieren, dann allerdings ohne die Sozialdemokraten.

(Beifall)

Die CDU ist seit dem Erfurter Parteitag 1999 einen weiten Weg gegangen. Erfurt markiert den Aufbruch, Leipzig steht für die Zukunft der Sozialversicherung und des Steuersystems, Düsseldorf für die Zukunft des Arbeitsmarktes. Das ist programmatisch eine Menge. Ich füge hinzu: All diese Beschlüsse gelten und wir lassen nicht daran rütteln, dass die programmatische Arbeit, die wir am Beginn dieses Jahrzehnts geleistet haben, infrage gestellt wird. Unsere Beschlüsse gelten uneingeschränkt weiter.

(Beifall)

Liebe Frau Barzel, Sie haben mir einen unvollendeten Text Ihres Mannes zugesandt. Es sollte sein Beitrag zu unserem neuen Grundsatzprogramm werden und trägt den eindrucksvollen Titel: „Wir glauben an die Kraft des deutschen Volkes.“ Ihr Mann hat Sie gebeten, mir den Entwurf auch im Falle seines Todes zuzuleiten. Zu dem schon fest geplanten Gespräch zwischen Ihrem Mann und mir ist es leider nicht mehr gekommen. Umso mehr bin ich für das Vermächtnis Rainer Barzels dankbar. Es zeigt in bewegenden Worten, dass die CDU aus der Auseinan-

dersetzung mit dem Nationalsozialismus entstanden ist. Er schrieb, dieses kurze und prägnante Zitat möchte ich Ihnen vortragen:

Wir erkannten, dass nicht Macht, sondern Geist die Ehre Deutschlands ausmacht.

(Beifall)

Die CDU ist als Partei der Freiheit entstanden. In den Gefängnissen des Nationalsozialismus und in der Widerstandsbewegung gegen die Diktatur finden sich die Wurzeln unserer Partei. Es entstand die Partei der uneingeschränkten Achtung vor der Würde jedes einzelnen Menschen. An diesem Erbe halten wir fest. Die CDU ist und bleibt die Partei des christlichen Menschenbildes. Das ist die Grundlage unserer Politik. Mit diesem Schatz gehen wir in die Offensive, gleichzeitig laden wir Andersgläubige und Nichtgläubende, die unsere Werte und Grundsätze teilen, ausdrücklich ein, bei uns mitzuarbeiten. Die Klammer, die uns verbindet – darüber haben wir sehr lange in den letzten Monaten in der Grundsatzprogrammkommission diskutiert –, ist die Würde und die Freiheit aller Menschen.

(Beifall)

Angela Merkel hat es ebenso wie ich gesagt: Wenn wir über unsere Grundwerte reden, ist nichts wichtiger oder weniger wichtig. Für uns gibt es keine Hitliste der Grundwerte. Nach unserem Verständnis bedingen die Grundwerte einander. Die Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht, heißt: Ein Lagerdenken zwischen mehr Freiheit auf der einen Seite und mehr Gerechtigkeit auf der anderen Seite ist mit der Idee der Volkspartei nicht zu vereinbaren. Wir lassen keinen Keil zwischen uns treiben. Rüttgers und Müller, Koch, Oettinger und Wulff gehören in der CDU zusammen und das muss so bleiben.

(Beifall)

Genauso klar ist: Die CDU ist die Partei der Freiheit. Diese Freiheit müssen wir neu beleben, und zwar nicht weil sie uns mehr wert ist, sondern weil die Freiheit in den letzten Jahren vernachlässigt wurde. Die Idee der Subsidiarität, das Vertrauen in die kleine Einheit und die Eigenverantwortung der Menschen wurden zu wenig beachtet. Wenn ich dabei die Zeit von Rot-Grün betrachte, wurde sie sogar sträflich missachtet. Mit welchem Ergebnis? Solidarität und Gerechtigkeit haben in Deutschland über sieben Jahre lang extrem gelitten.

Die CDU ist die Partei der Solidarität. Die Solidarität des Einzelnen kann man nicht einfach an den Staat abtreten; denn auch hier gilt das Prinzip der Subsidiarität. Die Verantwortung des Einzelnen kommt zuerst. Der Staat hilft nur dann, wenn sich der Einzelne nicht selber helfen kann.

Die CDU ist die Partei der Gerechtigkeit. Wir verweisen dabei nicht inhaltsleer auf soziale Gerechtigkeit; das ist zu billig. Wir sprechen von Chancengerechtigkeit, denn die Herkunft darf in Deutschland für die Zukunft eines Menschen nicht entscheidend sein.

(Beifall)

Mein Vater war arbeitslos. Zum Glück hat er schnell wieder einen Job gefunden. Aber mir ist damals persönlich klar geworden, dass Bildung der bestmögliche Schutz ist, wenn es darum geht, solche Lebenssituationen zu verhindern oder möglichst schnell zu überwinden. Ich persönlich bin Umwege gegangen. Ich bin über den zweiten Bildungsweg gegangen. Zunächst habe ich Sozialpädagogik studiert, später Jura. Heute studieren nach meiner Überzeugung noch immer viel zu wenige Arbeiterkinder in Deutschland. Ein Ziel unserer Politik muss sein, dies in Deutschland zu verändern.

(Beifall)

Liebe Freunde, mit unserem neuen Grundsatzprogramm werden wir zeigen, dass die drei Wurzeln der CDU lebendig sind: die liberale, die christlich-soziale und die konservative. Das sind unsere Wurzeln; sie prägen unsere Volkspartei als Volkspartei der Mitte.

Das zeigen wir in der Familienpolitik. Für uns ist Ehe und Familie Kern von Staat und Gesellschaft. Kein Sozialstaat der Welt kann ersetzen, was in Familien an Zusammenhalt geschaffen, an Werten vermittelt und an Liebe gegeben wird. Unsere Aufgabe ist, die Familie zu schützen und zu stärken, wo immer es geht. Deshalb haben wir uns in der Grundsatzprogrammkommission dafür ausgesprochen, das vorhandene Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting zu erweitern. Nicht nur Ehepaare, sondern alle Familien sollen das klare Signal bekommen: Wir tun etwas für Kinder und Familien in unserem Land. Darum wollen wir den Kindergartenbesuch mittelfristig beitragsfrei anbieten. Wir bewahren die Familie und stärken sie. Das ist konservativ im besten Sinne des Wortes.

(Beifall)

Liebe Freunde, hinter uns liegen bereits spannende Diskussionen in der Grundsatzprogrammkommission. Ich danke ganz besonders meinen Stellvertretern Annette Schavan, Dieter Althaus und Peter Müller für ihre Unterstützung und Professor Georg Milbradt für seinen Beitrag zum Familiensplitting.

Liebe Freunde, das Konrad-Adenauer-Haus rüstet sich für die anstehenden Wahlkämpfe. Über Bremen hinaus werden 2008 und 2009 Superwahljahre. Die Gespräche mit den Landesverbänden laufen. Das Konrad-Adenauer-Haus hat aber auch die Kreisverbände der CDU Deutschlands im Blick, und die haben ein Anrecht auf Planungssicherheit, insbesondere auf finanzielle Planungssicherheit. Deshalb sage ich hier und heute klar und deutlich: Der Sonderbeitrag unserer Mitglieder läuft wie versprochen Mitte 2008 aus.

(Beifall)

Liebe Freunde, „Farbe bekennen!“. Das ist das Motto unserer Mitgliederwerbekampagne. Sie alle haben die Motive gesehen. Wir alle sind nicht jünger geworden. Eines steht fest: Die Brillenmode und ganz offensichtlich auch die Haarlänge sind in den letzten Jahren deutlich verändert worden, und hier sind bei unseren Führungsleuten in der Christlich Demokratischen Union deutliche Fortschritte erzielt worden.

(Beifall)

Ich bin sicher: Mit unserer christdemokratischen Identität, mit unserer optimistischen Haltung überzeugen wir die Bürger. Denn wir haben viel zu bieten: Die CDU ist die Partei, die die entscheidenden historischen Weichenstellungen vorgenommen hat, Konrad Adenauer mit der Westbindung, Ludwig Erhard mit der Sozialen Marktwirtschaft, Helmut Kohl mit der Wiedervereinigung, und jetzt machen wir mit Angela Merkel Deutschland fit für das 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Die CDU ist die Partei, die mit dem Dreiklang aus unverwechselbarem Profil, erfolgreichem Regieren und klarem Programm alle Chancen hat – davon bin ich überzeugt –, am Wahntag 40 plus x in ganz Deutschland zu erkämpfen. Gehen wir selbstbewusst raus! Die CDU überzeugt. Die CDU führt. Die CDU bewegt. Wir sind die Volkspartei für Deutschland. Unser Ziel heißt: Deutschland erfolgreich machen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Der Parteitag dankt unserem Generalsekretär Ronald Pofalla für seinen Bericht und für die Grundsatzprogrammdiskussion, die zeigt, dass die CDU eine interessante Partei ist. Wir danken unserem Generalsekretär auch für die Medienpräsenz, die die Antworten der CDU auf die aktuellen Fragen der Menschen verbreiten hilft.

Gast unseres Parteitages ist auch die kluge Frau unseres Generalsekretärs. Wir freuen uns, Britta Pofalla in unserer Mitte begrüßen zu können.

(Beifall)

Nun weise ich nochmals darauf hin, dass sich jetzt die Antragskommission trifft, und zwar in Halle 1 Süd, Büro Nr. 3. Das ist ausgeschildert.

Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

auf. Ich bitte, die Wortmeldungen an den Wortmeldetischen abzugeben. Die Aussprache eröffnen unsere Bildungs- und Forschungsministerin Annette Schavan und dann Ministerpräsident Althaus.

Dr. Annette Schavan: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Ronald Pofalla hat in seinem Bericht vor allem den Prozess der Arbeit am Grundsatzprogramm beschrieben. Ich bin davon überzeugt, dieser Prozess ist für uns eine gute Gelegenheit der Selbstvergewisserung, eine gute Gelegenheit, die Frage, was die Gründungsimpulse für die CDU waren, und die Strategien für die Zukunft miteinander zu verbinden.

An einem Grundsatzprogramm in den Jahren 2006 und 2007 zu arbeiten, das heißt, der hohe Anspruch an uns ist, eine Vorstellung von dem zu beschreiben, wie wir uns Deutschland 2020 vorstellen, über den Tellerrand einer Legislaturperiode hinaus. Das muss unser Ziel sein.

Liebe Freunde, unser Ziel muss auch sein, deutlich zu machen: Die Christlich Demokratische Union, das sind keine Technokraten, und es sind keine rückwärtsgewandten Träumer. Die Christlich Demokratische Union steht an der Spitze des Fortschritts und weiß um die Wurzeln, um die Werte, aus denen unsere Politik entsteht.

(Beifall)

Wir haben am heutigen Tag über manches Thema und über manchen vorliegenden Antrag kontrovers diskutiert. Aber ich finde, wie ein roter Faden hat sich durch viele Wortmeldungen, nicht zuletzt durch die Reden, die hier gehalten wurden, hindurchgezogen: Die Christlich Demokratische Union in Deutschland ist die Volkspartei, die nicht auf Institutionen setzt, nicht auf abstrakte Sätze, sondern auf die Kraft und auf die Talente der Menschen. Das muss auch der rote Faden des Grundsatzprogramms sein. Wir stehen zum Verständnis des Menschen als Geschöpf Gottes, wir stehen zum Verständnis des Menschen als mit Talenten begabt, und so, wie wir es heute Morgen in der Frauenkirche gehört haben, sind wir davon überzeugt: Der Mensch ist zur Freiheit berufen, wir sollen mit unseren Talenten wuchern. Genau das muss im neuen Grundsatzprogramm deutlich werden.

(Beifall)

In den Reden, liebe Freunde, ist auch an vielen Stellen die Konsequenz für politische Prioritäten deutlich geworden. Die Sozialdemokraten sprechen immer noch vom fürsorgenden Sozialstaat. Sie glauben immer noch, mit den Instrumenten der Vergangenheit Zukunft gestalten zu können. Ich bin der festen Überzeugung – alle Bildungs- und Wissenschaftspolitiker der Christlich Demokratischen Union arbeiten dabei zusammen –, dass das beste Instrument für Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft bestmögliche Bildung für alle ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind in 14 von 16 Ländern an der Regierung beteiligt. Wir haben die große Chance, im Grundsatzprogramm eine moderne, eine leistungsfähige und eine auf Zukunft ausgerichtete Bildungs- und Wissenschaftspolitik zu beschreiben. Wir haben darüber hinaus die große

Chance, diese im Grundsatzprogramm beschriebene Politik in den nächsten Jahren in den Ländern und im Bund umzusetzen. Wir müssen uns an die Spitze der Bewegung derjenigen stellen, die sich um die jungen Leute in unserem Land kümmern. Wir müssen überall da, wo wir Regierungsverantwortung tragen, deutlich machen: Niemand darf verloren gehen. Den internationalen Innovationswettbewerb gewinnen nur diejenigen, die den Wettbewerb um Talente gewinnen. Diesen Wettbewerb wollen wir als Christdemokraten für Deutschland im Hinblick auf eine gute Zukunft gewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Wer sich ein bisschen mit der Bildungspolitik der SPD beschäftigt, der stellt fest:

Erstens. In der SPD wird Betreuung mit frühkindlicher Bildung verwechselt. Wir wollen nicht nur Betreuung von Kindern, wir wollen die Stärkung der frühkindlichen Bildung, weil wir davon überzeugt sind, dass gerade in Kindern im Kleinkindalter ein großartiges Potenzial steckt.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens. Die SPD verabschiedet sich zunehmend – Berlin ist ein fabelhaftes Beispiel – von allem, was mit Religionsunterricht und religiöser Bildung zu tun hat und sich an der Tradition des Christentums orientiert. Hier müssen wir ganz klar Position beziehen. Wir müssen uns klarmachen, dass es nicht ausreicht, immer dann, wenn irgendetwas in Deutschland passiert, aufzuschreien und drei Tage zu diskutieren. Unser Verständnis von Bildung verlangt vielmehr im Bildungssystem eine Stabilisierung von Erziehung durch religiöse Bildung, also indem Kindern Antwort auf grundlegende Fragen gegeben wird. Deshalb sind wir für Religionsunterricht in unseren öffentlichen Schulen.

(Beifall)

Drittens. Alle internationalen Studien zeigen, dass die Schulen und die Hochschulen in den Ländern, in denen Sozialdemokraten regieren, ebenso wie ihre Bildungspolitik nicht auf der Höhe der Zeit sind. Deshalb gilt der Satz – wir müssen ihn immer wieder wiederholen – : Da, wo die Union regiert, sind Bildung und Wissenschaft auf der Höhe der Zeit, haben Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bessere Chancen als da, wo die SPD regiert.

(Beifall)

Es ist keine zehn Jahre her – lassen Sie mich zum Schluss einen der interessantesten Punkte für unser Grundsatzprogramm benennen –, da gab es in Deutschland manche Debatte darüber, ob jemand intellektuell auf der Höhe der Zeit und zugleich ein gläubiger Mensch sein kann. Die Diskussion hat sich verändert. In unserem Grundsatzprogramm muss beides fest verankert sein: neben Strategien für eine moderne und innovative Politik, mit der wir uns im internationalen Vergleich an die Spitze des Fortschritts stellen, zugleich eine Verankerung der Wurzeln unserer

Kultur. Das heißt, übrigens auch für die Integrationspolitik, gesellschaftspolitisch für ein Verhältnis von Religion und Vernunft zu sorgen, bei dem sich beide wechselseitig respektieren: also bewusst einstehen für Religionsfreiheit und zugleich bewusst einstehen für die Freiheit und Selbstbestimmung der Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien, die in unserem Land leben. Wir dürfen also nicht zulassen, dass die Freiheit, die für uns selbstverständlich ist, für muslimische Frauen und Mädchen nicht selbstverständlich ist. Auch das gehört zu unseren Aufgaben.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, ich möchte Sie sehr ermutigen, in den Landes- und Kreisverbänden diese Grundsatzdiskussion ernst zu nehmen. Nur so können wir uns in den nächsten zwölf Monaten als eine starke programmatische Partei erweisen und ein Grundsatzprogramm zustande bringen, mit dem wir dann auch in die weiteren politischen Auseinandersetzungen gehen können. Die Kommission ist interessiert am lebendigen Gespräch über dieses Programm. Wir sind interessiert an den Impulsen von Mitgliedern der Christlich Demokratischen Union vor Ort. Ich bin davon überzeugt, wir werden beim Parteitag 2007 ein zukunftsweisendes Programm verabschieden können, das deutlich macht: Die Christlich Demokratische Union weiß um ihre Herkunft und ihre Wurzeln und hat mit dem Selbstbewusstsein und in der Identität, die daraus erwachsen, die besseren Strategien und die besseren Zukunftslösungen für Deutschland. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Annette Schavan. Als Nächster hat das Wort der Ministerpräsident von Thüringen, Dieter Althaus.

Ministerpräsident **Dieter Althaus** (mit Beifall begrüßt): Wertes Tagungspräsidium! Herr Generalsekretär! Liebe Freunde! Passt eine Grundsatzprogrammdebatte mitten in eine Zeit, wo wir in einer Großen Koalition mit unserer Bundeskanzlerin Verantwortung tragen? Würde möglicherweise durch so eine Debatte nicht der Streit innerhalb der Union beflügelt werden, wie das ja heute früh deutlich wurde? Ich denke – das ist mein Fazit aus der langen Diskussion, die wir heute früh erlebt haben –, wir brauchen die Grundsatzdebatte innerhalb der CDU Deutschlands. Wir brauchen diese Grundsatzdebatte aber auch, um unsere inhaltlichen Profile abzustimmen und darüber öffentlich zu diskutieren. Als Voraussetzung dafür sollten wir aber unbedingt ein Miteinander verabreden und beibehalten, indem wir uns untereinander vertrauen. Nur so können wir auch als Partei um Vertrauen werben. Das heißt, jeder, der aus persönlicher Überzeugung eine Position vertritt, muss in der Lage sein, die Position eines anderen aus der Union zu respektieren. Damit wird deutlich gemacht, dass es um die Suche nach einer gemeinsamen Position für die Union geht und nicht um den Streit zwischen Flügeln oder Positionen.

(Vereinzelt Beifall)

Vielleicht ist es auch wichtig, die Diskussionen um das Grundsatzprogramm in den nächsten Wochen und Monaten mit einer Erfahrungs- und einer Ergebnisdebatte zu verbinden. Der Erfolg von Unionspolitik in den letzten 16 Jahren steht doch gerade hier in Sachsen und in anderen neuen Ländern vor Augen; er ist mit Händen zu greifen und mit allen Sinnen zu erfassen. Warum fangen wir also nicht bei dieser Grundsatzdebatte ganz grundsätzlich an und halten trotz all der Alltagsprobleme, die sicherlich auch bei Debatten in der Union manchmal zu verschiedenen Ergebnissen führen, fest: Es ist nachgewiesen – man kann es hier in Dresden sehen –, dass die Union zur rechten Zeit die notwendigen Entscheidungen gefällt hat, während andere Parteien noch weit hinter ihrer Zeit zurück waren.

Das hängt mit der Grundüberzeugung der Union zusammen. Wir gehen vom Menschen aus, nicht von Ideologien, nicht von Kollektiven, sondern von jedem Einzelnen. Das steht bei der Grundsatzdebatte der nächsten Monate wiederum im Mittelpunkt.

(Vereinzelt Beifall)

Vielleicht erinnern Sie sich an das, was heute vor 17 Jahren war. Helmut Kohl hat in der Nacht vom 27. zum 28. November das so genannte 10-Punkte-Programm für die Wiedervereinigung Deutschlands geschrieben. Dieses 10-Punkte-Programm wurde dann am 28. November von ihm im Deutschen Bundestag vorgetragen. Die zehn Punkte dieses Grundsatzprogramms wurden dann zwar durch die aktuellen Entwicklungen überholt, aber eines ist damals sehr deutlich gewesen: Der Wille der Menschen, in Freiheit Gerechtigkeit zu entwickeln, war im Osten so vehement, dass man die Maueröffnung nutzen konnte, um endlich die Wiedervereinigung zu gestalten.

Zur gleichen Zeit hat der damalige große alte Mann der anderen Volkspartei das Wort von der Lebenslüge – lieber Jürgen, ich muss leider zitieren; es war das Wort „Lebenslüge“ – des Wunsches auf Wiedervereinigung geprägt. Das hat deutlich gemacht, wie stark man an dem Interesse der Menschen hier in den neuen Ländern vorbei gegangen ist, sowohl in der SPD als auch in vielen anderen politischen Strömungen. Nur die Union hat über die Jahrzehnte immer an dem festgehalten, was für Deutschland so wichtig ist, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu erreichen, damit für alle Menschen Freiheit und Gerechtigkeit umgesetzt werden können.

(Beifall)

Wenn wir jetzt die Grundsatzprogrammdebatte führen – Annette Schavan hat ein wichtiges Ziel angesprochen –, dann darf man einmal sagen: Man kann nach diesen 16 Jahren schon sehr klar nachweisen, dass die Entscheidungen, die in diesen Ländern gefällt worden sind und die von der Bundesregierung unter Helmut Kohl gefällt worden sind, zu genau die Entwicklungsprozesse bewirkt haben, die heute in Thüringen und anderen Ländern zu einem starken Mittelstand, zu starken Forschungs- und Entwicklungsstrukturen, zu einer leistungsfähigen Bildungslandschaft und zu zukunftsfähigen Sozialstrukturen geführt haben. Man kann nachweisen, dass Unionspolitik ganz konkret den Wandel gestalten konnte.

Dass es in Thüringen heute zu fast 100 Prozent mittelständische Unternehmen gibt, die unter 250 Beschäftigte haben, zeigt, dass es gar keinen Widerspruch zwischen Mittelstand und sozialer Ausrichtung der Gesellschaft gibt. Im Gegenteil, eine Voraussetzung, um die soziale Ausrichtung unter den veränderten Bedingungen der Globalisierung und der offenen Gesellschaft auch in Zukunft zu gewährleisten, ist die, einen starken Mittelstand zu haben, den wir als Gesellschaft und gerade als Union unterstützen. Das heißt: kein Gegeneinander von Wirtschaft und Sozialem, sondern ein Miteinander! Denn die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft entscheidet auch über die Sozialfähigkeit unserer Gesellschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Natürlich müssen wir in dieser Grundsatzdebatte die Veränderungen, die in den letzten Jahren fundamentaler waren als zuvor, deutlich benennen, damit wir nicht falsche Erwartungen nähren. Anders als möglicherweise noch vor 30 oder 40 Jahren, als staatlicherseits Handlungsfähigkeit gegeben war, setzt die Globalisierung dem Staat Grenzen. Wir haben also die Aufgabe, uns selbst als Partei, aber auch die Wählerinnen und Wähler und alle in diesem Land bei dieser Veränderung mitzunehmen. Wer sie nicht mitnimmt, produziert Enttäuschungen, produziert am Ende – das können wir in den neuen Ländern immer wieder spüren – eine Rückbesinnung, die keine Motivation für die Zukunft bedeuten kann. Wer heute über die Geschichte der DDR ostalgisch nachdenkt, der ist schon deshalb mitzunehmen, weil diese Ostalgie die Menschen demotiviert, wenn es darum geht, Demokratie mit zu gestalten.

Ich möchte diese Programmdebatte gern nutzen, um gerade in den neuen Ländern deutlich zu machen, dass Demokratie und Freiheit zusammengehören, dass Demokratie jeden Einzelnen fordert, dass Demokratie keine einfache Staatsform ist, aber dass es die beste Staatsform ist, um Freiheit und Gerechtigkeit auch zukünftig zu gewährleisten.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist es wichtig, dass wir die Signale in unserer Gesellschaft ernst nehmen. Auch in den alten Ländern hat die Akzeptanz der Handlungsfähigkeit der Demokratie in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Die Akzeptanz ist hier immer noch deutlich höher als in den neuen Ländern, aber auch in den alten Ländern spüren wir, dass die Menschen unzufrieden sind mit dem, was Politik gestalten kann, oder auch mit dem, was Politik auf der einen Seite verspricht, auf der anderen Seite zu halten in der Lage ist. Machen wir es uns nicht zu leicht!

Die Akzeptanz der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ist nicht vor allem durch Reden vermittelt worden, sondern es war der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, der Erfolg von Wohlstandserfahrung und der Erfolg von Sozialstaats-erfahrung. Deshalb muss die Union heute darauf achten, dass sie das, was sie sagt, auch umsetzt und dass sie das, was sie vermittelt, auch mit dem Leben verbindet. Nicht den Menschen etwas

vormachen, sondern die Realitäten zur Kenntnis nehmen, daraus politische Beschlüsse fassen und sie auf den Grundlagen unserer Partei – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – erklären, das ist die Aufgabe der Union, das ist auch die Aufgabe der Grundsatzpartei politik, die wir in den nächsten Monaten betreiben.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine aus Sicht eines neuen Landes wichtige, so finde ich, Grundbotschaft für diese Debatte benennen. Wir tun uns schwer in einem Land, das immer stärker areligiös wird, immer stärker Bindungen verliert, in dem sich die Menschen nicht mehr an dem orientieren, was Generationen vorher und damit auch die Politikgestaltung vorher als Grundverständnis akzeptieren konnten. Das Christliche scheint zu verdunsten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, trotzdem, gerade deshalb wäre es falsch, wenn wir dieser Entwicklung einfach nachlaufen und uns als Partei von den Fundamenten entfernen würden, die uns geprägt haben, die auch die Politik in Deutschland geprägt haben. Wir bleiben christlich-jüdisch geprägt – in Europa und auch in Deutschland.

Diese Überzeugung hat in Deutschland dazu geführt, dass wir wichtige Prinzipien von Anfang an beachtet haben. Die Familie ist in einer Gesellschaft durch nichts zu ersetzen. Ehe und Familie gelten weiter als die Grundbestandteile einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Es ist auch weiter richtig, dass wir Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit ernst nehmen und aus der Leistungsfähigkeit, die sie in der Lage sind zu entwickeln, die Kraft für unsere Gesellschaft gestalten. Es bleibt ebenfalls richtig, dass wir am Ende die, die etwas leisten können, nicht demotivieren in der Meinung, die, die weniger leisten können, dadurch besser behandeln zu können. Wer in unserer Gesellschaft Gleichheit möchte, geht den Weg zur Ungerechtigkeit. Wir brauchen die Differenzierung, weil wir damit die Stärke unserer Gesellschaft dauerhaft erhalten. Das war immer Überzeugung der Union und das muss auch Überzeugung der Union bleiben. Das sollten wir gerade in der Grundsatzprogrammdebatte der nächsten Monate mit unseren Mitgliedern, aber auch insgesamt in Deutschland sehr deutlich diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Dieter Althaus.

Ich möchte den nachfolgenden Rednern Folgendes liebevoll mit auf den Weg geben: Wir hatten Annette Schavan und Dieter Althaus als die beiden Co-Vorsitzenden gebeten, etwas grundsätzlicher ins Thema einzuführen. Aber die anderen Redner mögen bedenken, dass der Fortgang des Parteitags beflügelt wird, wenn sich jeder kompakt fasst. Peter Müller, der dritte Co-Vorsitzende, hat auf seinen Redebeitrag verzichtet, weil er heute in der allgemeinen Aussprache schon grundsätzlich gesprochen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe jetzt den Kollegen Manfred Carstens auf. Danach folgt Christean Wagner.

Manfred Carstens: Verehrte Delegierte! Sehr geehrte Gäste! Ich möchte aus der Rede von Ronald Pofalla einen Punkt herausgreifen, der für die innerparteiliche Arbeit besonders wichtig ist. Sie erinnern sich, dass wir vor sechs, sieben Jahren wegen der finanziellen Situation der Bundespartei den schmerzlichen Beschluss fassen mussten, einen Sonderbeitrag einzuführen. Jetzt, schon eineinhalb Jahre bevor dieser Sonderbeitrag ausläuft, kommt Ronald Pofalla und sagt in seiner Eigenschaft als Generalsekretär: Die Kreisverbände in Deutschland können sich darauf verlassen, dass dieser Sonderbeitrag ausläuft. – Da ich weiß, dass er das in Abstimmung mit Angela Merkel gesagt hat, möchte ich mich ganz herzlich für diese ganz klare Zusage bedanken.

(Beifall)

Das ist aber nicht nur eine angenehme Aussage für die Kreisverbände. Vielmehr steckt darin noch eine zusätzliche gute Nachricht; denn die Finanzlage der Bundespartei ist nun so gefestigt, dass diese Aussage auch gemacht werden kann. Wenn sie gemacht werden kann, muss sie auch gemacht werden. Das gehört zu der Vereinbarung bzw. der Absprache dazu. Insofern haben wir nun eine Situation, wie ich sie mir in der Zusammenarbeit mit der Partei immer gewünscht habe. Die Bundespartei war in einer schwierigen Situation. Die Landes- und die Kreisverbände haben mitgeholfen, diese zu bewältigen. Aber auch die Bundespartei hat sorgsam gearbeitet und ist mit den Finanzen sehr sparsam umgegangen. Angesichts der jetzigen Situation können wir sagen: Der Sonderbeitrag kann entfallen. Herzlichen Dank! Verkünden Sie die frohe Botschaft in den Kreisverbänden!

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Als Nächstes spricht Christean Wagner.

(Vereinzelt Beifall)

Christean Wagner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich für die Grundsatzkommission noch einige wenige Sätze zu dem hinzufügen, was unsere Freunde Althaus und Schavan bereits vorgetragen haben. Ich will zunächst ausdrücklich betonen, dass es gerade in Zeiten der Großen Koalition notwendig ist, dass wir uns innerparteilich darüber verständigen und dessen bewusst werden, was uns zusammenhält und wie unser Grundsatzprogramm letztendlich aussehen soll.

(Vereinzelt Beifall)

Es dient angesichts der Schwierigkeiten der Großen Koalition dazu, unser Profil in der Öffentlichkeit zu schärfen. Die Große Koalition haben wir nicht gesucht. Aber sie ist notwendig. Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion. Es darf aber innerparteilich und insbesondere an

der Basis nicht der Eindruck entstehen, als ob etwa die Koalitionsvereinbarung mit der SPD, zu der es keine Alternative gab, sozusagen die Fortschreibung unseres eigenen Programms wäre. Deswegen ist die jetzige Grundsatzdiskussion gut und nützlich.

(Vereinzelt Beifall)

Ich werde immer wieder gefragt, ob denn die Union ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten müsse. Hat sie im Jahre 2006 neue Grundsätze? Ich denke, wir müssen zunächst das Missverständnis ausräumen, dass mit dem neuen Grundsatzprogramm sämtliche Grundsätze über Bord geworfen und neu erfunden werden. Liebe Freunde, dieses Grundsatzprogramm ist vielmehr eine Fortschreibung dessen, was uns bereits seit Jahrzehnten zusammenhält. Deshalb wird es bei den Grundsätzen natürlich keine Veränderungen geben. Wir müssen fortschreiben und auf neue Herausforderungen reagieren. Aber das, was uns in der Union seit Jahrzehnten zusammenhält, gilt heute und in Zukunft. Im Mittelpunkt unseres Programms stehen Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und das christliche Menschenbild.

(Vereinzelt Beifall)

Wichtig ist daher, liebe Freunde, dass wir hier eine klare Antwort auf die Frage geben, was spezifisch christlich-demokratisch ist. Es darf keine Überbetonung der Allzuständigkeit des Staates geben, genauso wenig wie eine liberalistische Überbetonung ungezügelter Freiheit. Liebe Freunde, Ausgangspunkt des CDU-Programms war und ist – da darauf häufig hingewiesen wurde, will ich mich hier kurz fassen – das christliche Menschenbild. Ausgangspunkt waren, sind und bleiben die Werte, die wir daraus ableiten. Entscheidend ist unsere Bindung an die christliche Religion und unseren christlichen Schöpfer.

Liebe Freunde, lassen Sie mich außerdem hinzufügen, weil mir diese Diskussionslage sehr wichtig ist: Unsere Vorstellungen von Freiheit in Verantwortung werden wir nicht ändern. Die Freiheit wird weiterhin im Mittelpunkt unseres Programms stehen. Aber es gibt gerade in dieser Zeit viele Menschen, die, wenn sie das Wort „Freiheit“ hören, den Eindruck haben, dass es sich um etwas Bedrohliches handelt, dass sie plötzlich in die Verantwortung genommen werden. Für sie hat das Wort „Freiheit“ – dafür stehe ich ausdrücklich ein – etwas Kaltes. Deshalb muss zu der Freiheit die Sicherheit treten, und zwar nicht eine Sicherheit im engeren Sinne. Es geht nicht nur um innere und äußere Sicherheit. Genauso bedeutsam wie diese Sicherheit sind auch die soziale und die kulturelle Sicherheit. Mit Letzterer meine ich, dass wir uns dessen bewusst sind, was wir sind und was wir sein wollen, die eigene Identität, die Liebe zum eigenen Land, christliche Traditionen, die Achtung von Ehe und Familie und vieles mehr. Ich behaupte, dass kulturelle Verwurzelung inneren Halt gibt und Stabilität schafft. Unter anderem plädiere ich nachdrücklich dafür, dass wir den Begriff der Leitkultur in das neue Grundsatzprogramm der CDU aufnehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, lassen Sie mich einige Sätze zu dem Kapital Staat verlieren, zu dem ich innerhalb der Grundsatzkommission eine Arbeitsgruppe geleitet habe. Wir wollen einen starken, aber schlanken Staat. Das ist kein Widerspruch. „Schlank“ bedeutet weniger Bürokratie, bedeutet, auch die privaten Kräfte der Gesellschaft zu nutzen. „Stark“ bedeutet, dass der Staat die Sicherheit seiner Bürger garantiert.

Damit bin ich beim letzten Punkt. Es ist mir sehr wichtig, dass das angesprochen wird. Uns wird häufig von linker Seite vorgeworfen, ein zu starker Staat würde insbesondere im Bereich der inneren Sicherheit eine Bedrohung für die Freiheit der Bürger darstellen. Ich sage dazu: Welch ein Unsinn! Freiheit auf der einen Seite und Sicherheit für die Bürger auf der anderen Seite sind zwei Seiten derselben Medaille. Freiheit ohne Sicherheit bedeutet Chaos und Anarchie und Sicherheit ohne Freiheit Diktatur. Aber ich sage ausdrücklich: Die Stärkung der Sicherheit und insbesondere der Sicherheitsorgane des Staates bedeutet keine Schwächung der Freiheit, sondern eine Stärkung der Freiheit; denn unsere Polizei ist – um es anschaulich zu machen – keine Bedrohung für die Bürger, sondern soll zur Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürger Kriminalität bekämpfen. So wird ein Schuh daraus. Deshalb müssen wir diejenigen, die sofort die Bürgerrechte in Gefahr sehen, wenn wir die Möglichkeiten der Polizei stärken, ein klares Nein entgegenrufen.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Wir wollen einen starken Staat, der die Sicherheit seiner Bürger garantiert und die Schwachen schützt, und einen schlanken Staat, der die Eigeninitiative fördert, statt sie zu blockieren, einen Staat, in dem selbstbewusste und engagierte Bürger Freiheit in Verantwortung leben können. Das ist das Bild eines Staates, der sich am christlichen Menschenbild orientiert. Darin unterscheiden wir uns von Rot-Grün auf der einen Seite und von der FDP auf der anderen Seite.

Dies herauszustreichen, ist ein zentrales Anliegen unseres Programms. – Ich danke Ihnen.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Wir sind damit am Ende unserer Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs.

Ich möchte einen Hinweis zu TAGESORDNUNGSPUNKT 11 geben:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE
IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Dieser Bericht ist dem Parteitag schriftlich vorgelegt worden.

(Teilweise Beifall)

– Wenn alle, die jetzt geklatscht haben, den auch lesen, wird das Klatschen noch wesentlich berechtigter sein. – Ich nehme diesen Tagesordnungspunkt als Anlass, Hartmut Nassauer, der viele Jahre mit Erfolg die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion geführt hat, recht herzlich für seine Arbeit zu danken.

(Beifall)

Ganz wichtige Legislativakte der Europäischen Union tragen seine Handschrift. Er hat die deutsche Gruppe in der EVP-Fraktion stark und handlungsfähig gemacht. Er wird uns, wie ich weiß, im nächsten Jahr in einem anderen europapolitischen Spitzenamt wiederbegegnen. Herzlichen Dank an Hartmut Nassauer für die Arbeit der letzten Jahre!

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER CDU DEUTSCHLANDS,
VORLAGE DER RECHENSCHAFTSBERICHTE 2003 UND 2004
GEMÄß § 23 ABS. 2 PARTEIENGESETZ

Ich übergebe das Wort an unseren scheidenden Schatzmeister, Dr. Wolfgang Peiner.

Dr. Wolfgang Peiner, Bundesschatzmeister: Frau Bundeskanzlerin! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Gefallen, den Bericht schlicht zu Protokoll zu geben, kann ich Ihnen leider nicht tun; denn es ist eine Satzungspflicht, dass ich diesen Bericht vortrage. Aber dafür kann ich Ihnen einige gute Informationen geben, die Manfred Carstens eben schon zusammengefasst hat.

Was war die Situation der Partei im Jahre 2000? Im Jahre 2000 war die Partei in eine ernste finanzielle Krise geraten. Auf dem Parteitag in Essen wurde diese Partei mit einem erheblichen Konsolidierungs-, ja Sanierungsprogramm belastet. Was war im Jahre 2000 die Ausgangssituation? Wir hatten eine Partei – eine Bundespartei, muss ich ausdrücklich sagen –, die in ihrem laufenden Haushalt defizitär, strukturell mit Verlusten arbeitete, eine Bundespartei, die strukturell überschuldet war, eine Bundespartei, die nicht in der Lage war, ihre Bundestags- und Europawahlkämpfe aus eigener Kraft zu finanzieren.

Damals war die Beschlusslage, den Haushalt so zu fahren und so zu gestalten, dass einerseits zum Ende einer bestimmten Periode – das ist etwa 2009/2010 – der laufende Haushalt der Partei ausgeglichen ist bzw. Überschüsse erwirtschaftet werden und dass andererseits das strukturelle Defizit abgebaut ist und die Partei wieder Rücklagen erwirtschaften kann – damit

sie 2009 und 2010 die entscheidenden Wahlkämpfe, zum Bundestag bzw. zum Europäischen Parlament, wieder aus eigener Kraft finanzieren kann. Nichts anderes war die Aufgabe. Das ist der Weg, den wir nun seit einigen Jahren beschreiten.

Ich habe bereits in den Vorjahren über die Jahre 2001 und 2002 berichtet. Ich möchte jetzt kurz über 2003 und 2004 berichten – das muss ich aus formalen Gründen –, aber auch über 2005 und 2006, weil das aktuell ist. Für 2003 und 2004 kann ich ganz schlicht sagen: Die Rechenschaftsberichte liegen vor. Wie auf dem Bundesparteitag in Essen vorgegeben, konnte in beiden Jahren ein Überschuss erwirtschaftet und damit die Verschuldung weiter zurückgeführt werden. Die Sanktionszahlungen an die Bundestagsverwaltung konnten pünktlich bezahlt werden. Die Rechenschaftsberichte 2003 und 2004 sind fristgerecht vorgelegt worden. Sie sind mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen, sie sind beim Bundestagspräsidenten eingereicht, sie sind von der Verwaltung des Bundestages überprüft worden und sie sind veröffentlicht worden. Also: Diese beiden Jahre gehören der Vergangenheit an.

Was nun 2005, das Jahr der vorgezogenen Bundestagswahl, angeht, kann ich mitteilen: Wir haben 2005 trotz der zusätzlichen Belastungen durch den Bundestagswahlkampf ein positives Ergebnis für die Bundespartei erwirtschaften können, zwar nicht, wie viele Leute meinen, einen Gewinn oder eine großartige Reserve, aber einen Betrag, den wir brauchen, um die gegenwärtige Überschuldung der Partei weiter abzusenken und Reserven für die Zukunft aufzubauen. Am Ergebnis des Jahres 2005 steht ein Abschluss, nach dem die Bundespartei zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder ein positives Reinvermögen – in Höhe von 3,2 Millionen Euro – ausweisen kann.

(Beifall)

Damit ist die Verschuldung, mit der wir im Jahre 2000 begonnen haben – fast 18 Millionen Euro – endgültig abgebaut, und wir haben wieder einen leichten Überschuss. Dies hat zwei Ursachen. Eine sind die intensiven Sparbemühungen und die disziplinierte Haushaltswirtschaft der Bundesgeschäftsstelle. Manfred Carstens hat das eben schon kurz erwähnt. Er war immer ein kritischer Begleiter, gerade als langjähriger Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Bundestages. Wenn er sagt: „Ich habe das Gefühl, ihr könnt mit dem Geld ordentlich umgehen“, dann darf man das wohl durchaus als Lob verstehen.

Wir haben 2005 auch – das sollte man erwähnen – eine ganz außerordentliche Spendenbereitschaft unserer Förderer erlebt. Sie war natürlich Ausdruck der hohen Erwartungen, die sich mit der Hoffnung auf einen Regierungswechsel und auf eine Regierung unter der Führung der Union verbanden. Allen Spendern, die uns geholfen haben, möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken. Ohne ihre Unterstützung wären die Finanzierung des Wahlkampfes 2005 und das positive Ergebnis in 2005 nicht möglich gewesen.

(Beifall)

Die Entwicklung der Finanzlage der Partei hat sich auch 2006 durchaus ermutigend fortgesetzt. Wir können die Ansätze der mittelfristigen Finanzplanung auch in diesem Jahr einhalten. Wir haben auf der Ausgabenseite die Dinge voll im Griff. Wir müssen allerdings feststellen, dass wir auf der Einnahmeseite im Moment durchaus eine gewisse Herausforderung haben, und zwar im Bereich der Spendeneinnahmen. Hier spüren wir im Moment eine deutliche Zurückhaltung, gerade der mittelständischen Unternehmer, die traditionell unsere Säule waren. Ich denke, das liegt mit daran, dass am Anfang noch eine gewisse Unsicherheit war, wie die Regierungspolitik letztlich aussieht, was sie dem Mittelstand bringt. Jetzt, wo die Maßnahmen der Regierung greifen, wo eine Unternehmensteuerreform kommt, wo eine Erbschaftsteuerreform kommt, wo eine tatsächliche Reduzierung der Lohnzusatzkosten stattfindet, wo sich der Arbeitsmarkt positiv entwickelt, wo sich die Wirtschaft aufwärtsentwickelt, merken wir wieder die Bereitschaft unserer Förderer, anzuerkennen, dass dies das Ergebnis von Politik ist und dass man dies mit Spenden honorieren sollte. Wir glauben deswegen, dass wir die für die kommenden Wahlkämpfe erforderlichen Rücklagen wie geplant erwirtschaften können.

Mit der Wiederherstellung der finanziellen Basis hat die Partei wieder ein Stück politischer Glaubwürdigkeit zurückgewonnen. Ich möchte auch denen danken, die seit dem Essener Parteitag zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Das ist allen voran im Jahre 2000/2001 der Bundesschatzmeister Cartellieri gewesen, der damalige Deutsche-Bank-Vorstand. Er war zwar nur sehr kurz im Amt, hat aber ein sehr consequentes Konsolidierungsprogramm initiiert. Seine Amtszeit war kurz – seine Wirkung ist lang. Wir leben heute noch von den Dingen, die er damals für diese Partei in Gang gesetzt hat.

Wir haben eine Parteiorganisation, die sehr consequent an den Haushaltsfragen arbeitet. Das ist natürlich auch die Bundesgeschäftsstelle mit ihrem Bundesgeschäftsführer, dem Generalsekretär. Ich denke, hier muss die Partei einmal ausdrücklich unseren Finanzbeauftragten, Herrn Dr. Winter, erwähnen, der sechs Jahre lang in unermüdlichem Einsatz darauf geachtet hat, dass wirklich kein Euro in dieser Bundespartei zu viel ausgegeben wird.

(Beifall)

Ich erwähne das deswegen so nachdrücklich, weil Herr Dr. Winter zum Jahresende auf seinen Wunsch altersbedingt ausscheiden wird. Er wird der Partei weiterhin beratend zur Seite stehen. Ich glaube, ohne seinen Einsatz wäre die Partei in den Finanzdingen nicht da, wo sie heute ist.

Doch wir dürfen aus diesen positiven Informationen nicht schließen, dass die Zeit der Sanierung abgeschlossen wäre. Das ist sie überhaupt nicht. Das Ziel heißt: Kampagnefähigkeit 2009/2010, das Ziel heißt, den Bundestagswahlkampf 2009 und den Europawahlkampf 2010 aus eigener Kraft zu finanzieren.

Das sind die Auflagen von Essen. Sie sind noch nicht voll erfüllt, aber wir sind auf dem Wege dorthin. Wenn wir die Haushalts- und Finanzpolitik der letzten sechs Jahre auch in den nächsten

drei Jahren konsequent fortsetzen, können wir aus heutiger Sicht sagen: Das Ziel ist erreichbar, und zwar auch dann, wenn die Sonderumlage wie geplant im Jahre 2008 ausläuft. Das ist so, und das muss auch so sein.

Es wurde eben schon angekündigt, dass ich nach fünf Jahren als Bundesschatzmeister nicht wieder kandidieren möchte. Fünf Jahre Bundesschatzmeister, Finanzierung von zwei Bundestagswahlkämpfen und Abbau der strukturellen Verschuldung der Partei: Ich glaube, jetzt ist ein guter Zeitpunkt, um das Amt in jüngere Hände zu geben. Ich bin hier in Dresden 2001 in das Amt berufen worden, und hier in Dresden gebe ich es fünf Jahre später wieder ab. Die Finanzlage der Partei ist geordnet. Die mittelfristige Finanzplanung weist stabile Ergebnisse aus, dies aber, wie gesagt, nur, wenn der Konsolidierungskurs auch in den nächsten Jahren konsequent durchgehalten wird. Erst dann können wir im Jahre 2009 sagen: Der lange Weg hat sich gelohnt. Deswegen ist es meine Bitte, dass Sie auch meinen Nachfolger, den der Parteivorsitzende Ihnen vorschlagen wird, mit allen Kräften unterstützen. Dies dient der Glaubwürdigkeit und der Kampagnefähigkeit der CDU Deutschlands. – Schönen Dank.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Ich danke dem Bundesschatzmeister Dr. Wolfgang Peiner für seinen Bericht und die Vorlage der Rechenschaftsberichte für die Jahre 2003 und 2004 sowie die außerordentlich erfolgreiche Arbeit in den letzten Jahren.

Ich frage den Parteitag jetzt, ob es zur Vorlage der Rechenschaftsberichte Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall.

Ich bitte Sie nun um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie dem Bericht des Bundesschatzmeisters sowie den Rechenschaftsberichten für die Jahre 2003 und 2004 zustimmen möchten. – Das ist eine überwältigende Mehrheit. Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Zustimmung.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 13:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Zur Berichterstattung gebe ich das Wort an Ferdinand Tillmann.

Ferdinand Tillmann: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde! Es ist ja klar: Auf einem Parteitag geht es um Sachfragen und vielleicht auch um Machtfragen. Ein Parteitag oder auch eine Partei als Ganzes kann solche Fragen aber nicht beantworten, wenn die Finanzen nicht in Ordnung sind. Deshalb freuen sich die Rechnungsprüfer darüber, dass sie ein klein wenig dazu haben beitragen können, dass die weitgehende Konsolidierung der Finanzen der CDU gelungen ist, wie wir ja auch gerade von unserem Schatzmeister gehört haben.

Wegen des vorgezogenen Bundestagswahlkampfes im letzten Jahr konnten die Rechnungsprüfer auf dem Parteitag in Dortmund keinen Bericht erstatten, sodass heute über die Jahre 2003 bis 2006 zu berichten ist. Das soll in angemessener Kürze geschehen.

Claudia Nolte, Dr. Franz Möller und ich haben seit dem Parteitag in Düsseldorf im Jahre 2004 das Finanzgebaren der Partei – wo nötig, auch kritisch – begleitet. Wir haben uns regelmäßig mündlich und schriftlich insbesondere vom Bundesgeschäftsführer und vom Finanzbeauftragten Dr. Günther Winter über das laufende Finanzgeschäft, über die Liquiditätslage, über die Jahresabschlüsse und über die Rechenschaftsberichte 2003 und 2004 unterrichten lassen. Unsere jeweiligen Nachfragen sind bereitwillig, umfassend und präzise beantwortet worden. Wir konnten uns von der Richtigkeit und Stichhaltigkeit der Aussagen und vorgelegten Unterlagen über die Finanz- und Vermögenslage und die Ausgaben- und Einnahmentwicklung überzeugen. Die Bundespartei konnte in den Jahren von 2003 bis 2005, wie wir eben gehört haben, jeweils einen Einnahmenüberschuss erzielen. Der Bundestagswahlkampf 2005 wurde ohne zusätzliche Kreditaufnahme bestritten. Entscheidender aber ist, dass die Überschuldung der Bundespartei 2005, wie 2004 in Düsseldorf angekündigt und zugesagt, beseitigt werden konnte.

Sie haben heute für die veröffentlichten Rechenschaftsberichte, die Bestandteil Ihrer Tagungsunterlagen sind, die Entlastung zu erteilen. Sie haben diese Berichte durch die Abstimmung eben schon zur Kenntnis genommen. Dessen ungeachtet werde ich zu der aktuellen Entwicklung der Finanzen der Bundespartei bis 2005 kurz Stellung nehmen. Bei Bekanntwerden des unerwarteten Vorziehens der Bundestagswahl ist die Bundesgeschäftsstelle an die Bundestagsverwaltung herangetreten und hat eine Verschiebung von zwei Tilgungsraten im Zusammenhang mit den Sanktionen aus dem Jahre 2004 von 2005 auf 2006 vereinbart. Ursprünglich waren nach Plan wegen der turnusgemäßen Wahl für das Jahr 2006 keine Tilgungszahlungen vorgesehen. So konnte auch wegen der im Folgenden zu erläuternden Faktoren eine zusätzliche Kreditaufnahme trotz und wegen des vorgezogenen Bundestagswahlkampfes vermieden werden. Wichtig war vor allem die überplanmäßige Steigerung von Spendeneinnahmen. Der Schatzmeister hat darauf bereits hingewiesen.

Bemerkenswert ist aber auch, dass unsere Schwesterpartei, die CSU, die ihr formal wegen der Sanktionen gegen die CDU zustehende Mehreinnahme aus staatlichen Mitteln der CDU überlassen hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dies ist ein großartiger Beweis für die funktionierende starke Solidarität zwischen CSU und CDU. Ich spreche unserer Schwesterpartei ein ganz großes herzliches Dankeschön für diese gelebte Solidarität aus.

(Beifall)

– Ich danke Ihnen für Ihren Beifall und ersehe daraus, dass Sie meine Auffassung selbstverständlich teilen.

Ein weiterer Grund für das positive Ergebnis im Jahre 2005 waren die Einsparungen bei den laufenden Ausgaben, die erheblich unter den Etatansätzen blieben. Auch dies hat der Herr Schatzmeister bereits dargestellt.

Aus den genannten Gründen können wir nun davon ausgehen, dass die Partei, wie es das Statut auch vorschreibt, ihr finanzielles Gleichgewicht über einen Wahlzyklus hin erreicht, wie es übrigens auch jetzt schon der Fall ist. Generalsekretär Pofalla und auch Schatzmeister Peiner haben bestätigt, dass dem geplanten und beschlossenen Auslaufen des Solidarbeitrages zum 30. Juni 2008 nichts entgegensteht. Das Auslaufen des Solidarbeitrages war im Jahre 2004 ja auch verbindlich zugesagt worden.

Doch trotz und gerade wegen der erkennbaren Erfolge der in Essen beschlossenen Strukturen hat die Partei auch in den nächsten Jahren strikt darauf zu achten, dass sich der Umgang mit unseren Finanzmitteln an den auf dem Parteitag in Essen formulierten Zielen ausrichtet.

Dessen ungeachtet sollten allerdings auch – wie die Rechnungsprüfer schon auf dem Parteitag in Düsseldorf angemerkt haben – die Essener Beschlüsse immer wieder auf Effizienz und Bürokratielastigkeit überprüft werden.

Eine solide stabile Finanzwirtschaft wird im Übrigen auch in Zukunft nicht leicht sein. Ein großes Problem ist zum Beispiel der Rückgang an Mitgliederzahlen, an dem selbstverständlich auch andere große Parteien leiden. Nachdem die Mitgliederzahlen 2004 kurzfristig gestiegen sind, sind sie 2005 unter den Stand von 2003 gefallen.

Die Rechnungsprüfer – und nicht nur sie – sehen diese Entwicklung mit großer Sorge. Mitgliedsbeiträge und Mandatsträgerbeiträge sind nicht nur für sich genommen eine wichtige Einnahmegröße – sie betragen 41 Prozent der Gesamteinnahmen in 2004 –, sondern sie gehen gleichzeitig in die Bemessungsgrundlage der staatlichen Teilfinanzierung mit ein, wie Sie wissen, und beeinflussen diese entscheidend.

Heute möchten wir Rechnungsprüfer unseren besonderen Dank unserem Schatzmeister Dr. Wolfgang Peiner

(Vereinzelt Beifall)

und unserem Finanzbeauftragten Dr. Günter Winter aussprechen, die heute bedauerlicherweise beide ihr Amt quittieren. Beide haben bewiesen, was mit den auf dem Essener Parteitag eingeführten Regeln zu leisten ist. Ohne ihre hervorragende Arbeit wäre die Konsolidierung der Finanzen unserer Partei nicht möglich gewesen. Die Partei weiß dies zu würdigen, denke ich, was sie vielleicht mit einem nochmaligen Applaus zum Ausdruck bringen könnte.

(Vereinzelt Beifall)

Wir begrüßen es, dass sie der Partei auch weiterhin zumindest noch beratend zur Verfügung stehen.

Gleich großer Dank gilt auch den Bundesgeschäftsführern Dr. Willi Hausmann und Dr. Johannes von Thadden, die für die wirtschaftliche und sparsame Organisation der Geschäftsstelle verantwortlich sind bzw. waren. Auch bei meinen Mitrechnungsprüfern Dr. Franz Möller und Claudia Nolte bedanke ich mich für jahreslanges, optimales, freundschaftliches und erfolgreiches Wirken im Dienste und zum Wohle unserer CDU.

Nun darf ich Sie alle bitten – wie es das Parteiengesetz und das Statut bestimmen –, die veröffentlichten gesetzlichen Rechenschaftsberichte 2003 und 2004 zu beschließen, wie Sie es eigentlich schon getan haben, und insofern dem Vorstand, dem Finanzmanagement und der Bundesgeschäftsstelle Entlastung zu erteilen.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre geduldige Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir danken den Rechnungsprüfern für ihre wertvolle Tätigkeit und insbesondere Herrn Tillmann für seinen doch überraschend ausführlichen Bericht.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Den Bericht wird Herr Stephan Lechner geben. Herr Lechner, Sie haben das Wort.

Stephan Lechner: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Delegierte! Ich darf Ihnen den kurzen Bericht der Mandatsprüfungskommission vortragen. Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 15 Uhr 984 der 1001 stimmberechtigten Delegierten des 20. Parteitages anwesend. Damit ist der Parteitag beschlussfähig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und gutes Gelingen.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Lechner, vielen herzlichen Dank für Ihre Arbeit und den kurzen Bericht. Wir begrüßen auf unserem Parteitag an dieser Stelle recht

herzlich den Hohen Repräsentanten und Beauftragten der Europäischen Union in Bosnien-Herzegowina, den Bundesminister a.D. Dr. Christian Schwarz-Schilling. Herzlich Willkommen auf unserem Parteitag!

(Beifall)

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 15:

ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDS

Ich gebe an dieser Stelle das Wort unserer Vorsitzenden, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, bevor wir zur Neuwahl des Bundesvorstandes kommen, möchte ich als Vorsitzende allen Mitgliedern des Bundesvorstandes noch einmal ganz herzlich und ausdrücklich für die Arbeit der vergangenen zwei Jahre danken. Ich bedanke mich bei meinen Stellvertretern, den Mitgliedern des Präsidiums, dem Bundesschatzmeister und natürlich bei den Mitgliedern des Vorstandes selbst.

Ich bin noch einmal an das Rednerpult getreten, weil ich neben dem Dank, den wir gestern schon im Bundesvorstand ausgesprochen haben, hier noch einmal ganz herzlich den sieben Mitgliedern des Bundesvorstandes Dank sagen möchte, die nicht wieder kandidieren und aus dem Bundesvorstand ausscheiden.

Ich nenne als erstes Christoph Böhr, meinen Stellvertreter, dem ich ganz herzlich für eine gute Zusammenarbeit und seine Arbeit in der Wertekommission danke. Alles Gute, lieber Christoph Böhr!

(Beifall)

Ich danke Wolfgang Peiner, der eben seinen Bericht als Bundesschatzmeister gegeben hat. Hinter dem, was er so nüchtern vorgetragen hat, steckt viel Arbeit. Deshalb ein ganz herzliches Dankeschön. Wir lassen Sie ungern ziehen, Herr Peiner, aber bei der derzeitigen Finanzsituation freuen wir uns, dass Sie wirklich tolle Arbeit geleistet haben. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich danke Peter Rauen, Barbara von Wnuk-Lipinski und Elke Wülfing als Mitgliedern des Bundesvorstandes, mit denen ich aber jederzeit wunderbar zusammengearbeitet habe. Herzlichen Dank und alle Gute im weiteren Leben!

(Beifall)

Ich danke Hartmut Nassauer, der nicht mehr für die Position des CDU/CSU-Gruppenvorsitzenden im Europäischen Parlament kandidiert und daher ausscheidet. Lieber Hartmut Nassauer, es gab immer eine schnelle Information aus Brüssel, wenn es notwendig war; es gab immer eine gute Zusammenarbeit. Herzlichen Dank und alles Gute auf dem weiteren Weg!

(Beifall)

Liebe Freunde, stellvertretend für die Genannten, bitte ich ganz besonders einen Mann auf die Bühne, und zwar Bernhard Vogel, 30 Jahre Mitglied im Bundesvorstand, der ebenfalls nicht wieder kandidiert.

(Starker Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Lieber Bernhard Vogel, Sie waren nicht nur 30 Jahre lang gewähltes Mitglied des Bundesvorstandes, sondern auch der Einzige, der jemals in zwei Bundesländern Ministerpräsident war und damit auch noch einen Riesenbeitrag zur deutschen Einheit geleistet hat.

Auf gute Zusammenarbeit in der Konrad-Adenauer-Stiftung! Weiterhin alles Gute!

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel: Herzlichen Dank, liebe Freunde, und herzlichen Dank, verehrte Frau Vorsitzende. Man soll aufhören, wenn es am schönsten ist. Man soll aufhören, solange man noch ein solches Echo damit auslöst.

(Beifall)

Aber ich will auch dafür danken, dass Sie mich 15-mal – meist mit keinem schlechten Ergebnis – gewählt haben. Dafür herzlichen Dank Ihnen.

Im Übrigen: Ich höre nicht auf, dabei zu sein. Ich freue mich, viele von Ihnen in den Kreis- und Landesgliederungen wieder zu sehen, denn ich will dafür stehen: Es lohnt sich, ein Leben in der Christlich Demokratischen Union zu verbringen.

(Beifall)

Es lohnt sich, sich für dieses Land zu engagieren, und es lohnt sich, sich für die Idee der Union zu engagieren. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Herr Professor Dr. Vogel, vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Entlastung des Bundesvorstandes. Die Entlastung ist von den Rechnungsprüfern beantragt worden. Wer der Entlastung des Bundesvorstandes zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, dass der Bundesvorstand bei einigen wenigen Enthaltungen der Betroffenen durch den Parteitag entlastet worden ist.

Ich habe nun das zweifelhafte Vergnügen, die Mitglieder des Bundesvorstandes zu bitten, das Podium zu verlassen und im Plenarraum Platz zu nehmen.

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

WAHL DES BUNDESVORSTANDES

Vor Eintritt in die einzelnen Wahlgänge möchte ich Sie auf Folgendes hinweisen:

Erstens. Laut § 43 des Statuts werden die Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt.

Zweitens. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit. Sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

Drittens. In § 15 Abs. 3 unseres Statuts ist ein Frauenquorum vorgesehen. Dies besagt, dass bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit dieser Wahlgang gültig ist. Wird das Frauenquorum beim ersten Wahlgang erfüllt, so kommt es bei eventuell folgenden ergänzenden Stichwahlen nicht mehr zur Anwendung.

Viertens. Ich schlage Ihnen vor, die Stimmzettel in hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine.

Fünftens. Nach dem Ausfüllen werfen Sie Ihren Stimmzettel in die Wahlurnen, welche zu Ihnen an Ihren Platz getragen werden.

Sechstens. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne werfen können. Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16.1:

WAHL DES VORSITZENDEN

Es kandidiert Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Bevor wir in den Wahlgang eintreten, darf ich Sie auf Folgendes hinweisen:

Erstens. Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock im Postkartenformat zur Hand, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte durch das Tagungsbüro überreicht wurde. Wir werden die Wahl mit dem weißen Stimmzettel Nr. 1 durchführen.

Zweitens. Wenn Sie für Frau Dr. Angela Merkel stimmen möchten, so schreiben Sie bitte „Ja“ oder den Namen auf Ihren Stimmzettel, anderenfalls „Nein“. Wenn Sie sich enthalten möchten, schreiben Sie „Enthaltung“ oder lassen den Stimmzettel leer.

Drittens. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind ungültig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne nun den Wahlgang und bitte die Delegierten, die Stimmen abzugeben.

Ich darf nachfragen, ob alle Delegierten die Gelegenheit hatten, ihren Stimmzettel abzugeben. – Nein. Nach dem Zeitplan soll das fünf Minuten dauern.

Ich darf diejenigen, die ihren Stimmzettel noch nicht abgegeben haben, bitten, diesen kurz hochzuhalten. – Das sind fast alle. Wir warten also noch ein wenig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich fragen, ob jeder die Gelegenheit hatte, seinen Stimmzettel abzugeben? – Das ist immer noch nicht der Fall. Ich darf Sie bitten, Ihre Stimmzettel hochzuhalten. – Ich sehe keine weißen Stimmzettel mehr in der Luft. Hatten alle Delegierten die Gelegenheit, ihren Stimmzettel abzugeben? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann schließe ich den Wahlgang.

Ich unterbreche die Plenarsitzung des Parteitags für etwa 15 Minuten bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 16.11 bis 16.24 Uhr)

Prof. Dr. Georg Milbradt: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen, damit ich das Ergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden bekannt geben kann.

Zur Wahl der Parteivorsitzenden wurden 949 Stimmen abgegeben. Von diesen abgegebenen Stimmen waren o ungültig.

(Beifall)

Den Intelligenztest haben wir also schon geschafft. Es waren aber auch 13 Enthaltungen dabei. Das ergibt 936 gültige Stimmen. Nach unserer Satzung wird für die Mehrheit davon mehr als die Hälfte benötigt. Das sind 469 Stimmen.

Für Dr. Angela Merkel abgegeben wurden 871 Stimmen; das sind 93,06 Prozent.

(Beifall)

Der Ordnung halber will ich noch angeben: Mit Nein stimmten 65 Delegierte gleich 6,94 Prozent. Damit ist Dr. Angela Merkel gewählt. Herzlichen Glückwunsch des Parteitages!

(Anhaltender Beifall)

Ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

(Anhaltender Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: Ja, ich nehme die Wahl an, bedanke mich für das Vertrauen und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit zum Wohle unseres Landes. Herzlichen Dank!

(Weiter anhaltender Beifall, in rhythmisches Klatschen übergehend)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Namens des Präsidiums und des ganzen Parteitages herzlichen Glückwunsch, viel Erfolg und Gottes Segen für die weitere Amtsperiode von Angela Merkel!

(Beifall)

Zum Vergleich möchte ich für diejenigen, die es nicht mehr in Erinnerung haben, noch bekannt geben: Beim letzten Mal, in Düsseldorf am 6. Dezember 2004, waren es 88,41 Prozent. Das ist heute also ein großartiger Erfolg.

(Beifall)

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16.2:

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS

Ich bitte um den Vorschlag unserer Vorsitzenden.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Herr Präsident! Ich möchte Ihnen für das Amt des Generalsekretärs Ronald Pofalla vorschlagen. Ronald Pofalla hat in seiner einjährigen Amtszeit für die Partei vieles auf den Weg gebracht. Er ist Leiter der Grundsatzprogrammkommission – er hat dieses eben ja auch vorgestellt – und führt uns damit in neue programmatische Richtungen, natürlich unter Beachtung der Wurzeln unserer Partei.

Zum Schmunzeln gebracht hat Sie alle hier auf diesem Parteitag vielleicht die Idee für die Mitgliederwerbekampagne „Wer erkennt wen?“. Ronald Pofalla fällt etwas aus dem Rahmen, weil sein Haarschopf etwas länger ist als heute. Das ist aber nur eine von vielen Aktionen des Konrad-Adenauer-Hauses.

Ich bitte Sie darum, geben Sie Ronald Pofalla Ihr Vertrauen durch Ihre Stimme.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für den Vorschlag. Bevor wir in den Wahlgang eintreten, darf ich auf Folgendes hinweisen:

Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock im Postkartenformat zur Hand, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte durch das Tagungsbüro überreicht wurde. Wir werden die jetzige Wahl mit dem blauen Stimmzettel Nr. 2 durchführen. Wenn Sie für Ronald Pofalla stimmen möchten, so schreiben Sie bitte „Ja“ oder den Namen auf den blauen Zettel, andernfalls „Nein“. Wenn Sie sich enthalten möchten, schreiben Sie entweder „Enthaltung“ auf den Stimmzettel oder lassen ihn leer. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind ungültig. Ich glaube, damit ist das Prozedere klar.

Ich eröffne den Wahlgang zur Wahl des Generalsekretärs.

Ich möchte die Landesgeschäftsführer noch einmal bitten, die orangefarbenen Stimmzettel für die Stellvertreterwahlen, die wir gleich durchführen wollen, im Büro der Stimmzählkommission in Halle 1 Süd, Büro 1, abzuholen und an ihre jeweiligen Delegierten zu verteilen.

Ich darf fragen, ob es noch Stimmzettel gibt, die nicht eingesammelt wurden. – Das sind noch eine ganze Menge. Dann warten wir noch ab.

Liebe Freunde, während des Auszählens darf ich noch eine Grußbotschaft vorlesen, und zwar mit folgendem Inhalt:

„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela, ich möchte Dir und allen in Dresden anwesenden Mitgliedern der CDU meine besten Glückwünsche für den Bundesparteitag übermitteln. Dieser wird ohne Zweifel ein großer Erfolg werden. Ich habe meinen Freund Yves Bur, Abgeordneter der Region Bas-Rhin und Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe der Nationalversammlung, gebeten, die UMP auf dem Parteitag zu vertreten. Mit erneuten Wünschen für einen großen Erfolg des Parteitages bitte ich Sie, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela, den Ausdruck meiner großen und freundschaftlichen Hochachtung entgegenzunehmen. Herzlichst, Nicolas Sarkozy“

(Vereinzelt Beifall)

Ich darf nun noch einmal fragen: Sind alle blauen Stimmzettel für die Wahl des Generalsekretärs eingesammelt? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang für die Wahl des Generalsekretärs.

Jetzt wird ausgezählt. Da wir in der Zeit ein wenig fortgeschritten sind, schlage ich vor, dass wir jetzt während der Auszählung den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen, nämlich die Wahl der Stellvertreter. Ich bitte die Kandidaten für diese Ämter, sich vorzubereiten. Es ist nämlich ge-

wünscht, dass sie sich vor dem Parteitag einzeln vorstellen. Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? – Ich interpretiere das Gemurmel als Zustimmung.

Dann rufe ich jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 16.3 auf:

WAHL DER VIER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN

Es kandidieren Roland Koch, Dr. Jürgen Rüttgers, Dr. Annette Schavan und Christian Wulff. Wir beginnen mit dem ersten Kandidaten; ich bitte um die Vorstellung von Roland Koch.

(Beifall)

Roland Koch: Meine Damen und Herren! Ich heiße Roland Koch und bin bei diesem Tagesordnungspunkt der Neue auf der Kandidatenliste. Deshalb einige Sätze zu meiner Person und meiner Politik; Sie kennen und beobachten mich ja schon lange genug.

Ich bin 48 Jahre alt, verheiratet, habe zwei erwachsende Kinder und bin Hesse. In Hessen habe ich meine politischen Erfahrungen gemacht. Die hessische CDU und ich haben in den letzten Jahren versucht, gemeinsam zu zeigen, dass man auch aus einem lange Zeit rot und später zu lange Zeit rot-grün regierten Land ein erfolgreiches Bundesland machen kann. Wir glauben, dass wir dabei ganz gut vorangekommen sind.

(Beifall)

Es war sicherlich nicht selbstverständlich, dass uns die Bürgerinnen und Bürger dafür Vertrauen entgegenbrachten, sonst wäre der Wechsel ja schon viel früher eingetreten. Dass wir das Vertrauen gewinnen konnten, liegt, wie ich glaube, auch daran, dass wir, also ich persönlich und alle, die dort gemeinsam mit mir streiten, uns zum Prinzip gemacht haben, den Bürgern zwei Botschaften mitzugeben.

Mit dieser Erfahrung würde ich gern auch in der Führung der Union in Deutschland weiterarbeiten.

Die eine Botschaft ist: Wir sind fähig und willens, hart zu arbeiten. Die zweite Botschaft ist: Wir sind entschlossen, klare Kanten zu zeigen. Der Bürger hat am Ende nur die Chance, seine Stimme in Form eines Kreuzchens abzugeben, kann nicht „vielleicht“, „später“ oder „man könnte mal“ sagen, sondern muss „Ja“ oder „Nein“ sagen. Die Partei muss die Fähigkeit haben, dem Bürger Fragen zu stellen, die man mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten kann. Dann sind die Bürger auch bereit, solchen Herausforderungen zu folgen.

(Beifall)

Wenn Sie nach meiner Arbeit auf der Bundesebene fragen, dann würde ich gern an das Letzte erinnern, an dem ich beteiligt war, nämlich an dem Vorschlag, den die Große Koalition zu den

Unternehmensteuern gemacht hat, und an den Verhandlungen über das Finanztableau der Großen Koalition.

Ich bin niemand, der begeistert ist, wenn es darum geht, mit Sozialdemokraten zusammenarbeiten zu müssen. Aber ich bin jemand, der dann, wenn der Wähler den Auftrag gegeben hat und wir diesen Auftrag aus Pflichtgefühl für dieses Land zu erfüllen haben, meint, dass wir das Beste dabei herausholen müssen. Ich glaube, dass wir zum Beispiel auf diesen Feldern gezeigt haben: Selbst mit Sozialdemokraten, die von ganz anderen Ecken kommen, kann man etwas tun, etwa in der Unternehmensteuerreform, mit dem Christdemokraten gut werben und sagen können: Es lohnt sich, in einer Regierung zu arbeiten, die solche Werke zustande bringt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zum zweiten Teil: Wir haben heute eine Debatte über die Frage gehabt, wo wir selbst stehen und wie wir Klarheit schaffen können. Ich möchte dafür werben, dass wir uns nicht so abgrenzen in den alten Strukturen und Kategorien, die mal „links“ und mal „rechts“ heißen. Eine Volkspartei kann keinen größeren Fehler machen als den, sich auf Dauer mit der Frage ihrer eigenen Gesäßgeografie zu beschäftigen. Was wir machen müssen, ist, den Menschen das Vertrauen zu geben, dass wir glauben: Es gibt auf die Probleme eine Antwort, die nicht darin liegt, die Probleme gerecht zu verteilen, sondern die darin liegt, genug Chancen zu schaffen, dass am Ende alle Menschen und nicht nur einige wenige genug Zugang zu den Chancen haben.

(Beifall)

Dies ist die Idee, die dem Prinzip „Wohlstand für alle“ zugrunde lag. Diese Idee bedeutet für mich: Ich glaube, dass die guten Zeiten Deutschlands nicht vorbei sind. Ich glaube, dass wir vor Asien keine Angst haben müssen. Ich glaube, dass eine freiheitliche Demokratie mit diesem zentralen Geist der Freiheit, eine marktwirtschaftliche Ordnung, ein Land, das so gut ausgebildete Menschen hat, ein Land mitten in Europa mit so vielen Freunden um sich herum die verdammte Pflicht hat, davon auszugehen, dass es im ganzen Jahrhundert zu den wohlhabenden Ländern der Erde gehören kann und dass jeder, der mitmacht, auch die Chance hat, dabei erfolgreich zu sein.

Eigenverantwortung und Risikobereitschaft – Werte, die für die CDU wichtig sind – sind die Voraussetzungen für Wohlstand und Sicherheit in Zukunft. Wir müssen alle stützen, die Eigenverantwortung und Risikobereitschaft zeigen. Wir müssen gegen alle kämpfen, die glauben, man bräuchte nur Wohlstand und Sicherheit – dann könne man sich gelegentlich auch ein bisschen Eigenverantwortung und Risiko leisten. Darin liegt der Unterschied, der darüber entscheidet, ob diese Gesellschaft erfolgreich oder gelähmt in die Zukunft schreiten wird. Da liegt die Auseinandersetzung, die wir als Christliche Demokraten führen müssen.

(Beifall)

Ich habe ein Interesse daran, dass diese Christlich Demokratische Union um Mehrheiten kämpft – in allen Ländern und im Bund, dass sie nicht so lange darüber reden muss, wie viele Partner sie noch braucht. Wenn es notwendig sein sollte, sollten wir möglichst nur einen Partner brauchen, aber keinesfalls zwei, weil wir nicht so schwach sein wollen.

Ich habe ein Interesse daran, dass wir geschlossen sind. Ich will meinen Beitrag dazu leisten, die hessische Erfahrung zu verbreiten, dass man verdammt viel durchstehen kann. Meine Damen und Herren, Hessen ist ein Land mit knappen Verhältnissen, in dem heftig gekämpft wird. Wir haben in den letzten Wochen wieder gesehen, mit welchen Mitteln gelegentlich gekämpft wird. Man kann das alles gut leisten, wenn die Partei geschlossen ist. Wenn ich einen Beitrag dazu leisten kann, werde ich alles dafür tun, mit klarer Kante und mit harter Arbeit. Es wäre mir eine Ehre, wenn Sie mich dabei unterstützen würden. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, bevor ich Jürgen Rüttgers aufrufe, muss ich noch eine technische Durchsage machen. Herr Richter vom Auslandsverband Brüssel möchte bitte die Stimmzettel für die Wahl der Stellvertreter abholen, damit auch diese Delegierten ihre Stimme abgeben können. Also, Büro Stimmzählkommission.

Der nächste Kandidat ist Jürgen Rüttgers.

(Beifall)

Jürgen Rüttgers: Da ich eben schon Gelegenheit hatte, meine inhaltliche Position darzustellen, nur einige wenige persönliche Daten: 55 Jahre, verheiratet. Meine Frau und ich haben drei Söhne, der älteste ist 17, der jüngste ist sieben Jahre. Seit dem Juni 2005 bin ich Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Damals haben wir geschafft, dass zwischen Rhein und Weser kein SPD-Mensch mehr in der Regierung ist. Das wollte ich mir jetzt eigentlich auch für 2009 auf Bundesebene vornehmen.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Nächstes ist Annette Schavan auf der Liste. Ich bitte um Vorstellung.

Annette Schavan: Liebe Freunde! Auch ich habe eben schon geredet. Deshalb ebenfalls nur ganz kurz: Seit 1989 bin ich stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands. Mir liegt für die nächsten Jahre am Herzen, was mir auch in den letzten Jahren am Herzen gelegen hat: programmatische Vergewisserung, starkes Programm. Vor allem geht es darum, zum Markenkern

der CDU immer wieder herauszuarbeiten und auch in konkrete Politik umzusetzen, dass wir die Partei der Bildung und Ausbildung sowie der Wissenschaft und Forschung sind, dass Innovation die Quelle künftigen Wohlstands ist. Dafür will ich im Präsidium der Partei, in meinem Amt als Bundesministerin für Bildung und Forschung und im guten Dialog mit den Ländern arbeiten. Es geht also um die Kraft des Fortschritts. Daran möchte ich mitwirken. Zugleich arbeite ich für eine Partei, die ernst nimmt, woher sie kommt, wofür sie steht, die nicht auf jeden Trend und jede Mode geht, sondern weiß, was dauerhaft gültig ist. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Letzter stellt sich Christian Wulff vor.

(Beifall)

Christian Wulff: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Freunde! Christian Wulff, 47 Jahre alt, Rechtsanwalt von Beruf, seit dreieinhalb Jahren Ministerpräsident in Niedersachsen,

(Vereinzelt Beifall)

immer noch der vom Lebensalter her jüngste, aber wahrscheinlich der mit der längsten Vorbereitungszeit. Ich möchte am 27. Januar 2008 – das ist in etwa 13 Monaten – gern Ministerpräsident bleiben. Natürlich hilft die Unterstützung von Ihnen dabei, erfolgreich Ministerpräsident in Niedersachsen zu sein.

Auf Bundesebene möchte ich weiter aktiv mitwirken. Ich bin stellvertretender Bundesvorsitzender seit 1998 und führe den Landesverband in Niedersachsen seit zwölf Jahren. Wir haben 80 000 Mitglieder. Wir haben ein schönes Kommunalwahlergebnis erzielt. Ich denke, dass die CDU gut beraten ist, wenn sie zeigt, wie man in den Ländern, vor allem in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit CDU/FDP-Landesregierungen, erfolgreich Politik für unser Land machen kann. – Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Vielen Dank für die Vorstellungen.

Es liegt mittlerweile das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs vor. Abgegebene Stimmen: 966, ungültige Stimmen: wieder keine, Enthaltungen: 45, gültige Stimmen also: 921. Die erforderliche Mehrheit beträgt dann 461. Es wurden für Ronald Pofalla abgegeben 744 Stimmen gleich 80,78 Prozent.

(Beifall)

Ich nenne sofort die Gegenstimmen; dann kann man anschließend noch besser klatschen. Gegenstimmen: 167 gleich 18,13 Prozent. – Herzlichen Glückwunsch.

(Anhaltender Beifall)

Ronald Pofalla nehmen Sie die Wahl an?

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Ich bedanke mich herzlich für Ihr Vertrauen. Ich verspreche Ihnen, dass Sie sich auf mich verlassen können. Ich werde alles dafür tun, dass die CDU als Volkspartei der Mitte erfolgreich bleibt. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsident: Herzlichen Dank. Viel Erfolg und Gottes Segen.

Ich darf den Wahlgang für die Stellvertreter eröffnen. Die Wahlen erfolgen mit dem großen, orangefarbenen Stimmzettel, auf welchem die Kandidaten namentlich aufgeführt sind. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts muss mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden wie zu wählen sind, also vier. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er zwei, drei oder vier Kreuze enthält.

Wie bereits erwähnt, ist in § 15 des Statuts ein Frauenquorum vorgesehen. Demzufolge muss ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Wenn beispielsweise im ersten Wahlgang alle vier stellvertretenden Vorsitzenden die erforderliche Mehrheit erhielten, müsste sich darunter mindestens eine Frau befinden, damit dieser Wahlgang gültig ist.

Ich darf nun fragen, ob alle Delegierten den großen orangefarbenen, Stimmzettel erhalten haben? – Wenn dies der Fall ist, eröffne ich jetzt den Wahlgang. Bitte machen Sie Ihre Kreuze.

Hat jeder die Möglichkeit gehabt, seinen Stimmzettel abzugeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang für die vier stellvertretenden Vorsitzenden. Da die Auszählung bekanntermaßen etwas länger dauert, möchte das Tagungspräsidium Ihnen vorschlagen, die nächste Wahl durchzuführen.

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16.4:

WAHL DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Dazu gebe ich das Wort unserer Vorsitzenden Angela Merkel.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, ich möchte Ihnen für die Wahl des Bundesschatzmeisters Eckart von Klaeden vorschlagen. Ich bin Eckart von Klaeden sehr dankbar, dass er bereit ist, diese nicht einfache Aufgabe zu übernehmen.

(Beifall)

Ich glaube, dass Eckart von Klaeden den Kurs der Konsolidierung fortsetzen wird und dem Amt – genauso wie sein Vorgänger – das notwendige politische Gewicht geben wird. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Unterstützung bei der Wahl unseres neuen Schatzmeisters.

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Vorgeschlagen als Bundesschatzmeister ist Eckart von Klaeden.

Vor Eintritt in den Wahlgang bitte ich Sie um Aufmerksamkeit für folgende Hinweise: Die Wahl des Bundesschatzmeisters wird mit dem gelben Stimmzettel Nr. 3 aus dem Stimmzettelblock vorgenommen. Gültig sind Stimmzettel, auf denen „Ja“ oder der Name, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die andere Bemerkungen tragen, sind ungültig. Wird Vorstellung gewünscht? – Das ist die überwiegende Mehrheit. Dann bitte ich Eckart von Klaeden, sich kurz vorzustellen.

Eckart von Klaeden: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Eckart von Klaeden. Ich bin 41 Jahre, verheiratet. Wir haben zwei kleine Töchter. Ich bin von Beruf Rechtsanwalt und Abgeordneter des Bundestages. Seit 1995 bin ich Kreisvorsitzender der CDU in Hildesheim. Wenn Sie mich wählen, wäre ich der erste Kreisvorsitzende, der gleichzeitig Bundesschatzmeister ist. Ich glaube, dass das ganz nützlich sein kann.

(Beifall)

Ich bin seit der letzten Bundestagswahl außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Davor war ich fünfeneinhalb Jahre parlamentarischer Geschäftsführer. In dieser Funktion war ich unter anderem Sprecher im Visa-Untersuchungsausschuss.

Ich war ferner fünfeneinhalb Jahre für den Haushalt der Bundestagsfraktion zuständig – wenn Sie so wollen: Schatzmeister der Bundestagsfraktion. Ich möchte den Konsolidierungskurs von Wolfgang Peiner entschlossen fortsetzen, weil er die Voraussetzung dafür ist, dass wir das notwendige Rüstzeug gewinnen, um in den anstehenden Wahlkämpfen erfolgreich zu sein. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung. – Danke sehr.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Eckart von Klaeden. – Dann eröffne ich jetzt den Wahlgang. Noch einmal zur Erinnerung: Das sind die gelben Stimmzettel.

Darf ich fragen, ob jeder die Möglichkeit hatte, seinen Stimmzettel abzugeben? – Nein, noch nicht? Dann warten wir.

Haben jetzt alle ihren Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang.

Liebe Delegierte, das Präsidium schlägt Ihnen vor, da wir in der Zeit sehr weit fortgeschritten sind, dass wir bis zur Auszählung mit der Vorstellung der Kandidaten für die weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums fortfahren.

(Teilweise Beifall)

– Ich höre, das findet Ihre Zustimmung.

Dann fahren wir fort mit TAGESORDNUNGSPUNKT 16.5:

WAHL DER WEITEREN SIEBEN MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS

Es gibt acht Kandidaten, die ich Ihnen in alphabetischer Reihenfolge vorlese: Dieter Althaus, Dr. Maria Böhmer, Karl-Josef Laumann, Dr. Ursula von der Leyen, Hildegard Müller, Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Wolfgang Schäuble und Jörg Schönbohm. Bevor sich die Kandidaten vorstellen noch ein wichtiger Hinweis für die Landesgeschäftsführer: Sie möchten sich bitte im Büro der Stimmzählkommission die blauen Stimmzettel für diesen Wahlgang abholen. – Ich bitte jetzt die Kandidaten, sich kurz vorzustellen, in alphabetischer Reihenfolge. Als ersten bitte ich Dieter Althaus.

Dieter Althaus: Dieter Althaus, 1958 geboren, seit fast 25 Jahren verheiratet, zwei erwachsene Töchter. Ich bin seit gut dreieinhalb Jahren Ministerpräsident. Ich freue mich, dass ich in der Nachfolge von Bernhard Vogel für den Freistaat Thüringen die Verantwortung tragen darf. Wir haben beim letzten Mal erneut eine absolute Mehrheit geholt. Ich möchte mithelfen, dass Thüringen und dass Deutschland weiter gut vorankommen. Ich bin bis heute begeistert, dass wir die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes erleben. Aus dieser Motivation heraus will ich weiter Verantwortung tragen. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dieter Althaus. – Ich bitte jetzt Dr. Maria Böhmer, sich vorzustellen.

Prof. Dr. Maria Böhmer: Mein Name ist Maria Böhmer, ich bin 56 Jahre alt. Sie haben mir bei vergangenen Wahlen Ihr Vertrauen geschenkt und mich zum Mitglied des Bundesvorstandes gemacht. Heute kandidiere ich für einen Sitz im Präsidium. Dazu will ich einige wenige Worte sagen. Sie wissen, ich komme aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz, dort sind meine politischen Wurzeln. Seit fünf Jahren führe ich jetzt als Bundesvorsitzende die Frauen-Union. Ich tue dies mit großer Begeisterung, weil ich davon überzeugt bin: Die Union braucht mehr Frauen. Es wird für die Zukunft wahlentscheidend sein, dass wir mehr Frauen für unsere Reihen gewinnen.

(Teilweise Beifall)

Ich sage an dieser Stelle auch: Ich bin sehr stolz – ich glaube, wir alle sind es –, dass die Union mit Angela Merkel die erste Bundeskanzlerin in Deutschland stellt.

(Teilweise Beifall)

Vor einem Jahr hat mich die Bundeskanzlerin beauftragt, als Staatsministerin für Integration zu wirken. Das ist kein leichtes Amt. Aber Integration ist für uns alle eine entscheidende Aufgabe, eine Schlüsselaufgabe. Integrationsgipfel, Islamkonferenz und jetzt der Nationale Integrationsplan, damit prägen wir diesem Thema unseren Stempel auf. Integration ist für mich eine zentrale Wertefrage. Deshalb möchte ich dieses Thema verstärkt in die Partei hineinragen. Alle, die in der Kommunalpolitik tätig sind, wissen, welchen Stellenwert dieses Thema für die Zukunft unseres Landes hat. Mir kommt es darauf an, Fördern und Fordern mit Leben zu erfüllen. Deutsche Sprache, Bildung, Arbeit, das verbindet sich mit Integration, dafür will ich mich einsetzen und das soll sich in unserer Programmatik und in unserem Handeln immer wieder niederschlagen und damit zur Profilbildung unserer Partei beitragen. Ich bitte Sie sehr herzlich um Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Maria Böhmer. – Ich bitte jetzt Karl-Josef Laumann, sich vorzustellen.

Karl-Josef Laumann: Ich habe schon heute Morgen gesagt, wie ich die Welt begreife; ich denke, das muss ich nicht wiederholen. Ich bin 49 Jahre, verheiratet, wir haben drei Kinder. Ich habe in den letzten zwei Jahren im Präsidium versucht, meinen Blickwinkel, den Blickwinkel eines christlich-sozialen Arbeitnehmers, in die Beratungen des Bundesvorstandes bzw. des Präsidiums einzubringen. Wir haben gute Ergebnisse erzielt mit dem Antrag für eine neue Kapitalpartnerschaft, über den wir morgen früh beraten. Ich würde diese Arbeit in den nächsten beiden Jahren gerne fortsetzen und bitte Sie dafür um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann. Jetzt bitte Dr. Ursula von der Leyen.

Dr. Ursula von der Leyen: Mein Name ist Ursula von der Leyen. Ich bin 48 Jahre alt und glücklich verheiratet. Wir haben Kinder im Alter zwischen 7 und 19 Jahren. 1990 bin ich in die CDU eingetreten. 2001 habe ich das erste kommunale Mandat als Fraktionsvorsitzende in einem Stadtrat gehabt. Als Sozialministerin durfte ich drei Jahre im Kabinett von Christian Wulff mitarbeiten. Vor zwei Jahren bin ich ins Präsidium gewählt worden, und seit einem Jahr bin ich Bundesfamilienministerin. Mir macht das Amt ganz große Freude, denn ich denke, die Gestaltung des demografischen Wandels ist eine der spannendsten Aufgaben schlechthin. Ich

möchte gern im Präsidium in diesem Amt gemeinsam mit Ihnen erreichen, dass die Union wieder die Partei wird, von der die Menschen sagen: Diese Partei gibt uns Antworten auf drei zentrale Fragen, nämlich auf die Frage, wie wir in der Gesellschaft des langen Lebens wieder den Zusammenhalt der Generationen festigen können, auf die Frage, wie wir den Rahmen dafür schaffen können, dass junge Menschen wieder Ja zu Kindern sagen, und vor allen Dingen auf die Frage, wie wir uns besser um die Kinder kümmern können, die auf der Schattenseite des Lebens geboren werden. Dafür bitte ich Sie um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau von der Leyen. – Jetzt hat Hildegard Müller das Wort.

Hildegard Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Hildegard Müller. Ich komme aus Düsseldorf, bin 39 Jahre alt und vor sieben Wochen Mutter einer kleinen Tochter geworden.

(Beifall)

– Danke schön. – Mein Amt als Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin ruht deshalb zum jetzigen Zeitpunkt. Ich übe mein Bundestagsmandat aber weiterhin aus und beschäftige mich daher auch weiter mit den Themen, für die ich stehe. Sie möchten wissen, wofür ich stehe. Ich stehe für Bürokratieabbau. Ich habe mich bei vielen Mittelständlern und vielen Unternehmen vor Ort erkundigt und erfahren, wie Bürokratie die Menschen in diesem Land belastet, wie Bürokratie ihnen die Freiheit zur Arbeit nimmt. Ich stehe für eine wirtschaftsliberale Politik. Von daher stehe ich ohne Wenn und Aber zu den Beschlüssen von Leipzig, weil ich glaube, dass sie uns die Kraft geben, in der Politik nach vorn zu schauen. Ich bin konservativ, weil in den Fragen des Lebensschutzes mit mir keine Kompromisse zu machen sind. Für alle diese Aufgaben und Ideen würde ich mich gern auch weiter im Präsidium einsetzen. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihr Vertrauen geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hildegard Müller. – Jetzt hat Dr. Friedbert Pflüger das Wort.

Dr. Friedbert Pflüger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Friedbert Pflüger. Ich bin 51 Jahre alt, habe in den vergangenen Wochen mein Mandat im Deutschen Bundestag und mein Amt als Staatssekretär in der Bundesregierung aufgegeben, um mich ganz darauf zu konzentrieren, dass in Berlin Rot-Rot abgewählt wird und dass Herr Wowereit ebenfalls abgewählt wird.

(Lebhafter Beifall)

Berlin ist unsere Hauptstadt. Diese Hauptstadt verdient es nicht, dass man sie unter dem Motto „Arm, aber sexy“ regiert.

(Beifall)

Wir stellen uns in Berlin auf einen schweren Weg ein. Die Aufgabe ist nicht leicht, aber die Union in Berlin ist entschlossen und geschlossen wie lange nicht mehr. Wir haben in der letzten Woche gesehen, dass Rot-Rot bereits am Anfang wackelt. Wir haben also eine Chance. Deshalb bitte ich Sie um Rückenwind für die Berliner Union.

(Beifall)

Wir dürfen uns niemals damit abfinden, dass die Hauptstadt von der PDS mitregiert wird. Herr Woweroit hat am Donnerstag zwei Wahlgänge gebraucht. Ich bitte Sie, mir schon im ersten Wahlgang Ihr Vertrauen auszusprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedbert Pflüger. – Nunmehr hat Dr. Wolfgang Schäuble das Wort.

Dr. Wolfgang Schäuble: Meine Damen und Herren! Ich heiße Wolfgang Schäuble. Roland Koch hat vorher gesagt, er sei im Kreise der Stellvertreterkandidaten der Neue. Das kann ich so von mir nicht behaupten. Ich bin 64 Jahre alt, bin Bundesinnenminister und Abgeordneter aus dem Wahlkreis Offenburg. Ich versuche, in dem schwierigen Spannungsfeld einer Gesellschaft, in der der innere Zusammenhalt auf vielfältige Weise bedroht ist, Freiheit und Sicherheit, Offenheit und Toleranz so zu verbinden, dass wir in dem föderalen Verbund von Bund und Ländern unsere Aufgaben gut bewältigen. Das ist eine wichtige Aufgabe. Ich versuche zugleich, den Zusammenhang von äußerer und innerer Sicherheit und das Engagement für die europäische Einigung mit zu bedenken. Ich will mich auch für diese Ziele einsetzen. Dies will ich gern auch weiterhin im Präsidium der Partei tun und bitte Sie daher um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dr. Wolfgang Schäuble. – Jetzt hat Jörg Schönbohm das Wort.

Jörg Schönbohm: Liebe Delegierte! Ich heiße Jörg Schönbohm, bin 69 Jahre alt, seit 46 Jahren verheiratet und habe drei Kinder und sechs Enkelkinder. Als Soldat bin ich elfmal umgezogen. Meine Frau war in all dieser Zeit berufstätig. Jetzt bin ich wieder in meiner Heimat Brandenburg angekommen. Ich bin als Staatssekretär im Verteidigungsministerium in die Politik gekommen, war drei Jahre Innensenator in Berlin, habe dann mein Amt niedergelegt und bin ausgeschieden, um nach Brandenburg zu gehen. Dort habe ich mich um den Vorsitz im Land Brandenburg be-

worben und bin dann auch Landesvorsitzender der CDU dort geworden. Im Wahlkampf haben wir es vor sieben Jahren dann erreicht, dass wir in die Landesregierung eingetreten sind.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich jetzt noch einmal antrete, so tue ich dieses – das wird Sie nicht überraschen – als konservativer Senior, der sich den bürgerlichen Werten sehr verpflichtet fühlt. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir das, was wir heute von der Bundeskanzlerin zum Bild von der Familie gehört haben, gemeinsam umsetzen können. Ich weiß, was das bedeutet. Wir haben drei Kinder großgezogen. Zugleich haben meine Frau und ich zwei Enkelkinder großgezogen, weil unsere Tochter lange Zeit allein erziehend war. Ich weiß, welche Hilfe Eltern brauchen. Darum ist es wichtig, dass wir als Partei der Freiheit den Eltern die Freiheit einräumen, zu entscheiden. Es ist unsere Aufgabe, dafür Unterstützung zu geben. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu sagen, wo es langgeht, oder die Lufthoheit über den Kinderbetten zu übernehmen, wie es sich die SPD manchmal vorstellt.

(Beifall)

Der zweite Bereich, der mich fasziniert und interessiert, ist die Innere Sicherheit. Wolfgang Schäuble hat dazu schon das Wichtige gesagt. Ich habe erfahren, wie wichtig es ist, dass man in diesem Bereich konsequent ist. Als ich in Berlin als Innensenator die ersten beiden Wagenburgen und dann die letzten 13 besetzten Häuser geräumt habe, gab es ein Aufatmen in der Stadt und man sagte: Jetzt werden wir endlich normal. – Wir müssen konsequent sein, wenn wir den Rechtsstaat durchsetzen wollen. Dazu möchte ich auch in der programmatischen Debatte meinen Beitrag leisten.

(Beifall)

Ein letzter Punkt. Ich war siebeneinhalb Jahre alt, als meine Mutter mit uns fünf Kindern aus der Mark Brandenburg floh. Ich war 52 Jahre alt, als ich wieder nach Hause kam. Mir hat die Deutsche Einheit unheimlich viel bedeutet. Ich habe auch nicht mehr daran geglaubt, dass ich sie noch erlebe. Als ich sie dann aber erlebt habe, habe ich Helmut Kohl gesagt: Herr Bundeskanzler, Sie sind für mich und viele andere der Kanzler der Einheit. Sie nehmen uns in die Pflicht, die Deutsche Einheit zu vollenden. – Das müssen wir tun. Dazu möchte ich meinen Beitrag leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wir können die Deutsche Einheit nur erklären, wenn wir uns auch zur Nation bekennen. Die Deutsche Einheit ist nur zu erklären, wenn wir wissen: Deutschland ist ein Volk, ein Staat, eine Nation. So werden wir unsere Interessen definieren. Damit machen wir deutlich, was es für uns heißt, dass wir uns für dieses Vaterland einsetzen. Das möchte ich tun.

(Beifall)

Noch ein Letztes: Wir sind als Volkspartei verpflichtet, alle Bereiche unserer Gesellschaft zu erfassen. Ich selber fühle mich denen verpflichtet, die konservativ gesinnt sind und fragen, was die CDU eigentlich will. Denen möchte ich mich zuwenden.

Ich glaube, dass wir als große und christliche Volkspartei bei all den Problemen, die wir haben, nicht die Menschen vergessen dürfen, die fleißig ihr Brot verdienen und regelmäßig ihre Steuern zahlen, die das Glück in der Familie suchen, die Kinder erziehen wollen, denen das Vaterland noch etwas bedeutet, die sagen: „Da wollen wir leben“ und die ein anständiges Leben führen wollen, damit es ihren Kindern besser geht. Dafür möchte ich mich einsetzen und darum bitte ich um Ihre Stimme. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für die Vorstellungen. – Die Ergebnisse der Stellvertreterwahlen liegen uns noch nicht vor. Deshalb unterbreche ich jetzt den Parteitag, bis uns die Ergebnisse vorliegen. – Vielen Dank.

(Unterbrechung von 17.20 bis 17.23 Uhr)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ergebnisse liegen vor. Wir kommen erst noch einmal zur Wahl des Generalsekretärs. Das Ergebnis ist durch einen Zählfehler, der unterlaufen ist, insgesamt leicht verbessert. Das ist für die Statistik und für den Generalsekretär schön. Auf Ronald Pofalla entfielen 81,67 Prozent im Unterschied zu der eben benannten Zahl.

(Beifall)

Er hat sich also durch diese Rechenkorrektur noch um 1 Prozentpunkt verbessert.

Dann kommen wir zur Wahl des Bundesschatzmeisters: Abgegebene Stimmen 865, ungültige Stimmen 0, Enthaltungen 18, damit nach unserer Satzung gültige Stimmen 847. Die erforderliche Mehrheit beträgt 424. Es wurden abgegeben für Eckart von Klaeden 817 gleich 96,46 Prozent der Stimmen.

(Beifall)

Mit Nein stimmten 30 Delegierte. Das sind 3,54 Prozent. Ich frage Eckart von Klaeden, ob er die Wahl zum Bundesschatzmeister annimmt.

Eckart von Klaeden: Ja!

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Er nimmt sie an. Wir gratulieren ihm herzlich.

(Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung über die stellvertretenden Vorsitzenden. Auf Dr. Annette Schavan entfielen 772 Stimmen gleich 78,46 Prozent. Sie ist damit gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Auf Roland Koch entfielen 671 Stimmen gleich 68,19 Prozent. Er ist damit ebenfalls gewählt. Herzlichen Glückwunsch, Roland Koch!

(Beifall)

Auf Christian Wulff entfielen 656 Stimmen gleich 66,67 Prozent. Er ist damit gewählt. Herzlichen Glückwunsch, Christian Wulff!

(Beifall)

Auf Dr. Jürgen Rüttgers entfielen 568 Stimmen gleich 57,72 Prozent. Er ist damit gewählt. Herzlichen Glückwunsch, Jürgen Rüttgers!

(Beifall)

Bei der Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden sind 984 Stimmzettel abgegeben worden. Ungültig war davon keiner. Enthaltungen gab es keine. Gültige Stimmzettel: 984. Die erforderliche Mehrheit betrug 493. Annette Schavan, Roland Koch, Christian Wulff und Jürgen Rüttgers haben diese erforderliche Mehrheit im ersten Wahlgang erreicht. Ich frage die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen. Annette Schavan?

Dr. Annette Schavan: Ja.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Annette Schavan nimmt die Wahl dankend an. – Roland Koch?

Roland Koch: Ja.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Roland Koch auch. – Christian Wulff?

Christian Wulff: Ja.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Christian Wulff ebenfalls. – Jürgen Rüttgers?

Dr. Jürgen Rüttgers: Liebe Freunde, dass mir das Ergebnis nicht so toll gefällt, werden Sie verstehen. Aber – ich kämpfe ja auf diesem Parteitag für eine bestimmte inhaltliche Position – ich nehme die Wahl trotzdem an. Ich habe noch nicht alle überzeugt, aber ich will weiter für diese Position kämpfen, nämlich für eine CDU, die sicher, sozial und frei ist.

(Anhaltender Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Jürgen Rüttgers. – Wir kommen nun zur Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums. Die acht Kandidaten für die sieben Positionen haben sich Ihnen eben vorgestellt.

Nach § 43 Abs. 2 des Statutes müssen mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also in unserem Fall höchstens sieben. Der Stimmzettel ist also nur dann gültig, wenn vier, fünf, sechs oder sieben Kandidaten auf ihm angekreuzt sind. Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und der Wahlgang gültig wird.

Ich bitte nun, die Stimmzettel auszuteilen und in den Wahlgang der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums einzutreten.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist noch nicht der Fall.

Das Präsidium bittet die Kandidaten für die Positionen der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes, sich schon einmal geistig darauf einzustellen, dass wir die Auszahlzeit dazu nutzen, die Vorstellung der Kandidaten vor dem Bundesparteitag vorzunehmen.

Da wir unsere Zeit nutzen wollen, kommen wir jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 17, sofern Sie damit einverstanden sind:

WAHL DER RECHNUNGSPRÜFER

Wir möchten den ehrenamtlichen Rechnungsprüfern herzlich für ihre Arbeit danken. Unser besonderer Dank gilt Frau Claudia Nolte und Herrn Dr. Franz Möller, die nicht mehr kandidieren werden.

Die Kandidatenvorschläge für die Wahl der Rechnungsprüfer liegen Ihnen in den Unterlagen vor. Vorgeschlagen sind Ferdinand Tillmann, Dorothea Störr-Ritter und Peter Rzepka.

Gibt es den Wunsch, dass sich diese Kandidaten vorstellen? – Das ist nicht der Fall. Ich schlage dem Parteitag vor, diese Wahl per Akklamation durchzuführen. Gibt es dagegen Einwände? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die zustimmen wollen, die Stimmkarte zu erheben. – Gibt es Gegenvoten? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich gratuliere den Rechnungsprüfern und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Arbeit.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 18 auf:

WAHL DER CDU-MITGLIEDER UND STELLVERTRETENDEN MITGLIEDER
FÜR DEN VORSTAND DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI (EVP)

Auch hier danken wir denen, die bisher diese Arbeit geleistet haben und nun ausgeschieden sind.

Die insgesamt 18 CDU-Vertreter im EVP-Vorstand sowie ihre Stellvertreter werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt, also für den Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2008.

Die Liste der Vorschläge ist im Bundesvorstand erarbeitet worden und liegt in den Tagungsunterlagen vor. Sie ist mit allen Landesverbänden und Vereinigungen abgestimmt.

Auch hier schlage ich vor, dass wir zu einer gemeinsamen Abstimmung schreiten. Gibt es dagegen Einspruch? – Das ist nicht der Fall. Wer der vorgelegten Liste zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Liste einstimmig so gebilligt.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 19 auf:

WAHL DER DELEGIERTEN UND STELLVERTRETENDEN DELEGIERTEN
FÜR DIE EVP-KONGRESSE

Auch hier gilt die Zeit vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2008.

Sind Sie damit einverstanden, dass wir die Berufung so vornehmen, wie wir es soeben praktiziert haben? – Das ist der Fall.

Wer der Berufung gemäß der Vorschlagsliste zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Vorstellung der Kandidaten für die Positionen der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes, wobei wir erst dann in den Wahlgang eintreten, wenn wir die Wahl zum Präsidium abgeschlossen haben.

Wir beginnen mit der Vorstellung von Christian Baldauf.

Christian Baldauf: Meine Damen und Herren! Christian Baldauf aus Frankenthal, 39 Jahre alt, verheiratet, wir haben zwei Kinder im Alter von fünf und sechs Jahren. Ich bin seit zwölf Jahren selbständiger Rechtsanwalt und vor allem im Bereich des Arbeitsrechts tätig.

Sie werden es den Medien bereits entnommen haben: Ich bin seit einem halben Jahr Fraktions- und Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen CDU.

Ich habe heute – das möchte ich nicht verschweigen – natürlich darauf hinzuweisen, dass wir in der Opposition sind. Das ist in diesem Hohen Hause fast ein Alleinstellungsmerkmal. Minister-

präsident Beck ist noch Ministerpräsident unseres Landes. Aber gehen Sie bitte davon aus: Wir arbeiten daran, dass wir dies in der nächsten Zeit ändern können, mit Elan und einem gewissen Optimismus, den wir durchaus auf unserer Seite wissen.

Für den Vorstand kandidiere ich deshalb, damit ich auch in diesem Gremium aus erster Hand die Defizite, die Kurt Beck mit seiner Politik hervorruft, einbringen kann. Sie werden mir es abnehmen: Er redet im Bund etwas anders als im Land. Ich würde mich deshalb sehr freuen, in diesem Gremium mitarbeiten zu dürfen. Ich werde mit 100 Prozent dabei sein und freue mich auf Ihre Stimmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Als Nächster bitte Elmar Brok.

Elmar Brok: Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteifreunde! Ole von Beust sagte mir auf dem Weg hierher ein Adenauer-Zitat: „Europa muss geschaffen werden.“ Deswegen kandidiere ich auch. Ich möchte gern Angela Merkel während ihrer Ratspräsidentschaft helfen und ein Stück Bindeglied zwischen Europäischem Parlament und unserer Partei sein, damit die deutsche Ratspräsidentschaft ein Erfolg wird. Wir brauchen ein Europa der Stärke, das in der Lage ist, für uns Deutsche Antworten auf die großen Herausforderungen im Bereich der inneren und der äußeren Sicherheit, der Bekämpfung des Terrors, der Globalisierung und bei vielen anderen Problemen zu geben.

Wir brauchen dafür die europäische Verfassung, so wie dies die Bundeskanzlerin während der deutschen Ratspräsidentschaft voranbringen will. Wir brauchen ein Europa der Begrenzung. Wir brauchen in Europa weniger Gesetze und weniger Bürokratie. Das gilt für die kommunale Ebene, die Landesebene, die Bundesebene und auch für die europäische Ebene. Weniger Gesetzgebung und bessere Gesetzgebung ist besser für unser Land und für Europa insgesamt.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch eine Begrenzung im Äußeren. Ab dem 1. Januar gibt es 27 Mitgliedsländer in der Europäischen Union. Vielleicht kommt bald Kroatien hinzu. Jetzt brauchen wir eine Phase der Konsolidierung, wir dürfen, wie es neudeutsch heißt, Europa nicht overstrecken. Wir müssen sehen, dass wir es konsolidieren. Wir haben in der letzten Zeit genug Erweiterung mitgemacht. Hier muss die Bremse gezogen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen Europa mit Werten verbinden. Wir müssen an Werten deutlich machen – das ist auch in der Diskussion über die Türkei wichtig – , dass Europa auf christlichen Werten begründet ist. Das muss in der Verfassung, in der Charta der Grundrechte deutlich werden. Daran möchte ich auch in der Grundsatzkommission mitarbeiten. Ich möchte für die deutsche Identität in einem Europa der Werte eintreten und diese so gestalten, dass wir durch diese

Verknüpfung eine bessere Zukunft haben. Ich möchte Sie herzlich bitten, mich in dieser Arbeit zu unterstützen, indem Sie mir Ihre Stimme geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Emine Demirbüken-Wegner, dann Regina van Dinther, Dr. Michael Fuchs und Tanja Gönner.

Emine Demirbüken-Wegner: Herr Vorsitzender! Frau Bundeskanzlerin! Mein Name ist Emine Demirbüken-Wegner, ich bin Jahrgang 1961. Ich bin verheiratet, habe zwei kleine Töchter und bin Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin. Dort bin ich die Sprecherin im Bereich Jugend- und Familienpolitik.

Vor zwei Jahren haben Sie mir Ihr Vertrauen ausgesprochen und mich in den Bundesvorstand der Partei gewählt. Ich habe mich in den vergangenen zwei Jahren bemüht, neben der allgemeinen politischen Diskussion in den Bereichen Kinder- und Familienpolitik sowie Integrationspolitik meinen Sach- und Fachverstand in die Diskussion und Meinungsbildung unserer Politik und unserer Partei einzubringen. Ich denke, dass ich nicht ganz ohne Erfolg war und würde mich daher sehr freuen, wenn Sie mir heute erneut Ihr Vertrauen und Zutrauen in diesem Aufgabenbereich aussprechen und mich wiederwählen würden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Regina van Dinther, bitte.

Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Regina van Dinther. Ich bin 48 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Von Beruf bin ich Bekleidungsingenieurin. Seit 15 Jahren bin ich Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen. Seit der letzten Wahl bin ich Präsidentin des Nordrhein-Westfälischen Landtages. Auch das ist ein Amt, das in den letzten 25 Jahren nicht von einem Mitglied der CDU wahrgenommen wurde. Ich mache das mit ganz großer Freude. Seit vier Jahren darf ich im Bundesvorstand der CDU mitwirken. Ich war sowohl im Ausschuss der Bürgerpartei als auch in der Grundsatzkommission. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mich für weitere zwei Jahre wählen würden. – Danke schön.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Dr. Michael Fuchs, bitte. Danach Tanja Gönner, Regina Görner, Detlef Gürth und Ursula Heinen.

Dr. Michael Fuchs: Meine Damen und Herren! Ich heiße Fuchs, Michael Fuchs. Ich komme aus Koblenz, habe zwei erwachsene Töchter und bin Unternehmer. Mich gibt es nicht gerührt und auch nicht geschüttelt, sondern nur standhaft, und zwar standhaft für den Mittelstand.

Wir haben heute gelernt, dass es ohne Flügel nicht geht. Man braucht zwei Flügel, um fliegen zu

können. Ferner braucht man den Auftrieb. Dabei ist der Mittelstand – die Bundeskanzlerin hat es in ihrer Rede heute gesagt – der Auftrieb, der Turbo, den wir brauchen. Diesen müssen wir verstärken, deshalb ist die beste Risikoversicherung ein guter Job im Mittelstand. Die beste Arbeitslosenversicherung besteht darin, dem Mittelstand die Freiheit zu geben, noch mehr Menschen einzustellen. Dafür möchte ich arbeiten.

Für dieses Ziel kämpfe ich als Unternehmer seit 20 Jahren. Seit 2002 kämpfe ich in der Bundestagsfraktion ebenfalls für dieses Ziel. Seit diesem Jahr bin ich Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand und möchte mit Ihnen dafür sorgen, dass wir dem Mittelstand die Freiheit bringen, die er braucht, um die Jobs zu schaffen, die wir in Deutschland brauchen. Ich bitte um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Jetzt bitte Tanja Gönner.

Tanja Gönner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Tanja Gönner. Ich bin 37 Jahre alt, komme aus dem Süden Baden-Württembergs und darf Umweltministerin dieses schönen Landes sein. Bevor ich in die Politik gegangen bin, war ich von Beruf Rechtsanwältin. Ich war Partnerin in einer Anwaltskanzlei, die auf Insolvenzrecht spezialisiert war. Von 2002 bis 2004 war ich direkt gewählte Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Im Jahr 2004 bin ich in die Landesregierung Baden-Württembergs gewechselt.

Seit dem Parteitag von Essen bin ich Mitglied des Bundesvorstands und – das war mir immer wichtig – daneben Kreisvorsitzende meines Heimatkreises Sigmaringen; denn ich finde es wichtig, dass wir die Brücke zwischen der Spitze und der Basis, zwischen denen, die die Arbeit für uns vor Ort machen, und denen, die über die Positionen entscheiden, schlagen. Deswegen ist mir dieses Amt besonders wichtig.

Umweltpolitik gestalte ich mit Herzblut und vor allen Dingen mit Leidenschaft. Umweltpolitik ist für mich einer der zentralen Punkte und eines der ureigenen Themen der Christlich Demokratischen Union. Wir waren es, die immer die Bewahrung der Schöpfung und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen als das Rückgrat der Union verstanden haben. In diesem Sinne möchte ich für die Union an der Weiterentwicklung der Umweltpolitik als Teil einer nachhaltigen Politik gemeinsam mit Sozial- und Wirtschaftspolitik kämpfen. Deswegen bitte ich Sie auch für die Zukunft um Ihre Unterstützung und Ihre Stimme. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Als nächstes bitte Dr. Regina Görner.

Dr. Regina Görner: Guten Tag, meine Damen und Herren! Mein Name ist Regina Görner. Ich komme aus Saarlouis und bin 56 Jahre alt. Ich möchte im Bundesvorstand weiter für die

Interessen der Menschen arbeiten, die Tag für Tag ihre Arbeit tun und ihre Steuern zahlen. Studiert habe ich Geschichte und Sozialwissenschaft. Ich habe eine Ausbildung als Lehrerin und bin 1968 in die Union eingetreten, weil ich mich für eine Volkspartei entschieden habe. Ich glaube, dass die Volkspartei auch heute noch ein absolut zukunftsweisendes Konzept ist; denn nur sie kann breite Wählerschichten an sich binden, indem sie auch gegensätzliche Interessen auf der Basis einer gemeinsamen ethischen Orientierung in der Partei aufgreift, ausdiskutiert und auch zum Ausgleich bringt.

Mein Eindruck ist: Immer da, wo uns das gelungen ist, haben wir dieses Land wirklich voran gebracht. Insofern verstehe ich einen Teil der Kommentare nicht, die die Tatsache, dass wir um unterschiedliche Positionen in dieser Partei streiten, als ein Drama betrachten. Es ist Baugesetz dieser Volkspartei, der Union, dass wir die unterschiedlichen Interessen vortragen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, für mich war es immer selbstverständlich, dass ich an der Formulierung und Vertretung dieser Interessen aus der Perspektive von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Gewerkschaften gearbeitet habe. Das war nur folgerichtig. Dass ich in der Einheitsgewerkschaft DGB und auch in der Volkspartei CDU relativ häufig die Minderheitenposition vertrete, ist nicht immer vergnügungssteuerpflichtig, aber dazu gibt es überhaupt keine Alternative. Deshalb mache ich das auch so weiter.

(Beifall)

Ich habe nach meiner Ausbildung eine zeitlang in der Forschung gearbeitet. Mitte der 80er-Jahre erhielt ich die Gelegenheit, auch beruflich politisch und gewerkschaftlich tätig zu werden. Ich habe ein paar Jahre in der Politikberatung gearbeitet, ich war Gewerkschaftssekretärin in der ÖTV und habe fast zehn Jahre lang dem geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes angehört. Fünf Jahre lang war ich im Kabinett von Peter Müller saarländische Sozialministerin. Seit etwas mehr als einem Jahr bin ich gewähltes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall, das einzige schwarze, wie man sich denken kann.

Ich bin im CDA-Bundesvorstand seit 1978, und im Bundesvorstand der CDU darf ich seit 2000 mitarbeiten. Das will ich gerne auch künftig tun, und ich freue mich, wenn Sie mich wählen. – Schönen Dank.

(Beifall)

Petzer Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank.

Als Nächster stellt sich Detlef Gürth vor.

Detlef Gürth: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Detlef Gürth, ich bin

Ü40, habe eine Tochter, die mittlerweile in Würzburg ihr Studium begonnen hat, und komme aus Aschersleben; das ist eine Kleinstadt, 30 000 Einwohner, die älteste in Sachsen-Anhalt. Ich habe dort Basiserfahrung im Gemeinderat und auch als Kreisvorsitzender über zehn Jahre gesammelt und habe dieses Amt in jüngere Hände weitergegeben. Meine Nachfolgerin als Kreisvorsitzende ist inzwischen die einzige Landrätin in Sachsen-Anhalt, Heike Brehmer, und sie macht einen Superjob. Das zeigt: Man kann auch Verantwortung weitergeben.

Ich bin in Sachsen-Anhalt seit vielen Jahren Sprecher für die Union für Wirtschaft und Arbeit. Meine Motivation, heute zu kandidieren und um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen zu bitten, erwächst eigentlich nicht daraus, dass ich glaubte, dass wir nicht genügend kompetente Leute in Wirtschaft und Arbeit hätten. Aber selbst mir fällt es manchmal schwer, meinen Mitgliedern vor Ort zu erklären, warum das, was wir machen, gut, vielleicht sogar alternativlos ist. Wer von uns hat in den letzten Tagen einmal versucht, den eigenen Mitgliedern zu erklären, warum die Gesundheitsreform gut und alternativlos ist?

Ich möchte im Bundesvorstand, wenn Sie mir Ihr Vertrauen geben, nicht überall mitreden, nicht überall mitquasseln. Ich möchte mitwirken und immer dann meine Stimme erheben, wenn ich das Gefühl habe, wir diskutieren zu viel über Ehegattensplitting und denken zu wenig darüber nach, wie das, was wir machen, den Menschen draußen erklärt werden kann.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön.

Als Nächste stellt sich Ursula Heinen vor.

Ursula Heinen: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Ursula Heinen. Das wichtigste und schönste Erlebnis meines Lebens fand in diesem Jahr statt, und zwar mit der Geburt meiner kleinen Tochter, die jetzt acht Monate alt ist.

Ich bin von Beruf Diplom-Volkswirtin, habe als Wirtschaftsredakteurin bei einem Kölner Magazin und bei einer Kölner Tageszeitung gearbeitet. Ich bin stellvertretende Landesvorsitzende der CDU in Nordrhein-Westfalen und seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Frauen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die weiblichen Bundestagsabgeordneten, haben mich zu ihrer Vorsitzenden gewählt. Ich kümmere mich dort um alle Fragen der Frauen- und Familienpolitik.

Ich würde mich freuen, wenn Sie mir heute Ihr Vertrauen und vor allen Dingen Ihre Stimme schenken würden. – Danke schön.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ulla Heinen.

Als Nächster Peter Jacoby, bitte.

Peter Jacoby: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich heiße Peter Jacoby, bin 55 Jahre alt, komme aus Saarbrücken und gehöre seit sieben Jahren als Finanzminister der saarländischen Landesregierung an.

Es wird vielfach diskutiert: Große Koalition in Berlin, Regierungsverantwortung in den Ländern, was für Interessengegensätze gibt es, und sind diese Interessengegensätze bisher hinreichend kultiviert, dargestellt und zum Ausdruck gebracht worden? Ich denke, wir müssen auf einen anderen Schwerpunkt zu sprechen kommen: Wo sind die Gemeinsamkeiten, wo können wir voneinander lernen, wo können wir voneinander profitieren? Der Strukturwandel in den Ländern, die Standortaufwertung dort, die Frage der Intensivierung des Wettbewerbs, das sind Fragen, die sich in den Regionen genauso stellen wie auf der Ebene des Bundes. Die Antworten – Bürokratieabbau, schnellere Genehmigungsverfahren – sind gemeinsame Antworten, und wir können Schlussfolgerungen für den Bund ziehen, wie wir generell in der Lage sind, voneinander zu lernen und voneinander zu profitieren.

Eine zweite Bemerkung will ich machen. Ich glaube, dass über den heutigen Tag hinaus die Aufgabe auf der Tagesordnung bleibt, die Soziale Marktwirtschaft als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Modell zu erneuern. Ich denke, es bleibt auf der Tagesordnung, dass wir die ökonomische Debatte in unserem Land gewinnen müssen, dass wir aber gleichzeitig auch in der Lage sein müssen, die moralische Debatte, die damit verbunden ist, nicht zu verlieren.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, ist es gut, wenn am heutigen Tag die eigene Handschrift der Union zum Ausdruck gekommen ist, nicht zuletzt in den Reden der Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs. Es ist gut, wenn wir deutlich machen: Wir haben einen Anspruch, wir als Partei haben Vorstellungen neben der Koalition und über die Koalition hinaus.

Diese Gedanken will ich auch weiterhin in die Arbeit im Bundesvorstand der CDU einbringen, und ich bitte sehr herzlich um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Peter Jacoby!

Nach dem Finanzminister des Saarlandes kommt unser Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung.

Dr. Franz Josef Jung: Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Franz Josef Jung, 57 Jahre alt, davon 34 Jahre verheiratet, drei Kinder, von Beruf Rechtsanwalt und Notar, jetzt Bundesminister der Verteidigung.

Meine lieben Freunde, ich denke, die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten, das ist der Auftrag, den unsere Bundeswehr in hervorragender Art und Weise bewältigt, sei es in den Auslandseinsätzen, sei es auch durch den Einsatz im Inland. Unsere Soldatinnen und Soldaten sind leistungsfähig, sie sind einsatzbereit, und ich finde, sie haben unseren Dank und unsere Unterstützung verdient.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir haben in diesem Jahr zum ersten Mal seit zwölf Jahren wieder ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr verabschiedet. Ich möchte meinen Beitrag leisten, die sicherheitspolitische Kompetenz der Union weiterhin fortzuentwickeln, und dazu bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. – Besten Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Franz Josef Jung!

Jetzt stellt sich Maria Michalk vor.

Maria Michalk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Delegierte! Ich bin Maria Michalk, 57 Jahre alt, von Beruf Ökonom. Ich habe mehrere Jahre ein Unternehmen geleitet, und aus dieser Erfahrung weiß ich, dass die kleinen Dinge für kleine Leute ganz große und wichtige Dinge sind. Dem muss sich die Politik, insbesondere die CDU, auch in Zukunft widmen.

Verheiratet bin ich seit fast 35 Jahren und habe drei erwachsene Kinder. In der Zwischenzeit ist in diesem Jahr das erste Enkelkind angekommen, eine Bereicherung, die ich uns allen gemeinsam in noch größerer Größenordnung wünsche.

Meine Arbeit in der CDU leiste ich seit 1990 ehrenamtlich und von Berufs wegen, seit 1990 als CDU-Kreisvorsitzende im Kreisverband Bautzen. Seit 2002 bin ich Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Wahlkreis Bautzen/Weißwasser, direkt gewonnen. Von den Themenfeldern ist mir die Frage Arbeit und soziale Sicherung ganz wichtig, aber ich stehe auch für das andere, für uns alle gemeinsam ganz wichtige Thema der Aufarbeitung unserer Vergangenheit. Wir merken ja jeden Tag, wie die Ewiggestrigen aus ihren Löchern wieder heraus kriechen. Wir müssen uns dieser Aufgabe auch in Zukunft stellen; das sind wir unseren Kindern schuldig.

(Beifall)

Ich stehe nicht zum ersten Mal vor Ihnen und werbe um Ihr Vertrauen. Weil wir jetzt in Dresden sind, will ich Sie deshalb an dieser Stelle fragen: Wissen Sie eigentlich, dass Dresden ursprünglich eine slawische sorbische Siedlung war? Drjezdzany, so sagen wir heute noch dazu. Daran merken Sie: Ich vertrete auch die kleine Minderheit der Sorben. Ich bin selber Sorbin, werbe um Ihr Vertrauen und bedanke mich dafür in meiner sorbischen Muttersprache: Dzakuju!

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Maria Michalk.

Jetzt kommen Godelieve Quisthoud-Rowohl, Katherina Reiche, Andreas Renner, Dagmar Schipanski und Jürgen Seidel. – Dr. Godelieve Quisthoud-Rowohl, bitte.

Dr. Godelieve Quisthoud-Rowohl: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Mein Name verrät es, meine Sprache verrät es: Ich bin in Belgien geboren und aufgewachsen, seit sehr langer Zeit inzwischen mit einem Deutschen verheiratet und seit sehr langer Zeit auch in Deutschland eingebürgert. Wir sind Eltern von vier inzwischen erwachsenen Kindern. In Vorzeiten habe ich einmal physikalische Chemie studiert; ich bin also Naturwissenschaftlerin.

Im Europäischen Parlament bin ich Mitglied des Ausschusses für Außenhandel. Ich glaube, dass es für den Exportweltmeister Deutschland – das sind wir ja – sehr wichtig ist, das Gebiet Außenhandel richtig zu bearbeiten. Andererseits – das ist sozusagen das andere Ende meines politischen Spektrums – bin ich Vorsitzende in meinem Stadtverband Hildesheim. Damit verbunden ist eine Menge Arbeit an der Basis; diese sorgt aber dafür, dass ich nicht abhebe und genau weiß, für wen wir Richtlinien und für wen wir europäische Gesetze machen.

Ich möchte diese beiden Erfahrungen weiterhin in den Bundesvorstand einbringen und würde mich freuen, weiterhin dort arbeiten zu können. Sie haben mir schon mehrere Male das Vertrauen geschenkt. Ich bitte erneut darum. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Nächste stellt sich Katherina Reiche vor.

Katherina Reiche: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Katherina Reiche, 33 Jahre alt, verheiratet, evangelisch. Wir haben drei Kinder: zwei Töchter und seit vierhalb Monaten einen kleinen Sohn. Ich bin von Beruf Diplom-Chemikerin und vertrete seit 1998 Potsdam und Potsdam-Mittelmark im Deutschen Bundestag. Dem Bundesvorstand gehöre ich seit dem Essener Parteitag an. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mich zu ihrer stellvertretenden Vorsitzenden für die Bereiche Bildung, Forschung und Umwelt gewählt. Das sind Zukunftsthemen, wie ich finde, wenn nicht die Zukunftsthemen, bei denen die Union stark sein muss.

Liebe Freunde, wir werden auf diesem Parteitag noch viel über Kinder, Bildung und Erziehung sprechen. Als Mutter von drei Kindern ist mir eine Botschaft von hier oben wichtig: Bei allen Veränderungen, denen wir uns gesellschaftspolitisch stellen müssen, ist und bleibt die Familie das Fundament und der Ort in unserer Gesellschaft, wo liebevolles Miteinander und Füreinander gelebt wird. Deshalb müssen wir sie schützen.

Ich bitte Sie erneut um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Katherina Reiche. – Als Nächster stellt sich Andreas Renner vor.

Andreas Renner: Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Andreas Renner, ich bin 47 Jahre alt, komme aus Singen in der Nähe vom Bodensee, war dort auch zwölf Jahre Oberbürgermeister und hatte während dieser sehr schönen Zeit ein sehr hohes Wiederwahlergebnis. Ich war Sozialminister in Baden-Württemberg und bin jetzt für die Steuerung der regenerativen Energien in einer Strategieguppe eines großen baden-württembergischen Energiekonzerns zuständig.

Das Thema Energie wurde von der Bundesvorsitzenden zu Recht als eines der spannenden Zukunftsthemen in den Mittelpunkt der auf uns in Zukunft zukommenden Herausforderungen gerückt. Es ist ein Thema, das für unsere Gesellschaft und die CDU eminent wichtig ist, weil Dynamik auf dem Energiemarkt herrscht. Der Klimawandel, unsichere Ressourcensicherung, die Debatte über die Kernkraft und steigende Energiepreise führen uns täglich die Aktualität des Themas vor Augen. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es wichtig, dass wir uns sehr intensiv mit Themen befassen, die regenerative Energien nach vorne bringen und unterstützen, auch wenn viele in der heutigen Zeit finanziell und ökonomisch noch nicht konkurrenzfähig sind. Die Tragik der SPD und der Grünen besteht, wie ich denke, darin, dass sie Kernkraftverhinderungsparteien sind. Unsere Chance besteht darin, zur Klimaschutzpartei zu werden. Darauf sollten wir setzen.

Einbringen möchte ich auch meine kommunalen Erfahrungen. Regenerative Energien werden nämlich dezentral erzeugt und sind damit hoch spannende kommunale Themen.

Ich möchte all dies, was ich in den letzten Jahren im Bundesvorstand leisten durfte, fortsetzen und bitte Sie um Ihr Vertrauen.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Als Nächstes Dagmar Schipanski. – Frau Professor Schipanski, bitte.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Mein Name ist Dagmar Schipanski. Ich bin Jahrgang '43. Ich bin seit 39 Jahren verheiratet. Wir haben drei erwachsene Kinder. Ich bin derzeit Präsidentin des Thüringer Landtags. Aktiv in der Politik bin ich seit 1999, als ich mit Übernahme des Amtes der Thüringer Wissenschaftsministerin aus der Wissenschaft in die Politik gewechselt bin. Mein besonderes Anliegen ist demzufolge, die Wissenschaft weiter voranzubringen. Ich glaube, im

Moment werden hier in Deutschland die Bedingungen geschaffen, dass die Eliten bei uns bleiben und wissenschaftliche Ergebnisse als Innovationen in die Wirtschaft fließen. Damit wird unser Land insgesamt vorangebracht. Ganz besonders am Herzen liegt mir eine Verkürzung der Studienzeiten, damit wir unseren jungen Leuten durch ein international vergleichbares Abschlussalter viel bessere Chancen ermöglichen.

(Beifall)

Da ich sehr lange Familie und berufliche Tätigkeit in der Wissenschaft vereinbart habe, ist es für mich natürlich jetzt ein besonderes Anliegen, solche Bedingungen zu schaffen, dass Frauen in der Lage sind, Familie und Beruf gut zu vereinbaren. Warum betone ich das so? Ich habe immer gesagt, für mich waren Beruf und Familie nicht doppelte Belastung, sondern doppelte Freude. Die Erfahrung dieser doppelten Freude möchte ich unserer jungen Generation ermöglichen. Dazu haben wir, wie ich glaube, noch einiges in dieser Partei zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

Ebenso habe ich mich in den letzten Wochen sehr intensiv in die Wertedebatte eingemischt. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir diese Wertedebatte nicht nur ausführlich in der Grundsatzkommision führen, sondern sie auch in die Bevölkerung hinaustragen. Für mich, die ich nun einmal aus der ehemaligen DDR komme, ist Freiheit der Wert, den wir verteidigen müssen. Wir dürfen sie aber nicht als grenzenlose Freiheit auffassen, sondern für mich gehören Freiheit und Verantwortung zusammen. Freiheit und Verantwortung heißt, dass man in unserem Land, das ja jetzt eine gemeinsame Zukunft hat, Verantwortung für die Familie, Verantwortung in der Politik, Verantwortung in der Gesellschaft übernimmt. Mir liegt sehr daran, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen, um unsere 40 Jahre lang geteilte Geschichte zu überwinden, und einerseits darüber reden, wie uns diese 40 Jahre lang geteilte Geschichte auseinandergebracht hat, andererseits aber auch darüber, welche gemeinsamen Erinnerungen aus 16 Jahren deutsche Einheit fließen und was uns schon zusammenbindet.

Ich möchte mich im Bundesvorstand dafür einsetzen, dass wir unsere gemeinsame Zukunft aktiv gestalten, wertebewusst, aber auch immer gemäß dem Motto, dass für die neuen Bundesländer, wie ich glaube, besonders wichtig ist: Sozial ist, was Arbeit schafft. Darüber brauchen wir uns in dieser Partei nicht mehr zu streiten.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Professor Schipanski.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums bekannt, weil sich daraus auch Folgerungen für die Wahl zum Bundesvorstand ergeben, gemäß denen wir die Stimmzettel drucken müssen.

Bei der Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums wurden 940 Stimmzettel abgegeben. 15 Stimmzettel waren ungültig. Es gab eine Enthaltung. Gültige Stimmzettel: 924. Die erforderliche Mehrheit beträgt 463. Als Präsidiumsmitglieder wurden gewählt:

Auf Platz eins: Dr. Wolfgang Schäuble, 826 Stimmen gleich 89,39 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz zwei: Dieter Althaus, 685 Stimmen gleich 74,13 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz drei: Karl-Josef Laumann, 671 Stimmen gleich 72,62 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz vier: Dr. Ursula von der Leyen mit 667 Stimmen gleich 72,19 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz fünf: Hildegard Müller mit 567 Stimmen gleich 61,36 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz sechs: Dr. Friedbert Pflüger mit 529 Stimmen gleich 57,25 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz sieben: Dr. Maria Böhmer mit 508 Stimmen gleich 54,98 Prozent.

(Beifall)

Da das Frauenquorum erfüllt ist und alle Gewählten auch die notwendige Stimmzahl haben, sind diese sieben Persönlichkeiten gewählt.

Jörg Schönbohm erhielt 485 Stimmen – das sind 52,49 Prozent – und wurde in diesem Wahlgang nicht gewählt. Das Tagungspräsidium möchte ihn fragen, ob er, was wir vorschlagen, für den Bundesvorstand kandidiert. Wir würden ihn dann auf den Stimmzettel aufnehmen, so dass er dort zur Wahl steht. Ich bitte Herrn Schönbohm, uns das bitte mitzuteilen.

(Vereinzelt Beifall)

Jörg Schönbohm: Ich bedanke mich für die 485 Stimmen. Ich trete nicht mehr an. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Herr Schönbohm hat sich entschieden, nicht für die Wahl zum Bundesvorstand anzutreten. Damit haben wir für den Bundesvorstand 27 Kandidatinnen und Kandidaten für 26 Positionen. Die Stimmzettel können jetzt so ausgedruckt werden.

Bevor sich die nächsten Kandidatinnen und Kandidaten vorstellen, muss ich die Gewählten noch fragen, ob sie die Wahl annehmen.

Ich frage Dr. Wolfgang Schäuble, ob er die Wahl annimmt. – Er nimmt die Wahl an.

Dieter Althaus? – Er nimmt die Wahl an.

Karl-Josef Laumann? – Er nimmt die Wahl ebenfalls an.

Frau Dr. Ursula von der Leyen? – Sie nimmt die Wahl auch an.

Hildegard Müller? – Sie nimmt die Wahl an.

Dr. Friedbert Pflüger? – Er nimmt die Wahl an.

Dr. Maria Böhmer? – Sie nimmt die Wahl ebenfalls an.

Dann sind die sieben Genannten gewählt.

Wir treten jetzt wieder in die Vorstellungsrunde ein. Ich bitte Jürgen Seidel, sich vorzustellen. Dann folgen Ingrid Sehrbrock, Erika Steinbach und Arnold Vaatz. Zuerst also der stellvertretende Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Jürgen Seidel.

(Vereinzelt Beifall)

Jürgen Seidel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name also Jürgen Seidel, verheiratet, vier Kinder, von Beruf Diplom-Ingenieur. Das Studium habe ich übrigens hier an der Technischen Universität in Dresden absolviert. Ich beglückwünsche die Sachsen noch einmal zu der Entwicklung der Universität. Es wird ein bisschen teuer sein, gelingt aber ganz gut.

Meine Damen und Herren, ich habe an verschiedenen Stellen in Mecklenburg-Vorpommern Verantwortung getragen, im Landtag, war die letzten fünf Jahre Landrat im Müritzkreis. Vor anderthalb Jahren hat die Partei mit mir diskutiert und mich zum Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten für die Wahl am 17. September gewählt. Ich muss Ihnen sagen: Ich habe dieses Amt übernommen und mit großer Freude einen Wahlkampf absolviert, der mir viel Neues über das Land gezeigt hat.

Wir hatten uns zwei Ziele gesetzt. Das erste Ziel war, stärkste Fraktion im Landtag zu werden. Das haben wir nicht erreicht. Das war einer der bittersten Tage in meinem Leben. Das zweite Ziel war, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wir sind heute mit vier Ministern in der

Großen Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Wir führen das Justizministerium, das Innenministerium, das Bildungsministerium und ich selbst darf das Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Tourismus leiten.

Insofern kann ich Ihnen berichten: Das Experiment Rot-Rot an der Küste ist beendet.

(Beifall)

Wir können mitregieren und müssen jetzt beweisen, dass gute Arbeit durch die Mitglieder der CDU zum Wohl des Landes beiträgt und damit auch der CDU in Mecklenburg-Vorpommern weiterhelfen wird.

Ich werbe um Ihr Vertrauen für die Wahl in den Bundesvorstand. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Jürgen Seidel. – Als Nächstes Ingrid Sehrbrock.

Ingrid Sehrbrock: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Ingrid Sehrbrock. Ich bin 58 Jahre alt. Ich bin verheiratet. Ich bin seit 1974 Mitglied der CDU und bin 1974 auch Mitglied der CDA geworden. Ich bezahle meinen Mitgliedsbeitrag in Hessen, wo ich die meiste Zeit meiner politischen Arbeit verbracht habe. Ich bin inzwischen aber in Brandenburg gelandet. Mein Geld verdiene ich beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Ich bin im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Weil ich mich zum ersten Mal vorstelle, meine Damen und Herren, ein paar Stichworte zu meinem beruflichen Werdegang:

Begonnen hat es mit einer Lehre als Drogistin. Das ist schon etwas länger her; das ist klar. Ich habe über den zweiten Bildungsweg das Abitur nachgeholt. Ich habe Englisch und Politik studiert und eine Zwischenstation in einer Werbeagentur gemacht, in der ich eineinhalb Jahre gearbeitet habe. Ich war dann zehn Jahre im Schuldienst in Hessen, was nicht schädlich ist, wenn man im Deutschen Gewerkschaftsbund auch für die Bildungspolitik zuständig ist.

Ich war dann fast zehn Jahre Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union im Konrad-Adenauer-Haus und habe in dieser Zeit – das war von 1989 bis 1997 – den Prozess der deutschen Einheit nicht nur begleiten, sondern auch gestalten können. Ich denke, es war eine große Chance und eine wunderbare Arbeit, die Zusammenarbeit mit den Frauen aus den alten und den neuen Bundesländern.

Ich habe dann zwei Jahre in Tschechien und der Slowakei an den deutschen Botschaften gearbeitet und dort miterleben können, wie die Transformation zweier Länder zu Demokratie und Marktwirtschaft vorstattengegangen ist. Es war eine sehr wichtige Erfahrung, weil es wichtig

ist, Deutschland einmal von draußen zu betrachten. Vieles, was man hier für selbstverständlich hält, ist nämlich nicht selbstverständlich. Das ist mir in diesen beiden Jahren in Bratislava und in Prag besonders deutlich geworden.

Meine Damen und Herren, ich bin seit 1987 stellvertretende Vorsitzende der CDA. Seit Ende 1999 bin ich im Deutschen Gewerkschaftsbund. Ich habe im Mai dieses Jahres in einer Kampfkandidatur die bisherige stellvertretende DGB-Vorsitzende abgelöst, die nicht unserer Partei angehört hat.

(Beifall)

Das ist nicht selbstverständlich, andererseits habe ich aber auch eine Tradition fortgesetzt. Es waren dort nämlich schon einmal CDU-Mitglieder als stellvertretende Vorsitzende. Es gab sozusagen eine Unterbrechung von zwölf Jahren. Wir setzen diese Tradition jetzt wieder fort.

Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und CDU haben nach meiner Einschätzung in den letzten Jahren erheblich an Qualität gewonnen. Aber nichts ist so gut, als dass es nicht noch verbessert werden könnte. Ich denke, auch das ist noch verbesserungsfähig. Es gibt Berührungsängste. Es gibt auf der einen wie auf der anderen Seite Vorbehalte. Ich verstehe mich da ein Stück weit als Brückenbauerin. Ich will dazu beitragen, dass ohne Vorurteile beide Seiten diese Brücke begehen können.

Meine Damen und Herren, ich kandidiere, weil die Belange der Beschäftigten in einer globalisierten Welt nicht unter die Räder kommen dürfen. Ich nehme deshalb gerne den Ball auf, den die Kanzlerin schon auf dem DGB-Kongress, aber auch heute wieder in die Runde geworfen hat: Politik muss Globalisierung gestalten. Sie darf das nicht einfach laufen lassen, sondern muss sie gestalten. Die Kanzlerin hat zu Recht gesagt: Der Mensch steht im Mittelpunkt.

Wer die Globalisierung gestalten will, der findet mich an seiner Seite.

Als Christdemokratin brauche ich bei meiner Arbeit in den Gewerkschaften die Unterstützung der Partei. Darum bitte ich Sie. – Vielen Dank.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Die Nächste ist Erika Steinbach, bitte.

Erika Steinbach: Liebe Parteifreunde! Ich bin Erika Steinbach, Jahrgang 1943, seit 34 Jahren verheiratet. Von Beruf bin ich sowohl Geigerin gewesen als auch Diplom-Verwaltungswirtin und Informatikerin. Als Informatikerin habe ich die hessischen Bibliotheken automatisiert. 1974 bin ich in die Frankfurter CDU eingetreten, weil die CDU damals – das ist sie bis heute – die einzige Partei war, die ihre Arbeit auf einem Wertefundament leistet. Ich habe 13 Jahre lang in Frankfurt als Kommunalpolitikerin mitgeholfen, die Stadt zu gestalten und zu verschönern. Seit 1990 gehöre ich dem Deutschen Bundestag an.

Der Wahlkreis, in dem ich kandidiere, ist der Wahlkreis, in dem Joschka Fischer über viele Jahre verzweifelt versucht hat, das Direktmandat zu erringen. Es ist ihm nicht gelungen. Ich bin Direktkandidatin dieses Wahlkreises.

(Beifall)

Im vorpolitischen Raum bin ich seit 1998 Präsidentin des Bundes der Vertriebenen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, mich sehr herzlich bei der gesamten CDU, beim CDU-Bundesvorstand und bei der Bundeskanzlerin für die Solidarität über all die Jahre zu bedanken. Das war ein politisches Signal, das die Menschen getröstet hat, die zum Teil schwere Schicksale erlitten haben.

Ich gehöre seit geraumer Zeit dem CDU-Bundesvorstand an. Ich würde gerne weiter arbeiten. Geben Sie mir Ihr Vertrauen! Ich würde mich sehr darüber freuen.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Als Nächster kommt Arnold Vaatz.

Arnold Vaatz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin Arnold Vaatz, 51 Jahre alt. Ich bin verheiratet und habe vier Kinder. Ich habe Mathematik studiert. Ich komme aus der gastgebenden Stadt Dresden.

(Vereinzelt Beifall)

Seit 17 Jahren setze ich mich mit aller Kraft dafür ein, dass der Neuaufbau in Dresden und der Neuaufbau in ganz Sachsen die Handschrift unserer Partei, der CDU, trägt. Ich hoffe, dass Sie etwas von diesem Geist während Ihrer Stadtrundgänge erfahren konnten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich war lange Zeit Mitglied des sächsischen Kabinetts. Ich bin dann auf die Bundesebene gegangen. Ich sitze seit 1998 im Deutschen Bundestag. Wir haben seit 1990 beide Dresdener Wahlkreise immer direkt für die CDU gewonnen. Es ist sehr wichtig, dies einmal zu erwähnen.

(Beifall)

Ich bin stellvertretender Fraktionsvorsitzender und zuständig für die Bereiche Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit und Aufbau Ost. Als Ostdeutscher richte ich mein Hauptaugenmerk darauf, unserer Gesellschaft klar zu machen, dass wir nicht vergessen dürfen, woher wir kommen. Das bedeutet, dass wir immer dann, wenn wir unsere heutige Lage beurteilen, sie mit der Lage vor 20 Jahren vergleichen müssen. Nur aus dieser Perspektive macht man sich klar, wie gewaltig der Sprung ist, den wir mit gesamtdeutscher Solidarität – für diese empfinde ich große Dankbarkeit – zurückgelegt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will in den kommenden Jahren meine ganze Kraft darauf verwenden, dass die ostdeutschen Bundesländer vollkommen auf eigenen Beinen stehen, wenn der Solidarpakt II ausläuft. Wir dürfen nicht immer neue Unterstützungsmaßnahmen fordern, sondern müssen unsere eigenen Kräfte mobilisieren, um von der Nabelschnur der Subventionen wegzukommen und selbstständig zu werden. Wir müssen unsere deutsche Wiedervereinigung zu einem gesamtdeutschen Erfolg machen, zur größten Integrationsleistung, die es in Europa in der Neuzeit jemals gegeben hat. Ich glaube, das ist ein großes, lohnendes Ziel. Ich werde mich außerdem dafür einsetzen, dass in unserer Gesellschaft das Wort „Dankbarkeit“ kein Fremdwort wird. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Arnold Vaatz. – Als Nächstes kommt Angelika Volquartz.

(Beifall)

Angelika Volquartz: Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Angelika Volquartz, erste direkt gewählte Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben gezeigt, dass wir auch in Großstädten Wahlen für die CDU gewinnen können. Wir haben die rote Hochburg erobert. Ich möchte vor allem für die kommunale Familie weiter im Bundesvorstand arbeiten, insbesondere für Kiel und Schleswig-Holstein. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Angelika Volquartz. – Als Nächster kommt Gerald Weiß.

Gerald Weiß: Meine lieben Damen und Herren! Mein Name ist Gerald Weiß. Eine Minute Redezeit ist jetzt Lebensqualität. Ich bin Bundestagsabgeordneter seit nahezu sieben Jahren, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretender Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands. Meine Kolleginnen und Kollegen kämpfen dafür, dass die CDU als Volkspartei der Mitte sozial gerechte und freiheitliche Politik gestaltet und dass so viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie möglich für die Union gewonnen werden, auch weil dies wahlentscheidend ist.

Das entscheidende Thema in den letzten Jahren war für mich die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mit diesem Aspekt setzen wir uns morgen näher auseinander. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Vertrauen für den Bundesvorstand geben würden. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Als Nächster bitte Matthias Wissmann.

Matthias Wissmann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin Matthias Wissmann, 57 Jahre alt, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Ludwigsburg. Wie Sie wissen, hatte ich die Ehre und das Glück, einige Jahre in der Regierung Helmut Kohl zu dienen. Ich bin nach wie vor stolz darauf. Ich glaube, dass wir die große Tradition der Regierung Kohl in Sachen Europapolitik mit Angela Merkel überzeugend fortsetzen. Als Vorsitzender des Europaausschusses des Deutschen Bundestages möchte ich einen Beitrag dazu leisten, dass wir die beiden Dinge verbinden: unsere nationalen Interessen wahrzunehmen und gleichzeitig Europa voranzubringen. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Als Nächste stellt sich Karin Wolff vor.

(Beifall)

Karin Wolff: Liebe Freunde! Ich bin Karin Wolff, 47 Jahre alt und seit mittlerweile siebeneinhalb Jahren Kultusministerin des Landes Hessen. Ich glaube, wir können zu Recht sagen, dass wir am Anfang sehr viel von den Erfahrungen anderer Bundesländer profitiert haben, in denen die CDU lange regiert. Mittlerweile dürfen wir unsere Erfahrungen an andere Bundesländer weitergeben. Ich denke, das ist gut so und fruchtbar.

Ich habe ein zweites Standbein. Das ist die evangelische Kirche. Ich bin im evangelischen Arbeitskreis und auch in der Landessynode, der Kammer der Evangelischen Kirche Deutschlands, für Bildung und Erziehung zuständig. Ich glaube, dies ist hilfreich im Hinblick auf einen Dialog zwischen den beiden Bereichen.

Ich habe noch ein drittes Standbein, das vielleicht im Hinblick auf morgen wichtig ist. Ich bin derzeit Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung. Ich glaube, dass das eine oder andere von dem, was wir in den Bereichen der frühkindlichen Bildung, des frühkindlichen Lernens und Erziehens, der Ganztagschule, der Integration und des Erlernens der Sprache von jungen Ausländerinnen und Ausländern gemeinsam erarbeitet haben, vorbereitet haben, wir morgen beschließen können.

Ich würde gerne ein weiteres Mal in den Bundesvorstand einrücken. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Als Nächster hat das Wort zur Vorstellung Hendrik Wüst.

Hendrik Wüst: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Hendrik Wüst, bin Kandidat der Jungen Union, 31 Jahre alt. Meine Heimat ist Rhede im Münsterland. Dort bin ich seit mei-

nem 19. Lebensjahr im Stadtrat. Ich vertrete diese Region seit anderthalb Jahren im Landtag und bin seit einigen Wochen Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen.

(Teilweise Beifall)

Von Beruf bin ich Rechtsanwalt. Ich bin katholisch und privat fest gebunden. Ich bitte um Ihre Stimme.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Nächster stellt sich Professor Dr. Otto Wulff vor.

Prof. Dr. Otto Wulff: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich heiße Otto Wulff, bin Jahrgang 1933, verheiratet, zwei Kinder und ein Enkelkind. Ich bin 54 Jahre Mitglied unserer Christlich Demokratischen Union.

(Teilweise Beifall)

Ich sage von dieser Stelle aus auch als Vertreter der Senioren-Union: Ich bin stolz auf mein Alter und baue darauf und will dafür kämpfen, dass die Älteren im Lande wissen, dass diese Partei, die CDU, die große Volkspartei von Jung und Alt ist

(Teilweise Beifall)

und dass die Älteren sich darauf verlassen können, in der Union nicht abgeschoben, nicht beiseite gedrängt werden, nein, dass sie eingebunden werden, dass wir sie auffordern, ihre Lebens- und Berufserfahrung bei uns einzubringen, für uns zu kämpfen und mit uns gemeinsam Wahlen zu gewinnen, wie wir es schon bisher getan haben.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte mich bei dieser Aufgabe im Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union ganz besonders den Wahlkämpfen widmen, gerade mit der älteren Generation. Die Älteren haben bewiesen, dass sie mithelfen können, Wahlen zu gewinnen. Wir freuen uns schon jetzt darauf, im Jahre 2008 wiederum die Siege für die Union herbeizuführen, noch stärker als bisher – das werden wir tun. Vielleicht noch ein Hinweis: Dass wir es können, sollen die Älteren wissen, aber auch die Jüngeren. Ich wünsche mir, dass wir mit Jung und Alt insbesondere in der Familienpolitik Gemeinsamkeiten finden, dass wir, wenn wir nach draußen schauen in den nächsten Jahren – das wünsche ich mir als Großvater – wieder mehr Großeltern mit Enkeln an der Hand spazieren gehen sehen als mit Hunden an der Leine.

(Vereinzelt Beifall)

Abschließend noch eins: Ich bitte Sie sehr, mir eine Chance zu geben. Ich werde mich mit Freude und mit einem gerüttelt Maß an Begeisterung für diese Partei einsetzen. Ich verspreche Ihnen,

dass ich auch einen Schuss Herzblut dafür einbringen werde, gemeinsam mit den Älteren und den Jüngeren im Rahmen der Generationengerechtigkeit für die Mehrheiten zu sorgen, die wir brauchen. – Glückauf! Herzlichen Dank!

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Last, but not least Eva Wybrands.

Eva Wybrands: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Delegierte und Gäste! Mein Name ist Eva Wybrands. Ich bin 55 Jahre alt, habe zwei Kinder, lebe in einer der grünen Lungen Magdeburgs und bin von Beruf Oberstudienrätin.

Der Landesvorstand der CDU Sachsen-Anhalt hat mit mir zum ersten Mal eine Frau nominiert.

(Vereinzelt Beifall)

Da fragen sich manche, warum. Mit dem Namen Wybrands bin ich die Letzte, die hier auftritt. Da kann ich Ihnen leider nicht mehr viel erzählen, zum Beispiel, dass Angela Merkel schon einmal einen Preis verliehen hat zum Motto „Mitten im Leben“, zum Thema Opferschutz in Sachsen-Anhalt. Was ich Ihnen erzählen möchte, ist Folgendes: Sachsen-Anhalt hatte vor nicht allzu langer Zeit eine exorbitant hohe Jugendarbeitslosigkeit. Junge Menschen haben unser Land in Scharen verlassen, gut ausgebildete junge Menschen. In dieser Situation konnte unter anderem ich ein Arbeitsmarktprogramm mit dem Namen GAJL – „Gegen Abwanderung junger Landeskinder“ – initiieren und gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister, der Arbeitsverwaltung und 3 000 Unternehmen insgesamt 5 000 junge Leute in Lohn und Brot bringen, und zwar dauerhaft. In diesen Tagen werden 900 junge Leute ein weiteres Angebot bekommen. Und wir sind gerade dabei, dieses Instrument auch für ältere Arbeitslose fruchtbar zu machen; allerdings brauchen wir dafür dann einen anderen Namen.

Sie sehen, ich sehe meine Aufgabe darin, die Macher aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einen Tisch zu holen, um gemeinsam um die besten Lösungen zu ringen. Liebe Delegierte, ohne den Blick auf die Älteren zu verlieren, setzt Sachsen-Anhalt auf die Jugend und geht dabei neue Wege. Ich konnte meinen kleinen Teil dazu beitragen. Aus diesem Grunde möchte mich der Landesvorstand der CDU im Bundesvorstand der CDU sehen. Wenn auch Sie mich darin sehen möchten, dann geben Sie mir Ihre Stimme. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Wybrands. – Wir kommen nun zur Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes. Nach § 43 Abs. 2 unseres Statutes müssen mindestens drei Viertel der zu wählenden 26 Kandidaten, also mindestens 20 Kandidatinnen und Kandidaten, angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er zwischen 20 und 26 Kreuze enthält.

Stimmzettel, auf denen andere Namen als die aufgedruckten hinzugefügt werden, sind ungültig. Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Ich bitte nun in den Wahlgang einzutreten.

Wo sind Stimmzettel noch nicht abgegeben? Bitte einmal hochhalten! – Oh, das sind sehr viele.

Außerdem bitte ich sehr darum, dass die Mitglieder der Stimmzählkommission, weil das bei diesem Zählverfahren ein hoher Aufwand ist, gleich mit in den Raum der Stimmzählkommission gehen, damit zügig ausgezählt werden kann. Wir werden während der Auszählung in die Beratung einiger wesentlicher sonstiger Anträge eintreten, die wir hier gleich vorstellen werden. Also bitte alle im Saal bleiben!

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

– Wo sind sie noch nicht abgegeben? – Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 24:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER SONSTIGE ANTRÄGE

Wir beginnen mit dem Antrag D 1 zur Kinderarmut. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zur verbundenen Beratung der Anträge D 2 und D 34. In diesen Anträgen geht es um den Sonntagsschutz. Den Antrag D 34 finden Sie in der verteilten Sammlung der Initiativanträge. Den Antrag D 2 finden Sie in der Antragsbroschüre. Zu diesen Vorträgen hat der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, unser Freund Thomas Rachel, um das Wort gebeten.

Thomas Rachel: Liebe Freundinnen und Freunde! Sehr geehrte Damen und Herren! In diesen Tagen hat der Landgerichtspräsident im rheinland-pfälzischen Trier mit Rückendeckung der SPD-Landesregierung verfügt, dass die christlichen Kreuze abgehängt werden sollen. Meine Damen und Herren, wir stehen damit an einer Schwelle, wo wir dabei sind, die abendländische Kultur aufzugeben. Die CDU steht dafür, dass wir die wertemäßigen Grundlagen dieser Gesellschaft beibehalten. Deshalb verteidigen wir die christlichen Symbole und auch den Schutz der Sonn- und Feiertage.

(Beifall)

Ich bitte Sie um Unterstützung des Initiativantrages des Evangelischen Arbeitskreises, der von 120 Delegierten unterstützt worden ist, sowie des in die gleiche Richtung gehenden Antrages der CDA. Wir wollen nichts weniger als den konsequenten Schutz unserer christlich geprägten Sonn- und Feiertagskultur, die derzeit durch das Vorpreschen einiger Bundesländer mehr als gefährdet ist. Ich denke, gerade wir Christdemokraten sind gefordert, uns entschieden für die christlichen Werte in unserer Gesellschaft einzusetzen. Wer, wenn nicht wir, soll das eigentlich in unserem Lande noch tun? Wer, wenn nicht wir, ist dazu berufen, hier klar Flagge zu zeigen?

(Beifall)

Wir sprechen über das neue Grundsatzprogramm und über das „C“ im Namen unserer Partei. Ich denke, es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass wir in diesem Sinne auch für den christlichen Sonn- und Feiertagsschutz eintreten. Der Sonntag ist ein besonderer Tag. Er ist der Tag des Gottesdienstes, der segensreichen Arbeitsruhe für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch der Familien, und er darf nicht den kommerziellen Interessen zum Opfer fallen.

(Beifall)

Ich will es ganz offen ansprechen, denn wir sollten über bestimmte Dinge nicht hinweggehen: Die Gefahr, dass die Dinge den kommerziellen Interessen geopfert werden, ist jetzt gegeben, wenn in einigen Bundesländern wie in Berlin, in Sachsen und in Brandenburg weitere Ausweitungen der Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen beschlossen werden und sogar die Adventssonntage freigegeben werden. Ich halte das für eine Fehlentscheidung. Ich nenne sie auch ganz deutlich beim Namen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, ich denke, wer den Sonntag antastet und dies gerade auch mit dem Argument von Umsatz und Arbeitsplätzen tut, stößt die Tür zur völligen Ökonomisierung aller menschlichen Lebensbereiche auf. Dies ist ein falscher Schritt. Als Christdemokraten sollten wir deutlich machen, dass wir ein anderes Grundverständnis haben, als es hier zum Ausdruck kommt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir laufen mit der Entscheidung in den drei genannten Bundesländern Gefahr, dass der Sinn und der Wert der allgemeinen Sonntagsruhe durch immer mehr Ausnahmeregelungen grundsätzlich unterlaufen wird. Wer die Adventssonntage flächendeckend freigibt, wird am Ende auch den Ostersonntag nicht mehr schützen können. Wir müssen uns der Konsequenzen des Handelns bewusst sein.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, deshalb möchte ich Sie herzlich einladen: Wir müssen als Christlich Demokratische Union Deutschlands hier ein klares Signal setzen. Unterstützen Sie deshalb die Anträge

des Evangelischen Arbeitskreises der CDU und der CDA im Sinne des Votums der Antragskommission. Unser Signal heißt: Die CDU Deutschlands steht für einen konsequenten Schutz von Sonn- und Feiertagen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ich danke dem Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, Thomas Rachel. – Das Wort hat nun Regina Görner.

Dr. Regina Görner: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu dem, was Thomas Rachel gerade gesagt hat, nur einen Aspekt hinzufügen. Ich bitte Sie wegen der Kinder in diesem Land sehr eindringlich darum, den Anträgen des Evangelischen Arbeitskreises und der CDA zuzustimmen. Die Kinder haben ein Recht darauf, dass es wenigstens an einem Tag die Möglichkeit gibt, mit den Eltern zusammen etwas zu gestalten, mit den Angehörigen und mit den Freunden in den Vereinen etwas zu unternehmen. Es muss einen Tag geben, an dem die Muße gegeben ist, dass alle miteinander Gemeinschaft haben können. Das dürfen wir gerade als Union nicht aufgeben. Ich bitte herzlich um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, die Anträge in der Sammlung der Initiativanträge ausgedruckten Fassung anzunehmen, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist damit im Sinne des Votums der Antragskommission beschlossen.

Ich bitte nun unseren Tagungspräsidenten Georg Milbradt, die Verhandlungsleitung zu übernehmen.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mich bemühen, die Beratung der Anträge unter D heute abzuschließen. Ich rufe jetzt den Antrag D 3 auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer für die Empfehlung der Antragskommission stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Das Erste war klar die Mehrheit. Die Empfehlung der Antragskommission ist somit angenommen.

Wir kommen dann zu Antrag D 4. Die Antragskommission empfiehlt grundsätzliche Zustimmung und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Wer ist für die Empfehlung der Antragskommission? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Die Empfehlung ist somit angenommen.

Wir kommen zu Antrag D 5. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dafür? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Empfehlung der Antragskommission ist angenommen.

Wir kommen nun zu Antrag D 6. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Wer ist dafür? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Antrag D 6 ist angenommen.

Wir kommen zum Antrag D 7. Auch hier geht es um eine Überweisung an den Bundesvorstand mit der Maßgabe, die Grundsatzprogrammkommission zu beauftragen, sich mit dem Modell eingehend zu beschäftigen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Antrag D 7 ist in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Bei dem Antrag D 8 geht es um die Empfehlung der Antragskommission, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist dafür? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Antrag D 8 wird überwiesen.

Antrag D 9: Hier wird die Ablehnung des Antrags empfohlen. Es geht um die 400-Euro-Jobs. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über das Votum der Antragskommission ab, den Antrag abzulehnen. Wer den Antrag ablehnen will, muss also jetzt mit Ja stimmen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit ist das Votum der Antragskommission akzeptiert worden. Antrag D 9 ist abgelehnt.

Antrag D 10: Auch hier wird die Ablehnung des Antrags empfohlen. Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den Antrag abzulehnen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer votiert gegen die Empfehlung der Antragskommission? – Enthaltungen? – Damit ist Antrag D 10 abgelehnt.

Wir kommen zu Antrag D 11. Auch hier wird die Ablehnung des Antrags empfohlen. Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den Antrag abzulehnen, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag D 12. Hier gibt es eine detaillierte Fassung der Antragskommission. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Kartenzeichen für das Votum der Antragskommission. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Antrag D 12 ist in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Antrag D 13: Hier wird die Annahme des Antrags empfohlen. Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, Antrag D 13 anzunehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Antrag D 13 ist angenommen.

Wir kommen zu Antrag D 14. Hier geht es um die Steinkohle. Die Antragskommission empfiehlt grundsätzliche Zustimmung zu dem Antrag und seine Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur weiteren Ausarbeitung der Einzelheiten. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? – Nein. Das geht ja schnell mit der Subventionierung der Steinkohle. Wer will diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Votum der Antragskommission mit großer Mehrheit gefolgt. Bei grundsätzlicher Zustimmung wird Antrag D 14 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Ausarbeitung der Einzelheiten überwiesen.

Wir kommen jetzt zu dem Antrag D 15, den man im Zusammenhang mit dem Antrag D 31 in der Sammlung der Initiativanträge sehen muss. Wer möchte dazu das Wort? – Herr Pofalla.

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde, ich möchte dafür werben, dass wir den Antrag D 15 aus Nordrhein-Westfalen und dem Saarland, aber auch den Antrag D 31 aus Baden-Württemberg mit der entsprechenden Empfehlung der Antragskommission annehmen. Die Antragskommission hat sich mit beiden Anträgen befasst und gibt zu beiden die wortgleiche Empfehlung, nämlich grundsätzliche Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bei den beiden Anträgen geht es zum einen um die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I und im Wesentlichen um die Erhöhung des Schonvermögens und zum anderen um die nochmalige Bestätigung betrieblicher Bündnisse für Arbeit und der Flexibilisierung des Kündigungsschutzes. Wir haben im Zusammenhang mit den Aussprachen heute dazu, glaube ich, auch von den Antragstellern ausführliche Stellungnahmen gehört. Die jeweiligen Antragsteller haben die wechselseitige Empfehlung der Annahme der Empfehlung der Antragskommission empfohlen, sodass ich Sie bitten möchte, dieser Empfehlung der Antragskommission sowohl zum Antrag D 15 als auch zum Antrag D 31 zu folgen.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Antrag D 15 in der Fassung der Antragskommission ab, die die grundsätzliche Zustimmung und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur weiteren Ausarbeitung der Einzelheiten empfiehlt. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit ist Antrag D 15 in der Fassung der Antragskommission angenommen.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zum Antrag D 31. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich auch hier über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen.

Genauso wie bei dem anderen Antrag empfiehlt sie grundsätzliche Annahme und Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer für dieses Votum ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Damit kommen wir zurück zur Sammlung der Anträge. Wir sind jetzt beim Antrag D 16. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung des Antrags an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Antrag D 16 wird überwiesen.

Antrag D 17: Hier wird die Überweisung an den Generalsekretär empfohlen. Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Votum der Antragskommission und damit der Überweisung an den Generalsekretär zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wird überwiesen.

Dann kommen wir zum Antrag D 18. Der Antrag soll auch an den Bundesvorstand und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen werden mit der Maßgabe einer angemessenen Berücksichtigung bei der Gemeindefinanzreform und der Föderalismusreform II. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über das Votum der Antragskommission ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist Antrag D 18 in der Fassung der Antragskommission angenommen; das heißt, er wird überwiesen.

Wir kommen zum Antrag D 19. Hier wird empfohlen, den Antrag an den Generalsekretär zu überweisen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über das Votum der Antragskommission ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist D 19 angenommen und wird damit an den Generalsekretär überwiesen.

Wir kommen zum Antrag D 20. Hier wird die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen. Wortmeldungen? – Keine. Dann stimmen wir über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Also wird Antrag D 20 an die Bundestagsfraktion überwiesen.

Wir kommen dann zum Antrag D 21. Auch hier geht es um eine Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Antrag der Antragskommission ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Also wird Antrag D 21 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen.

Antrag D 22: Hier empfiehlt die Antragskommission eine korrigierte Fassung. Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig. Also wird Antrag D 22 in der geänderten Fassung angenommen.

D 23 soll erledigt werden durch die Annahme des Antrags „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen“. Da wir über letzteren Antrag noch nicht abgestimmt haben, stelle ich die Abstimmung über den Antrag D 23 zurück. Für den Fall, dass wir den großen Leitantrag beschließen, erübrigt sich eine weitere Abstimmung über den Antrag D 23.

Dann kommen wir zum Antrag D 24. Hier geht es um die Überweisung an die CDU-Landtagsfraktionen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Empfehlung ab. Wer dafür ist, gebe bitte das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Das Erste war die Mehrheit. D 24 ist also an die CDU-Landtagsfraktionen überwiesen worden.

Wir kommen zum Antrag D 25. Hier wird die Ablehnung empfohlen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Ablehnung. Wer also den Antrag ablehnen und dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei vielen Enthaltungen und vielen, die nicht abgestimmt haben, ist das Votum der Antragskommission akzeptiert worden, das heißt, der Antrag ist abgelehnt worden.

Wir kommen zum Antrag D 26. Auch hier wird die Ablehnung empfohlen. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir stimmen über das Votum der Antragskommission – Ablehnung – ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag D 26 ist abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag D 27. Auch hier wird die Ablehnung empfohlen. Es liegt eine Wortmeldung von Carla Neisse-Hommelsheim vor. Bitte schön.

Carla Neisse-Hommelsheim: Meine Damen und Herren! Wir sind mit der Empfehlung der Antragskommission nicht einverstanden. Wir wollen, dass der Kindergartenbesuch am Vormittag ab einem bestimmten Zeitpunkt vor der regulären Einschulung Pflicht wird. Wir wollen 100 Prozent der Kinder erreichen und sie grundsätzlich im Kindergarten fördern, so dass sie optimale Startchancen haben, wenn sie in die Schule gehen. Das ist nachhaltig nur über eine Kindergartenpflicht zu erreichen.

Nachdem die Schulpflicht eine Revolution im Bildungswesen darstellte, wofür wir alle dankbar sind, müssen wir jetzt schauen, dass wir im Kindergarten Weiteres leisten.

Ich bitte darum, dass dieser Antrag an die entsprechenden Gremien überwiesen wird und diese sich damit beschäftigen. – Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen? – Ronald Pofalla.

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde! Die Gremien haben sich mit dieser Frage ja befasst. Im Zusammenhang mit dem Antrag zur frühkindlichen Erziehung, den wir morgen beraten werden, haben wir sogar Experten in der Kommission angehört. Wenn ich es etwas deutlich sagen darf: Wir waren der Auffassung, dass eine Kindergartenpflicht der falsche Weg ist, weil wir glauben, die Eltern müssen die Wahlfreiheit haben.

(Beifall)

Wir haben uns deshalb übrigens in dem Antrag, über den wir morgen beraten werden, dafür ausgesprochen – dazu werden wir morgen diskutieren –, dass wir mittelfristig die Beitragsfreiheit im Kindergartenbereich dem Bundesparteitag empfehlen, weil wir das für richtig halten.

Wir waren dezidiert der Auffassung, dass die Kindergartenpflicht als eine Festschreibung der Obliegenheiten der Eltern der falsche Weg ist. Deshalb bitte ich, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte sehr, Frau Limbach.

Editha Limbach: Lieber Herr Pofalla, ich kann Ihrer Argumentation nicht folgen, denn auch der Schulbesuch ist Pflicht für die Kinder. Was mit sechs Jahren Pflicht ist, kann natürlich auch mit fünf Jahren Pflicht sein. Insofern ist Ihr Vergleich nicht treffend.

Ein anderer Vergleich aber ist treffend: Die Länder, in denen es die École maternelle oder ähnliche Einrichtungen gibt, wo es praktisch Pflicht ist, mit fünf Jahren zu erscheinen, schneiden im PISA-Test und ähnlichen Untersuchungen besser ab als unsere Kinder.

(Beifall)

Deshalb bitte ich dringend, nicht der Antragskommission zu folgen, sondern dem Antrag auf Kindergartenpflicht im Jahr vor der Einschulung zuzustimmen. Ich wäre bereit, hinsichtlich der zwei Jahre einen Kompromiss einzugehen und zu sagen: das Jahr vor der Einschulung.

Ich bitte dringend um unserer Kinder und der Kinder aus benachteiligten oder schwierigen Familien willen, dem Antrag des Rhein-Erft-Kreises und nicht der Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich erkläre jetzt das Verfahren. Nach unserer Geschäftsordnung wird zunächst über das Votum der Antragskommission abgestimmt. Wird das Votum der Antragskommission angenommen, ist

der Antrag abgelehnt. Wird das Votum der Antragskommission nicht angenommen, wird über den Antrag selber abgestimmt. Dann besteht die Möglichkeit, über ein oder zwei Jahre abzustimmen.

Wir kommen zunächst zum Votum der Antragskommission. Wer den Antrag ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Votum der Antragskommission ist mit Mehrheit angenommen worden, aber gegen eine deutliche Minderheit. Damit ist der Antrag des Rhein-Erft-Kreises abgelehnt.

Ich gehe aber davon aus, dass bei den weiteren Beratungen von Frau von der Leyen hinsichtlich der Fortentwicklung der Familienpolitik diese Frage weiter diskutiert wird. Das Votum der Antragskommission ist deswegen so ausgefallen – so ist es mir gesagt worden –, weil nach Meinung der Antragskommission die Zeit für den Antrag noch nicht reif ist und man darüber intensiv diskutieren muss. Ich glaube, im Interesse auch der Antragssteller ist diese intensive Diskussion auf jeden Fall ein Vorteil. Wir werden zu gegebener Zeit sicherlich noch einmal über diese Frage abstimmen.

Damit haben wir den Antrag D 27 erledigt. Er ist abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag D 28. Hier geht es um die internetfähigen PCs. Alle Ministerpräsidenten haben ihre Mailboxen voll bekommen. Deshalb wird empfohlen, den Antrag an die Landtagsfraktionen zu überweisen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission, den Antrag an die Landtagsfraktionen zu überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Empfehlung auf Überweisung ist angenommen.

Wir kommen zum Antrag D 30. Hier geht es um die Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer möchte dazu das Wort? – Niemand. Wir stimmen also ab. Wer für das Votum der Antragskommission auf Überweisung an die Bundestagsfraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag überwiesen.

Ich komme jetzt zu den Initiativanträgen.

Den Antrag D 31 haben wir bereits behandelt.

Wir kommen zum Antrag D 32. Hier wird die Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer möchte dazu reden? – Niemand. Dann können wir abstimmen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission auf Überweisung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Der Antrag ist also an die Bundestagsfraktion überwiesen.

Wir kommen zum Antrag D 33. Hier wird empfohlen, den Antrag nach Beschlussfassung des Antrags B „Klein und einzigartig“ zu behandeln, weil sich einige Punkte überschneiden. Deshalb stelle ich den Antrag D 33 zurück, bis wir über den anderen Antrag diskutiert haben, weil sich viele Dinge parallel darstellen.

Wir kommen zum Antrag D 34. Ich sehe gerade, dass dieser Antrag bereits erledigt ist.

Nun kommen wir zum Antrag A 60. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags A 60. Wortmeldungen hierzu gibt es keine. Wer möchte dem Votum der Antragskommission folgen? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist angenommen.

Da wir die weiteren Initiativanträge mit dem Buchstaben A zusammen mit den anderen Anträgen zu A behandeln, will ich die weiteren Anträge jetzt nicht mehr behandeln, sondern erst mit den Anträgen, die unter A folgen.

Damit haben wir das Paket D abgehandelt und kommen jetzt zur dicken Antragsammlung.

Peter Hintze hat das Wort, er will nämlich über den Antrag nach TAGESORDNUNGSPUNKT 21

„DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG UND INTERESSEN
IN EUROPA UND DER WELT WAHRNEHMEN“

berichten. Das ist ein Antrag des Bundesvorstands zur Europa- und Außenpolitik.

Peter Hintze: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im kommenden Jahr steht Deutschland im besonderen Interesse der Weltöffentlichkeit. Deutschland übernimmt zu Jahresbeginn die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union und den Vorsitz in der Gruppe der 8. Beide Ämter sind für die Entscheidungen über die Zukunft Europas, die dort getroffen werden, und für das Zusammenleben der Völker der Welt wichtig.

Mit dem vorgelegten Leitantrag zur Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik schreiben wir unsere Programmatik fort. Die CDU wird die Bundesregierung nach Kräften unterstützen, sowohl die EU-Ratspräsidentschaft als auch die G8-Präsidentschaft zum Erfolg zu führen. Unser Antrag soll eine inhaltliche Grundlage für diesen Erfolg sein.

(Beifall)

Die CDU hat die deutsche Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland wie keine andere politische Kraft geprägt. So wie die Bindung Deutschlands an die freien Völker des Westens, die Aussöhnung mit Frankreich und Israel und die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika untrennbar mit Konrad Adenauer verbunden sind, so sind die deutsche Wiedervereinigung und die Vertiefung der europäischen Einigung mit dem Namen Helmut Kohl verbunden.

Nach Jahren rot-grüner Verunsicherung hat Angela Merkel es im ersten Jahr ihrer Kanzlerschaft geschafft, die deutsche Außenpolitik wieder klar und verlässlich zu machen.

(Vereinzelt Beifall)

Mit unserem Leitantrag wollen wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Koordinaten unserer Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik neu bestimmen. Seit der Niederlage des Kommunismus und dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich die Weltordnung grundlegend geändert. Dabei haben wir leider nicht das von Fukuyama ausgerufen friedliche Ende der Geschichte erreicht. Die Bekämpfung des transnationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, eine im Zuge der Globalisierung zunehmende wirtschaftliche Dynamik in anderen Teilen der Welt sowie der politische und wirtschaftliche Aufstieg Chinas und Indiens und anderer Schwellenländer zu neuen Weltmächten stellen neue Herausforderungen an unsere Politik.

Wir verstehen unseren Antrag als eine klare Botschaft für eine verantwortungsvolle Europa- und Außenpolitik in diesen Fragestellungen. Wir sagen Ja zum Europäischen Verfassungsvertrag und wollen den Verfassungsprozess in der Europäischen Union weiter vorantreiben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union stärken und eine faire Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Türkei bewirken. Leider haben wir heute in dieser Frage wieder einen Rückschlag erlebt. Die finnische Ratspräsidentschaft hat heute bekannt gegeben, dass die Verhandlungen mit der Türkei über die Implementierung des Ankaraprotokolls über die Zollunion mit allen EU-Mitgliedsstaaten, also auch mit Zypern, an der Weigerung der Türkei einstweilen gescheitert ist. Das ist eine schwere Belastung des Verhandlungsprozesses zwischen der Europäischen Union und der Türkei.

Liebe Freunde, der Papst reist morgen in die Türkei. Ich wünsche mir, dass Benedikt XVI. in der Türkei mit der gleichen Toleranz empfangen wird, die der byzantinische Herrscher erfuhr, den der Papst in seinem wissenschaftlichen Vortrag in Regensburg zitiert hat.

(Beifall)

Die Christen in der Türkei machen nur noch 0,2 Prozent der dortigen Bevölkerung aus. Vor hundert Jahren war es mehr als einhundertmal so viele. Umso mehr braucht diese kleine christliche Minderheit unseren Rückhalt und unsere Unterstützung. Ich glaube, wir können als evangelische und katholische Christen gemeinsam sagen, dass der Papst in diesem gemeinsamen Sinne reist und das Anliegen der Christenheit vertritt.

(Beifall)

Wir spüren es alle: Wir brauchen eine Neubelebung, eine Inspirierung, eine Stärkung der transatlantischen Partnerschaft mit unseren amerikanischen Freunden. Wir schlagen vor, ein transatlantisches Partnerschaftsabkommen zu entwickeln und so unsere Beziehungen auszubauen. Ich denke es ist gut und richtig, in ein solches Projekt auch Kanada einzubeziehen.

Wir setzen uns für eine Reform der Vereinten Nationen ein, um die Völkergemeinschaft wieder

handlungsfähiger zu machen. Wir wollen, dass Deutschland Verantwortung in der Welt übernimmt und streben im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus eine vernetzte Sicherheitsarchitektur an, die die innere und äußere Sicherheit miteinander verzahnt.

Wir schlagen in unserem Antrag vor, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung auf lange Sicht sicherzustellen. Der Klimaschutz ist eine Schicksalsfrage der Menschheit. Als Christen wissen wir, dass uns Gottes gute Schöpfung anvertraut ist. Der Stern-Report – mag sich auch nicht jeder Aspekt auf Dauer als richtig erweisen – ist immerhin ein Menetekel, das wir ernst nehmen wollen. Als Christen sind wir der Nachhaltigkeit, dem Schutz der Schöpfung verpflichtet. Deswegen ist Klimaschutz eine vorrangige Aufgabe, der sich auch die Christlich Demokratische Union verpflichtet weiß.

(Beifall)

Daneben wollen wir die Versorgungssicherheit für unser Land erhöhen und sprechen uns für eine gemeinsame europäische Energieaußenpolitik aus. Wir wollen unsere Beziehungen zu Russland weiterentwickeln, auch wenn sich das in diesen Tagen als schwierig erweist. Wir streben eine strategische Partnerschaft der Europäischen Union mit einem sich weiter entwickelnden demokratischen und freiheitlichen Russland an.

Wir wollen die Globalisierung aktiv gestalten. Daher setzen wir uns für faire Investitionsbedingungen, den Schutz geistigen Eigentums und für weltweit gültige Sozial- und Umweltstandards ein. Wir wollen unsere Verantwortung gegenüber den ärmsten Ländern der Welt wahrnehmen, indem wir die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union ausbauen und diejenigen Länder stärker unterstützen, die zu Reformen bereit sind.

Kaum ein Thema beschäftigt die Menschen so sehr wie die Globalisierung. Deren Folgen sind für viele ein Anlass zur Sorge. Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen und aufnehmen. Die beste Antwort auf die Globalisierung ist eine enge Einbindung Deutschlands in die Europäische Union, eine funktionierende transatlantische Partnerschaft und internationale Regeln, die für mehr Rechtssicherheit und Fairness im Welthandel sorgen.

Für Deutschland ist die Europäische Union politisch und wirtschaftlich ein historischer Glücksfall.

Als größter Binnenmarkt der Welt sichert sie deutschen Unternehmen Absatzchancen und vielen Menschen ihren Arbeitsplatz. Deshalb wollen wir die Europäische Union stärken und den europäischen Einigungsprozess vorantreiben.

Die Europäische Verfassung ist das sichtbarste Symbol für die Einigung Europas und dafür, dass die Europäische Union vor allem eine Wertegemeinschaft ist. Deswegen sagen wir klar Ja zum Europäischen Verfassungsvertrag. Es war die Union, die die Europäische Verfassung im Konvent und gemeinsam mit ihren europäischen Partnern entscheidend mit vorbereitet hat. Es waren

Mitglieder der Union, hier aus dem Delegiertenkreis Elmar Brok und Peter Altmaier, die diesen Verfassungsvertrag ausgearbeitet und verhandelt haben. Es war eine Mehrheit von Parlamentariern aus Europa, die dieses Werk geschaffen haben, und diesen politischen Erfolg wollen wir sichern.

(Beifall)

Liebe Freunde, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat den Auftrag, Vorschläge für die Fortsetzung des Verfassungsprozesses zu erarbeiten. Deshalb soll von unserem Antrag die Botschaft ausgehen, dass die Verfassung unter Erhaltung ihrer wesentlichen Substanz bis 2009 in Kraft treten soll.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu gehört die Grundrechtecharta mit ihren Wertentscheidungen, die auf der unverletzlichen Würde des Menschen aufbaut. Dazu gehören die institutionellen Reformen, mit denen wir mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz in der EU verwirklichen wollen. Dazu gehört die klare Kompetenzabgrenzung, die deutlich macht, was von der Sache her auf die europäische Ebene gehört und was auf die Ebene der Nationalstaaten, ihrer Länder, Regionen und Kommunen.

Schließlich muss die Europäische Union ihre Grenzen definieren, damit ihre Handlungsfähigkeit und ihre Identität gewahrt bleiben. Denn von klar definierten Grenzen in der Sache und in der Geographie hängt letztlich auch die Akzeptanz der Europäischen Union bei den Bürgern ab.

Daher müssen bei jeder Erweiterung nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer erfüllt sein, sondern, wie unser Tagungspräsident Georg Milbradt es heute in seinem Grußwort gesagt hat, es muss auch die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union zu jedem Zeitpunkt gewahrt bleiben, damit wir handlungsfähig bleiben und den Auftrag erfüllen können, den uns die Bürger im Blick auf Europa erteilen.

Deswegen haben wir eine klare Aussage gemacht:

Erstens. Zukünftige Erweiterungen kann es nur auf der Grundlage eines reformierten Vertrages geben, auf der Grundlage des Verfassungsvertrages. Eine Ausnahme kann es nur für Kroatien geben, das schon sehr weit an die Europäische Union herangeführt wurde.

Zweitens. Im Blick auf die europäische Orientierung der Türkei, wo wir sehr hoffen, dass die Reformen fortgehen, halten wir eine privilegierte Partnerschaft für den richtigen Weg.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, die politische Vernunft und unsere historische Erfahrung gebieten es, auch das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und unseren amerikanischen Freunden weiter zu festigen und auszubauen. Europa und die USA – und das gilt auch für Kanada –

verbinden dieselben Werte, die Demokratie und das gemeinsame Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Deswegen schlagen wir in unserem Leit Antrag ein transatlantisches Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika vor. Dieses Abkommen soll neben einer engen Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik als Fernziel auch die Schaffung eines transatlantischen Marktes beinhalten, in dem nicht nur die Zollschränken vollständig gefallen sind, sondern auch die nicht tarifären Handelshemmnisse überwunden sind und man einen echten gemeinsamen Markt miteinander hat. Auf diese Weise wollen wir auch im Hinblick auf die Globalisierung die Errungenschaften der freien Welt, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Marktwirtschaft, sichern.

Der Zugang zu Märkten, Rohstoffen und Energieträgern ist heute mehr denn je auch eine Frage der Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland hat daher ein vitales Interesse an guten politischen Beziehungen zu diesen Ländern und an stabilen Verhältnissen in den Regionen der Welt, die für die Rohstoff- und Energieversorgung der übrigen Welt zuständig sind. Wir setzen uns ein für einen Ausbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als europäischen Pfeiler der NATO und für eine weitere Integration nationaler Einheiten in europäische Sicherheitsstrukturen.

Stabilität und Sicherheit können nur gewährleistet werden, wenn Deutschland weiterhin bereit ist, mit der NATO und zusammen mit den europäischen Partnern Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Hierfür brauchen wir eine vernetzte Sicherheitsagentur und ausreichende Kapazitäten. Die Bundeswehr muss erstens den Schutz Deutschlands gewährleisten, zweitens fähig sein, das Bündnisgebiet zu sichern, und drittens internationale Verpflichtungen erfüllen zu können, um Krisen dort zu bewältigen, wo sie entstehen.

Liebe Freunde, an diesem Antrag haben unsere Europapolitiker, unsere Außenpolitiker, unsere Sicherheitspolitiker und unsere Innenpolitiker mitgearbeitet, auf allen parlamentarischen Ebenen – Europaparlament, Bundestag, Landtage –, in den Landesregierungen und in der Bundesregierung. Der Antrag ist das Ergebnis einer intensiven und fruchtbaren Diskussion. Ich danke allen, die mit ihren Gedanken und ihrer Arbeit dazu beigetragen haben. Ich bin sicher, dass wir mit diesem Antrag die erfolgreiche Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik der CDU fort-schreiben, und ich bitte jetzt herzlich um eine interessante Diskussion und danach um eine möglichst starke Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Hintze!

Wir haben ja zunächst eine allgemeine Aussprache vorgesehen, also keine Debatte zu den einzelnen Punkten, sondern eine Generaldebatte. Dazu haben sich Franz Josef Jung und Hans-Gert Pöttering gemeldet. Ich würde vorschlagen, dass wir es dabei belassen und dass wir dann, falls

es weitere Anträge gibt, darüber an den jeweiligen Punkten diskutieren. Denn wir wollen ja nicht nur eine Generaldebatte führen, sondern auch beschließen. Deswegen rufe ich jetzt Franz Josef Jung zu der allgemeinen Thematik auf.

Herr Jung, bevor Sie das Wort ergreifen: Mir wird gerade das Ergebnis der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes vorgelegt. Dazu vorab: Es braucht keine Stichwahl. Wir haben also schon ein endgültiges Ergebnis.

(Beifall)

Ich lese es vor: 933 abgegebene Stimmen; davon waren 10 ungültig; Enthaltungen: keine. Das ergibt 923 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 462 Stimmen.

Es wurden gewählt:

- | | | |
|-----|---------------------------------|---|
| 1. | Dr. Franz Josef Jung, | 864 Stimmen gleich 93,61 Prozent. |
| 2. | Angelika Volquartz, | 827 Stimmen, 89,60 Prozent. |
| 3. | Christian Baldauf, | 821 Stimmen, 88,95 Prozent. |
| 4. | Arnold Vaatz, | 814 Stimmen, 88,19 Prozent. |
| 5. | Professor Dagmar Schipanski, | 813 Stimmen gleich 88,08 Prozent. |
| 6. | Jürgen Seidel, | 785 Stimmen gleich 85,05 Prozent. |
| 7. | Dr. Godelieve Quisthoud-Rowohl, | 783 Stimmen gleich 84,83 Prozent. |
| 8. | Karin Wolff, | 767 Stimmen, 83,10 Prozent. |
| 9. | Elmar Brok, | 762 Stimmen, 82,56 Prozent. |
| 10. | Hendrik Wüst, | 747 Stimmen, 80,93 Prozent. |
| 11. | Professor Otto Wulff, | 746 Stimmen gleich 80,82 Prozent. |
| 12. | Dr. Michael Fuchs, | 732 Stimmen gleich 79,31 Prozent. |
| 13. | Tanja Gönner, | 730 Stimmen gleich 79,09 Prozent. |
| 14. | Erika Steinbach, | auch 730 Stimmen, gleicher Prozentsatz. |
| 15. | Regina van Dinker, | 728 Stimmen gleich 78,87 Prozent. |
| 16. | Peter Jakoby, | 726 Stimmen gleich 78,66 Prozent. |
| 17. | Ursula Heinen, | 717 Stimmen gleich 77,68 Prozent. |

- | | |
|-------------------------------|-----------------------------------|
| 18. Maria Michalk, | 711 Stimmen gleich 77,03 Prozent. |
| 19. Matthias Wissmann, | 710 Stimmen gleich 76,32 Prozent. |
| 20. Emine Demirbükten-Wegner, | 705 Stimmen gleich 76,38 Prozent. |
| 21. Katherina Reiche, | 688 Stimmen gleich 74,54 Prozent. |
| 22. Ingrid Sehrbrock, | 685 Stimmen gleich 74,21 Prozent. |
| 23. Regina Görner, | 670 Stimmen gleich 72,59 Prozent. |
| 24. Gerald Weiß, | 626 Stimmen gleich 67,82 Prozent. |
| 25. Eva-Maria Wybrands, | 610 Stimmen gleich 66,09 Prozent. |
| 26. Andreas Renner, | 597 Stimmen, 64,68 Prozent. |

Jetzt bitte ich insgesamt zu applaudieren. Dann haben wir das in einem Aufwasch.

(Beifall)

Nicht gewählt ist Detlef Gürth mit 509 Stimmen gleich 55,15 Prozent. Damit sind die 26 Personen gewählt, deren Namen ich vorgelesen habe. Es ist keine zweite Wahl notwendig. Ich gratuliere allen Mitgliedern des Bundesvorstandes zu ihrer Wahl und wünsche gute Zusammenarbeit.

Wir kommen jetzt zu den beiden Wortmeldungen zum allgemeinen Teil. Nun – gestärkt durch das Votum des Parteitages – Franz Josef Jung.

Dr. Franz Josef Jung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen“ – dazu leistet im Bereich der Sicherheitspolitik die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag. Ich denke, dass wir mit diesem Antrag im Bereich der Fortentwicklung der europäischen Sicherheitspolitik, des Ausbaus des transatlantischen Bündnisses und im Zusammenhang mit der Suche nach einer Antwort auf die neuen Bedrohungen einen wichtigen Akzent zur Stärkung der Sicherheit Deutschlands setzen.

Meine lieben Freunde, wir brauchen eine Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik in Europa. Wir leisten in diesem Jahr – damit hatten wir nicht unmittelbar gerechnet, als wir die Regierungsverantwortung übernommen haben – einen europäisch dominierten Einsatz zur Sicherung des Waffenstillstandes im Libanon. Wir haben auch mit einem europäischen Einsatz einen Beitrag im Kongo zur Absicherung der Wahlen geleistet. Ich bin dankbar dafür, dass wir diesen Einsatz erfolgreich durchgeführt haben und ihn Ende dieser Woche beenden können.

(Beifall)

Für einen ganz wichtigen Punkt erachte ich, dass wir, die deutsch-amerikanischen Beziehungen und das transatlantische Verhältnis im Blick, die NATO als starken Anker unserer Sicherheitspolitik gemeinsam mit der europäischen Sicherheitspolitik fortentwickeln. Wir brauchen die Partnerschaft zwischen Europa und der NATO, um erfolgreich zu sein. Nach diesem Parteitag wird der NATO-Gipfel in Riga stattfinden. Wir sind der Auffassung, dass die Umsetzung unseres sicherheitspolitischen Konzepts der vernetzten Sicherheit, so wie es Eingang in das Weißbuch gefunden hat, Erfolge bringen wird. Wir werden nämlich den Prozess zum Beispiel in Afghanistan nicht nur militärisch gewinnen können. Wir werden letztlich nur dann erfolgreich sein, wenn wir die Herzen der Menschen gewinnen und den Wiederaufbauprozess vorantreiben.

(Vereinzelt Beifall)

Zurzeit sind 9 000 Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen. Damit leisten unsere Soldatinnen und Soldaten einen wichtigen Beitrag für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland.

Lassen Sie mich aber, meine lieben Freunde, noch einen Akzent setzen: Wir können heute äußere und innere Sicherheit nicht mehr scharf trennen. Es gibt heute terroristische Bedrohungen im Hinblick auf unser Land, bei denen wir auf die Fähigkeiten der Bundeswehr zurückgreifen müssen. Nun soll terroristischen Bedrohungen, beispielsweise aus der Luft oder von der See, wie es das Bundesverfassungsgericht gefordert hat, mit Mitteln der Polizei begegnet werden. Aber, liebe Freunde, die Mittel der Polizei sind begrenzt. Wir brauchen zum Schutz Deutschlands die Fähigkeiten der Bundeswehr. Deshalb brauchen wir in diesem Punkt eine verfassungsrechtliche Klarstellung in der Art, wie sie im Antrag formuliert worden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, dass es notwendig ist, europäische und transatlantische Sicherheitspolitik in Partnerschaft fortzuentwickeln. Deshalb bitte ich Sie, liebe Freundinnen und Freunde, um Unterstützung für diesen Antrag. Er stellt nämlich eine gute Grundlage dar, um die Verantwortung für die Sicherheit Deutschlands und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen zu können. – Besten Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich habe eben bei der Wahl der Beisitzer vergessen, zu fragen, ob die Wahl angenommen wird. Ich gehe davon aus, dass alle die Wahl annehmen. Sollte das nicht der Fall sein, bitte ich, das bis zum Ende der heutigen Veranstaltung zu erklären. Ich gehe aber nicht davon aus, dass das geschehen wird.

Ich rufe jetzt die zweite Wortmeldung zur allgemeinen Aussprache auf: Hans-Gert Pöttering von der EVP-Fraktion.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte einige wenige Bemerkungen zur Europapolitik machen. Zunächst möchte ich aber für die EVP-Fraktion und ausdrücklich auch für die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion und damit auch im Namen ihres neuen Vorsitzenden Werner Langen und seines Vorgängers Hartmut Nassauer Peter Hintze ein aufrichtiges Wort des Dankes sagen, nicht nur dafür, dass er diesen Antrag zur Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik als Vorsitzender der Kommission verantwortet hat, sondern auch für die kameradschaftliche und freundschaftliche Zusammenarbeit in der Europäischen Volkspartei, deren stellvertretender Vorsitzender, lieber Peter, du als Stellvertreter von Wilfried Martens bist. Herzlichen Dank, Peter Hintze.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, welches Europa wollen wir? Wir wollen eine starke Europäische Union, weil wir nur so unsere Werte und Interessen gemeinsam vertreten können. Aber wir Christdemokraten wollen kein zentralistisches Europa. Deswegen verbinden wir vier politische Ebenen miteinander, die unsere Identität bilden: Das ist unsere Heimat, wo wir zu Hause sind, das sind in Deutschland die Bundesländer, das ist unser deutsches Vaterland und das ist die Europäische Union. Wir haben darüber hinaus, wie Franz Josef Jung es gerade gesagt hat, Verantwortung in der Welt.

Wir wollen zugleich ein gemeinschaftliches Europa, das auf diesen Prinzipien aufgebaut ist. Das heißt, wir wollen kein Europa, in dem ein paar große Länder zusammenarbeiten, wie es die frühere Bundesregierung vorgelebt hat. Wir wollen kein Europa, in dem nur die Großen gelten, sondern wir wollen ein Europa, in dem jedes Volk und jedes Land seine eigene Würde hat. Wir nehmen das ernst, weil das wichtig ist für die Stärkung des Vertrauens in die Europäische Union.

Zu diesem gemeinschaftlichen Europa gehört auch, dass sich die Kommission kontrollieren lassen muss. Sie werden sich erinnern, dass der französische Staatspräsident und der damalige Bundeskanzler, der Vorgänger von Angela Merkel, bereits vor der Europawahl ausgeschaut hatten, wer der nächste Präsident der Europäischen Kommission werden sollte. Wir haben demgegenüber gesagt, es muss das Ergebnis der Europawahl abgewartet werden und die Regelung angewendet wird, die im Entwurf der Verfassung steht, nämlich dass die Staats- und Regierungschefs das Wahlergebnis berücksichtigen und dann als ihren Vorschlag für den Präsidenten der Kommission jemanden präsentieren, der der stärksten Parteienfamilie angehört. Liebe Freunde, wir sind stolz darauf, dass wir es durchgesetzt haben, dass einer von uns, nämlich José Manuel Durão Barroso zum Kommissionspräsidenten gewählt wurde. Er repräsentiert nämlich das Wahlergebnis der Wahlen von 1999 und 2004, die wir gewonnen haben.

Der Präsident der Kommission hat aus der stärksten Familie zu kommen. Wir haben es durchgesetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, Peter Hintze hat davon gesprochen, dass wir den Verfassungsvertrag brauchen. Europa ist ein komplizierter Kontinent mit nahezu 500 Millionen Menschen, ab dem 1. Januar 2007 aus 27 Staaten der Europäischen Union, mit 33 Sprachen. Wenn dieses Europa in der Zukunft gut zusammengehalten werden soll, dann brauchen wir die Reformen für mehr Effizienz, für mehr Demokratie, für mehr Transparenz. Wir brauchen die institutionellen Reformen.

Liebe Freunde, ich sage mit allem Nachdruck – auch Angela Merkel und andere haben heute Morgen mit Recht schon viel von der Menschenwürde und von den Menschenrechten in Europa und in der Welt gesprochen. – Wir dürfen nicht nur über die Institutionen sprechen, sondern wir als Christdemokraten in Europa wollen auch, dass die Charta der Grund- und Menschenrechte geltendes, verpflichtendes Recht für die Europäische Union wird. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen.

Liebe Freunde, lassen Sie mich zwei Schlussbemerkungen machen; vielleicht ist das vielen von Ihnen auch gar nicht bewusst.

Erstens. Wilfried Martens hat heute Morgen gesagt: Die CDU ist der ruhende Pol in der Europäischen Volkspartei. Die Europäische Volkspartei hat 264 Abgeordnete. Sie kommen aus 25 Ländern, aus 45 nationalen Parteien. Ich sage dem Fraktionsvorsitzenden unserer bayerischen Freunde in der CSU, Joachim Herrmann, und ich sage Ihnen, liebe Freunde: Das Verhältnis von CDU und CSU ist geradezu eine Harmonieveranstaltung, wenn Sie dagegen die Interessenunterschiede in unserer Fraktion sehen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir, die CDU, aber auch die CSU, Bindeglied zwischen den widerstreitenden Interessen in unserer Fraktion sind. Es muss uns gelingen, dass wir durch unsere Fraktion Respekt, Achtung und Vertrauen in der Europäischen Union bewahren.

Lassen Sie mich die letzte Bemerkung machen. Am 17. Januar wird unsere Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel als Präsidentin der Europäischen Union in Straßburg das Programm für die deutsche Präsidentschaft vorstellen. Wir freuen uns darüber, dass es unsere Parteivorsitzende ist. Aber das ist nicht entscheidend. Wir freuen uns darüber, dass sie unsere Bundeskanzlerin ist. Aber das ist nicht entscheidend. Was ist also entscheidend? Als wir 1979 das Europäische Parlament erstmalig direkt gewählt haben – ich habe das Privileg, als einer von sechs seit 1979 dabei zu sein –, haben wir davon geträumt, dass der Tag kommen möge, an dem eine Persönlichkeit, die ihre Erziehung und ihre Erfahrung in totalitärem Kommunismus, in der Unfreiheit erleben musste, nicht nur das geeinte Deutschland, sondern auch das freie Europa repräsentiert. Dies wird am 17. Januar geschehen, wenn Angela Merkel den Bericht zur deutschen Ratspräsidentschaft gibt.

Das zeigt, liebe Freunde – damit möchte ich enden –, dass wir, die CDU, die Partei der Einheit Deutschlands, die Partei der europäischen Einigung, viele Jahrzehnte den richtigen Weg gegang-

gen sind. Die Völker aus der Mitte und dem Osten Europas haben sich uns und unserer Wertegemeinschaft angeschlossen. Deswegen müssen wir, die Union, die CDU in Deutschland, auch in Zukunft die Partei der Einheit Deutschlands, die Partei der europäischen Einigung bleiben. Das ist unsere Verpflichtung aus der Vergangenheit. Deswegen bitte ich darum, dass Sie dem Antrag mit großer Mehrheit zustimmen. – Vielen Dank.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Wir kommen nun zur Einzelberatung.

Ich rufe die Anträge A 1 und A 2 auf. Die Antragskommission schlägt dazu eine Neufassung vor. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Anträge A 1 und A 2 in der Fassung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit sind die Anträge A 1 und A 2 in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zu den Anträgen A 3 bis A 12. Es wird empfohlen, die Anträge A 3 bis A 9 und den Antrag A 12 in einer Neufassung anzunehmen, den Antrag A 10 unberücksichtigt zu lassen und den Antrag A 11 abzulehnen. Wer möchte dazu das Wort? – Das ist niemand.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist so beschlossen, wie die Antragskommission empfohlen hat.

Wir kommen zu den Anträgen A 13 bis A 18. Auch hier ist durch die Antragskommission eine Umformulierung – unter Einarbeitung der anderen Anträge – vorgenommen worden. Wer möchte dazu das Wort? – Niemand.

Dann können wir abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Also sind die Anträge A 13 bis A 18 in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zu den Anträgen A 19 bis A 21. Hier wird empfohlen, den Antrag A 19, also den ursprünglichen Antrag des Bundesvorstands, anzunehmen, den Antrag A 20 an die Bundestagsfraktion zu überweisen und den Antrag A 21 abzulehnen.

Zum Antrag A 21, dessen Ablehnung empfohlen worden ist, möchte Herr Ludger Kaup aus NRW etwas ausführen. Wo ist Herr Kaup?

Ludger Kaup: Der ist schon hier, meine Damen und Herren, und freut sich genauso wie Sie auf den Sachsen-Abend. Ich will es auch nicht lange verzögern.

Der Kreisverband Gütersloh hat den Antrag A 21 gestellt, weil die Menschen bei uns und, ich denke, auch bei Ihnen es so empfinden, als würden die EU-Richtlinien nicht in allen Staaten

gleichwertig korrekt umgesetzt. Wir haben den Eindruck, dass in Deutschland die Richtlinien zu 120 Prozent umgesetzt werden. Fachleute aus der Wirtschaft, mit denen ich geredet habe, sprechen von einer mediterranen Umsetzung in anderen Ländern. Dort wird es also nicht so genau genommen.

Deswegen hat der Kreisverband Gütersloh den Antrag gestellt, die Vorlage um folgende vier Zeilen zu ergänzen:

„Ziel europäischen Gemeinschaftsrechts muss auch die einheitliche Anwendung und Kontrolle in allen Mitgliedsstaaten sein. Erfolgt dies nicht bzw. kann dies nicht sichergestellt werden, ist auf den Erlass der entsprechenden Vorschrift zu verzichten.“

Ich bitte die Antragskommission um eine Begründung dafür, dass diese Selbstverständlichkeit nicht aufgenommen werden soll. Gegebenenfalls werden wir ja schlauer und stimmen dem Vorschlag der Antragskommission dann zu. Ansonsten bitte ich doch darum, dass das, was wir empfinden, was wir fühlen, was wir meinen, diese Selbstverständlichkeit eben, in den Text aufgenommen wird. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Auch die Antragskommission meldet sich nicht zu Wort.

Dann komme ich zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer der Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen, das heißt, Antrag A 19 ist akzeptiert, Antrag A 20 überwiesen und Antrag A 21 abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag A 22. Zu Antrag A 22 hat die Antragskommission noch einmal getagt und ihr ursprüngliches Votum ergänzt. Die geplante Einführung der Antiterrordatei soll in den Antrag aufgenommen werden. Ich weise noch einmal auf den Zusatz hin. Auf Seite 11 der Antragsbroschüre soll nach dem Wort „Mitgliedstaaten“ in Zeile 222 ergänzt werden:

„Die in Deutschland geplante Antiterrordatei wird in der Lage sein, Schutzlücken durch den verbesserten Informationsaustausch zwischen Polizei und Nachrichtendiensten zu schließen. Daher muss das Gesetzgebungsverfahren so schnell wie möglich abgeschlossen werden, sodass die Datei ab dem Jahr 2007 zur Gefahrenabwehr eingesetzt werden kann.“

Ich stelle diese veränderte Beschlussfassung der Antragskommission zur Aussprache. Wer möchte das Wort? – Niemand. Dann können wir über die geänderte Fassung einschließlich Antiterrordatei abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

Enthaltungen? – Damit ist die geänderte Fassung der Antragskommission angenommen. Wir kommen jetzt zu A 23 bis A 25. Hier ist eine Umformulierung unter Berücksichtigung der anderen Anträge vorgenommen worden. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Keine. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Fassung der Antragskommission ist angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen A 26 bis A 29. Hier wird empfohlen, den ursprünglichen Antrag des Bundesvorstandes anzunehmen sowie A 27 bis A 29 abzulehnen. Hinzu kommt noch der Initiativantrag A 63. In Zeile 339 muss es heißen „nachdem eine Vorschrift das Luftsicherheitsgesetz ergänzt“. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer für die veränderte Fassung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist alles in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Wir kommen jetzt zu dem Antrag A 30. Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Wer ist für die Annahme? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – A 30 ist angenommen.

Damit kommen wir zu A 31 bis A 36. Hier gibt es eine Umformulierung unter Berücksichtigung des Antrages des Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe. Wer möchte dazu das Wort? – Niemand. Dann stimmen wir über das Votum der Antragskommission ab. Wer ist dafür, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit sind die Anträge mit den Anmerkungen der Antragskommission angenommen.

Wer kommen zu den Anträgen A 37 bis A 41. A 37 und A 38 werden zusammengefasst und umformuliert. A 39 bis A 41 sollen abgelehnt werden. Wer möchte dazu das Wort? – Niemand. Dann stimmen wir über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer ist dafür, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das Votum der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zu dem Antrag A 42. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor. Das Votum der Antragskommission lautet: Annahme. Wer ist dafür, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – A 42 ist angenommen.

Dann kommen wir zu A 43 bis A 46 sowie zu den Initiativanträgen A 64 bis A 66 auf den Seiten 7 und 8 der Sammlung der Initiativanträge. Hierzu gibt es auch Voten der Antragskommission. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Anträge A 43 bis A 46 sowie die Initiativanträge A 64 bis A 66 mit den Voten der Antragskommission ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das Votum der Antragskommission akzeptiert.

Wir kommen zu den Anträgen A 47 bis A 50. Hier gibt es eine Umformulierung. A 47, A 48 und A 49 sollen abgelehnt werden. Wer wünscht dazu das Wort? – Niemand. Dann können wir über

das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Votum der Antragskommission ist angenommen.

Wir kommen dann zu dem Antrag A 59. Er soll aus systematischen Gründen unberücksichtigt bleiben. Hier geht es um Fachausdrücke. Es geht hier lediglich um Hinweise für die Autoren zukünftiger Anträge. Wer möchte dazu reden? – Niemand. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit wird der Antrag A 59 nicht berücksichtigt.

Gibt es noch irgendwelche Anträge mit dem Buchstaben A zu Beginn, die sich auf den Europa- und Außenpolitikantrag beziehen, die ich nicht aufgerufen habe? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag A in der Beschlussfassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke Peter Hintze und den anderen Verfassern dieses Antrags sowie der Antragskommission für ihre Arbeit.

(Beifall)

Damit ist dieser Punkt erledigt.

Wir haben damit die Tagesordnung für heute abgewickelt, mit Ausnahme des Tagesordnungspunktes A 20, der Nachwahl von zwei stellvertretenden Mitgliedern des Bundesparteigerichts. Es wurde vorgeschlagen, Gabriele Hauser und Heinz Wöstmann anstelle von Willi Hausmann und Monika Harms zu wählen, die ausgeschieden sind. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Weitere Vorschläge werden ebenfalls nicht gemacht. Wer ist für die Nachwahl von Gabriele Hauser und Heinz Wöstmann in das Bundesparteigericht? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Beide sind einstimmig gewählt. Frau Hauser hat die Wahl schon angenommen. Sie kann aus dienstlichen Verpflichtungen nicht dabei sein. Ich frage Herrn Wöstmann, ob er die Wahl annimmt? – Er nimmt die Wahl an. Damit haben wir das Bundesparteigericht durch die beiden Personen ergänzt.

Ich bitte noch um einige Momente der Aufmerksamkeit. Wir beenden den ersten Tag unseres Parteitages mit einem Video – bitte gehen Sie noch nicht alle –, das auf die erfolgreiche Arbeit in Partei und Regierung im letzten Jahr zurückblickt. Nach dem Video sind unsere Beratungen für den heutigen Tag beendet und ich lade Sie alle herzlich zum Sachsenabend in das Maritim-ICC Dresden ein. Es gibt einen Busshuttle, der Sie direkt zum Ort des Geschehens bringt. Morgen sehen wir uns pünktlich zum zweiten Plenartag um 9 Uhr wieder.

Eine letzte Bemerkung: Alle persönlichen Wertsachen, alles, was Sie morgen wieder sehen möchten, nehmen Sie bitte mit. Unterlagen, Zeitungen und alles andere, was Sie nicht wollen, lassen Sie bitte auf dem Boden. Alles wird abgeräumt. Was Sie nicht mitnehmen, ist morgen nicht mehr da.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde, wir können uns jetzt gemeinsam das Video ansehen und anschließend einen schönen Abend im ICC erleben.

(Schluss: 19.59 Uhr)

Dienstag, 28. November 2006
Zweite Plenarsitzung

Beginn: 9.06 Uhr

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die zweite Plenarsitzung unseres Parteitages. Zu Beginn möchte ich den DGB-Vorsitzenden Herrn Sommer ganz herzlich in unseren Reihen willkommen heißen. Herzlichen Dank dafür, dass Sie zu uns gekommen sind.

(Beifall)

Wir haben heute vor dem Eingang eine Demonstration der IG BCE gesehen. Herr Kollege Rüttgers und auch Herr Pofalla werden ein Gespräch mit der IG BCE führen, denn wir haben, wie ich glaube, allen Grund dazu, über unsere Position mit der Gewerkschaft zu diskutieren und darauf zu schauen, dass es keine Missverständnisse gibt. So weit zu den Regularien.

Wir sind mit der Beratung der Anträge gut vorangekommen. Es stehen noch zwei Anträge zur Beschlussfassung an. Einer dieser Anträge ist der Antrag „Klein und einzigartig – auf den Anfang kommt es an! Bildungschancen fördern, Erziehung stärken.“ Zu diesem Antrag liegt eine ganze Reihe von Änderungsanträgen vor, die Sie im Abschnitt B in der Antragsbroschüre finden. Wir wollen so vorgehen, dass Frau von der Leyen den Antrag zunächst vorstellt. Wenn Bedarf an einer Generaldiskussion besteht, sollte – das ist mein Vorschlag – nur zu ein, zwei oder höchstens drei Wortmeldungen das Wort erteilt werden und vertiefend dann im Rahmen der Debatte über die einzelnen Anträge diskutiert werden. Wir müssen nachher ja einen beschlussfähigen Text haben.

Ich rufe somit nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 22 auf:

ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
„KLEIN UND EINZIGARTIG – AUF DEN ANFANG KOMMT ES AN!
BILDUNGSSCHANCEN FÖRDERN, ERZIEHUNG STÄRKEN.“

Ich bitte nun Ursula von der Leyen um ihren Bericht.

(Beifall)

Dr. Ursula von der Leyen: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Januar hat der Bundesvorstand eine Kommission mit dem Titel „Klein und einzigartig – auf den Anfang kommt es an“ eingesetzt, die ich gemeinsam mit dem sachsen-anhaltinischen Kultusminister Professor Olbertz leiten durfte. Wir haben den Auftrag gehabt, Antworten auf die uns heute bedrückenden Fragen zu geben, auf die Frage nach Bildungsarbeit, die Frage nach der Integrationsverweigerung – was sind die Ursachen, die Wurzeln dieser Integrationsverweigerung? –, auf die Frage, ob wir eine abnehmende Erziehungsfähigkeit haben und auch auf die Frage, warum es in Deutschland eine so starke Abhängigkeit zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft gibt. Welche Rahmenbedingungen können wir schaffen, damit alle Kinder von Anfang an ihre Potenziale entfalten können? Wie können wir erreichen, dass die Kinder ihre Potenziale, die von Anfang an da sind – das sind Neugierde und Wissbegierde, Offenheit und Vertrauen –, behalten und entfalten können?

Wir müssen natürlich auch fragen, warum manche Kinder so früh scheitern, verschlossen und abwehrend sind und Lernen fast als Bedrohung empfinden. Wenn wir Chancengerechtigkeit ernst nehmen, darf weder die familiäre noch die soziale Herkunft über die Zukunft von Kindern entscheiden.

(Beifall)

Die Startchancen für Kinder müssen so entwickelt sein, dass jedes Kind seine Fähigkeiten in der Gesellschaft und natürlich auch in einer ganz veränderten Welt entfalten kann. Das heißt – das ist die Quintessenz dieses Antrages –, wir müssen mehr auf die Anfangsphase im Leben der Kinder schauen.

Das erste Lebensjahrzehnt als geschlossenes, ganzheitliches Jahrzehnt ist entscheidend für die kindlichen Bildungschancen. Die Kinder haben auch ein Recht darauf, dass sie die frühen Jahre für Bildung nutzen können.

Ein Weiteres kommt hinzu. Was wir am Lebensanfang eines Kindes investieren, wirkt sich in 20 bis 30 Jahren entscheidend aus. Dann sind wir mitten in der schwierigsten Phase unseres Landes, weil wir dann nämlich im Durchschnitt die älteste Bevölkerung der Welt haben werden. Die Kinder, die jetzt noch klein sind, sind dann Mitte 30 und befinden sich – hoffentlich – in der Mitte eines schaffensreichen Lebens. Das heißt, wir stellen heute die Weichen für frühe Bildung und für Erziehung. Dadurch wird unmittelbar beeinflusst, wie die wirtschaftliche Leistung unseres Landes in 30 Jahren sein wird. Aber nicht nur das. Dadurch wird auch unmittelbar beeinflusst, wie die inneren Ressourcen der Kinder und der dann Erwachsenen sind, das heißt, wie ihre Verantwortungsbereitschaft und Verantwortungsfähigkeit für unser Land dann sind.

Es war uns in der Kommission wichtig, deutlich zu machen, dass frühe Bildung und Erziehung im Elternhaus beginnen.

(Beifall)

Deshalb haben wir in der Präambel des Antrages ganz bewusst den Mut zur Erziehung in den Mittelpunkt gestellt. An dieser Stelle wollten wir in dem Antrag zunächst einmal eine Lanze für die Familie brechen. Familie ist besser als ihr Ruf.

(Beifall)

Wenn wir uns die Umfragen anschauen, sehen wir, dass die Zufriedenheit der Menschen mit der eigenen Familie höher ist als je zuvor. Wenn wir uns die Shell-Jugendstudie anschauen, so finden wir darin eindrucksvoll bestätigt, dass Jugendliche Familie wollen. Drei von vier Jugendlichen sagen: Für ein wirklich glückliches Leben braucht es Familie und Kinder. Familie wird als das sichere soziale Netz in einer Welt voller Turbulenzen wahrgenommen. Mit anderen Worten: Es gibt definitiv keine Abkehr von Familie. Liebe Freunde, ich bin der Meinung, dass schon viel gewonnen wäre, wenn wir nicht immer nur darüber reden, was mit Kindern alles nicht geht, sondern mehr darüber reden, was mit Kindern geht.

(Beifall)

Wir müssen uns deshalb die Frage stellen, was wir als Gesellschaft tun können, damit wieder mehr junge Menschen Mut zu Kindern und zu einer Familie haben. Ich will damit nicht den Eindruck erwecken, alles sei gut. Es hat sich viel verändert. Ich erwähne hier das Thema der Rollenmuster, die Geschwindigkeit des Alltags und im Berufsleben, die Auswirkungen von Scheidungen und von Arbeitslosigkeit, den schwindenden sozialen Zusammenhalt zwischen den Generationen oder auch die Bildschirme als heimliche Miterzieher der Kinder.

Wenn man sich einmal anschaut, in welchem Umfeld Familien heute erziehen, dann erkennt man: Familien brauchen ganz viel Kraft, um ihrer Aufgabe Herr zu werden. Dafür brauchen sie die Stütze der Gesellschaft. Sie brauchen Einkommen, sie brauchen verlässliche Zeit füreinander und sie brauchen dringend familienunterstützende Netze im Alltag; sie brauchen diesen harmonischen Dreiklang. Deshalb fordert dieser Antrag eine finanzielle Förderung, die Gerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen herstellt; das muss ganz an den Anfang, vor die Klammer. Diese Förderung muss transparent sein, sie muss überschaubar sein. Denn wenn wir einmal hinschauen, können wir feststellen: Wir investieren im internationalen Vergleich relativ viel Geld in Familienpolitik. Andere Länder erreichen mit nicht mehr Geld mehr Wirkung. Was uns fehlt, ist eine Übersicht über die Ziele und die Wirkungen der vielen Einzelleistungen, die der Staat gibt. Deshalb setzt sich die Kommission dafür ein, dass das System der vielen Förderleistungen für Familien sortiert, analysiert und auf seine Wirksamkeit hin überprüft wird – damit wir eine belastbare Basis für die familienpolitischen Investitionen haben und sie von Zersplitterung und Widersprüchlichkeiten befreien können. Dabei ist es uns wichtig, die Leistungen zu konzentrieren, und zwar auf der einen Seite auf die frühkindliche Bildung und auf der anderen Seite auf die Förderung der Mehrkindfamilie. Wir wollen in den Familien wieder mehr Kinder haben. Darauf müssen wir uns konzentrieren.

(Teilweise Beifall)

Das zweite Entscheidende ist: Familie braucht Zeit. Kinder fordern zu Recht ihre Eltern. Kinder brauchen die Mutter, aber Kinder brauchen genauso den Vater.

(Teilweise Beifall)

Wir wollen deshalb den Vätern Mut machen, ihre Vaterrolle breit zu leben. Auch die Wirtschaft muss hier ihren Beitrag leisten. Ein Vater, der Kinderzeit gleich hoch wertet wie Arbeitszeit, ist kein Weichei – dieser Vater ist ein Trendsetter!

(Teilweise Beifall)

Kinder brauchen auch andere Kinder. Der Raum dafür ist heute nicht mehr selbstverständlich die Großfamilie mit vielen Geschwistern. Der Raum dafür ist auch nicht mehr selbstverständlich der Raum mit Vettern und Cousinen oder, dass viele Gleichaltrige in einer Straße zusammen leben. Der Raum dafür ist heute die Spielgruppe, die Tagespflege, der Kindergarten, die Schule. Da treffen Kinder andere Kinder. Wir wissen, dass heute von den Fünfjährigen jedes dritte Kind ohne Geschwister aufwächst. Dann wird der gemeinsame Raum, den wir Kindergarten nennen, ein unendlich wichtiger Raum für Kinder, andere Kinder zu treffen. Wir wissen, dass heute jedes dritte Kind unter sechs Jahren einen Migrationshintergrund hat. Dann sind doch die Jahre vor der Schule die entscheidende Zeit für diese Kinder, unsere Sprache zu lernen. Wenn zu Hause kein Deutsch gesprochen oder überhaupt wenig gesprochen wird – dass eine solche Sprachlosigkeit in Elternhäusern herrscht, betrifft schon lange nicht mehr nur Familien mit Migrationshintergrund –, dann kommt es auf die Zeit vor der Schule an. Nur dann können die Kinder in der Schule mitreden. Wer am ersten Schultag die Lehrerin oder den Lehrer nicht versteht, hat auch bei Lesen, Schreiben und Rechnen keine Chance mitzureden. Deshalb fordert dieser Antrag einen verbindlichen Sprachtest für alle Vierjährigen in unserem Land.

(Teilweise Beifall)

Ich will ganz klar sagen: Bei den Kindern, die den Sprachstand von Vierjährigen haben, braucht sich der Staat überhaupt nicht einzumischen. Doch wenn ein vierjähriges Kind den Sprachstand eines zweijährigen oder eines dreijährigen Kindes hat, muss es den Anschluss finden. Das heißt, wir brauchen konsequente Sprachförderung – bis das Kind in der Sprachwelt seiner Altersgenossen sicher angekommen ist. Das ist inzwischen eine gemeinsame Pflicht unseres Landes: dafür zu sorgen, dass jedes Kind in der Schule vom ersten Tag an versteht, was gesagt wird, und mitreden kann.

(Teilweise Beifall)

Dafür brauchen wir eine bessere Verzahnung von Kindergarten und Grundschule. Wir brauchen eine systematische Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher, und wir brauchen übergreifende Bildungspläne in allen Bundesländern. In dem Antrag heißt es auch, dass die Eltern ange-

sichts der wachsenden Bedeutung der frühkindlichen Bildung und Erziehung bei den Kosten für Kindergartenplätze entlastet werden müssen. Wir denken, in Deutschland steht die Bildungsfinanzierung auf dem Kopf: Der Staat legt sich mächtig ins Zeug für die Universitäten; hier haben wir im internationalen Vergleich den höchsten Finanzierungsanteil. Doch er finanziert im internationalen Vergleich anteilig am allerwenigsten bei den Kleinsten. Dabei kommt es auf den Anfang an! In unserem Land tragen die Eltern ein Viertel der Kindergartenkosten. Wir sagen: Bei den Kleinsten sollten wir uns, sollte sich die öffentliche Hand konsequent ins Zeug legen. Denn da öffnet sich das Tor zu Bildung. Aus gutem Grund haben wir eines Tages das Schulgeld abgeschafft. Nun müssen wir gemeinsam darüber diskutieren, wie wir die Eltern am Anfang des Lebens von Kindern von Kindergartenbeiträgen entlasten.

(Teilweise Beifall)

Ich kenne das Argument, die sozial Schwachen zahlten ja gar nichts, sie erhielten wirtschaftliche Jugendhilfe. Ja, das ist richtig.

Aber die Beitragspflicht setzt schon relativ früh bei kleinen Einkommen ein. Ich will nur ein Beispiel nennen. Ein Fahrer in einem Bundesministerium muss bei seiner Einkommensklasse bereits Kindergartenbeiträge zahlen. Ich kenne eine Familie mit sechs Kindern; diese Eltern zahlen in dieser Einkommensklasse schon Beiträge und sagen dann gegebenenfalls: Da können wir uns nicht leisten. Erst wenn die Kinder in die Schule kommen, können wir die öffentliche Bildungsfinanzierung des Staates in Anspruch nehmen.

Wir müssen bedenken, dass die Mä'r von den Besserverdienenden in der richtigen Relation gesehen werden muss. Was sind das denn für Eltern? Eltern kleiner Kinder stehen ganz am Anfang ihrer Berufslaufbahn. Sie haben noch geringe Löhne und Einkommen. Sie haben kein Vermögen, das sie im Laufe der Zeit in irgendeiner Form anlegen konnten. Genau zu diesem Zeitpunkt brauchen aber die Kinder im Kindergarten die Öffnung des Tores zur Bildung.

Deshalb treten wir in diesem Antrag dafür ein, dass wir mittelfristig den beitragsfreien Kindergarten schaffen, mit einer soliden und nachhaltigen Finanzierung, die nicht einseitig zu Lasten der Kommunen geht, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir haben eine Chance, das zu finanzieren. Die Chance erwächst aus einer bitteren Tatsache: Durch den demographischen Wandel haben wir rückläufige Schülerzahlen. Deshalb werden Bildungsmittel frei. Bis 2020 summiert sich dieses demographiebedingte so genannte freie Geld auf mehr als 60 Milliarden Euro.

Das Entscheidende ist, meine Damen und Herren: Jede Bildungspolitikerin, jeder Familienpolitiker in jedem Stadtrat, in jedem Kreisrat, in jedem Landtag und in der Bundespolitik muss

dafür sorgen, dass dieses Geld weiter in den Ausbau und die Qualität von Bildung investiert und eben nicht für Autobahnen, Kreisverkehre oder Ampelanlagen abgezweigt wird. Bildung muss hier Vorfahrt haben!

(Beifall)

Die Kommission hat gut ein Drittel dem Thema parallele Kinderwelten gewidmet. Es gibt Kinder, die umsorgende, liebevolle und engagierte Eltern haben. Sie sind in unserem Land in der großen Mehrheit.

(Beifall)

Ich finde, das ist in der Tat einen Applaus wert.

Daneben wachsen aber auch Kinder auf, die überbehütet sind und daran gehindert werden, eigene Erfahrungen bei der Bewältigung von Problemen oder Hindernissen zu machen. Sie finden nicht genügend Freiräume, um ihre eigene Kreativität zu entfalten. Sie erleben das, was wir eine Transportkindheit oder Terminkindheit nennen.

Eine weitere Gruppe von Kindern erfährt gar keine oder viel zu wenig Aufmerksamkeit und Zuwendung. Das sind die Kinder, die von Anfang an auf der Schattenseite des Lebens geboren werden. In ihren Familien gibt es viele Probleme: Sozialhilfebezug über Generationen, Gewalt, Alkohol, Drogen, zunehmende Isolation. Diese Kinder sind weitgehend auf sich allein gestellt. Sie kennen keine Zuwendung. Sie kennen keine Aufmerksamkeit. Sie erleiden Gewalt. Sie leiden an Hunger. Sie erleiden Vernachlässigung und Misshandlung. Diese Kinder verkümmern am Lebensanfang, weil sie nicht den Hauch einer Chance haben, am Anfang alle vorhandenen Potenziale zu entfalten und zu einer freien Persönlichkeit heranzuwachsen. Meine Damen und Herren, hier ist der Staat im Rahmen seines Wächteramtes verpflichtet, hinzuschauen und früher als bisher einzugreifen.

(Beifall)

Wir wissen aus der Forschung, wie wichtig gute, stabile Beziehungen gerade in den ersten Lebensjahren der Kinder sind und wie wichtig Struktur im Alltag der Kinder ist. In diesen Jahren werden auch die Weichen gestellt für das, was Neugierde, Vertrauen und Zuversicht ist, oder aber für Verslossenheit, Aggression und Angst von Kindern. Wenn die Eltern in dieser Zeit völlig überfordert sind, dann müssen wir die Hilfe zu den Kindern bringen, und zwar von Anfang an.

Deshalb beschreibt dieser Antrag ein enges Hilfenetz, das die Kinder nicht mehr aus den Augen lässt, ein Netz von Hebammen und Geburtskliniken, Ärztinnen und Ärzten, Sozialarbeitern in der Kinder- und Jugendhilfe, Erzieherinnen im Kindergarten und später die Lehrerinnen und Lehrer in der Schule. Das heißt, es ist ein Netzwerk aus verlässlicher Hilfe, das ganz früh von Anfang an zum Tragen kommt.

Das Wichtigste dabei ist, wie wir den Zugang zu diesen Familien finden. Ich denke, ganz am Anfang, wenn ein Kind geboren wird, dann wollen die allermeisten jungen Eltern gute Eltern sein. Aber manche sind eben so mit den eigenen Problemen überfordert – ich nenne nur die Stichworte Teenagerschwangerschaft oder innerfamiliäre Gewalt – dass sich daraus ganz schnell ein Teufelskreis von Isolation und Aggression ergibt, der sich dann gegen die Kinder entwickelt.

Wir wissen, dass diese Risiken nicht aus dem Nichts auftauchen. Wir können die Signale früher aufnehmen. Deshalb sagen wir in diesem Antrag ganz deutlich: Jeder in diesem Bereich investierte Euro ist ein klug investierter Euro. Er zahlt sich im Leben der Kinder später drei- oder vierfach aus.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, es wird in diesem Zusammenhang häufig gefordert, die ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen im Kindesalter zu einer gesetzlichen Pflicht zu machen. Wir sind uns alle einig, dass es unser gemeinsames Ziel und auch unsere Pflicht ist, die 2 oder 3 Prozent der Kinder zu finden, die nicht zur Vorsorgeuntersuchung gebracht werden und die misshandelt oder vernachlässigt werden oder verwaarlosten.

Aber wir haben nach langen Abwägungsprozessen auch gesagt: Dazu brauchen wir nicht 100 Prozent aller Eltern unter Generalverdacht zu stellen, sie könnten ihre Kinder vernachlässigen, und deshalb alle einem gesetzlichen Zwang zur Vorsorgeuntersuchung zu unterstellen. Abgesehen davon, meine Damen und Herren, dass dieses hundertprozentige Vorgehen, für alle Eltern unter dem Verdacht der Misshandlung die gesetzliche Pflicht einzuführen, einen schweren Konflikt mit Art. 6 des Grundgesetzes mit sich bringt. Art. 6 des Grundgesetzes ist ein klares Abwehrrecht der Eltern gegen übermäßige Eingriffe des Staates in ihre Erziehungshoheit.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist ein kostbares Rechtsgut, das wir abwägen müssen.

Deshalb sind wir zu dem Schluss gekommen – wir sind uns, wie gesagt, im Ziel einig; fraglich ist die Wahl der Mittel –: Es ist richtig, ein Gesetz zu schaffen, das alle Eltern unter Zwang stellt, oder – was wir vorschlagen – ein Einladewesen zu schaffen, das Klarheit bringt. Deshalb freue ich mich, dass das Saarland jetzt eine eigene landesgesetzliche Regelung diskutiert und dass auch der Landkreis Emsland jetzt einen ähnlichen pragmatischen Weg probiert. Sie sagen nämlich: Die Kinderärzte können monatlich nur melden, wer da war. Nichts anderes, nur das. Die Melderegister wissen dann von Monat zu Monat, welche Kinder und Eltern sie noch einmal auffordern müssen. Bei sehr vielen, die in diesem Zeitraum nicht bei der Vorsorgeuntersuchung waren, sind völlig harmlose Gründe im Spiel.

Aber bei denen, die Hilfe brauchen, kann man dann das Jugendamt gezielt einschalten und das Jugendamt kann auch einschreiten. Dann ist es eben nicht mehr die Vorsorgeuntersuchung, die noch nötig ist, sondern was gebraucht wird, ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen, dass dann aber gleich an der richtigen Stelle in Gang gesetzt werden kann.

Mehr noch, meine Damen und Herren: Die Kinderärzte geraten dann nicht in den Konflikt, das Wächteramt des Staates übernehmen zu müssen. Ich denke, wir wiegen uns in einer falschen Sicherheit, wenn wir uns zu sehr auf die gesetzliche Pflicht zur Untersuchung verlassen. Das sind neun oder zehn Stichtagsuntersuchungen in fünf Jahren. Es kommt aber auf den Alltag der Kinder dazwischen an. Mir sagen die Kinderärzte, dass die kritischen Eltern – das sind wenige – eben 14 Tage vor der Untersuchung die Kinder nicht mehr schlagen, damit sie keine blauen Flecken haben. Dann merkt der Arzt nichts. Am Tag danach gehen die Schläge wieder los.

Wir haben es beim Fall Kevin in Bremen gesehen: Der Letzte, der das Kind lebend gesehen hat, war ein Kinderarzt, der in dieser Situation richtig gehandelt hat. Wir dürfen bei der Diskussion über die gesetzliche Pflicht zu Vorsorgeuntersuchungen nicht den Alltag der Kinder dazwischen vergessen. Auf diesen Alltag der Kinder kommt es ganz entscheidend an.

Wir müssen über das Einladewesen einen klugen Weg entwickeln, diese Kinder verlässlich zu finden und dann Hilfe zu ihnen zu bringen.

(Beifall)

Schließlich und endlich, meine Damen und Herren: Wenn wir von den Halt gebenden Netzen um die Familien sprechen, müssen wir auch einen Blick auf die ältere Generation werfen. Ja, es gab noch nie so viele ältere Menschen in unserem Lande. Sie sind auch noch nie so gesund und noch nie so gut ausgebildet gewesen wie heute. Sie haben Zeit, sie haben Ressourcen. Viele von ihnen wollen auch mehr einbringen, mehr geben als bisher.

Das heißt, unsere Aufgabe ist es, den Raum und die Strukturen zu schaffen, dass dies auch stattfinden kann. Entscheidend ist – auch das beschreibt der Antrag –, dass wir Strukturen schaffen, dass der Kreislauf des Nehmens und Gebens zwischen den Generationen wieder möglich ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Vieles hat sich verändert. Das beschreibt der Antrag in seiner Vielfältigkeit. Kinder wachsen in ganz unterschiedlichen Welten auf. Väter wie Mütter sind gefordert, Zeit und Kraft in die tägliche Erziehung zu geben. Der Zusammenhalt der Generationen wird zu der entscheidenden Frage der Zukunft werden.

Wir haben gesagt: Das darf kein Grund zur Sorge sein. In der Veränderung liegt auch die Chance, dass wir neue Wege finden, wie Familie und ihre Werte in einem ganz modernen Kontext im 21. Jahrhundert gelebt werden können.

Zu allen Zeiten, meine Damen und Herren, galt Kinderreichtum als Anzeichen für Prosperität, für Lebensfreude. Wir brauchen Kinder auch wieder als Ausdruck von Zuversicht und Vertrauen

in die Zukunft. Wenn Kinder in Deutschland nicht zum Gegenstand von Vorwürfen, sondern von Respekt und Freude werden, wenn Kinder von Anfang an das Leben als eine Entdeckerwerkstatt neugierig erkunden können, vertrauensvoll lernen, dass Lernen faszinierend sein kann, wenn sie beziehungsstark aufwachsen und nicht verkümmern, dann, meine Damen und Herren, sind wir auf einem guten Weg zu einem wirklich kinderfreundlichen Land. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Ich darf bei uns den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Peter Heesen, begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir kommen jetzt zur allgemeinen Aussprache. Der Erste, der sich gemeldet hat – das wird jetzt mit Zeitangabe genau protokolliert –, ist Thomas Röwekamp.

Thomas Röwekamp: Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin von der Leyen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich dafür werben möchte, dass Sie die Initiativen aus den Landesverbänden Bremen und Saarland zum Thema verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen unterstützen.

(Beifall)

Der Fall Kevin hat sowohl in der programmatischen Rede der Kollegin von der Leyen als auch gestern in der Rede unserer Bundeskanzlerin eine Rolle gespielt, und zwar zu Recht. Wer sich die 80 Seiten über die zweieinhalbjährige Lebensgeschichte – man müsste vielmehr sagen: Leidensgeschichte – des kleinen Kevin durchliest, stellt fest, dass dieses Kind von seinen Eltern vernachlässigt, gequält und allein gelassen worden ist. Er stellt aber auch fest, dass der Staat in diesem konkreten Fall nachhaltig versagt hat. Die Bundeskanzlerin hat gestern darauf hingewiesen, dass man nicht Einzelfälle zum Anlass nehmen sollte, in Deutschland grundsätzliche Debatten zu führen.

Meine Damen und Herren, der Fall Kevin hat gerade gezeigt, dass ein Kind, das in staatlicher Obhut war, das unter zahlreichen Angeboten des Staates aufgewachsen ist, das unter der Vormundschaft des Staates war, trotzdem schutzlos seinen gewaltbereiten Eltern ausgeliefert gewesen ist. Dieses Beispiel hat mir deutlich gemacht, dass wir genauso, wie wir in der Innenpolitik mit den Länderinnenministern und mit dem Bundesinnenminister immer für einen starken Staat gekämpft haben, in Deutschland auch gegenüber vernachlässigten Kindern einen starken Staat brauchen.

Das bedeutet, dass sich der Staat einmischen muss, wenn kleine Kinder vernachlässigt oder – wie im konkreten Fall – sogar von ihren Eltern gequält werden.

(Beifall)

Wir leben in einer Gesellschaft, in der viel über die Erziehungsberechtigung gesprochen wird, darüber, dass die Eltern die Berechtigung haben, die Erziehung ihrer Kinder wahrzunehmen. Wir reden viel zu selten darüber, dass Erziehung auch eine Verpflichtung von Eltern ist. Ich plädiere dafür, dass wir als Staat zukünftig viel engermaschig darauf achten, dass diese Verpflichtung gegenüber den Kindern wahrgenommen wird.

(Beifall)

Ich bin sehr dafür, dass wir die Vorsorgeuntersuchungen für Kinder bis zur Einschulung verpflichtend machen. Ich bin nicht deshalb dafür, weil ich glaube, dass dem kleinen Kevin geholfen gewesen wäre. Frau Kollegin von der Leyen hat schon darauf hingewiesen: Kevin ist beim Kinderarzt gewesen, er ist vorgestellt worden. Trotzdem hat er am Ende das Schicksal erlitten, das wir kennen. Er ist in der langen Leidensgeschichte von zweieinhalb Jahren einmal vorgestellt worden.

Ich lasse auch den Einwand nicht gelten, man würde die Eltern unter Generalverdacht stellen, wenn man sie verpflichten würde, ihre Kinder zur gesetzlichen Vorsorgeuntersuchung zu schicken. Das Gegenteil ist der Fall. Über 90 Prozent der Eltern nehmen diese Verpflichtung aus eigenem Antrieb heraus ernst. Wir würden diese Eltern gar nicht treffen, weil sie ihre Kinder ohnehin zur Vorsorgeuntersuchung schicken. Wir reden über jene 10 Prozent der Kinder – das sind die Problemkinder in unserer Gesellschaft –, die nicht die Liebe und die Zuneigung erfahren, die sie benötigen, die nicht die Entwicklung nehmen, die wir ihnen geben wollen.

Ich bin sehr dafür, dass sich der Staat aktiv um diese 10 Prozent der Kinder kümmert.

(Beifall)

Es geht nicht um einen Generalverdacht und es geht auch nicht – das will ich an dieser Stelle ganz offen sagen – um Geld. Es wird immer gesagt, wenn das verpflichtend wird, kostet das Geld. Für 90 Prozent der Fälle kostet es bereits jetzt Geld, weil die Eltern ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre Kinder zu den Untersuchungen schicken. Wir reden über die 10 Prozent, die bisher kein Geld kosten. Aber um genau diese Kinder geht es, bei ihnen ist jeder Euro für eine Vorsorgeuntersuchung gut angelegtes und gut ausgegebenes Geld. Deswegen sprechen wir nicht über Geld, wenn wir über diesen Antrag reden.

(Beifall)

Ich glaube, und zwar nicht nur wegen diesen konkreten Einzelfalls, dass wir Verantwortung tragen. Ich bin mir auch nicht sicher, ob es Kevin geholfen hätte, wenn wir bereits vor zwei oder drei

Jahren verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen eingeführt hätten. Aber ich bin mir ganz sicher, dass wir vielen Kindern aus ihrer Hoffnungslosigkeit, aus ihrem Alltag, der teilweise aus Kriminalität, Prostitution und Drogen besteht, heraushelfen können. Kevin können wir nicht mehr helfen, aber wir können den Kindern helfen, die von ihren Eltern vernachlässigt werden. Ich bin dafür, dass sich der Staat einmischt. Ich bin dafür, dass sich der Staat auch in dieser Frage der Jugend- und Sozialpolitik stark macht. Deswegen möchte ich Sie bitten, die Initiativen aus Bremen und dem Saarland zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Die nächste Rednerin ist Helma Orosz.

Helma Orosz: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Parteivorsitzende! Sehr geehrte Frau von der Leyen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich danke für die Gelegenheit, zum Antrag des Bundesvorstands „Klein und einzigartig – auf den Anfang kommt es an! Bildungschancen fördern, Erziehung stärken.“ für die Landesgruppe Sachsen sprechen zu dürfen. Wir unterstützen diesen Antrag ausdrücklich. Mir persönlich war es möglich, in der Kommission mitzuwirken und die interessanten und umfangreichen Diskussionen mitzugestalten.

Lassen Sie mich heute hier die Gelegenheit nutzen, einen Aspekt dieses Antrags, nämlich den Vorschlag zum kostenfreien Kitajahr, kurz durch die sächsische Sichtweise zu kommentieren. Der Antrag des Bundesvorstands hebt deutlich hervor, dass das Gelingen des Aufwachsens von Kindern aus allen Familien von Anfang an eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein muss. Der Antrag formuliert deutlich die Schwerpunkte für eine gelingende Entwicklung unserer Kinder und unterstreicht, dass die Herausforderung, die frühkindliche Bildung qualitativ zu verbessern, unsere vordringliche Aufgabe sein muss.

(Vereinzelt Beifall)

Diese eindeutige Prioritätensetzung erfordert aber auch eine Neupositionierung der finanziellen Ressourcen. Die nachhaltige und solide Finanzierung des beitragsfreien Kitajahres wird damit als mittelfristige Aufgabe gesehen.

Meine Damen und Herren, für die sächsische Koalitionsregierung hat sich in den aktuell geführten Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2007/2008 die Frage gestellt, ob und wie wir ein beitragsfreies letztes Jahr im Kindergarten umsetzen wollen. Wir haben vonseiten der CDU zunächst davon Abstand genommen. Ich möchte Ihnen kurz erklären, warum. Es ist uns auch gelungen, unseren Koalitionspartner, der eine andere Auffassung vertreten hat, von unserer Position zu überzeugen. Ausgangspunkt war und ist es in der Tat, allen Kindern bzw. Eltern, die dies wünschen, einen bezahlbaren Kindergartenplatz anzubieten. Dieses Ziel hat Sachsen

erreicht; denn fast 100 Prozent der Kinder bzw. Eltern machen von diesem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz Gebrauch.

Was die Gestaltung der Elternbeiträge betrifft – Frau von der Leyen hat es bereits angesprochen –, so bestimmt das sächsische Kindertagesstättengesetz, dass von den Gemeinden Elternbeiträge bis zu einer Höhe von maximal 30 Prozent der Betriebskosten eines Kindergartenplatzes erhoben werden dürfen. Damit kommen wir aktuell in Sachsen auf einen durchschnittlichen Elternbeitrag in Höhe von 80 bis 100 Euro pro Monat für einen 6- bis 9-stündigen Kindergartenplatz. Gesetzlich festgelegt sind dabei auch Geschwisterermäßigungen und Absenkungsbeträge für Alleinerziehende.

Für ein Viertel aller Kinder wird darüber hinaus von den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe der Elternbeitrag übernommen, da er unter den Maßgaben des § 90 SGB VIII Eltern nicht zugemutet werden kann. Diese Erstattungen und Übernahmen beliefen sich in 2005 auf insgesamt 55,2 Millionen Euro, die durch die Landkreise und kreisfreien Städte bei der bekannten schwierigen Haushaltssituation aufgebracht werden mussten.

Durch die Schilderung dieser Situation wird deutlich, dass ein beitragsfreier Kindergartenplatz aus unserer Sicht keine Option ist, die etwa eine höhere Teilnahmequote und erst recht keinen Qualitätsschub per se bringt. An dieser Stelle möchte ich kurz darauf hinweisen: Wir haben ab 1. Januar 2007 die neuen Möglichkeiten im Steuerrecht, mit denen Eltern die Kinderbetreuungskosten absetzen können, sodass es nochmals eine Erleichterung für die Finanzierung eines Kindergartenplatzes für berufstätige Eltern gibt.

In der Abwägung der anstehenden Aufgaben haben wir uns darum in Sachsen entschieden, umfangreiche Mittel in die Qualitätsentwicklung der Angebote in den Kindergärten zu investieren. Im Bereich der Quantität – das habe ich schon erwähnt – sind die Hausaufgaben in Sachsen weitestgehend erledigt. Es ist jedoch unser vordringlichstes Ziel, nun die Qualität der Kindertagesbetreuung strategisch auszubauen, um das gelingende Aufwachsen unserer Jüngsten und nicht zuletzt die damit in Rede stehenden Aufgaben der Eltern zu unterstützen und voranzubringen.

Mit der Festschreibung des sächsischen Bildungsplans im sächsischen Kitagesetz ist eine qualitative Grundlage dafür geschaffen. Darüber hinaus finanziert der Freistaat die neue Qualität des Schulvorbereitungsjahres sowie gemeinsame Fortbildungen von Erzieherinnen und Erziehern und Grundschullehrern. Über eine zukünftige gemeinsame Berufsausbildung sind die beteiligten Ressorts bereits im Gespräch. Für darüber hinaus notwendige Investitionen im Kita- und Krippenbereich stehen im aktuellen Haushalt 40 Millionen Euro zur Verfügung. Damit die Zusammenarbeit von Erzieherinnen und Erziehern mit den Eltern und den Institutionen, die dem Kinderschutz dienen, ausgebaut werden kann, wird der Freistaat weitere Mittel in Höhe von 7 Millionen Euro bereitstellen.

All diese Rahmenbedingungen werden nur erfolgreich wirken, wenn wir unser Augenmerk auch auf eine gesunde Entwicklung unserer Kinder legen. Der Freistaat hat unter anderem in Kenntnis dessen seit drei Jahren für das vierte Lebensjahr eine Untersuchung durch Vertreter des öffentlichen Gesundheitsdienstes als Angebot in den Kitas etabliert. Die Inanspruchnahme dieser natürlich freiwilligen Untersuchungsmöglichkeiten liegt inzwischen bei über 80 Prozent. Heute, drei Jahre danach, können wir feststellen, dass die Anzahl der Schulrückstellungen minimiert werden konnte.

Durch frühzeitig eingeleitete Therapien, ob bei Sprachretardierungen, Übergewicht, Haltungsschwächen bzw. unzureichender Fein- und Grobmotorik, gelang es, noch vor dem Eintritt in die Grundschule regulierend einzugreifen.

Wir versprechen uns von den hier kurz zitierten Maßnahmen bedeutend mehr Effekte als von beitragsfreien Kitaangeboten. Die bisher vorliegenden Ergebnisse geben uns dabei recht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrte Damen und Herren, in Anbetracht der uns noch zur Verfügung stehende Zeit schlägt Ihnen das Präsidium vor, die Redezeit auf drei Minuten zu begrenzen.

(Beifall)

Ich höre keinen Protest, zumindest keinen lauten; dann verfahren wir so.

Die Nächste auf der Rednerliste ist Frau Neisse-Hommelsheim aus Nordrhein-Westfalen.

Carla Neisse-Hommelsheim: Meine Damen und Herren! Unsere Bundesfamilienministerin hat mir eben mit ihrer Rede aus dem Herzen gesprochen. Nach dieser Rede kann ich nicht verstehen, was mir der Generalsekretär gestern bei der Ablehnung unseres Antrages sagen wollte. Das muss er mir noch einmal erklären.

(Vereinzelt Beifall)

Frau von der Leyen hat gesagt, auf die Zeit vor der Schule kommt es an. Genau das ist wichtig. Wir müssen 100 Prozent aller Kinder erreichen, damit wir sie frühkindlich bilden können und fördern können, Sprachkompetenz und Sozialisierung erreichen können. Das ist ganz wichtig! Der Kindergarten von morgen muss heute entwickelt werden. Es kann nicht sein, dass Kinder bei 20 Kindergarten Tagen im Monat nur an vier Tagen anwesend sind. Da kann keine Fördermaßnahme greifen. Dass Kinder, die eingeschult werden, im ersten Schuljahr außer der Farbe Rot keine weitere Farbe kennen, das geht doch nicht.

Deshalb ist meine Bitte – auch an Frau von der Leyen –, dies mit in die Diskussion aufzunehmen. Die Kindergartenpflicht und die Kindergartengebührenfreiheit sind Meilensteine für die zukünftige Familienpolitik. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsident: Frau Demirbükten-Wegner ist die Nächste.

Emine Demirbükten-Wegner: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Ich bin mit sechs Jahren nach Deutschland gekommen, nach Berlin. Die sprachliche Fähigkeit besitze ich, weil ich damals das große Glück hatte, in meinen Schulklassen fast die einzige Türkin zu sein. Ich habe gute Schulen besucht, und ich durfte hier studieren.

Die heutige Generation sieht ziemlich anders aus. 40 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. Sie sprechen weder Deutsch noch ihre eigene Herkunftssprache richtig. Es ist eine Mixsprache; sie nennt sich Kanak-Sprak. Kanak-Sprak beherrscht das alltägliche Leben.

Genau diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen. Der Ihnen vorliegende Antrag durchbricht diesen Teufelskreis im Hinblick auf den von mir genannten Personenkreis, insbesondere wenn Sie sich die Seite 107 und ganz kurz die Seite 108 anschauen. Unter der Federführung unserer Familienministerin Ursula von der Leyen stellen wir mit der Beschlussfassung und der Realisierung die richtigen Weichen für eine erfolgs- und integrationsgerichtete Zukunftspolitik für junge Menschen in unserem Land. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung für diesen wundervollen Antrag. – Danke.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Als Nächster spricht Herr Josef Hecken.

Josef Hecken: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich unterstütze nachdrücklich all das, was die Bundesfamilienministerin gesagt hat. Ich unterstütze, dass wir Familien, dass wir Kindern, dass wir Eltern helfen müssen, um in sozialen Problemlagen adäquat auf Herausforderungen reagieren zu können.

Aber, Frau Bundesfamilienministerin, in einem Punkt gibt es einen gravierenden Dissens. Ich sage: Es gibt Themen, es gibt Bereiche, in denen muss der Staat Farbe bekennen. Die Einführung verpflichtender Vorsorgeuntersuchungen für Kinder ist ein solcher Bereich. Deshalb brauchen wir keine Absichtserklärungen, sondern eine klare gesetzliche Regelung, wonach Eltern verpflichtet werden, ihre Kinder zur Vorsorgeuntersuchung zu bringen.

(Beifall)

Die Bundeskanzlerin hat gestern gesagt, es reicht nicht, allgemeine Betroffenheit zu zeigen, wenn Fälle bekannt werden und ins öffentliche Bewusstsein treten. Es geht darum, auf der einen Seite ein Netz aus Hilfeleistungen zu spinnen, ein Netz, das Familien und Kinder auffängt, auf der anderen Seite aber eine zuverlässige Kontrollinstitution zu schaffen, die verhindert, dass es vom Zufall abhängig ist, ob Missbräuche, ob Misshandlungen, ob Verwahrlosungen offenbar werden. Ein solcher Zufall, bezogen auf das Kostbarste, was wir haben, nämlich auf unsere Kinder, hat nichts mit einem ordnenden Staat zu tun.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen kein Nachtwächterstaat sein. Dort, wo der Staat Verantwortung übernehmen muss, müssen wir auch bereit sein, diese Verantwortung zu übernehmen. Wir dürfen uns dann auch nicht hinter dem so genannten Elternrecht verstecken. Das Elternrecht ist auch eine Elternpflicht. Eltern haben nicht nur das Recht auf Erziehung der Kinder, sondern deren Pflege ist die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht; so steht es im Grundgesetz. Deshalb kann und muss der Staat das überwachen.

(Beifall)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, der Vergleich ist unziemlich; ich bringe ihn trotzdem. Mich als Vater von drei Kindern regt es auf, wenn der Staat zweimal im Jahr mit dem Bezirksschornsteinfeger in meinen Keller marschiert, um zu überwachen, ob ein Kohleofen richtig angeschlossen ist,

(Vereinzelt Beifall)

aber Kindererziehung und die Wohlfahrt von Kindern dem Staat offenbar so wenig wert ist, dass da keine Überwachungspflichten implementiert sind. Hier sind die Gewichte falsch!

(Beifall)

Deshalb haben wir im Saarland gemeinsam mit Hessen ein Verfahren entwickelt, in dem wir gesetzliche Verpflichtungen statuieren und Überwachung durchführen. Aber was nützt es mir, wenn wir das in zwei oder drei Ländern geregelt haben? Wir brauchen eine bundeseinheitliche Regelung. Ich bin leidenschaftlicher Föderalist, sage aber: Das, was bundeseinheitlich geregelt werden sollte, damit sich verantwortungslose Eltern nicht durch Umzug der Überwachung entziehen können, das muss auch bundeseinheitlich geregelt werden. Deshalb meine ich, dass jeder seine Verantwortung wahrzunehmen hat: Die GKV bezahlt die Untersuchungen, die Länder finanzieren das Einladungsverfahren – das ist für mich selbstverständlich –, aber der Bund muss die gesetzliche Pflicht implementieren. Das sind wir unseren Kindern schuldig. Man kann nicht nur über Kinder predigen, man kann nicht nur bei Vorstellungsrunden sagen, dass man stolzer Vater oder stolze Mutter ist, sondern man muss auch bereit sein, für Kinder Gesetze zu ändern.

Deshalb bitte ich darum, den Antrag insoweit zu ändern und unserem Initiativantrag zuzustimmen. – Dankeschön.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Jetzt Frau Hedwig von Beverfoerde aus Sachsen-Anhalt, bitte.

Hedwig von Beverfoerde: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute schon sehr viel über frühkindliche Bildung gehört, auch über Eltern, die ihre Pflichten vernachlässigen. Ich finde, es ist dringend an der Zeit, wieder einmal daran zu erinnern, dass es gerade unsere Partei ist, die bisher eigentlich immer sehr stark die tatsächlich guten Erfolge von Eltern hochgehalten hat, die auch das Elternrecht hochgehalten hat und sich klar und deutlich dafür ausgesprochen hat, dass die Familie die Keimzelle unserer Gesellschaft ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde es sehr wichtig, darauf hinzuweisen, denn es fällt mir auf, dass sich durch den Antrag des Bundesvorstandes sehr klar ein roter Faden hindurchzieht, der die Bereitschaft, das anzuerkennen, immer weniger zeigt.

Meine Damen und Herren, frühkindliche Bildung heißt das neue Schlagwort. Der Bildungsbegriff wird hier aber meiner Ansicht nach vollständig falsch angewendet. Bildung ist etwas, was sich eigentlich erst beim reiferen Menschen vollziehen kann. In der frühen Kindheit wird dagegen insbesondere Pflege und Erziehung benötigt. Beides ist ganz klar und deutlich im Elternhaus angesiedelt.

(Teilweise Beifall – Teilweise Widerspruch)

Über 95 Prozent unserer Familien und Elternhäuser arbeiten hervorragend und bemühen sich um ihre Kinder.

(Vereinzelt Beifall)

Nur in einem kleinen Teil der Familien kommt Verwahrlosung vor. Deswegen ist es dringend erforderlich, dass wir uns klarmachen, dass wir hier womöglich einer immer weiteren Verstaatlichung das Wort reden.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie noch einmal, gut darüber nachzudenken, ob Sie dem Antrag in der vorliegenden Form zustimmen können. – Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Als nächste Rednerin ist Frau Silke Lautenschläger aus Hessen dran. Dann habe ich noch zwei Rednerinnen auf der Liste, Frau Astrid Vockert und Frau Maria Böhmer. Im Hinblick auf die Rede von Edmund Stoiber würde ich damit, wenn Sie einverstanden sind, die allgemeine Aussprache schließen.

(Beifall)

Silke Lautenschläger: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gerne noch einmal ausdrücklich den Antrag D 33 von Delegierten aus dem Saarland unterstützen. Wir brauchen an dieser Stelle eine Änderung.

(Beifall)

Es gibt sowohl ein Elternrecht als auch eine Elternpflicht. Es gibt kein Elternrecht, Kinder verwaarloosen zu lassen und sie nicht zu Vorsorgeuntersuchungen zu bringen. Es gibt aus meiner Sicht hier eine ganz klare Pflicht für die Eltern, sich um ihre Kinder zu kümmern.

Wer, wenn nicht Kinderärzte könnte Anzeichen von Verwaarlosung bei Kindern erkennen? Wir sind uns mit den Krankenkassen und den Ärzten absolut einig, dass die Vorsorgeuntersuchungen für alle Kinder dringend notwendig sind. Es ist aber heute immer noch so, dass ein Teil der Eltern diese Vorsorgeuntersuchungen nicht wahrnimmt. Wir wollen, dass es für alle Eltern zur Pflicht wird, diese Vorsorgeuntersuchungen wahrzunehmen. Es geht uns nämlich um den Schutz der Kinder.

Als Mutter muss man immer wieder schauen, wann die nächste Vorsorgeuntersuchung dran ist. So brauchen wir auch ein Einladungssystem. Mit einer Verpflichtung zu Vorsorgeuntersuchungen wird auch ein vernünftiges Einladungssystem aufgebaut werden müssen, wodurch jeder auf den entsprechenden Termin aufmerksam gemacht wird, sodass er überhaupt nicht mehr vergessen werden kann. Wenn alle Eltern gehen, werden auch alle Kinder gefördert.

Gleichzeitig müssen wir dazu kommen, dass man auf diejenigen, die bisher ihre Kinder nicht so fördern, wie wir das wollen, die nicht zu Ärzten gehen, die ihre Kinder nicht in den Kindergarten bringen, aufmerksam wird. Eine in diesem Sinne verstandene Elternpflicht müssen wir umsetzen.

Ich bitte Sie ganz herzlich, den Antrag zu unterstützen. Anders schaffen wir es nicht, einen wirklich sinnvollen Schutz von Kindern fest zu verankern.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Frau Astrid Vockert.

Astrid Vockert: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unbestreitbar ein unheimlich guter Antrag, den wir hier vom Bundesvorstand auf den Tisch ge-

legt bekommen haben. Es gibt aber drei Punkte, die wir, wie ich meine, darüber hinaus im Auge behalten müssen und die auch umgesetzt werden sollten.

Erster Punkt. In den Gemeinden fühlen wir uns zum Teil allein gelassen. Das Tagesbetreuungs-
ausbaugesetz wurde auf Bundesebene beschlossen, wir in den Gemeinden sollen nun aber zu-
sehen, wie wir die Finanzierung sicherstellen, um bis zum Jahre 2011 dafür sorgen zu können,
dass tatsächlich 20 Prozent der unter Dreijährigen in den Einrichtungen entsprechend gebildet,
betreut und gefördert werden.

Zweiter Punkt. Es wurde hier eben noch einmal gesagt, es gehe nicht um frühkindliche Bildung.
Es geht – das halte ich für ganz wichtig, festzuhalten – um frühkindliche Bildung. Kinder bilden
sich von Anfang an.

(Vereinzelt Beifall)

Dritter Punkt. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland nur fünf Professuren, die sich mit
dem ganz wichtigen Themenkomplex „Frühkindliche Bildung“ auseinandersetzen. Es gibt also in
der Bundesrepublik Deutschland mehr Professuren für die japanische Sprache als für den
Themenkomplex „Frühkindliche Bildung“. Ich fordere Sie deshalb auf, hier für Verbesserungen
zu sorgen.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Frau Maria Böhmer. Damit ist auch
die allgemeine Aussprache zum Antrag beendet.

Maria Böhmer: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Mit dem Antrag „Klein und einzigartig“
wird eine Weichenstellung vorgenommen, mit der wir die Meinungsführerschaft im Bereich
der frühkindlichen Bildung übernehmen. Wir zeigen, Kinder sind Lernweltmeister. Wir wollen
dem Rechnung tragen und Kindern alle Chancen geben, dass sie so gefördert werden, dass sie
im Leben bestehen. Dafür müssen sie aber auch all das in Anspruch nehmen können, was wir ih-
nen bieten.

Es ist also wirklich an der Zeit, dass wir jetzt den Kindergarten von einem Ort der Betreuung zu
einem Ort der frühkindlichen Bildung weiterentwickeln. Dazu gehört auch, dass wir frühe
Sprachförderung durchführen. Die Blicke konzentrieren sich dabei immer wieder auf die Kinder,
die aus Zuwandererfamilien stammen. Das ist richtig. Dafür mache ich mich auch immer wieder
stark. Diese Kinder sollten nämlich, wenn sie in die Schule kommen, die deutsche Sprache so be-
herrschen, dass sie dem Unterricht voll und ganz folgen können. Wenn ich in Kindergärten ge-
he, bemerke ich aber immer wieder, dass auch bei deutschen Kindern die Sprache nicht richtig
ausgebildet ist.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb brauchen wir frühe Sprachförderung für alle Kinder. Das muss im Kindergarten stattfinden. Deshalb müssen wir die Erzieherinnen stärken, damit sie dieser Aufgabe wirklich nachkommen können. Mit diesem Antrag nehmen wir die entsprechenden Weichenstellungen vor, damit der Kindergarten zu einem Ort der Bildung wird.

Aus der Forderung, den Kindergarten zu einem Ort der Bildung zu machen, ergibt sich für mich eine Konsequenz, die ja auch hier immer wieder einmal angeklungen war und die zuerst in einem unserer Bundesländer gezogen wurde: Wir brauchen beitragsfreie Kindergärten. In unserem Land ist Bildung nämlich immer beitragsfrei gewesen. Das muss auch für den Kindergarten gelten, wenn er zukünftig zu einem Ort der Bildung wird.

(Teilweise Beifall)

An dieser Stelle verweise ich auf das Saarland. Es ist das erste Bundesland, in dem die Weichen für ein beitragsfreies drittes Kindergartenjahr gestellt wurden. Im Saarland ist – das habe ich sehr wohl registriert – die Zahl der Kinder gestiegen, die in den Kindergarten gehen. Damit sind auch deren Chancen verbessert worden.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen: Wir müssen Eltern stärken. Auch das ist Inhalt dieses Antrags. Deshalb kommt auch von der Frauen-Union ein klares Ja zu diesem Antrag. Wir sehen aber auch Mängel, nämlich in den Fällen, wo Eltern nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben wirklich wahrzunehmen. Wenn wir darüber nachdenken, wie wir es mit den Früherkennungsuntersuchungen halten wollen, dann dürfen wir dabei, wie ich glaube, nicht auf die große Zahl der Eltern schauen, die ihre Aufgabe verantwortungsvoll wahrnimmt, sondern wir müssen dort hin schauen, wo Kinder der Förderung bedürfen. Deshalb brauchen wir meiner Meinung nach verbindliche Früherkennungsuntersuchungen und wir sollten den Mut aufbringen, die Weichen entsprechend zu stellen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

Es gibt, wenn ich es richtig sehe, einen einzigen Streitpunkt – das haben wir ja eben mehrfach gehört –, das ist die Pflicht zur Teilnahme an Untersuchungen. Deshalb würde ich Ihnen vorschlagen, relativ schnell die Anträge abzarbeiten. Ich gehe davon aus, dass sich die Empfehlungen der Antragskommission weitgehend durchsetzen wird. Ich bitte also um etwas Disziplin, damit wir die Abstimmung durchführen können.

Ich rufe die Anträge B 1 bis B 5 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 1 bis

B 5 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen B 6 bis B 16. Auch hierzu gibt es wieder eine Empfehlung der Antragskommission. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Angenommen.

Wir kommen zu den Anträgen B 17 bis B 30. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so, wie von der Antragskommission empfohlen, beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen B 31 bis B 50. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Angenommen.

Wir kommen zu den Anträgen B 51 bis B 67. Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen B 68 bis B 82. Auch hierzu liegt eine Empfehlung der Antragskommission vor. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen B 83 bis B 88. Wer möchte zustimmen? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen B 89 bis B 94. Wortmeldungen? – Keine.

Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen B 91 und B 94, die abgelehnt werden sollen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen B 95 bis B 124. Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Das war die Mehrheit. So beschlossen.

Ich muss schnell blättern. Das geht selbst mir jetzt ein bisschen schnell.

Wir kommen zu den Anträgen B 125 bis B 133. Auch hierzu gibt es eine Empfehlung der Antragskommission. Wer möchte zustimmen? – Gegenprobe! – So beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen B 135, B 136, B 143 und B 145 bis B 196. Dazu gibt es Wortmeldungen. Das wird eine längere Diskussion werden. Deswegen schlage ich Ihnen vor, dass wir diese Diskussion nach den Berichten führen. Das wird praktisch die einzige Diskussion sein, die wir noch zu den Anträgen haben werden. Die sollten wir in aller Ruhe führen, weil es hierbei um wichtige Dinge geht. Ich würde die Behandlung des Tagesordnungspunktes und die Abstimmung dann unterbrechen und Volker Kauder –

(Zurufe: Nein!)

– Gut. Noch einmal: Mein Vorschlag ist, dass wir jetzt die Diskussion und die Abstimmung unterbrechen.

(Zurufe: Nein!)

Wir haben den Bericht und die Rede von unserem Freund Edmund Stoiber vorgesehen. Ich bitte doch –

(Zurufe – Unruhe)

– Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie, auch zu beachten, dass wir in der Zeit bleiben, wenn wir so verfahren, wie vorgeschlagen worden ist. Aber ich frage noch einmal. Wer für meinen Vorschlag ist, jetzt zu unterbrechen, Herrn Kauder und Herrn Stoiber reden zu lassen und dann die Diskussion in aller Ruhe weiterzuführen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Dann werden wir weiterdiskutieren.

(Beifall)

Wir setzen also die Diskussion fort. Zum Antrag B 145 hat sich Herr Marcel Philipp gemeldet, zum Antrag B 156 Frau Birgit Veidt, zum Antrag B 159 Elke Kreiser sowie – das kommt aber erst später – zum Antrag B 235 Monica Wüllner.

Marcel Philipp: Herr Präsident! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Zentraler Punkt dieses Antrags ist, dass wir den Besuch des Kindergartens mittelfristig beitragsfrei gestalten wollen. Das ist gut und richtig. Aber wenn wir das, was Sie, Frau Ministerin, heute gesagt haben, wirklich ernst meinen, dann fehlt an dieser Stelle – wir haben bereits gestern über dieses Thema diskutiert – ein Punkt. Was fehlt und was wir an dieser Stelle einfügen müssten, ist, dass wir mindestens das letzte Jahr des Kindergartenbesuchs vor der Einschulung zur Pflicht erklären.

(Vereinzelt Beifall)

Der Antrag gestern war, denke ich, etwas weitergehend formuliert und die Abstimmung war, vorsichtig formuliert, nicht hundertprozentig eindeutig.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist mehrheitsfähig, glaube ich, wenn wir heute sagen: Es ist uns wichtig, dass wir jeden erreichen und die Verzahnung zwischen dem Kindergarten und der Grundschule sehr viel besser wird; dazu müssen hundert Prozent der Kinder erreicht werden.

Deshalb mein Antrag: Erweitern wir den Text an dieser Stelle um den Satz:

Der Besuch des Kindergartens im letzten Jahr vor der Einschulung soll mittelfristig zur Pflicht werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Ich begrüße nun Edmund Stoiber, der gerade angekommen ist. Herzlich willkommen auf unserem Parteitag, Edmund Stoiber!

(Anhaltender Beifall)

Herzlich willkommen also, Edmund Stoiber!

Wir fahren jetzt mit der Diskussion fort, wie eben vom Parteitag beschlossen. Als Nächstes ist Frau Birgit Veidt auf der Liste.

Birgit Veidt: Liebe Freunde! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Stoiber! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Die Situation ist jetzt etwas ungünstig, aber, ich denke, wir machen im Programm weiter.

(Beifall)

Wir wollen fördern und wir wollen integrieren. Wir alle zusammen fordern einen verpflichtenden Sprachtest für Kinder im Vorschulalter. Wir müssen uns aber einmal überlegen, welche Kinder wir damit ansprechen wollen. Es ist vieles schon gesagt worden. Wir wollen Kinder aus den Familien ansprechen, die ihrem Erziehungsauftrag nicht gerecht werden. Deswegen fordern wir mittelfristig ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr.

In diesem Fall ist es so, dass das Recht der Kinder auf Bildung und auf Förderung stärker wiegt als das Recht der Eltern auf ihre freie Entscheidung. Wir müssen die Kinder fit machen. Wir können nicht nur einen Sprachtest verlangen und sie ansonsten der Obhut ihrer Eltern bzw. der Vernachlässigung durch ihre Eltern überlassen. Deswegen bitte ich Sie, dem Antrag B 156 aus Baden-Württemberg zuzustimmen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsident: Als Letzte spricht Frau Elke Kreiser.

Elke Kreiser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht um den Antrag B 159, der darauf abzielt, einen verpflichtenden Elternabend oder eine verpflichtende Elternsprechstunde in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen einzuführen. Wir haben heute schon gehört, dass 90 Prozent der Eltern ihre Pflicht wahrnehmen; das ist wahr. Diese besuchen auch den Elternabend. Aber 5 bis 10 Prozent der Eltern besuchen den Elternabend oder die Elternsprechstunde nicht. Diese Eltern müssen wir erreichen. Bereits 1945 wurde in den Schulgesetzen der meisten Bundesländer die Elternarbeit als Element der Demokratie verpflichtend vorgeschrieben. Die Eltern haben das Recht, aber auch die Pflicht, an der schulischen Entwicklung mitzuwirken. Viele Schulen und Betreuungseinrichtungen beklagen jedoch, dass zunehmend weniger Eltern zu den Elternabenden kommen. Deshalb bitten wir darum, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir einen verpflichtenden Elternabend in den Schulen und Betreuungseinrichtungen einführen können und gegebenenfalls Sanktionen verhängen können. In der Schweiz wird das teilweise schon so gehandhabt. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsident: Danke sehr. – Frau von der Leyen.

Ursula von der Leyen, Antragskommission: Liebe Freunde, ein Vorschlag zur Güte. Wir haben zwei sehr wichtige Konfliktpunkte, müssen aber vorankommen. Erstens. Es geht um beitragsfreie Kitaplätze. Unser gemeinsames Ziel ist, die Eltern von den Kosten zu entlasten. Die entscheidende Frage ist, welches der beste Weg ist. Im Gespräch sind ein Pflichtkindergarten und die Vorziehung der Schulpflicht. Wir werden im Bundesfamilienministerium dieses Thema systematisch aufarbeiten. Das ist für das Jahr 2007 geplant. Über das Ziel sind wir uns, glaube ich, einig. Entscheidend ist, was im Antrag steht: Mittelfristig muss der Kindergarten beitragsfrei werden. Das muss solide und nachhaltig finanziert werden und darf nicht einseitig zulasten der Kommunen gehen. Darin besteht der gemeinsame Beschluss, dieses Problem zu lösen.

(Beifall)

Der zweite Konfliktpunkt besteht darin, ob Vorsorgeuntersuchungen als gesetzliche Pflicht oder als verbindliches Einladungswesen eingeführt werden sollen. Auch hier sind wir uns im Ziel einig. Wir wollen alle Kinder erreichen. Mein Vorschlag ist, die so genannten kritischen Eltern unbürokratisch über ein Einladungswesen zu erreichen. Ich merke, dass ich deswegen auf dem Parteitag einen schwierigen Stand habe.

(Teilweise Beifall)

Damit Sie wissen, worüber Sie heute abstimmen: Sie können heute regeln, dass Reihenuntersuchungen im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes der Bundesländer durchgeführt werden. Unter dieser Prämisse können wir sehr wohl den Initiativantrag D 33 annehmen. So viel, damit wir auf dem Parteitag vorankommen.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsident: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Antragslage ist wie folgt: Es geht momentan um Ziff. 12 des Leitantrags. Hierzu gibt es eine Empfehlung der Antragskommission. Über diese muss zuerst abgestimmt werden. Wird diese Entscheidung mehrheitlich angenommen, dann sind unter anderem die Anträge B 135, B 136 und B 143 erledigt. Nur wenn die Empfehlung der Antragskommission abgelehnt wird, kommen wir zu den Anträgen im Einzelnen. Ich habe aber den Eindruck, dass nur der Antrag B 156 kontrovers ist. Hier geht es darum, das letzte Kindergartenjahr verpflichtend und beitragsfrei anzubieten. Zudem haben wir den Initiativantrag D 33 zurückgestellt. Er hat damit nichts zu tun. Er könnte separat beschlossen werden. Ich empfehle – in Abweichung von der Empfehlung der Antragskommission –, dass wir alles so beschließen, wie es die Antragskommission empfohlen hat, bis auf den Antrag B 156. Dann können wir einzeln über B 156 und D 33 abstimmen. Da wir hier von der Geschäftsordnung abweichen, bitte ich diejenigen, die dafür sind, um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann verfahren wir so wie vorgeschlagen.

Wir stimmen über die Empfehlungen der Antragskommission mit Ausnahme von B 156 ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist mit Ausnahme von B 156 so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag B 156. Hier geht es um folgende Ergänzung: „Wir wollen mittelfristig mindestens das letzte Kindergartenjahr verpflichtend und beitragsfrei anbieten.“ Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist B 156 angenommen.

(Beifall)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Initiativantrag D 33. Hier geht es um die Vorsorgeuntersuchungen. Wer D 33 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – D 33 ist angenommen.

(Beifall)

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Ziff. 13, Anträge B 197 bis B 208. Auch hier gibt es eine umfangreiche Neuformulierung durch die Antragskommission. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Angenommen.

Dann kommen wir zu Ziff. 14 mit den Anträgen B 209 bis B 213. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über Ziff. 15 mit den Anträgen B 214 und B 215. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über Ziff. 16 mit den Anträgen B 140, B 216 und B 226. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziff. 17 mit den Anträgen B 11, B 227 und B 229. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziff. 18 mit den Anträgen B 30, B 178 sowie B 230 bis B 244. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziff. 19 mit den Anträgen B 245 bis B 247. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziff. 20 mit den Anträgen B 248 bis B 251 sowie über Ziff. 21 mit den Anträgen B 253 bis B 256 sowie Ziff. 22 mit den Anträgen B 257 bis B 266. Wer diesen Formulierungen der Antragskommission und der Behandlung der entsprechenden Anträge zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist angenommen. Damit sind wir durch. Es fehlt nur noch die Schlussabstimmung.

Wir stimmen nun über den Antrag B in der durch die Beschlussfassung der Antragskommission leicht geänderten Fassung ab. Wer dem Antrag B in der Fassung der Einzelabstimmungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag B ist mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei Frau von der Leyen für die Vorbereitung dieses Antrags. Herzlichen Dank. Wir haben damit alle Anträge mit Ausnahme des Antrags C, zu dem wir später kommen, erledigt.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Volker Kauder (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Liebe Parteifreunde! Liebe Parteifreundinnen! Vor knapp einem Jahr hat das britische Magazin „Economist“ mit einer großen Geschichte über Deutschland aufgemacht. „Warten auf ein Wunder“ lautete die Überschrift. Der Bericht war düster. Man traute unserem Land nichts zu.

Am vergangenen Freitag titelte die „Bild“-Zeitung auf der ersten Seite „Neues Wirtschaftswunder“. Der Bericht strotzt vor Optimismus. Von Bedenken keine Spur mehr. So schnell können sich die Zeiten ändern. So schnell ändern sich die Zeiten, wenn die Union im Bund wieder regiert, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Deutschland wird seit einem Jahr von der Union regiert und schon geht es wieder aufwärts. In diesem einen Jahr verzeichnen wir eine Wende zum Besseren. Wer hätte daran im November 2005 geglaubt? Bereits nach zwölf Monaten bewahrheitet sich ein Satz, mit dem wir in den vergangenen Jahren in vielen Ländern Wahlkampf gemacht haben, den die Menschen als richtig erkannt haben und der nun auch im Bund gilt: Dort, wo die Union regiert, geht es aufwärts. Dort, wo die Union regiert, geht es dem Land und den Menschen einfach wieder besser.

(Beifall)

Es wird wieder investiert in unserem Land. Die Zahl der Arbeitslosen ist zurückgegangen. Noch vor einem Jahr haben wir plakatiert: Jeden Tag gehen 1 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren. – Jetzt ist genau das Gegenteil zu registrieren: Jeden Tag entstehen 1 000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Die Bundesagentur für Arbeit meldet 825 000 offene Stellen. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird um 2,3 Prozent gesenkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, das ist unser Erfolg. Das ist der Erfolg der von der Union geführten Bundesregierung und das ist vor allem der Erfolg unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel.

(Lebhafter Beifall)

Ich sage aber zugleich: Das ist auch der Erfolg der gemeinsamen Fraktion aus CDU und CSU. Wir haben in den letzten zwölf Monaten unseren Beitrag dazu geleistet, dass die Regierung erfolgreich arbeiten konnte. Manches ist uns dabei nicht leicht gefallen. Wir haben aber gewusst: Wir müssen als Fraktion unseren Beitrag dazu leisten, dass diese Regierung erfolgreich arbeiten kann. Deswegen sage ich meinen Kolleginnen und Kollegen einen herzlichen Dank, die in den vergangenen zwölf Monaten ein Superbeispiel an Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit gezeigt haben. Ich sage auch meinem ersten Stellvertreter Peter Ramsauer von der CSU, der heute Morgen hier ist, herzlichen Dank. Herzlich willkommen, lieber Peter Ramsauer!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Große Koalition ist das Ergebnis der letzten Bundestagswahl. Wir haben uns entschlossen, diese Große Koalition auch anzunehmen. Wir wollen deshalb auch den Erfolg der Großen Koalition. Ich sage Ihnen voraus: Unsere Chancen, bei der nächsten Bundestagswahl erfolgreich abzuschneiden, hängen ganz entscheidend davon

ab, dass wir den Menschen sagen können: Wir haben erfolgreich regiert, und wir haben für dieses Land etwas erreicht. – Deshalb wollen wir den Erfolg dieser Regierung und den Erfolg von Angela Merkel.

(Beifall)

Wir haben uns in vier Punkten vorgenommen, das Land zu verändern und zu zeigen, dass die Union regiert. Erstens machen wir den Staat effizienter. Es wird immer wieder gefragt, wo eigentlich das Profil der Union in der Großen Koalition sichtbar sei. Diese Frage wird uns immer wieder gestellt. Ein zentrales Thema bei der letzten Bundestagswahl war, dass die Sozialdemokraten – das haben wir immer gesagt – mit dem Geld nicht umgehen können. Dort, wo Sozialdemokraten regieren, steigen die Schulden und geht die Verschuldung nicht zurück. Deswegen gehört es zum Profil der Union, dass wir gesagt haben: Wir sorgen dafür, dass die öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung kommen. Kaum sind wir ein Jahr an der Regierung, da können wir sagen: Im Jahre 2007 wird es die geringste Nettoneukreditaufnahme seit der deutschen Wiedervereinigung geben. Die Neuverschuldung wird fast um die Hälfte gesenkt. Das ist das Profil der Union. Wir führen die Haushalte wieder auf Verfassungsmäßigkeit zurück. Wir führen die Haushalte wieder darauf zurück, dass sie die Stabilitätskriterien von Maastricht erfüllen. Das haben Sozialdemokraten, Rote und Grüne in sieben Jahren nicht erreicht. Ein Jahr Regierung der Union und die Haushalte kommen wieder in Ordnung – das ist unser Profil, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Viele von uns sind seit Jahrzehnten in der Politik tätig, und so lange reden wir auch schon vom Bürokratieabbau. Viele von uns haben sich schon gar nicht mehr getraut, diesen Begriff in den Mund zu nehmen, weil die Bürokratie in Europa und bei uns immer mehr zugenommen hat. Jetzt machen wir mit dem Bürokratieabbau ernst. Die Bundesregierung hat einen Normenkontrollrat eingerichtet, der alle Gesetze überprüfen wird. Im nächsten Jahr wird bei jedem neuen Gesetz, das durch den Bundestag geht, zum ersten Mal vorn auf dem Deckblatt stehen, wie viel Bürokratiekosten dieses Gesetz verursacht. Das ist die beste Möglichkeit, Bürokratie abzuschaufen. Kein Abgeordneter wird im Deutschen Bundestag einem Gesetz zustimmen, auf dessen Deckblatt steht, dass Kosten in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro für Bürokratie entstehen werden. So bauen wir Bürokratie endlich ab, entlasten den Mittelstand und machen den Staat effizienter.

Damit sind wir bei einem Thema, das vorhin gerade diskutiert worden ist. Bürokratie abbauen heißt den Staat schlanker machen. Für Sozialdemokraten ist das ein ganz furchtbares Wort. Wenn sie „weniger Staat, weniger Bürokratie“ hören, kriegen sie feuchte Hände. Auch „mehr Freiheit“ ist ein furchtbares Wort für die Sozialdemokraten. Wir sagen: Wir führen den Staat dort zurück, wo er die Menschen behindert, wo er Eigeninitiative behindert und wo er die Wirtschaft behindert. Dort, wo der Staat Aufsichtspflichten hat, muss der Staat aber stark blei-

ben. Das bedeutet ein Zurückführen des Staates; dort, wo der Staat Aufsichtspflichten hat, wollen wir ihn aber stark machen. Auf diese Weise wollen wir den Staat effizienter machen.

(Beifall)

Das zweite Thema ist, dass wir den Standort Deutschland stärken wollen. Wir haben damit begonnen, für die Wirtschaft wirklich etwas zu tun. Wir wissen, dass es gerade für den Mittelstand existenziell notwendig ist, dass wir Steuern und Lohnzusatzkosten senken. Deswegen führen wir eine Steuerreform durch, die vor allem dem Mittelstand dient. Wir führen eine Unternehmenssteuerreform durch, die den Mittelstand mit den großen Kapitalgesellschaften gleichstellt. Das ist Profil der Union, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir führen auch eine Erbschaftssteuerreform durch, die dem Mittelstand entgegenkommt. Wenn immer nach dem Profil der Union gefragt wird, so möchte ich hier darauf verweisen, dass bei den genannten beiden Themen, bei der Erbschaftssteuerreform und der Unternehmenssteuerreform, bei den Sozialdemokraten die Hütte brennt. Viele Sozialdemokraten haben noch nicht den Unterschied zwischen Steuersenkungen für Unternehmen und Steuersenkungen für Unternehmer kapiert. Wir müssen die Unternehmen für den Wettbewerb fit machen. Dann können sie Arbeitsplätze schaffen. Für uns in der Union ist dieses Thema ganz wichtig, weil sozial gerecht ist, was Arbeit in unserem Land schafft. Dafür müssen wir alles tun.

(Beifall)

Ich habe gesagt, dass wir den Standort Deutschland stärken wollen. Bei diesem Punkt kommen wir auch auf ein Thema zu sprechen, das in den nächsten Tagen und Wochen bei uns ansteht: Wir müssen die Pflegeversicherung fit machen. Bezüglich der Pflegeversicherung haben wir in der Koalitionsvereinbarung verankert, dass wir Kapitalelemente einführen wollen. Wir wollen in der Pflegeversicherung das Umlageverfahren zum ersten Mal durch kapitalgedeckte Elemente ergänzen. Auch dabei schauen die Sozialdemokraten ganz schön kritisch drein. Ich rufe den Sozialdemokraten dann aber zu: In eurer Fraktion und in unserer Fraktion gibt es dazu eine Initiative der jungen Abgeordneten.

Sie wollen, dass Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit stärker berücksichtigt werden, ja eventuell sogar ins Grundgesetz aufgenommen werden. Bevor wir darüber reden, Nachhaltigkeit im Grundgesetz zu verankern – wofür sich Sozialdemokraten erwärmen –, machen wir doch einmal Folgendes: Machen wir Nachhaltigkeit bei der Pflegeversicherung, die wir jetzt reformieren müssen, machen wir dort Generationengerechtigkeit, stellen wir dort mit Kapitalelementen sicher, dass auch die junge Generation, wenn sie die Pflegeversicherung braucht, Leistungen in Anspruch nehmen kann! Nicht zuerst ans Grundgesetz denken, sondern an das, was man real machen kann! Wir wollen eine Pflegeversicherung mit Kapitalrückstellungen – im Interesse der jungen Generation!

(Teilweise Beifall)

Das Dritte, was wir uns in der Fraktion vorgenommen haben: Wir wollen den Zusammenhalt der Menschen in unserem Land fördern. Da ist zunächst einmal die Familie. Die Familie ist die Einrichtung, die Institution, die den Zusammenhalt in unserem Land fördert wie keine andere. Die Familie ist oft bekämpft worden, von den 68ern vielfach als Auslaufmodell beschrieben worden. Doch wir haben erst heute Morgen gehört, was Ursula von der Leyen gesagt hat: Familie hat Zukunft. Familie ist etwas, das nicht die Politik macht, das nicht der Staat vorgibt. Familie gehört zu den Themen, die dem Staat vorgegeben sind und die wir pflegen müssen. Deshalb ist es richtig, dass wir mit Familienleistungen die Familien unterstützen und dass wir mit dem Elterngeld eine neue Möglichkeit gefunden haben, einen Anreiz zu schaffen für junge Leute, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen.

Ich bin der felsenfesten Überzeugung: Die Partei, die sich den Familien in besonderer Weise widmet, das wird die Partei sein, die auch Zukunft hat in unserem Land. Denn die Menschen wollen Familie und sie brauchen Familie. Sie wollen nicht vom Staat diktiert bekommen, wie sie leben sollen.

(Teilweise Beifall)

Warum ist es gut, wenn die Union regiert, und sei es in einer Großen Koalition? Nur ein Beispiel: Ohne uns wäre die Integration, ein Thema von dramatischer gesellschaftlicher Bedeutung – das ist auf diesem Parteitag wiederholt angesprochen worden –, nicht in den Mittelpunkt gerückt. Unsere Fraktion hat zur Förderung des Zusammenhalts den Integrationsgipfel vorgeschlagen, hat ihn erfunden. Wir haben mit unserem Papier das angesprochen, was Maria Böhmer gesagt hat: Integration wendet sich an alle Menschen in unserem Land, die nicht in die Gesellschaft integriert sind: Das sind Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch Kinder aus deutschen Familien.

Wir verlangen im Zusammenhang mit dem Integrationsgipfel, dass die deutsche Sprache gelernt wird – im Kindergarten – und dass die Menschen sich in diesem Land, in dem sie leben, an das halten, was in diesem Land üblich ist. Deswegen hat Integration nicht nur etwas mit Kindergarten zu tun, sondern auch mit Integration in unsere Gesellschaft. Da sage ich: Die Regeln, die im Grundgesetz verankert sind und die in unserer Tradition gelten, gelten allgemein. Deswegen müssen alle diejenigen, die in unserem Land leben wollen, wissen, dass es ein paar Dinge gibt, an denen niemand vorbeikommt: So gilt in unserem Land die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wer in diesem Land leben will, muss dieses wissen.

Deswegen werden wir den Frauen aus türkischen Familien dieselben Ausbildungsmöglichkeiten anbieten wie allen anderen auch, eben weil bei uns die Gleichberechtigung von Mann und Frau gilt. Nichts hat mich in den letzten Wochen schwerer getroffen als das Gespräch mit einer jun-

gen türkischen Frau, die zu mir gesagt hat: „Herr Kauder, Sie müssen alles dafür tun, dass auch wir Frauen uns in diesem Land frei entfalten können, Sie müssen alles dafür tun, dass Fememorde bestraft werden und dass Zwangsverheiratungen verboten werden.“ Genau das haben wir auf den Weg gebracht.

(Teilweise Beifall)

Kein Satz hat mich mehr berührt als der Satz dieser jungen Frau: „Ich bin nicht die Ehre meiner Brüder, ich bin nicht die Ehre meiner Familie – ich bin selbständig, ich gehöre mir und ich will ein eigenständiges Leben führen.“ Das will die Christlich Demokratische Union diesen jungen Frauen ermöglichen. Deshalb dieser Integrationsgipfel. Da müssen wir mächtig vorankommen.

(Teilweise Beifall)

Der vierte Punkt: Wir schaffen innere Sicherheit. Innere Sicherheit zu schaffen, darauf hat Wolfgang Schäuble hingewiesen, heißt, sich einzugestehen: Wir können Innere und Äußere Sicherheit nicht mehr voneinander trennen. Wir haben ein Sicherheitspaket auf den Weg gebracht – mit der Antiterrordatei, mit der Videoüberwachung von Straßen und Plätzen –, an dem mancher herumgemurrt hat. Da muss ich sagen: Da, wo es um die Sicherheit der Menschen in diesem Land geht, da brauchen wir einen starken Staat – nicht wenn es um Bürokratie in wirtschaftlichen Fragen geht. Deswegen ist es richtig, was der Innenminister mit dem Konzept zur Bekämpfung von Terrorismus vorgelegt hat. Wir wissen doch genau, dass wir Terrorismus nicht mehr ausschließlich in unserem Land bekämpfen können. Deshalb ist es richtig, wenn wir mit der Bundeswehr auch an Brennpunkten im Einsatz sind, wo wir Hilfe leisten können, damit Waffenstillstand und Frieden eintreten. Die Bundeskanzlerin hat deshalb mit Recht davon gesprochen, dass wir die Bundeswehr einsetzen müssen, dass wir unseren Beitrag leisten müssen. Umso dankbarer sind wir, Franz Josef Jung, dass nicht nur darüber diskutiert wird, wo wir die Bundeswehr noch einsetzen, sondern dass es auch Zeichen gibt, dass die Bundeswehr wieder abziehen kann: aus Bosnien und dem Kongo. Herzlichen Dank dafür, dass wir sehen: Es gibt auch Abzug, nicht nur Einsatz.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen intensiv darüber diskutieren, wie wir für überall dort, wo die Bundeswehr eingesetzt wird, auch Strategien für politische Maßnahmen entwickeln. Ich rate deshalb, jetzt nicht wie die SPD eine Diskussion darüber zu führen, wo wir uns überall stärker engagieren müssten, etwa in Afrika. Da müssen wir sehr vorsichtig sein; das ist nicht das Thema. Wir müssen uns genau überlegen: Wo können wir welchen Beitrag leisten? Machen wir es dort, wo wir sind, richtig und konsequent! Doch wir können nicht an allen Punkten der Welt sein; dazu reicht die Kapazität der Bundeswehr nicht. Wir lassen uns von den Sozis noch lange nicht treiben, wo wir überall hin müssten.

(Teilweise Beifall)

Neben den Punkten, die ich angesprochen habe und um die wir uns in der Fraktion kümmern, gibt es ein zentrales Thema, das die Bundeskanzlerin gestern angesprochen hat und mit dem wir uns intensiv befassen müssen. Viele Fragen, die wir auch auf diesem Parteitag angesprochen und diskutiert haben, sind wichtig und sind richtig. Aber sie werden klein gegenüber einem Thema, das uns alle bewegt: der Globalisierung. Wenn wir die Globalisierung nicht bestehen, werden Fragen der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung in den Hintergrund treten. Deswegen müssen wir uns der Globalisierung stellen. Sich der Globalisierung zu stellen heißt: Wir können uns nicht abschotten. Die Globalisierung hat kein Mitleid. Wir können uns nicht einfach zurückziehen, eine Grenze ziehen. Die Globalisierung zu bestehen heißt, den Wettbewerb anzunehmen. Das heißt auch, dass wir nicht immer mehr Geld in die Hand nehmen können, um den sozialen Status abzusichern. Wir müssen dafür sorgen – das hat etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun –, dass wir in diesem Land wieder eine Chancen –, eine Aufstiegs-gesellschaft werden. Wir müssen Geld in die Hand nehmen, aber nicht nur um den Status abzusichern, sondern um Aufstiegschancen zu schaffen. Nur wenn wir Aufstiegschancen ermöglichen, können wir alle Menschen mitnehmen und ihnen ein Leben in Sicherheit garantieren.

(Teilweise Beifall)

Ich will ganz schnell vier Punkte ansprechen, um die es bei der Globalisierung geht:

Erstens. Wir brauchen eine dynamische Gesellschaft. In einem Land, in der die Gesellschaft älter wird, heißt dynamische Gesellschaft: Wir brauchen vor allem eine junge Gesellschaft, die diese Herausforderungen annimmt. Das heißt wiederum, wir müssen alles dafür tun, dass Bildung und Ausbildung vorankommen. Wir haben als einzige Ressource eine gut ausgebildete junge Generation. Deswegen muss es uns doch große Sorge machen, dass wir 250 000 junge Menschen haben, die keinen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz haben. Diesen Menschen noch mehr Hartz-IV-Leistungen zu geben, löst doch das Problem nicht. Deswegen haben wir von der Fraktion gesagt: Wir wollen, dass diese jungen Menschen einen Anreiz bekommen, sich weiterzubilden, fortzubilden und in Arbeit zu gehen. Wir müssen diesen jungen Menschen Anreize bieten, den Aufstieg zu schaffen, statt dort zu bleiben, wo sie sind. Dies geschieht durch Bildung, Ausbildung und Möglichkeiten, in Arbeit zu kommen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Zweitens brauchen wir eine gute und sichere Energieversorgung. Viele, die meinen, Energieversorgung könne man nebenbei sicherstellen, werden sich noch wundern, was das für ein Thema wird. Die Bundeskanzlerin hat es gestern angesprochen. Wir lesen heute mit großem Interesse und großer Sorge in einer großen Tageszeitung, dass Gasprom gesagt hat, der

Gaspreis in Europa werde im nächsten Jahr um 15 Prozent steigen. Liebe Freundinnen und Freunde, wir müssen alles dafür tun, dass Energie sicher verfügbar, aber auch bezahlbar bleibt. An den Energiekosten in unserem Land darf sich keine neue soziale Frage entfalten. Es darf nicht sein, dass die Einen es bezahlen können und die Anderen nicht mehr.

(Beifall)

Deswegen müssen wir alles daransetzen, die Energieversorgung sicherzustellen.

Wir müssen unsere Abhängigkeit bei der Energie reduzieren. Wir sind als Union für die erneuerbaren Energien. Wir werden im nächsten Jahr, 2007, das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Prüfstand stellen, um zu sehen, welche Formen sich bewährt haben und was weiter passieren muss.

Wir sind dafür, dass die regenerativen Energien ausgebaut werden und fördern dies auch. Wir sind auch dafür, die Energieeffizienz und das Energiesparen zu verstärken. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wir müssen den Menschen auch die Wahrheit sagen. So notwendig all diese Maßnahmen auch sind, wir werden damit nicht die notwendige Energieversorgung im Wettbewerb mit den großen Playern wie Indien und China sicherstellen können, wenn wir ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleiben wollen.

Wir können zwar das ganze Land zu einem Propellerpark machen und überall Windparks errichten, aber auch das wird nicht ausreichen. Ich stehe zwar zur Koalitionsvereinbarung, aber auf einem Parteitag muss auch klar und deutlich gesagt werden, was wir machen, wenn wir in einer anderen Koalition sind. Mit Blick auf den Klimawandel und die Abhängigkeit bei der Energie weiß ich ganz genau, dass wir auf absehbare Zeit nicht auf die Kernenergie in unserem Land verzichten können.

(Beifall)

Wenn es um die Preise geht, dann ist es doch ein absoluter Wahnsinn, ein volkswirtschaftliches Vermögen, das in der Kernenergie steckt, auf diese Art und Weise zu vernichten. Deswegen kann ich nur hoffen, dass es uns gelingt, dass wir in dieser Legislaturperiode kein Kernkraftwerk abschalten müssen.

(Beifall)

Der dritte Punkt, den ich anspreche, hat ganz zentral mit uns, der Christlich Demokratischen Union, zu tun. Wir werden den globalen Wettbewerb nur dann bestehen, wenn wir den Mut haben, uns auch zu unseren Positionen zu bekennen. Unsere Position heißt, dass wir Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes machen. Das heißt zunächst einmal, dass wir all denjenigen, die es im Zuge der Globalisierung schwer haben, ihren Arbeitsplatz zu behalten, sagen: Wir sichern euch ab; ihr habt soziale Sicherheit.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir brauchen uns doch nicht zu verstecken. In keinem anderen Land der Welt wird so viel für soziale Sicherheit ausgegeben wie in der Bundesrepublik Deutschland. Das hat doch auch etwas mit uns zu tun. Die allermeisten sozialen Sicherungssysteme sind in Zeiten der Regierung von CDU/CSU geschaffen worden. Wir brauchen uns nicht von irgendjemand vorhalten zu lassen, dass wir zu wenig für die Sicherheit der Menschen in unserem Land tun.

(Beifall)

Man kann zwar immer noch mehr tun, aber es wäre völlig falsch, wenn wir als Union draußen im Land erzählen würden, wir seien ein Land, in dem die Menschen keine Sicherheit haben.

(Beifall)

Aber ich sage auch klar: Wir brauchen nicht nur den Mut, die soziale Sicherheit und den Aufstieg zu garantieren, sondern wir brauchen auch den Mut, klar und deutlich zu sagen, was unsere Positionen sind. Dazu gehört auch das Bekenntnis zu dem, was unser Land ausmacht. Deshalb sagen wir den Türken, wenn wir darüber diskutieren, wie es mit der Türkei weitergeht – das hat mit dem mutigen Vertreten seiner eigenen Meinung zu tun –: Wir erwarten von all denjenigen, die die Religionsfreiheit in unserem Land in Anspruch nehmen und ihre Moscheen in diesem Land bauen können – was in Ordnung ist –, dass sie, wenn sie nach Europa schauen, es dann auch zulassen – sie müssen es ja nicht fördern, aber sie sollten es wenigstens zulassen –, dass Christen in der Türkei ihre Kirchen bauen können.

(Beifall)

Nur derjenige wird in der Globalisierung und im Dialog wirklich ernst genommen, der sich auch zu seinen Positionen bekennt. Ich möchte, dass wir dies tun.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte noch einen letzten Punkt ansprechen. Wir werden die Globalisierung nur dann gewinnen, wenn wir die Kräfte bündeln. Deshalb ist es richtig, dass wir zunächst einmal die Europäische Union stark machen. Wir brauchen die Europäische Union. Denn eine Nation allein wird diesen Wettbewerb nicht gewinnen. Deshalb ist es richtig, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie die Europäische Union in Zukunft aussehen soll. Dabei halte ich den Grundsatz für völlig richtig, nach dem wir auch in der Bundestagsfraktion arbeiten: Es kommt bei der Europäischen Union nicht darauf an, wer Mitglied werden will, sondern es kommt entscheidend darauf an, welche Aufnahmekapazitäten wir haben.

(Beifall)

Nur so bleiben wir stark und nur so können wir im globalen Wettbewerb handeln.

Die Kräfte bündeln heißt auch, dass wir Europa, die Vereinigten Staaten und Kanada in einer Gemeinschaft zusammenführen, um so den Wettbewerb besser bestehen zu können. Liebe

Freundinnen und Freunde, ich bin sicher, dass das Thema globaler Wettbewerb und die Frage, wie wir darauf reagieren müssen, uns in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren noch viel mehr beschäftigt, als wir heute glauben. Wir müssen den Menschen Mut machen, diesen Wettbewerb zu bestehen.

Ich glaube, wir sind die einzige Partei – die christlichen Demokraten und die Christlich-Soziale Union –, die das Zeug dazu hat, den Menschen Mut zu machen. Das ist unser Leitbild auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Das gesellschaftliche Bild der CDU ist die Aufstiegs-gesellschaft. Dafür müssen wir alles tun. Wir wollen eine Aufstiegs-gesellschaft, die jedem in unserem Land eine Chance gibt, die solidarisch gegenüber denen ist, die den Aufstieg aus eigener Kraft nicht schaffen, die niemanden ins Bodenlose fallen lässt, die in Köpfe und Fähigkeiten investiert, die den zur Freiheit berufenen Menschen ernst nimmt und die sich nicht als Gemeinschaft der Egoisten, sondern als Zukunftsgemeinschaft begreift.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Große Koalition war nicht unsere Wunschkoalition. Wir haben ein Parteiprogramm, ein Wahlprogramm für eine ganz andere Konstellation geschrieben. Aber wir sind dann diese Koalition eingegangen. Wir tragen jetzt eine große Verantwortung dafür, dass die Menschen an der Politik nicht irrewerden und verzweifeln, sondern erkennen: Die Großen machen jetzt zusammen das, was möglich ist, und sie bringen das Land voran. Die Menschen müssen Vertrauen in die Demokratie gewinnen.

Wenn wir diese Große Koalition nur zu einer Krawallinstitution machen würden, dann würden die Menschen an der Demokratie irrewerden. Deswegen machen wir, die Bundestagsfraktion, in der Koalition unsere Arbeit. Wir werden dafür sorgen – das sage ich Ihnen zu –, so viele unserer Vorstellungen wie möglich umzusetzen.

Auf Parteitag sagen wir, was wir machen werden, wenn wir nicht mehr in der Großen Koalition sind. Wir verlieren als CDU und als CSU in dieser Großen Koalition nicht den Kompass, wir verlieren nicht unsere Ziele aus den Augen, wir verlieren nicht unsere Werte und Überzeugungen.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Große Koalition ist ein Bündnis auf Zeit. Die CDU ist aber zeitlos, die zeitlose Volkspartei der Mitte. Dafür brauchen wir Sie, unsere Mitglieder, und Sie, unsere Delegierten. Wir in der Fraktion gehen selbstbewusst an unsere Arbeit, getragen von unserer Partei, von unseren Überzeugungen und mit dem festen Willen, für diese Regierung, für Angela Merkel und für unser Vaterland erfolgreich zu arbeiten.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ich danke unserem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder für seine engagierte Rede und für die klare Führung der größten Fraktion im Deutschen Bundestag. Wir in der Bundestagsfraktion sind froh, dass Volker Kauder unser Vorsitzender ist. Recht herzlichen Dank.

(Beifall)

Liebe Freunde, eine lieb gewordene Tradition und ein Höhepunkt unseres zweiten Plenartages ist das

GRÜßWORT DES VORSITZENDEN DER CSU IN BAYERN.

Wir freuen uns auf die Rede von Ministerpräsident Edmund Stoiber.

Dr. Edmund Stoiber, Vorsitzender der CSU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Angela! Zu Ihrem 20. Parteitag hier in Dresden überbringe ich die herzlichen Grüße der Christlich-Sozialen Union, die herzlichen Grüße aus München. Ich habe mich, weil ich ja nicht so oft nach Dresden komme, darauf gefreut, die Stadt nach einiger Zeit wieder zu sehen. Auch 16 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es für mich persönlich nach wie vor etwas Besonderes, nach „Elbflorenz“ zu kommen. Dabei denke ich auch an ein persönliches und mich politisch durchaus prägendes Ereignis: Im Februar 1990 habe ich auf Einladung der „Gruppe der 20“ – so hießen sie damals – in der überfüllten Hofkirche gesprochen. Die großartige Aufbruchstimmung der Tausenden von Menschen bleibt mir unvergessen.

1990 stand ich vor der Ruine der Frauenkirche. Und heute? Die Frauenkirche erstrahlt in Glanz und Gloria,

(Beifall)

wiedererrichtet mit Spenden aus Ost und West, aus Nord und Süd, ein Symbol der Einheit, ein gesamtdeutsches Symbol, das uns Mut macht.

Dresden und Sachsen haben vorgemacht, wie es vorangeht. Gute Bildung, Chancen und Arbeit für die Menschen sind Markenzeichen dieses Freistaates. Sachsen ist zweifelsohne auch ein Vorbild für Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik, für eine solide Finanzpolitik, die nicht die Chancen der Kinder und der Kindeskinde belastet. Ich sage Respekt und Anerkennung für die großen Leistungen von Kurt Biedenkopf und Georg Milbradt. Mit dieser Politik kommen wir voran in Deutschland!

(Beifall)

Auch dieser Parteitag der CDU soll den Menschen Mut machen. Sie zeigen mit Ihren Beschlüssen gestern und sicherlich auch noch heute, wie wir ein zugleich starkes und soziales Deutschland gestalten wollen.

Ich gratuliere allen wiedergewählten und neu gewählten Mitgliedern der Führungsspitze der CDU. Das sage ich ganz persönlich, aber natürlich auch im Namen der Christlich-Sozialen Union.

CDU und CSU müssen zusammenhalten. Wir sind zwei Schwesterparteien – beide selbstbewusst, beide mit einer eigenen Identität. Und beide verbunden durch eine starke Klammer: Wir

haben die gleichen Grundwerte und wir handeln aus diesen gleichen Grundwerten heraus – Volker Kauder hat das gerade angesprochen – gemeinsam für Deutschland.

Ganz besonders gratuliere ich Dir, liebe Angela. Ich gratuliere Dir zur Wiederwahl und auch zu diesem großartigen Vertrauensbeweis, den Dir Deine Partei gestern zu Recht gegeben hat.

(Beifall)

Das ist eine Stärkung für uns alle. Du bist unsere gemeinsame Kanzlerin. Ich danke Dir für die gute, für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und auch für verständnisvolle Zusammenarbeit, wenn es einmal die eine oder andere Unebenheit gibt.

Ich wünsche Dir im gemeinsamen Interesse viel, viel Erfolg für die großen Aufgaben und für die Dinge, die Du heute, morgen und übermorgen bewältigen musst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, CDU und CSU übernehmen Verantwortung für die Menschen in den Kommunen, in den Ländern, im Bund und in der Europäischen Union. Wir übernehmen diese Verantwortung, auch wenn es schwierig ist. Ein Jahr nach Rot-Grün stellen wir fest: Schwierigkeiten in Einzelfragen wird es immer geben, aber insgesamt hat die Koalition doch fest Tritt gefasst. Es geht wieder aufwärts in Deutschland: mehr Arbeit, mehr Wachstum, weniger Schulden.

Allen Kritikern und Leitartiklern in diesem Land sage ich: Das ist kein Zufall! Das hat natürlich mit dem Regierungswechsel im letzten Jahr zu tun. Das hat mit der Politik der Union zu tun. Das ist ein Erfolg von einem Jahr Regierung unserer Kanzlerin Angela Merkel. Das sollte man bei allen Kritiken, die uns intern und extern entgegengehalten werden, betonen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn es heute in Deutschland wieder aufwärts geht, dann müssen wir – auch wenn es der SPD nicht passt – immer wieder an die Bilanz von Rot-Grün erinnern: fünf Millionen Arbeitslose im Februar des Jahres 2005, das jahrelange Schlusslicht beim Wachstum innerhalb der Europäischen Union und die ungeheure Steigerungsrate bei der Verschuldung, so dass wir heute nur noch Belgien und Italien hinsichtlich der Gesamtverschuldung vor uns oder hinter uns haben. Was ist da in den letzten sieben Jahren, was die finanzpolitische Solidität anlangt, aus Deutschland gemacht worden? Daran muss man immer wieder erinnern.

(Beifall)

Volker Kauder hat die „Bild“-Zeitung zitiert. Sie titelte am 24. November 2006: neues Wirtschaftswunder.

Das ist sicherlich zu allererst unsere Bilanz. Der Aufschwung ist da. Allerdings zeigen die heute veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes, dass die privaten Haushalte in

Deutschland heute eine niedrigere Kaufkraft haben als im Jahre 1991. Die Menschen werden dem Aufschwung vertrauen, wenn sie ihn in der Breite spüren, wenn sie merken, dass der Nachbarjunge endlich eine Lehrstelle gefunden hat, wenn sie erleben, dass der Freund der Tochter nach Monaten, vielleicht Jahren einen qualifizierten Arbeitsplatz gefunden hat. Erst dann steigt das Vertrauen in den Aufschwung. Dann steigt natürlich auch das Vertrauen in die führenden Regierungsparteien, in CDU und CSU. Das müssen wir immer wieder deutlich machen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben viel auf den Weg gebracht. Volker Kauder hat das gerade dargelegt. Wir haben die Unternehmensteuer- und Erbschaftsteuerreform, die Föderalismusreform, die Gesundheitsreform und die Konsolidierung des Bundeshaushaltes angepackt. Das alles sind Dinge, die unter Rot-Grün nicht erreicht worden sind. Im ersten Jahr unter Angela Merkel ist das erreicht worden. Das ist die Handschrift der Union, das ist unser gemeinsamer Erfolg.

Wir können als Union auf Dauer im Bund nur stark sein, wenn wir eine solide Basis und Erfolg in unseren Kommunen und in den Ländern haben. Wir sind als Union der Anwalt der Kommunen. Wir haben als Union unsere Kommunen vor einer Milliardenbelastung bei der Unterbringung von Hartz-IV-Empfängern bewahrt. Im nächsten Jahr wird der Bund die Kommunen bei den Wohnkosten um weitere 4,3 Milliarden Euro entlasten. Rot-Grün hat die Kommunen über sieben Jahre belastet. Mit der Union werden die Kommunen zum ersten Mal wieder entlastet.

Wir haben als Union die Interessen aller Familien in unserem Land geschützt. Wir haben dafür gekämpft, dass alle Eltern und nicht nur die berufstätigen von der steuerlichen Absetzbarkeit der Betreuungskosten profitieren. Zu den Vorschlägen aus der SPD, das Kindergeld zu kürzen oder seinen möglichen Anstieg zu verlangsamen und dafür die Kinderbetreuung auszubauen, kann ich nur sagen: Wir dürfen den Familien nichts wegnehmen, um damit andere Aufgaben der öffentlichen Hand zu finanzieren.

(Beifall)

Ich sage Ihnen, jedenfalls für meine Partei ist ein Eingriff in das Kindergeld nicht zu machen. Auch das ist eine deutliche Kursfestlegung.

(Beifall)

Niemand darf die Millionen Eltern benachteiligen, die ihre Kinder zu Hause erziehen und in der Familienphase nicht berufstätig sind. Wir dürfen niemals denjenigen Eltern unseren besonderen Respekt versagen, die sich allein aus freier Entscheidung um die Betreuung ihrer Kinder kümmern wollen. Wir treten für die freie Entscheidung der Eltern ein. Dafür stehen wir und dafür müssen wir auch stehen.

(Beifall)

Derjenige, der sich dafür interessiert, sollte sich einmal die Wahlergebnisse in Österreich anschauen und ergründen, warum der erfolgreiche Kurs von Bundeskanzler Schüssel nicht den Erfolg bei den Wahlen hatte. Ich will darauf nicht näher eingehen.

In der Großen Koalition müssen Union und SPD pragmatisch zusammenarbeiten, aber ich muss auch sagen: Die Unterschiede dürfen nicht unter den Tisch gekehrt werden. Tatsache ist doch: Ohne die SPD könnten wir eine wesentlich kraftvollere Politik machen.

(Vereinzelt Beifall)

Die SPD hat als Koalitionspartner bei vielen Themen blockiert und ist nach wie vor in sich zerrissen. Ich nenne die Innere Sicherheit. Dabei geht es vom Ausbau der Videoüberwachung über schärfere Regeln für Rückfalltäter im Sexualstrafrecht bis zum Verbot der Killerspiele. Ich nenne die Ausländerpolitik und das zähe Ringen um das Bleiberecht. Ich nenne die Diskussionen mit der SPD zum Kombilohn, zur Energiepolitik und bei der Türkeifrage. In diesen Fragen müssen wir laut und deutlich den Unterschied zur SPD aufzeigen. In diesen Fragen vertritt nicht die SPD, sondern die Union die Interessen der Mehrheit der Menschen, vor allen Dingen die der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das müssen wir deutlich machen.

(Beifall)

Liebe Freunde, CDU und CSU sind die starken Volksparteien in Deutschland. Von meiner Seite darf ich sagen: Unsere Partei wurde vor 60 Jahren gegründet und seit 57 Jahren regiert unsere Partei in Bayern. In den letzten vier Jahrzehnten hatten wir die absolute Mehrheit der Stimmen und der Mandate. Das heißt, wir haben jede Menge Erfahrung. Von unserer Gründung bis heute ist der Charakter als große Volkspartei Anspruch und Ziel unserer Partei. In unserem gemeinsamen Namen „Union“ kommt zum Ausdruck, dass wir alle Schichten unseres Volkes politisch sammeln und vertreten wollen. Wir sind uns einig: Der historische Erfolg der Union, die Volkspartei für alle Deutschen zu sein, war die Voraussetzung für den Aufstieg und die Stabilität unseres Landes und unserer Demokratie. Ohne die Stärke der Union wäre die einmalige Erfolgsgeschichte unseres Vaterlandes in den vergangenen sechs Jahrzehnten nicht möglich gewesen. Deutschland ist mit starken Volksparteien und einer starken Union gut gefahren.

Wenn wir uns heute die Parteienlandschaft anschauen, stellen wir fest, dass die Volksparteien in einer riesigen Bewährungsprobe stehen. Eine Zersplitterung der Parteienlandschaft und eine Schwächung der Volksparteien führen zu weniger Stabilität und zu schlechteren politischen Ergebnissen für die Menschen. Schauen wir auf unser Nachbarland, die Niederlande. Dort erreicht gegenwärtig selbst eine Große Koalition nicht mehr die Mehrheit der Mandate. Das wird dem Land meines Erachtens Schwierigkeiten bereiten.

Warum sind Volksparteien so wertvoll für die Stabilität der Demokratie in unserem Land? Sie sind es, weil einzig und allein die Volksparteien die Widersprüchlichkeit der Meinungen unserer Bevölkerung in sich aufnehmen und die Menschen zu einer gemeinsamen, kraftvollen politischen Antwort mitnehmen. Das ist ein mühseliger Prozess, Sie haben es gestern selbst erlebt. Die Bandbreite reicht vom Unternehmer bis zum Arbeitslosen, vom Erfolgreichen bis zum Schwachen, vom Stärkeren bis zum Schwächeren, vom liberal geprägten Großstädter bis zum traditionell geprägten Mitbürger in einem kleinen Dorf, von den Empfindungen älterer Menschen bis hin zu den Hoffnungen junger Menschen. All diese Menschen wollen wir über die Grenzen der Schichten hinweg ansprechen.

Eine Politik für das ganze Volk gelingt nur mit Volksparteien und nicht mit Klientelparteien. Nur die Volksparteien können einen guten Ausgleich der verschiedenen Interessen erreichen. Klientelparteien stehen immer nur für Einzelinteressen. Deshalb müssen wir die Menschen immer wieder überzeugen: Haltet die Volksparteien stark, damit Deutschland stark bleibt. Haltet die Unionsparteien stark, damit Deutschland stark bleibt.

(Beifall)

Wir führen keinen unnötigen Streit um die Sache. Wir führen stellvertretend für die Diskussion in der Bevölkerung in unseren Parteien, in CDU und CSU, die Diskussion, am Ende müssen wir aber zu einer einheitlichen Position kommen, auch wenn es schwierig ist. Das ist die Stärke der Volksparteien. Schauen Sie sich doch die Entwicklungen in Berlin oder die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern an. Mich macht an solchen Entwicklungen besorgt, dass immer mehr Menschen aufgrund ihres Einzelinteresses eine Splitterpartei wählen und sich von den Volksparteien abwenden.

Diesen Prozess müssen wir umkehren, weil er nicht zum Erfolg für unser Land führt.

(Beifall)

Auch unsere Vorgänger, liebe Angela, mussten sich immer wieder der Herausforderung stellen: Wie überzeugen wir eine Mehrheit unseres Volkes von unserer Idee der Volkspartei? Genauso müssen wir uns heute der Herausforderung stellen, wie wir das große Erbe der Union und ihren historischen Auftrag als Volkspartei in Zukunft erfüllen. Wie bleiben wir die starke Volkspartei? Die erste Voraussetzung ist: CDU und CSU müssen als Volksparteien liberale, konservative und soziale Konturen haben. Liberal, konservativ und sozial eingestellte Bürger – darunter fasse ich auch die ökologisch engagierten Bürger –, sie alle müssen bei uns eine Heimat finden. Nur dann haben unsere Parteien die Bindekraft für die Mehrheit der Menschen.

Wir müssen auch Volkspartei der politischen Mitte bleiben. Aber unser Kurs der Mitte darf nicht verschwommen sein. Mitte heißt nicht Beliebigkeit. Unsere Politik muss klare Konturen haben und unterscheidbar sein von den Anderen. In den früheren Jahrzehnten der alten Bundes-

republik Deutschland, in der Zeit des Kalten Krieges haben in vielen Fragen klare und zum Teil ideologisch fundierte Gegensätze für Konturen gesorgt. Heute wird vielfach beklagt, dass die Konturen zusehends verschwimmen.

Ich meine, das unverwechselbare Profil, das uns von anderen Parteien unterscheidet, sowie die Verbindung zwischen uns als Volkspartei und der Mehrheit unserer Bevölkerung liegen in den Werten, für die wir stehen, für die wir auch sichtbar eintreten müssen und die wir sichtbar machen müssen.

Christliches Menschenbild mit der Verantwortung für sich und den Mitmenschen, Schutz des Lebens von Anfang an bis zu seinem Ende, Zusammenhalt in Heimat und Nation, Vertretung deutscher Interessen nach innen und nach außen, Soziale Marktwirtschaft, Leistung und Wettbewerb als Voraussetzung für eine starke Solidarität mit den Schwächeren – diese Werte der Mitte müssen mit uns verbunden werden. Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Partei in Grundfragen klare Werte, klare Worte und eine klare Politik vertreten.

Die Werte der Union sind die Werte der Mehrheit unseres Volkes.

Wir als Union haben die Integration der ausländischen Mitbürger in den Mittelpunkt gerückt und Schluss gemacht mit rot-grünem Multi-Kulti. Wir als Union sprechen klar aus, dass sich Ausländer in unserem Land in die deutsche Alltagskultur integrieren müssen.

(Beifall)

– Ja, unter Rot-Grün wurde das als „Zwangsgermanisierung“ diffamiert. Wir als Union haben durchgesetzt, dass alle Kinder, die in eine deutsche Schule wollen, Deutsch verstehen und sprechen müssen. Das ist im Interesse aller Kinder. Allgemeine Meinung ist das in Deutschland eigentlich erst in den letzten drei oder vier oder fünf Jahren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber haben wir vor Jahren mit SPD und Grünen noch gestritten! Es ist gut, dass wir uns da durchgesetzt haben. Davon hängt natürlich auch die weitere Identität unseres Landes ab.

(Beifall)

Wir als Union haben eine besondere Verantwortung für unsere Kinder. Ich habe die Diskussion, die Ihr hier geführt habt, ja gerade noch ein bisschen miterlebt. Überall, wo wir Verantwortung tragen, müssen wir dafür sorgen, dass wir Chancengerechtigkeit schaffen. Dafür ist Bildung der entscheidende Schlüssel. Wir müssen Bildung zu einem Schwerpunkt unserer Politik und unserer Investitionen machen. Wir als CSU diskutieren in Bayern gegenwärtig über „Bayern 2020“: Wie schaut eigentlich die längerfristige Entwicklung aus? Wir haben die Prioritäten festgelegt, und unser Motto heißt ganz klar: Zuerst kommen die Kinder, dann die Bildung und dann die Arbeitsplätze. Der Dreiklang „Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“ ist eine Grundlage für unsere Politik in den nächsten Jahren, denn „Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“, das ist der Dreiklang der Zukunft.

(Beifall)

Wir als Unionsparteien bekennen uns zu einem starken Staat, der für die Sicherheit der Bürger sorgt. Wir setzen die notwendigen Kompetenzen für unsere Polizei immer wieder durch – wie die Videoüberwachung gegen Widerstände von FDP, Grünen und SPD. Nach den gescheiterten Anschlägen mit Kofferbomben auf Regionalzüge sollte hier niemand mehr den Datenschutz über den Opferschutz stellen.

(Beifall)

Doch beim Einsatz der Bundeswehr gegen terroristische Gefahren im Innern stoßen wir nach wie vor auf Widerstand. FDP, Grüne und Teile der SPD verweigern dem Staat die notwendigen Instrumente. Sicherheit gibt es nur durch einen starken Staat, und den wiederum gibt es nur mit der Union.

(Beifall)

Nur die Union bekennt sich immer klar und deutlich dazu, dass unser Land von christlichen Grundwerten geprägt ist und auch in Zukunft geprägt bleiben soll: Einzigartigkeit des Menschen, Menschlichkeit, Schutz des Lebens von Anfang an gegen Spätabtreibungen und am Ende gegen die so genannte Sterbehilfe, christliche Bioethik und Verbot des Klonens, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Politik in Verantwortung vor Gott und den Menschen, Hilfe für die Schwachen – das alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat seine Wurzeln natürlich im christlichen Menschenbild. Wir in der Union haben die Maßstäbe, die andere längst verloren haben, und müssen sie hochhalten!

(Beifall)

Wir sagen Ja zur kulturellen und zur religiösen Toleranz, auch für die vielen Millionen Muslime in Deutschland. Zur Religionsfreiheit, die unser Grundgesetz garantiert, gehört es auch, dass die ausländischen Mitbürger in Moscheen beten können – keine Frage. Doch die Maßstäbe dürfen sich nicht verkehren. Wir jedenfalls wollen nicht, dass in unserem Land die Kirchen immer weniger werden und an ihrer Stelle die Moscheen immer mehr werden.

(Beifall)

Deutschland ist von den christlichen Grundwerten geprägt, Jahrhunderte, Jahrtausende, und meines Erachtens muss das so bleiben.

Als Volkspartei müssen wir die Wünsche und Sorgen der Menschen aufnehmen. Die Union muss für das richtige Maß von Freiheit und Sicherheit für die Menschen stehen.

Durch die Globalisierung und den massiven Wandel in allen Lebensbereichen wächst der Druck auf die Menschen. Viele Menschen – das spüren Sie selbst in Ihren Veranstaltungen – fühlen ei-

ne Verunsicherung. Gestern ist das zitiert worden, und ich habe pausenlos damit zu tun: Der 46 oder 47 Jahre alte gut ausgebildete Diplom-Ingenieur, der bei Siemens, bei BMW, bei VW, bei MAN aus Rationalisierungsgründen seinen Arbeitsplatz verliert, der gehört zu den Menschen, die gestern und vorgestern überhaupt nicht an Hartz IV gedacht haben, aber sehr schnell in Hartz IV landen. Das hätten sich diese Menschen niemals träumen lassen. Wir dürfen diese Menschen nicht alleine lassen. Wir als Volkspartei müssen den Menschen in all ihren Lebenssituationen Hoffnung geben.

(Beifall)

Wir müssen diesem im Moment arbeitslosen Ingenieur die Chance eröffnen, so schnell wie möglich wieder neue Arbeit zu finden.

Chancen eröffnen, das heißt an erster Stelle natürlich auch, eine gute Politik für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu machen.

Wir müssen als Volksparteien aber auch immer wieder wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Verantwortung verbinden. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft; das ist etwas anderes als Marktwirtschaft pur. Unsere Soziale Marktwirtschaft baut auf die menschlichen Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit auf. Sie bleiben auch unter den Veränderungen der Globalisierung gültig. Wir wollen auch in Zukunft eine faire Marktwirtschaft. Wir haben eine Sozialkultur und eine besondere Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die es in anderen Ländern, insbesondere in anderen Kontinenten, nicht gibt. Wir wollen in Deutschland, anders als in Großbritannien, anders als in den Vereinigten Staaten von Amerika, kein Hire and Fire. Ich will auch nicht so etwas wie in Taiwan, Indonesien oder anderen asiatischen Ländern. Wir setzen uns jedoch mit diesen Ländern volkswirtschaftlich auseinander, obwohl unterschiedliche Bedingungen herrschen.

Mit Blick auf China bin ich sicher, dass die kommenden Jahre zeigen werden: Unser Schutz der Umwelt, unser Rechtsstaat und unser sozialer Friede sind langfristig ein Vorteil im globalen Standortwettbewerb. Aber dafür müssen wir uns anstrengen und politisch etwas tun. Die Soziale Marktwirtschaft europäischer Prägung muss sich gegenüber anderen Wirtschaftsmodellen in Asien und Amerika stärker durchsetzen. Europa – viele von Ihnen haben das ja von Anfang an mitverfolgen können – hat sich logischerweise zu sehr auf Regeln für seine Mitglieder untereinander konzentriert. Wir brauchen eine viel offensivere Vertretung europäischer Interessen nach außen. Europa muss stärker ein aktiver Gestalter der Globalisierung sein. Dann wird auch das Ja der Menschen zu Europa wieder stärker.

(Beifall)

Wir müssen uns als Vertreter von Volksparteien allerdings genauso der Verantwortung stellen, die Herausforderungen und die Folgen der Globalisierung in unserem Land selbst zu gestalten.

Deshalb begrüße ich die Anträge auf diesem Parteitag für eine Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Erfolgen der Wirtschaft. Dahinter steht in der Tat eine alte Diskussion. Diese von der Union seit den 70er- und 80er-Jahren erhobene Forderung ist heute, in Zeiten der beschleunigten Globalisierung, aktueller denn je. Unsere Forderung ist über Jahrzehnte vor allen Dingen an Vorstellungen der SPD und insbesondere des DGB gescheitert.

Wenn ein Unternehmen Erfolg hat, dann profitiert das Management in hohem Maße von den erwirtschafteten höheren Erträgen. Die Arbeitnehmer haben aber mit ihrer Leistung genauso zu diesem Unternehmenserfolg beigetragen. Wenn ein Betrieb gut verdient, weil Manager und Arbeitnehmer gute Arbeit leisten, dann sollen alle einen Bonus erhalten. Amerikanische Spitzengehälter für Manager, asiatische Niedriglöhne für Arbeitnehmer – das wollen wir in Deutschland auf keinen Fall. Dafür müssen wir einiges tun.

(Beifall)

Es ist gang und gäbe, dass Manager und andere Verantwortliche in den Betrieben einen Teil ihres Gehaltes aufgrund der Entwicklung des Aktienkurses bekommen. Der Erfolg des Unternehmens bestimmt also ihr Einkommen. Ich möchte, dass es grundsätzlich auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt, dass sie ein Stück weit von der positiven Entwicklung eines Unternehmens profitieren, und zwar nicht nur durch höhere Löhne, sondern auch durch Kapitalvermögen.

(Beifall)

Die CDU setzt hier auf diesem Parteitag ein wichtiges Zeichen sozialer Verantwortung. Ich sage ganz offen: Die CSU unterstützt das Konzept einer sozialen Kapitalpartnerschaft. Das ist in meinen Augen ein großer und starker Vorschlag der Kanzlerin.

Eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland weiß sehr genau, dass angesichts der demografischen Herausforderung und des globalen Wettbewerbs eine Ausweitung der Sozialleistungen nicht möglich ist. Es ist ein klares Bewusstsein in unserer Bevölkerung vorhanden, dass die Leistungen unseres Sozialstaates an die Grenzen gestoßen sind, also begrenzt sind und begrenzt werden müssen. Dieses Bewusstsein um die Grenzen von Sozialleistungen steht in völliger Übereinstimmung mit den Grundüberzeugungen der Unionsparteien, wie wir sie seit Jahrzehnten vertreten:

Erste Grundüberzeugung ist, dass es ohne wirtschaftliche Stärke keinen kraftvollen Sozialstaat geben kann.

Zweitens ist die Solidarität der Gemeinschaft begründet durch die Eigenverantwortung, die zuerst einmal jeder Mensch für sich, für sein Leben und für seine persönliche Entwicklung hat.

Eine dritte Grundüberzeugung aber – das sage ich aus voller Überzeugung gerade auch für die CSU –, die unsere Volksparteien seit jeher prägt und die uns auch über Jahrzehnte das Vertrauen der Menschen immer wieder neu gesichert hat, dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren: In den Grenzen, die unser Sozialstaat hat und auch haben muss, erwartet die Bevölkerung den Maßstab der Gerechtigkeit. Schauen Sie sich die Berichte des Statistischen Bundesamtes an. Gemäß aktuellen Statistiken von dort sind 75 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land der Auffassung, dass es nicht gerecht genug zugeht. Dem entgegenzuwirken, ist eine enorme Herausforderung, die wir bewältigen müssen, damit die Menschen wieder stärker an die Kraft unseres Staates und die Kraft unserer Volksparteien glauben.

(Beifall)

Die Menschen müssen ein Grundvertrauen haben, dass wir für gerechte Maßstäbe eintreten. Unsere konkreten politischen Entscheidungen sollten in Einklang mit dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen in Deutschland stehen. Diese Grundüberzeugungen der Union sind auch im 21. Jahrhundert gültig.

Liebe Freunde, ich verstehe hier die SPD überhaupt nicht mehr. Beim Bleiberecht – ich nehme einmal dieses Beispiel und treibe es auf die Spitze – für rechtswidrig in Deutschland lebende Ausländer, die ja oft klassische Asylbetrüger sind, setzt sich die SPD für großzügige Sozialleistungen ein. Dem Arbeitnehmer, der 40 Jahre in die Arbeitslosenversicherung gezahlt hat, verwehrt die SPD eine für ihn günstigere Staffelung nach Beitragsdauer, als wir sie derzeit haben. Das verstehen die Menschen draußen nicht. Da sind die Maßstäbe völlig durcheinandergeraten.

(Beifall)

Ich bitte, diese Zusammenhänge zu sehen. Die SPD will übersehen, dass der rechtswidrig hier lebende Ausländer logischerweise noch keinen einzigen Euro in unser Sozialsystem eingezahlt hat, während viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jahrzehntelang Beiträge entrichtet und Solidarität geübt haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier auch ein ganz klares Wort zum Bleiberecht sagen. Ich formuliere unsere Position einmal sehr deutlich: Mit der CSU, mit Günther Beckstein und mit mir wird es keine Zuwanderung rechtswidrig hier lebender Ausländer in unsere Sozialsysteme geben. Ein Bleiberecht erhält nach unseren Vorstellungen nur, wer arbeitet und für sich selbst aufkommen kann.

(Beifall)

So weit ein klares Wort auch an die SPD, damit sie weiß, was mit uns in der Koalition geht und was nicht.

Eine starke Volkspartei zu sein und vor allen Dingen zu bleiben, heißt, nah am Menschen zu sein. Der auch auf CDU-Parteitagern unvergessene ehemalige CSU-Parteivorsitzende Franz Josef Strauß pflegte uns immer zu sagen: Dem Volk aufs Maul schauen, aber nicht nach dem Munde reden! Das ist aktueller denn je und das bleibt das Credo unserer Volksparteien. Ich sage auch ganz klar: Wer unsere Volksnähe als Populismus diffamiert, liegt nicht nur der Sache nach falsch, sondern der lässt auch eine hohe Arroganz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erkennen. Das mögen die Leute nicht.

(Beifall)

Selbstverständlich haben wir nicht nur die Mehrheitsmeinungen des Volkes zu beachten und danach zu entscheiden, aber man sollte natürlich schon immer wieder schauen: Was sind denn eigentlich der Wille, die Hoffnungen und die Wünsche der Mehrheit der Bevölkerung? Wir in der Union können stolz darauf sein, dass wir mit unserer Politik in der Tat näher am Menschen sind, näher als die Ideologen. Wir können stolz darauf sein, dass wir bei allen wichtigen Entscheidungen für Deutschland die Menschen mitgenommen und überzeugt haben und nicht über die Köpfe der Menschen hinweggehandelt haben.

Was sind die drei Wurzeln der CSU, die drei Wurzeln der CDU/CSU? Liberal, sozial, konservativ; ja, auch die Wurzel gibt es noch. Das sind die drei Wurzeln von CDU und CSU. Wir müssen alle drei Wurzeln lebendig halten, um die Menschen für uns zu gewinnen. Keine dieser Wurzeln darf sozusagen zu kurz kommen. Nur dann wird die Mehrheit der Menschen unseren Volksparteien, unserer Marktwirtschaft, unserer Ordnung der Freiheit mit Herz und Verstand zustimmen. Dafür arbeiten wir, CDU und CSU, Hand in Hand.

Meine Damen und Herren, ein Letztes. Die Werte unserer Volksparteien sind die Werte der Mehrheit der Menschen in Deutschland. Ich erlebe in meinen Veranstaltungen eine Renaissance unserer Werte: Pflicht, Leistung, Anstrengung, Rücksichtnahme, Verlässlichkeit, Zusammenhalt in der Heimat, Patriotismus. Mit diesen Werten konnte Rot-Grün nichts anfangen. Keiner hat das so formuliert wie damals Lafontaine. Mit diesen Sekundärtugenden, sagte er und sagte die Mehrheit der damaligen Linken, könne man ja auch ein KZ führen. Ich sage: Die Diffamierung wichtiger Werte und Tugenden hat unserem Land schwer geschadet.

(Zuruf: Sehr gut!)

Wir sind unseren Grundsätzen treu geblieben.

(Beifall)

Nächstenliebe, Freiheit, Demokratie, Toleranz, Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau, diese Werte unter anderem sind das Fundament unserer Gesellschaftsordnung und unseres Rechtsstaats. Die Wurzeln dieser Werte liegen im Humanismus und im Christentum.

Deshalb – das ist unsere feste Überzeugung – ist das Kreuz auch für Nichtchristen ein Symbol der Toleranz und der Menschenrechte. Ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Das Kreuz gehört nicht in die Keller, sondern durchaus auch in die Schulen, in die Parlamente und in die Gerichtssäle.

(Beifall)

Ich bin froh darüber, dass viele Bürgerinnen und Bürger und auch der Bischof von Trier massiv protestiert haben, als das Kruzifix aus dem Landgericht Trier entfernt worden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist falsch, wenn der Ministerpräsident jenes Landes, der Ministerpräsident Beck, im Rheinland-Pfälzischen Landtag diesen Menschen entgegenruft, man dürfe in dieser Frage keinen Kulturkampf entfachen, der die Menschen spalte. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Wir sollten es niemals zulassen, dass das Eintreten, der Einsatz für das Kreuz als politisch unkorrekt diffamiert wird. Wenn wir das zuließen, würden wir ein Stück Substanz verlieren.

(Beifall)

Ich hoffe sehr, dass der Besuch des Papstes heute in der Türkei – sicherlich eine große Herausforderung – die notwendige Toleranz findet – wir werden sehr genau hinschauen –, wie sie von uns erwartet wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben eine klare Botschaft: Wir achten andere Kulturen. Wir respektieren andere Traditionen. Aber unser Land und unser Grundgesetz sind natürlich von christlichen und humanistischen Werttraditionen geprägt. Wir zeigen Respekt vor anderen. Aber wir müssen auch selbstbewusster zu unseren Werten stehen.

(Beifall)

Wir in der Union bekennen uns dazu – da möchte ich an das anknüpfen, was ich gerade bei Volker Kauder gehört habe; da sind wir in völliger Übereinstimmung –: Bei uns in Deutschland gilt unsere deutsche Alltagskultur und die wollen wir politisch auch durchsetzen. Ich spreche nicht von „Leitkultur“, obwohl ich mit dem Begriff keinerlei Probleme hätte. Alltagskultur, das bedeutet bei uns natürlich: Grundgesetz, Toleranz, Achtung vor der Meinung der anderen, Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wer hier leben will, muss diese Alltagskultur in Deutschland akzeptieren und respektieren.

(Beifall)

Dazu gehört, dass wir noch mehr für die Sprachkurse – da appelliere ich an die Ministerpräsidenten, damit auch an mich selbst –, für die Werterziehung und die kulturelle Integration ausländischer Kinder tun müssen; ganz eindeutig.

Jeder kann aus seinem Leben erzählen. Ich habe vor ein paar Wochen eine Hauptschule in München besucht und war ein paar Stunden dort. Ich habe erlebt, welche Herausforderungen für die Lehrerinnen und Lehrer bestehen. Zwei Drittel der Kinder kommen aus Familien mit so genanntem Migrationshintergrund. Ein Lehrer hat zu mir gesagt: Herr Ministerpräsident, in der Verfassung steht, dass ich den Kindern Erklärungen zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten abgeben soll. Das sind gewichtige Traditionen unseres Landes. Aber wie soll ich das machen, wenn die Mehrheit der Klasse gar nicht weiß und gar nicht wissen will, was Ostern, Pfingsten und Weihnachten sind? – Das zeigt, wie richtig unsere Forderung ist: Ausländische Mitbürger, die hier in Deutschland leben wollen, müssen sich in unsere Alltagskultur integrieren und wenigstens elementare Grundlagen unseres Zusammenlebens kennen. Das müssen wir klar ansprechen und einfordern; sonst bleibt Integration ein leerer Begriff, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das sind Dinge, die den Menschen natürlich unter die Haut gehen, vor allem denen, die Kinder haben und wissen, dass ihre Kinder mit anderen Kindern zusammenkommen. Schauen Sie einmal, wie viele Eltern sich bemühen, ihre Kinder ja nicht in Sprengel zu geben, wo sehr viele ausländische Kinder sind! Sie sagen das nicht offen, aber für ihre Kinder wollen sie alles tun, um sie woanders unterzubringen. Diese Sorgen müssen wir natürlich aufnehmen.

Unsere deutsche Nation, aber auch unser gemeinsames Europa, das ist eine Wertegemeinschaft; sonst hat Europa als Union keinen Sinn und bleibt im Grunde genommen nur eine Wirtschaftsunion. Europa ist aber mehr als ein Wirtschaftsraum. In diesem Zusammenhang möchte ich ein offenes Wort – das kennen Sie; wir unterscheiden uns hier auch nicht; ich sage das hier in aller Deutlichkeit – über die Türkei sagen.

Das gestrige Scheitern der Verhandlungen über den Kompromiss in der Zypern-Frage kann natürlich nicht ohne Folgen bleiben. Angela Merkel hat völlig Recht: Es kann, wie sie sagte, kein „Weiter so!“ geben. Meines Erachtens dürfen keine weiteren Kapitel der Beitrittsverhandlungen eröffnet werden, bis die Türkei ihre Verpflichtungen erfüllt hat.

(Beifall)

Wo sind wir eigentlich? Da will die Türkei in unsere Familie. Okay. Sie kennen meine Meinung. Aber wenn man in eine Familie will, dann kann man doch nicht sagen: Ich will in deine Familie, aber das alte Familienmitglied muss erst einmal raus, bevor ich komme. – Was sind das eigentlich für Sitten und Gepflogenheiten, die wir uns da gefallen lassen und die die Bevölkerung überhaupt nicht versteht, meine Damen und Herren? Wenn wir das nicht ausdrücken, dann werden es andere tun.

(Lebhafter Beifall)

Es darf aber nicht so wie in Österreich werden. Wie Sie wissen, bin ich an der Grenze zu Österreich geboren und aufgewachsen. Ich war schon erschüttert, dass der blöde, inakzeptable Slogan „Daham in Österreich“ im Wahlkampf eine solche Wirkung entfaltet hat. Das darf bei uns nie passieren. Das hat Herrn Schüssel die Kanzlerschaft gekostet. Das sollte man nie vergessen.

(Vereinzelt Beifall)

Hier haben wir in einer für Europa und Deutschland entscheidenden Frage einen fundamentalen Unterschied zur SPD. Am 6. November hat der SPD-Vorsitzende Kurt Beck in einer Rede in Berlin die Karten auf den Tisch gelegt – ich zitiere –: „Wir streben einen Beitritt der Türkei nach einem Verhandlungsprozess an.“ Im Klartext heißt das: Für die SPD gibt es keine ergebnisoffenen Verhandlungen, sondern das Ergebnis steht schon heute fest, und zwar für den Beitritt. Das ist nicht unser Kurs. Wir wollen Freundschaft und eine enge Nachbarschaftspolitik der EU mit der Türkei, aber keinen EU-Beitritt. Ich bin der festen Überzeugung – das muss Europa wissen –: Die Türkei ist kein europäisches Land. Wer sie in die Europäische Union aufnimmt, der ändert sozusagen den Charakter Europas. Das will ich nicht. Deswegen sage ich klar und deutlich Nein.

(Beifall)

Diese Grundüberzeugungen und Werte der Union müssen wir, soweit es geht, gemeinsam und geschlossen vertreten. Leisten wir alle einen Beitrag dafür, dass die Menschen wissen: Wir sind Volksparteien, weil wir die Werte und das Lebensgefühl einer Mehrheit verkörpern. Diese Werte und dieses Lebensgefühl müssen im Prinzip Menschen verschiedener Schichten zusammenführen. Wir sind Volksparteien, weil wir für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit sorgen. Wir sind Volksparteien, weil wir für die christliche und die humanistische Prägung unseres Vaterlandes und unserer Heimat eintreten. Bleiben wir unseren Werten treu! Stehen wir stärker zu diesen Werten! Seien wir nicht indifferent! Anderenfalls haben wir keine Chance, in der Diskussion mit Menschen zu bestehen, die andere Werte massiv verteidigen. Ich sage noch einmal: Bleiben wir unseren Werten treu! Dann gewinnen wir das Vertrauen der Menschen. Arbeiten wir für das Erreichen unserer Ziele! Dann geht es mit Deutschland weiter aufwärts. CDU und CSU Hand in Hand! Gemeinsam für Deutschland!

(Beifall)

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen noch einen hervorragenden weiteren Verlauf des Parteitages. Alles Gute! Herzliche Grüße aus München, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Edmund Stoiber. Sie haben die Herzen der Delegierten erreicht. Ihr großer Erfolg in Bayern ist eine ganz wichtige Säule, die den Gesamterfolg der Union mitträgt. CDU und CSU sind ein erfolgreiches Geschwisterpaar. In diesem

Sinne ein herzliches Grüß Gott an Markus Söder und Peter Ramsauer, die mit Ihnen gekommen sind. Noch einmal herzlichen Dank an den CSU-Vorsitzenden, unseren Freund und Ministerpräsidenten Edmund Stoiber.

(Beifall)

Dr. Ursula von der Leyen, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum Antrag des Bundesvorstandes TAGESORDNUNGSPUNKT 23

„SOZIALE KAPITALMARKTPARTNERSCHAFT –
FÜR MEHR ARBEITNEHMERBETEILIGUNG AN GEWINN UND KAPITAL.“

Ich gebe das Wort zur Einführung in den Antrag an Herrn Karl-Josef Laumann.

(Vereinzelt Beifall)

Karl-Josef Laumann: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich freue mich sehr darüber, dass wir heute über diesen Antrag beraten, dass wir ein deutliches Signal für Investivlöhne, für Mitarbeiterbeteiligung und für Vermögensbildung setzen. Ich freue mich deshalb, weil sich unsere CDU seit Jahrzehnten für diese Form der Partnerschaft, für das Miteigentum von Arbeitnehmern, einsetzt. Deswegen bin ich froh, dass wir am Anfang des Jahres auf Initiative der CDA eine Arbeitsgruppe gegründet haben, die ich leiten durfte. Diese Arbeitsgruppe legt Ihnen heute den zur Diskussion stehenden Leitantrag vor.

Ich bedanke mich bei all denjenigen, die mitgearbeitet haben, und – stellvertretend für viele – bei Josef Schlarmann, den Vorsitzenden unserer Mittelstandsunion.

(Vereinzelt Beifall)

Dieser Antrag zeigt: Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie war es, sie ist es und sie bleibt es. Ein hohes Gut in der Sozialen Marktwirtschaft ist die soziale Partnerschaft. Untersuchungen zeigen: Viele Menschen sind verunsichert. Deshalb müssen wir neues Vertrauen schaffen. Wir müssen für gesellschaftlichen Kitt in unserem Land sorgen. Wir können Veränderungen zwar nicht aufhalten. Aber wir wollen auch in Zeiten der Globalisierung das Miteinander von Unternehmern und Mitarbeitern fördern. Deshalb machen wir heute einen sehr konkreten Vorschlag zur Weiterentwicklung der sozialen Partnerschaft, für mehr Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an dem, was in unserem Land erwirtschaftet wird.

Wir wissen: Der internationale Wettbewerb macht die Schaffung von Arbeitsplätzen immer öfter von Standortvereinbarungen und betrieblichen Bündnissen abhängig, häufig mit Zugeständnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das kann man nicht aufhalten. Aus unserer Sicht ist es aber umso wichtiger, dabei die Teilhabe der Beschäftigten sicherzustellen. Die eine Seite darf nicht den Eindruck haben, dass sie über den Tisch gezogen wird. Wer in schlech-

ten Zeiten auf Lohn verzichtet oder mehr arbeitet, muss in guten Zeiten an den Gewinnen beteiligt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Statistiken zeigen: Die Kapitaleinkommen sind in den letzten 50 Jahren um das Vierzehnfache, die Arbeitseinkommen aber nur um das Vierfache gestiegen. Deswegen wollen wir, dass Arbeitnehmer über Kapitaleinkommen verfügen. Die Bedeutung von erfolgsabhängigen Entgeltbestandteilen, Gewinnbeteiligungen und Beteiligungen am Kapital der Unternehmen wächst. Es ist wissenschaftlich belegt, dass die Mitarbeiterbeteiligung zu einer höheren Produktivität führt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe erhöht. Sie kann die Eigenkapitaldecke von Unternehmen stärken. Das macht Arbeitsplätze auch vor ausländischen Investoren sicher. Die Mitarbeiterbeteiligung ist auch für Mittelständler gut; denn wer keinen Nachfolger hat, kann das Unternehmen in die Hände der Mitarbeiter geben. Die CDU war und ist die Partei des Eigentums. Die Mitarbeiterbeteiligung ist ein Weg hin zur Eigentumsbildung.

Die Mitarbeiterbeteiligung fördert vor allem das gegenseitige Vertrauen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie erhöht die Motivation und stärkt die Bindung der Mitarbeiter an ihr Unternehmen. Sie könnte damit zu einer neuen wirtschaftlichen Verbundenheit führen, die dazu beiträgt, dass alle für mehr Arbeit, Sicherheit und Wohlstand an einem Strang ziehen, und zwar am gleichen Ende und in die gleiche Richtung.

Andere Länder sind den Weg der Beteiligung der Arbeitnehmer bereits erfolgreich gegangen. Bei uns profitieren nur 10 Prozent der Beschäftigten von Mitarbeiterbeteiligung, in Frankreich sind es 23 Prozent, in Großbritannien sogar 30 Prozent. Wir haben also Nachholbedarf.

Von diesem Parteitag kann ein klares, zukunftsweisendes Signal für einen Durchbruch bei diesem Thema ausgehen. Wie wollen wir das machen? Ich nenne hier als Erstes die Freiwilligkeit. Wir wollen keinen zu etwas zwingen, aber wir wollen die Menschen von den Vorteilen unseres Konzeptes überzeugen. Wer bei Schering seit 1977 an allen Belegschaftsaktienprogrammen teilgenommen hat, verfügte 2004 über ein Aktienpaket von rund 70 000 Euro.

Zweitens. Wir wollen viele Möglichkeiten schaffen. Jeder soll die Form der Beteiligung wählen, die zu seinem Unternehmen und seinen Mitarbeitern passt. Das reicht von der stillen Beteiligung in kleinen mittelständischen Betrieben bis hin zur Belegschaftsaktie bei großen Kapitalgesellschaften. Wir wollen ein Mitarbeiterbeteiligungsgesetz, das klar, einfach und unbürokratisch ist.

Kernpunkt für den Erfolg ist die nachgelagerte Besteuerung. Steuern und Beiträge sollen erst dann fällig werden, wenn man das Geld in der Hand hat. Wir wollen die Mitarbeiterbeteiligung in die steuerlich geförderte Altersversorgung einbauen und mit der betrieblichen Altersversorgung verbinden. Auch wer seinen Arbeitsplatz wechselt, soll seine Beteiligung mitnehmen

können, ohne dass sofort Steuern fällig werden. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es keine Rosen ohne Dornen gibt. Viele haben Angst, dass sie bei einer Pleite ihres Unternehmens nicht nur ihren Job, sondern auch ihr Geld verlieren. Diese Angst können wir nicht in allen Fällen nehmen. Es gibt aber natürlich auch Möglichkeiten der Insolvenzsicherung solcher Anlagen. Darüber muss von Fall zu Fall entschieden werden.

Mitarbeiterbeteiligung fördert die betriebliche Partnerschaft. Betriebsräte erhalten ein Informationsrecht, und darüber hinausgehende Mitspracherechte ergeben sich aus dem Gesellschaftsrecht. Alle Verbesserungen bei den rechtlichen Rahmenbedingungen, so notwendig sie auch sind, bringen allein nichts, wenn wir die Menschen nicht überzeugen. Wir müssen für eine neue soziale Partnerschaft werben. Ich freue mich darüber, Herr Kollege Sommer, dass wir uns hierbei im Grundsatz auch in Übereinstimmung mit den deutschen Gewerkschaften befinden. In den letzten Tagen gibt es zu diesem Thema ja auch positive Signale aus der SPD. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die SPD jetzt, da wir dieses Thema aufgreifen, gar nicht schnell genug auf den Zug aufspringen kann, obwohl sie doch über Jahrzehnte bei diesem Zug der große Bremsklotz in diesem Land war, weil sie sich Arbeitnehmer mit Beteiligung an den Unternehmen aus ideologischen Gründen gar nicht vorstellen konnte.

(Beifall)

Aber sei es, wie es sei. Ich finde, wir haben eine großartige Chance, hier in den nächsten Monaten wirklich zu einem Durchbruch zu kommen. Ich möchte gerne, dass dieser Durchbruch mit der Christlich Demokratischen Union verbunden wird, denn die Mitarbeiterbeteiligung hat ihren Ursprung eigentlich in der Denke der christlichen Soziallehre. Die christliche Soziallehre hat immer auf Partnerschaft und nie auf Klassenkampf gesetzt. Deshalb sollte von diesem Parteitag, wie ich denke, hier ein eindrucksvolles Signal ausgehen, damit Angela Merkel als unsere Bundeskanzlerin die Weichen in den nächsten Wochen und Monaten so stellen kann, dass der Deutsche Bundestag zu einer Gesetzgebung kommt. – Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Ursula von der Leyen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl Josef Laumann. – Wir kommen jetzt zur Beratung und Beschlussfassung über den Antrag. Sie finden diesen Antrag und die dazu gestellten Änderungsanträge in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 111 bis 126. Die Anträge tragen den Kennbuchstaben C.

Wir könnten jetzt in die allgemeine Aussprache eintreten. Es liegt uns aber keine Wortmeldung zur allgemeinen Aussprache vor.

Wir können deshalb jetzt gleich in die Einzelberatung eintreten.

Ich rufe Ziffer 1 des Antrags des Bundesvorstandes, die Sie auf Seite 111 finden, auf. Dazu gehören die Anträge C 1 bis C 5. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Sie finden diese Empfehlungen auf Seite 111. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind die Empfehlungen der Antragskommission angenommen.

Ich rufe Ziffer 2 des Antrags des Bundesvorstandes auf, die Sie auf den Seiten 112 und 113 finden. Dazu gehören die Anträge C 6 bis C 13. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Empfehlungen der Antragskommission angenommen.

Wir kommen dann zu Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 115. Dazu gehören die Anträge C 14 bis C 18. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das Votum der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 4 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 117. Dazu gehören die Anträge C 19 und C 20. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Ziffer 4 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Wir kommen jetzt zu Ziffer 5 des Antrags des Bundesvorstandes auf den Seiten 117 und 118. Dazu gehören die Anträge C 21 bis C 23. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer diesen Empfehlungen folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind die Empfehlungen so angenommen.

Ich rufe Ziffer 6 auf den Seiten 118 und 119 auf. Dazu gehören die Anträge C 24 bis C 26. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer mit der Empfehlung der Antragskommission übereinstimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zu Ziffer 7 auf Seite 119. Dazu gehören die Anträge C 27 und C 28. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags C 27 und Ablehnung des Antrags C 28. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist es so angenommen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Wir kommen zu Ziffer 8 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 120. Dazu gehören die Anträge C 29 bis C 31. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Empfehlung der Antragskommission so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 9 auf Seite 121 auf. Dazu gehören die Anträge C 32 bis C 38. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das Votum der Antragskommission angenommen.

Zu Ziffer 10 des Antrags des Bundesvorstandes gehören die Anträge C 39 und C 40 auf Seite 124. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags C 39 und die Ablehnung des Antrags C 40. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist für die Empfehlungen der Antragskommission? Ich bitte um das Kartenzeichen, wenn Sie dem zustimmen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen liegen nicht vor. Damit ist dies in der vorliegenden Form übernommen.

Zu den Ziffern 11 und 12, zu denen die Anträge C 41 und C 42 auf Seite 125 vorliegen. Ich schlage vor, dass wir diese Ziffern gemeinsam beraten. Änderungsanträge liegen nicht vor, auch keine Wortmeldungen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind diese Anträge angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 13 des Antrages, zu dem die Anträge C 43 und C 44 auf Seite 125 f. vorliegen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich bitte um das Kartenzeichen, wenn Sie den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dies so angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 14 des Antrags des Bundesvorstandes, zu dem die Anträge C 45 bis C 47 auf Seite 126 vorliegen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen liegen nicht vor. Damit ist dies so angenommen.

Damit ist die Einzelberatung des Antrags „Soziale Kapitalpartnerschaft – für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital“ abgeschlossen. Wir kommen nunmehr zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag des Bundesvorstandes in der durch die Einzelabstimmungen fest-

gelegten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das ist die überwältigende Mehrheit. Der Form halber: Gegenstimmen? – Ablehnende Stimmen sehe ich nicht. Damit ist der Antrag des Bundesvorstandes mit breiter Mehrheit beschlossen. – Ich danke Ihnen für die Beratung.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, den Saal wieder zu füllen, damit wir zum

SCHLUSSWORT

kommen können.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ja, liebe Freunde, so geht das manchmal: Da stellt sich bei gut vorbereiteten Beratungen, wie sie Karl-Josef Laumann eben dargestellt hat mit dem Investivlohn, plötzlich heraus, dass wir schon am Ende dieses Parteitages angekommen sind. Für diejenigen, die jetzt nach Hause fahren, die Delegierten und die Freunde unserer Partei, möchte ich am Ende dieses Dresdner Parteitages noch einmal von der politischen Seite her deutlich machen: Wir haben im nächsten Jahr als Erstes die Aufgabe, unsere Bremer Freunde zu unterstützen bei der im Frühjahr stattfindenden Wahl zum Senat. Wir wollen, dass die CDU die stärkste Kraft in dieser Stadt wird, und das können wir schaffen.

(Beifall)

Denn es gibt Defizite in Bremen. Wir wünschen Herrn Röwekamp alles Gute, damit er hier vorankommt, und sagen ihm alle Unterstützung zu. Der Bundesvorstand wird sich zur Klausurtagung am Jahresbeginn 2007 in Bremen treffen. Wir werden auf einer Vielzahl von Veranstaltungen zeigen: Wir wollen in Bremen gut abschneiden.

Liebe Freunde, wir haben im nächsten Jahr – um den Blick nach vorne zu richten – die heiße Phase der Diskussion über unser neues Grundsatzprogramm. Was wir hier an Einzelanträgen diskutiert haben und was wir gestern auch beschlossen haben, das werden auch Bausteine sein, eine Grundlage für die weiterführende Diskussion darüber, wie die CDU als Volkspartei im 21. Jahrhundert die Probleme richtig anpacken und sie einer Lösung zuführen kann. Da hat uns dieser Parteitag doch Folgendes gezeigt: Als Volkspartei werden wir immer wieder Diskussionen mit unterschiedlichen Akzenten haben. Aber wir werden auch immer wieder, so wie wir es gestern geleistet haben, Diskussionen führen, bei denen wir zum Schluss zu einem Ergebnis kommen. Deshalb will ich noch einmal darauf hinweisen, dass das Ergebnis des gestrigen ersten Tages unseres Parteitages war, dass wir sowohl einen Antrag akzeptiert haben, der eine andere Staffellung des Arbeitslosengeldes vorsieht, als wir sie heute haben, als auch mit einem Antrag bekräftigt haben, dass wir zu den betrieblichen Bündnissen stehen und dass wir weiter zur Flexibilisierung des Kündigungsschutzes stehen.

Ich möchte noch einmal sehr deutlich sagen: Diese Anträge kann man nicht unterteilen, etwa dass die Flexibilisierung des Kündigungsschutzes für die Freiheit stünde und die andere Staffelung des Arbeitslosengeldes für die Gerechtigkeit. Nein, jeder unserer Anträge beinhaltet alle Elemente unserer Grundwerte. Diese Grundwerte kann man nicht gegeneinander ausspielen.

(Beifall)

Der Beschluss einer solidarischen Gesundheitsprämie leistet einen Beitrag dazu, dass die Lohnzusatzkosten von den Löhnen, von den Arbeitskosten entkoppelt werden, wie wir es jetzt schrittweise bei der Krankenversicherung der Kinder machen. Damit ist das ein Antrag, der zu mehr Arbeitsplätzen führen kann. Doch dieser Antrag enthält sowohl Elemente der Gerechtigkeit als auch der Freiheit als auch der Solidarität. Denn die Finanzierung der Krankenversicherung der Kinder aus Steuergeldern, das ist Solidarität, mehr Solidarität, als wir heute im Gesundheitssystem haben. Deshalb ist mein Credo, für das ich entschieden eintreten werde, dass wir nicht Grundwerte gegeneinander ausspielen, sondern dass wir uns auf der Basis unserer Werte in allem, was wir tun, der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlen.

Ich habe in meiner gestrigen Rede so etwas wie ein Arbeitsprogramm für das nächste Jahr angekündigt. Denn über die Fragen, die wir in unserem Lande zu entscheiden haben, hinaus werden wir darüber sprechen müssen, was in Europa geregelt werden muss, welche Linien Europa vertreten muss in der internationalen Auseinandersetzung, um unser europäisches Modell der Sozialen Marktwirtschaft auch anderswo auf der Welt mehrheitsfähig zu machen. Dafür muss Europa seine Interessen bündeln.

Wir werden auch darüber nachdenken müssen, wo wir ein Mehr an Regulierung brauchen. Ich habe davon gesprochen, dass der Staat an manchen Stellen loslassen muss. Aber an anderen Stellen muss er stärker anpacken. Um es an einem Beispiel konkret zu machen: Ich glaube, dass wir auf den internationalen Finanzmärkten mehr Transparenz brauchen – die heutigen Regeln sind nicht ausreichend.

(Vereinzelt Beifall)

Wer heute fünf Prozent einer Aktiengesellschaft in Deutschland erwirbt, muss dies anzeigen. Wer dagegen bei einem Hedge-Fonds arbeitet, unterliegt weit weniger strengen Transparenzregeln. Ich will dieses neue Instrument nicht abschaffen. Aber bei jedem neuen Instrument muss man sich die Frage stellen: Muss da etwas politisch gestaltet werden? Mit dieser politischen Gestaltung müssen wir uns auch auf der internationalen Ebene auseinandersetzen.

(Beifall)

Das ist für mich die internationale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft. Da haben wir gestern eine Tür aufgemacht. Wir haben natürlich noch keine Beschlusslage. Aber wenn das

Grundsatzprogramm, an dem wir jetzt arbeiten, für das 21. Jahrhundert gelten soll, dann kann es nicht sein, dass wir Themen wie Energie, Klima, internationale Finanzmärkte nicht beachten. Dann würden wir in vier Jahren feststellen: Wir haben die Fragen der Zukunft nicht bewältigt.

Ich möchte, dass die Christlich Demokratische Union gemeinsam mit der Christlich-Sozialen Union die Probleme nicht erst dann in Angriff nimmt, wenn sie jeder erkannt hat auf dieser Welt, sondern ich möchte, dass wir die Ersten sind! Da haben wir noch ein Stück Arbeit zu tun, liebe Freunde.

(Beifall)

Wenn wir das schaffen wollen, dann müssen wir natürlich bei uns beginnen. Deshalb war ich sehr froh und auch ein bisschen positiv überrascht – das will ich ganz deutlich sagen, mit welcher Intensität heute Morgen der Antrag zur frühkindlichen Bildung diskutiert wurde. Da ist Leidenschaft zu spüren, weil uns inzwischen klar ist: Bei dem demographischen Wandel, vor dem wir stehen, bei den Fragen, die wir haben, bei den Unterschieden, die wir auch bei der Bildung haben, kann es uns nicht kalt lassen, wie das Schicksal jedes einzelnen jungen Menschen ist, sondern da sind wir von unserem christlichen Menschenbild her verpflichtet, den jungen Menschen eine Chance zu geben, und zwar jedem, der dazu willens ist. Wir haben auch die Aufforderung, dass die Eltern – so, wie Frau Lautenschläger es heute gesagt hat – nicht nur die Möglichkeit haben, sich um ihre Kinder zu kümmern, sondern dass der Staat auch deutlich machen muss: Es gibt auch eine Pflicht, sich um die Kinder zu kümmern; das ist eine Verantwortung, die man übernimmt. Darauf muss der Staat natürlich auch achten.

(Beifall)

Wir haben mit dem Investivlohn etwas gemacht, was sowohl wirtschaftlich vernünftig als auch sozial gerecht ist. Ich habe mir heute Morgen im „Morgenmagazin“ angesehen, wer in der Diskussion schon wieder sagt, was alles nicht geht.

Liebe Leute, wenn Deutschland weiter diesen Weg geht, dauernd zu erklären, warum etwas Neues nicht geht, dann werden wir als Land nicht mehr an die Spitze kommen. Das ist meine tiefe Überzeugung.

(Lebhafter Beifall)

Deshalb heißt es, dass man, wenn man noch nicht weiß, wie etwas geht, auch mal fragen muss, wie es denn gehen könnte. Wenn sich eine ganze Welt dramatisch verändert und wir bei jedem neuen Vorschlag sagen, jetzt reden wir erst mal über die Risiken, dann vergeben wir unsere Chancen. In Deutschland muss wieder ein Denken Platz greifen, wo ich als Erstes über die Chancen und Möglichkeiten nachdenke, wie unser Land besser aus der Sache herauskommt, statt dauernd „Nein“ zu rufen.

(Lebhafter Beifall)

Deshalb gilt für mich auch für diese Monate der Grundsatzprogrammdiskussion: Lassen Sie uns um den besten Weg ringen, aber lassen Sie es uns in dem Bewusstsein tun, dass wir alle ein Ziel haben: Deutschland wieder an die Spitze in Europa zu führen, viele Menschen – möglichst alle – daran zu beteiligen und nicht die Unterschiede größer werden zu lassen, nicht die Angst regieren zu lassen, sondern das Bewusstsein, dass dieses Land nicht die besten Jahre hinter sich, sondern noch vor sich hat! Das muss das Grundgefühl unserer Diskussion sein.

(Lebhafter Beifall)

Deshalb möchte ich mich zum Abschluss dieses Parteitages ganz herzlich bei all denen bedanken, die diskutiert haben, bei den Freunden in Sachsen, dem Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Georg Milbradt, den Bürgerinnen und Bürgern von Dresden, der Messe Dresden, die uns so hervorragende Arbeitsbedingungen eingeräumt hat, den vielen Ausstellern und Sponsoren – wir hatten noch nie so viele –, unseren Gästen,

(Lebhafter Beifall)

den Sicherheitskräften, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, Ronald Pofalla und Herrn von Thadden stellvertretend für alle, die mitgewirkt haben,

(Beifall)

Dank an die vielen Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer, die in den Kommissionen mitgearbeitet haben,

(Lebhafter Beifall)

und Dank an die Antragskommission. Als Letztes natürlich ein herzliches Dankeschön an alle Delegierten, die dazu beigetragen haben, dass wir hier einen erfolgreichen Parteitag hatten.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Wir schließen – wie es die Tradition der Christlich Demokratischen Union ist – auch diesen Parteitag mit unserer Nationalhymne.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

(Schluss: 12.25 Uhr)

AN H A N G

Beschlussprotokoll des 20. Parteitags der CDU Deutschlands am 27./28. November 2006 in Dresden

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
9. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands; zugleich Arbeitsbericht
der Grundsatzprogrammkommission
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
12. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands;
Vorlage der Rechenschaftsberichte 2003 und 2004 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
13. Bericht der Rechnungsprüfer
14. Bericht der Mandatsprüfungskommission

15. Entlastung des Bundesvorstandes
16. Wahl des Bundesvorstandes
 - 16.1 Wahl des Vorsitzenden
 - 16.2 Wahl des Generalsekretärs
 - 16.3 Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden
 - 16.4 Wahl des Bundesschatzmeisters
 - 16.5 Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums
 - 16.6 Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes
17. Wahl der Rechnungsprüfer
18. Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)
19. Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die EVP-Kongresse
20. Nachwahl von zwei stellvertretenden Mitgliedern des Bundesparteigerichts der CDU
21. Antrag des Bundesvorstandes „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.“
Aussprache und Beschlussfassung
22. Antrag des Bundesvorstandes „Klein und einzigartig – auf den Anfang kommt es an!
Bildungschancen fördern, Erziehung stärken.“
Aussprache und Beschlussfassung
23. Antrag des Bundesvorstandes „Soziale Kapitalpartnerschaft – für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital.“
Aussprache und Beschlussfassung
24. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
25. Schlusswort

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes Tagungspräsidium wurde nach Eröffnung des 20. Parteitags der CDU Deutschlands am 27. November 2006 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Tagungspräsident: Prof. Dr. Georg Milbradt MdL

Beisitzer: Peter Hintze MdB
 Dr. Martina Krogmann MdB
 Karl-Josef Laumann MdL
 Dr. Ursula von der Leyen
 Thomas Röwekamp

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 20. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Ronald Pofalla MdB
Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Johannes von Thadden

Weitere Mitglieder:

Baden-Württemberg: Annette Widmann-Mauz MdB
 Helmut Rau MdL
 Berlin: Kai Wegner MdB
 Brandenburg: Katherina Reiche MdB
 Bremen: Dr. Catrin Hannken

Hamburg:	Birgit Schnieber-Jastram
Hessen:	Michael Boddenberg MdL Karin Wolff MdL
Mecklenburg-Vorpommern:	Lorenz Caffier MdL
Niedersachsen:	Dr. Ursula von der Leyen Hermann Schröder
Nordrhein-Westfalen:	Hendrik Wüst MdL Christa Thoben
Rheinland-Pfalz:	Julia Klöckner MdB
Saar:	Stefan Rabel
Sachsen:	Michael Kretschmer MdB
Sachsen-Anhalt:	Dr. Reiner Haseloff MdL
Schleswig-Holstein:	Dr. Johann Wadephul MdL
Thüringen:	Manfred Grund MdB
JU:	Philipp Mißfelder MdB
FU:	Annegret Kramp-Karrenbauer MdL
MIT:	Dr. Josef Schlarmann
OMV:	Klaus Schuck
CDA:	Dr. Ralf Brauksiepe MdB
KPV:	Peter Götz MdB
SU:	Prof. Dr. Otto Wulff
EAK:	Thomas Rachel MdB
Wirtschaftsrat:	Prof. Dr. Kurt J. Lauk
RCDS:	Tim Küsters
EVP:	Hartmut Nassauer MdEP

Zu TOP 5:

Die vom Bundesvorstand für den 20. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Ulf Leisner
Bereichsleiter Eventmanagement & Logistik
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder:

Stephan Lechner
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Sachsen

Thomas Pfistner
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Thüringen

Daniel Günther
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein

Zu TOP 6:

Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender:

Jürgen Zander
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellv. Vorsitzende:

Bernhard Albrecht
Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Bonn

Dr. Vera Anna Touché
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder:

Winfried Adams	ehem. KGF	Vogelsberg
Anton Auer	KGF	Konstanz

Martina Becher	KGFin	Chemnitzer Land
Matthias Biergans	KGf/Bez.GF	KV Heinsberg/ BV Aachen
Klaus Böhm	KGf	Leipziger Land
Hubert Brill	KGf	Olpe
Dieter Burfeind	KGf	Braunschweig
Uwe Dietrich	KGf	Bergstraße
Jürgen Dönninghaus	KGf	Heidenheim u. Ostalb
Josef Elsemann	KGf	Wesel
Andreas Fraude	KGf	Hamburg-Bergedorf
Klaus Funnemann	KGf	Höxter
Wilma Gatzka	KGFin	Wetterau
Rosemarie Gips	KV	Dresden
Walter Goda	KGf	Vechta
Heike Göttlicher	KGFin	Ludwigsburg
Brigitte Hasche	KGFin	Lüchow-Dannenberg
Johann Gottfried Hecker	KGf	Gießen
Wolfgang Heerhold	KGf	Lübeck
Arnold Hildebrand	KGf	Bielefeld
Christoph Holsträter	KGf	Bottrop
Ralf-Peter Hoy	KGf	Celle
Ulrich Jahn	KGf	Waldshut
Jan Christian Janssen	KGf	Herford
Imke Jeske-Werner	KGFin	Peine
Hans Josef Kampe	KGf	Viersen
Thorsten Kellner	stellv. Vors.	Hameln-Pyrmont

Gaby Kerber	KGFin	Fulda
Udo Kamperdick	KGF	Bottrop
Heinz Kirchfeld	KGF	Soltau-Fallingbostel
Ippe Klaassen	KGF	Osterhold-Scharmbeck
Hubert Kleinemeier	KGF	Gütersloh
Walter Klemme	KGF	Hamelnd-Pyrmont
Johannes Kletzka	KGF	Meißen
Gerlinde Kramer	KGFin	Grafschaft Bentheim
Wolf-Joachim Kühne	KGF	Göttingen
Brigitte Krause	KGFin	Euskirchen
Klaus Kuß	KGF	Main-Tauber
Michael Leimbach	KGF	Ludwigshafen
Roswitha Machel	KGFin	Uelzen
Reinhold Meisel	KGF	Neckar-Odenwald
Doris Memmler	KGFin	Magdeburg
Katja Metz	KGFin	Hochtaunus
Klaus Meyer-Olden	KGF	Ammerland
Harro Mies	KGF	Aachen-Stadt
Werner Müller	KGF	Siegen-Wittgenstein
Horst Naumann	KGF	Döbeln
Fritz Nies	KGF	Hochsauerland
Gerd Ozimek	KGF	Düsseldorf
Rudolf Patzenhauer	KGF	Merseburg-Querfurt
Ursula Pfrommer	KGFin	Calw
Jochen Pöppel	KGF	Mark
Berd Ramakers	KGF	Düren-Jülich

Josef Reichl	KGF	Heilbronn
Waltraud Reiss	KGFin	Karlsruhe-Land
Johannes Ripperda	KGF	Lingen
Norbert Solberg	KGF	Essen
Martin Spittler	KGF	Mülheim an der Ruhr
Roger Schenk	KGF	Stuttgart
Dagmar Schimmer	KGFin	Mettmann
Hasso Schmidt	KGF	Leipzig-Stadt
Iris Schmidt	KGFin	Vogelsberg
Siegbert Schrader	KGF	Vogtland
Gerhard Schröck	KGF	Rheingau-Taunus
Maik Schröter	KGF	Nordhausen
Thomas Schweizer	KGF	Alb-Donau-Ulm
Marianne Stauß	KGFin	Trier-Stadt
Michael Stöter		Kassel-Land
Petra Ströbele-Both	KGFin	Herne
Heiko Thater		Dresden
Werner Thies	KGF	Hamm
Hans-Jürgen Treuer	KGf/Bez.GF	KV Baden-Baden und Rastatt/ BV Nordbaden
Christina Walde		Löbau-Zittau
Paul Westeppe	KGF	Wuppertal
Franz Wiemann	KGF	Warendorf-Beckum
Elke von Ziegner	KGFin	Harburg-Land

Zu TOP 7: **Grußworte**

Zu TOP 8: Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9: Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla MdB**, und den Arbeitsbericht der Grundsatzkommission nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlich vorgelegten **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundeschatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Peiner**, und die gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsberichte 2003 und 2004** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **mündlichen Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14: Die **Mandatsprüfungskommission** des 20. Parteitages der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 15:00 Uhr von den 1001 stimmberechtigten Delegierten des 20. Parteitages 984 anwesend.

Der 20. Parteitag ist beschlussfähig.“

gez. Ulf Leisner
– Vorsitzender –

gez. Stephan Lechner gez. Daniel Günther
gez. Thomas Pfister

Zu TOP 15: Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands erteilt dem Bundesvorstand für die Kalenderjahre 2004 und 2005 Entlastung. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 16: Wahl des Bundesvorstandes

Zu TOP 16.1: Wahl des Vorsitzenden

Es wurde gewählt:
Dr. Angela Merkel MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	949
Ungültig:	0
Enthaltungen:	13
Gültige Stimmen:	936
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	469
Ja:	871
Nein:	65

Zu TOP 16.2: Wahl des Generalsekretärs

Es wurde gewählt:

Ronald Pofalla MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 956

Ungültig: 0

Enthaltungen: 45

Gültige Stimmen: 911

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 456

Ja: 744

Nein: 167

Zu TOP 16.3: Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 984

Ungültig: 0

Enthaltungen: 0

Gültige Stimmen: 984

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 493

Es wurde gewählt:

Dr. Annette Schavan MdB 772

Roland Koch MdL 671

Christian Wulff MdL 656

Dr. Jürgen Rüttgers MdL 568

Danach wurden im ersten Wahlgang vier Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter eine Frau. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Zu TOP 16.4: Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:

Eckart von Klaeden MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 865

Ungültig: 0

Enthaltungen: 18

Gültige Stimmen: 847

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 424

Ja: 817

Nein: 30

Zu TOP 16.5: Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 940

Ungültig: 15

Enthaltungen: 1

Gültige Stimmen: 924

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 463

Es wurden gewählt:

Dr. Wolfgang Schäuble MdB 826

Dieter Althaus MdL 685

Karl-Josef Laumann MdL 671

Dr. Ursula von der Leyen 667

Hildegard Müller MdB 567

Dr. Friedbert Pflüger MdA 529

Prof. Dr. Maria Böhmer MdB 508

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt 7 weitere Mitglieder des Präsidiums, darunter 3 Frauen gewählt. Damit ist das Frauenquorum erfüllt.

Es wurde nicht gewählt:

Jörg Schönbohm MdL	485
--------------------	-----

Zu TOP 16.6: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	933
-------------------------------------	-----

Ungültig:	10
-----------	----

Enthaltungen:	0
---------------	---

Gültige Stimmen:	923
------------------	-----

Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	462
----------------------------------	-----

Es wurden folgende Stimmen abgegeben für:

Dr. Franz Josef Jung MdB	864
--------------------------	-----

Angelika Volquartz	827
--------------------	-----

Christian Baldauf MdL	821
-----------------------	-----

Arnold Vaatz MdB	814
------------------	-----

Prof. Dagmar Schipanski MdL	813
-----------------------------	-----

Jürgen Seidel MdL	785
-------------------	-----

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP	783
--------------------------------------	-----

Karin Wolff MdL	767
-----------------	-----

Elmar Brok MdEP	762
-----------------	-----

Hendrik Wüst MdL	747
------------------	-----

Prof. Dr. Otto Wulff	746
----------------------	-----

Dr. Michael Fuchs MdB	732
-----------------------	-----

Tanja Gönner	730
--------------	-----

Erika Steinbach MdB	730
Regina van Dinter MdB	728
Peter Jacoby MdB	726
Ursula Heinen MdB	717
Maria Michalk MdB	711
Matthias Wissmann MdB	710
Emine Demirbükten-Wegner MdB	705
Katherina Reiche MdB	688
Ingrid Sehrbrock	685
Dr. Regina Görner	670
Gerald Weiß MdB	626
Eva-Maria Wybrands MdB	610
Andreas Renner	597

Danach wurden im 1. Wahlgang **26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes** gewählt, darunter 14 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Es wurde nicht gewählt:

Detlef Gürth	509
--------------	-----

Zu TOP 17: **Wahl der Rechnungsprüfer**

Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zu **Rechnungsprüfern für die Jahre 2006 bis 2010:**

Peter Rzepka MdB

Dorothea Störr-Ritter

Ferdinand Tillmann

Zu TOP 18:

Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen als **Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand** für die Zeit vom 1.1.2007 bis 31.12.2008:

Ordentliche Mitglieder:

Dr. Christian von Bötticher

Elmar Brok MdEP

Michael Gahler MdEP

Ursula Heinen MdB

Dr. Egon Klepsch

Dr. Werner Langen MdEP

Armin Laschet

Hildegard Müller MdB

Hartmut Nassauer MdEP

Claudia Nolte

Henning Otte MdB

Doris Pack MdEP

Dr. Friedbert Pflüger MdA

Katherina Reiche MdB

Herbert Reul MdEP

Prof. Dr. Günter Rinsche

Reinhard Stuth

Matthias Wissmann MdB

Stellvertretende Mitglieder:

Monika Brünig MdB

Daniel Caspary MdEP

Tanja Gönner

Ute Granold MdB

Julia Klöckner MdB

Horst Langes

Klaus Heiner Lehne MdEP

Maria Michalk MdB

Dr. Eva Möllring MdB

Klemens Mömkes

Günter Nooke

Tim Peters

Dr. Horst Schnellhardt MdEP

Dr. Andreas Schockenhoff MdB

Michael Stübgen MdB

Mario Voigt

Dr. Peter Weilemann

Dr. Karl von Wogau MdEP

Zu TOP 19:

Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands wählte auf Vorschlag der CDU-Landesverbände in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für die Zeit vom 01.01.2007 bis 31.12.2008 zu Delegierten und stellvertretenden Delegierten von EVP-Kongressen:

Delegierte:

Peter Altmaier MdB
Elisabeth Apel MdL
Gustav Bergemann MdL
Dr. Stefan Berger MdL
Ilka von Boeselager MdL
Dr. Christian von Bötticher
Dr. Ralf Brauksiepe MdB
Michael Breuer MdL
Monika Brüning MdB
Birgit Feller
Edith Grupp
Tanja Gönner
Rolf Harlinghausen MdHB
Ursula Heinen MdB
Niclas Herst
Bernd Heynemann MdB
Werner Jostmeier MdL
Andreas Jung MdB
Eckart von Klaeden MdB
Dr. Egon Klepsch
Julia Klöckner MdB
Armin Laschet
Dr. Peter Lennert MdL
Aloys Lenz MdL
Bettina Machaczek MdHB

Ersatzdelegierte:

Patricia Allgayer-Reetz
Andreas Apelt Mda
Markus Arens
Christian Baldauf MdL
Marion Berning
Hans-Josef Bracht
Karin Brückert
Christian Carius MdL
Dorothea Dannehl
Lars Dietrich MdHB
Christoph Eggers
Dr. Peter Enders
Saskia Funck MdL
Ute Granold MdB
Hartmut Hamerich MdL
Lothar Hegemann MdL
Martin Herkommer
Josef Holtvogt
Elke Holzapfel
Prof. Dr. Michael Krapp MdL
Stefan Kraxner MdHB
Michael Kretschmer MdB
Jörn Lachmann
Horst Langes
Carsten Linnemann

Prof. Dr. Georg Milbradt MdL	Norbert Lins
Hildegard Müller MdB	Gesine Matthes
Bernd Neumann MdB	Maria Michalk MdB
Claudia Nolte	Klemens Mömkes
Günter Nooke	Dr. Eva Möllring MdB
Josef Offele	Dr. Peter Mombaur
Henning Otte MdB	Dr. Alice Neuhäuser
Dr. Friedbert Pflüger MdA	Gudrun Osterburg
Ronald Pofalla MdB	Reinhard Otto
Karl Rauber MdL	Tim Peters
Katherina Reiche MdB	Jochen Richter
Barbara Richstein MdL	Sonja Rothe
Prof. Dr. Günter Rinsche	Barbara Schäfer-Wiegand
Manfred Ritzek MdL	Peter Schowtka MdL
Helmut Sauer	Dr. Bärbel Steinkemper
Uwe Schäfer	Dorothea Störr-Ritter
Volker Schimpff MdL	Claudia Struckmann
Ingo Schmitt MdB	Michael Teiser
Dr. Andreas Schockenhoff MdB	Hanno Thewes
Oliver Scholz MdA	Stanislaw Tillich MdL
Fritz Schröter MdL	Stephan Toscani MdL
Wiltrud Schumann	Mario Voigt
Michael Stübgen MdB	Dr. Peter Weilemann
Reinhard Stuth	Bertil Wenger
Matthias Wissmann MdB	Kristin Wesemann
Barbara Woltmann	Andreas Winkler

Prof. Dr. Otto Wulff

Hermann Winkler MdL

Sabine Zissener

Eva-Maria Wybrands MdL

Andreas Zwickl

Michael Zacherle

Zu TOP 20:

Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands wählte **Frau Staatssekretärin Gabriele Hauser und Herrn Richter am Oberlandesgericht Heinz Wöstmann zu stellvertretenden Mitgliedern des Bundesparteigerichts der CDU** für den Rest der am 6. November 2008 endenden Wahlperiode.

Zu TOP 21 :

Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Aussprache über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands **„Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 59 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge A 60 bis A 66 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- | | | |
|---|----|---|
| A | 1 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| A | 2 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| A | 3 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| A | 4 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| A | 5 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| A | 6 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| A | 7 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| A | 8 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| A | 9 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| A | 10 | aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt |
| A | 11 | Ablehnung |
| A | 12 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |

A	13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	16	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	17	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	18	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	19	Annahme
A	20	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	21	Ablehnung
A	22	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	24	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	25	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	26	Annahme
A	27	Ablehnung
A	28	Ablehnung
A	29	Ablehnung
A	30	Annahme
A	31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	32	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	33	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	34	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	35	Ablehnung
A	36	Ablehnung
A	37	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	38	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	39	Ablehnung
A	40	Ablehnung
A	41	Ablehnung
A	42	Annahme
A	43	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	44	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	45	Ablehnung
A	46	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	48	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	49	Ablehnung
A	50	Ablehnung
A	51	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	52	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	53	Ablehnung
A	54	Ablehnung
A	55	Ablehnung
A	56	Ablehnung
A	57	Ablehnung
A	58	Ablehnung
A	59	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	61	Ablehnung
A	62	Überweisung an den Bundesvorstand
A	63	Ablehnung
A	64	Ablehnung

A	65	Ablehnung
A	66	Überweisung an den Bundesvorstand

Zu TOP 22 :

Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Aussprache über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „**Klein und einzigartig – auf den Anfang kommt es an! Bildungschancen fördern, Erziehung stärken.**“ in offener Abstimmung folgenden Beschluss:

(Der Wortlaut der Anträge B 1 bis B 266 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

B	1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	2	Ablehnung
B	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	5	Ablehnung
B	6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	7	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	8	Ablehnung
B	9	Ablehnung
B	10	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	11	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	16	Ablehnung
B	17	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	18	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	20	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	21	Ablehnung
B	22	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	24	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	25	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	26	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	27	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	28	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	29	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	32	Ablehnung
B	33	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	34	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	35	Ablehnung
B	36	Ablehnung
B	37	Ablehnung
B	38	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	39	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	40	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	41	Ablehnung
B	42	Ablehnung
B	43	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	44	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	45	Ablehnung
B	46	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	47	Ablehnung
B	48	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	49	Ablehnung
B	50	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	51	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	52	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	53	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	54	Ablehnung
B	55	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	56	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	57	Ablehnung
B	58	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	59	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	60	Ablehnung
B	61	Ablehnung
B	62	Ablehnung
B	63	Ablehnung
B	64	Ablehnung
B	65	Ablehnung
B	66	Ablehnung
B	67	Ablehnung
B	68	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	69	Ablehnung
B	70	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	71	Ablehnung
B	72	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	73	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	74	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	75	Ablehnung
B	76	Ablehnung
B	77	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	78	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	79	Ablehnung
B	80	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	81	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	82	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	83	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	84	Ablehnung
B	85	Ablehnung
B	86	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	87	Ablehnung
B	88	Ablehnung
B	89	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	90	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	91	Ablehnung
B	92	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	93	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	94	Ablehnung
B	95	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	96	Ablehnung

B	97	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	98	Ablehnung
B	99	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	102	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	103	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	104	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	105	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	106	Ablehnung
B	107	Ablehnung
B	108	Ablehnung
B	109	Ablehnung
B	110	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	111	Ablehnung
B	112	Ablehnung
B	113	Ablehnung
B	114	Ablehnung
B	115	Ablehnung
B	116	Ablehnung
B	117	Ablehnung
B	118	Ablehnung
B	119	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	120	Ablehnung
B	121	Ablehnung
B	122	Ablehnung

B	123	Ablehnung
B	124	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	125	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	126	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	127	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	128	Ablehnung
B	129	Ablehnung
B	130	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	131	Ablehnung
B	132	Ablehnung
B	133	Ablehnung
B	134	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	135	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	136	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	137	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	138	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	139	Ablehnung
B	140	Annahme
B	141	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	142	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	143	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	144	Erledigung
B	145	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	146	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	147	Ablehnung
B	148	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	149	Ablehnung
B	150	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	151	Ablehnung
B	152	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	153	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	154	Erledigung
B	155	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	156	Annahme
B	157	Ablehnung
B	158	Ablehnung
B	159	Ablehnung
B	160	Ablehnung
B	161	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	162	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	163	Ablehnung
B	164	Ablehnung
B	165	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	166	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	167	Ablehnung
B	168	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	169	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	170	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	171	Ablehnung
B	172	Ablehnung
B	173	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	174	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	175	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	176	Ablehnung
B	177	Ablehnung
B	178	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	179	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	180	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	181	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	182	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	183	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	184	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	185	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	186	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	187	Ablehnung
B	188	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	189	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	190	Ablehnung
B	191	Ablehnung
B	192	Ablehnung
B	193	Ablehnung
B	194	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	195	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	196	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	197	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	198	Ablehnung
B	199	Ablehnung
B	200	Ablehnung

B	201	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	202	Ablehnung
B	203	Ablehnung
B	204	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	205	Ablehnung
B	206	Ablehnung
B	207	Ablehnung
B	208	Ablehnung
B	209	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	210	Ablehnung
B	211	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	212	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	213	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	214	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	215	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	216	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	217	Ablehnung
B	218	Ablehnung
B	219	Ablehnung
B	220	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	221	Ablehnung
B	222	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	223	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	224	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	225	Ablehnung
B	226	Ablehnung

B	227	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	228	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	229	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	230	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	231	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	232	Ablehnung
B	233	Ablehnung
B	234	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	235	Ablehnung
B	236	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	237	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	238	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	239	Ablehnung
B	240	Ablehnung
B	241	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	242	Ablehnung
B	243	Ablehnung
B	244	Ablehnung
B	245	Annahme
B	246	Ablehnung
B	247	Ablehnung
B	248	Ablehnung
B	249	Ablehnung
B	250	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	251	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	252	Ablehnung

B	253	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	254	Ablehnung
B	255	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	256	Ablehnung
B	257	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	258	Ablehnung
B	259	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	260	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	261	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	262	Ablehnung
B	263	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	264	Ablehnung
B	265	Ablehnung
B	266	Ablehnung

Zu TOP 23:

Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Aussprache über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands **„Soziale Kapitalpartnerschaft – für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital“** in offener Abstimmung folgenden Beschluss:

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 47 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

C	1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	2	Ablehnung
C	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	4	Ablehnung
C	5	Ablehnung
C	6	Annahme i.d.F. der Antragskommission

C	7	Ablehnung
C	8	Ablehnung
C	9	Ablehnung
C	10	Ablehnung
C	11	Ablehnung
C	12	Ablehnung
C	13	Ablehnung
C	14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	15	Ablehnung
C	16	Ablehnung
C	17	Ablehnung
C	18	Ablehnung
C	19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	20	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	21	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	22	Ablehnung
C	23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	24	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	25	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	26	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	27	Annahme
C	28	Ablehnung
C	29	Annahme
C	30	Ablehnung
C	31	Ablehnung
C	32	Annahme i.d.F. der Antragskommission

C	33	Ablehnung
C	34	Ablehnung
C	35	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	36	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	37	Ablehnung
C	38	Ablehnung
C	39	Annahme
C	40	Ablehnung
C	41	Annahme
C	42	Annahme
C	43	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	44	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	45	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	46	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	47	Ablehnung

Zu TOP 24:

Der 20. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung in offener Abstimmung zu **sonstigen Anträgen** folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge D 1 bis D 30 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge D 31 bis D 34 ist in der „Sammlung der Initiativanträge Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.

D	1	Überweisung an den Bundesvorstand
D	2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	4	grundsätzliche Zustimmung und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	5	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

D	6	Annahme
D	7	Überweisung an den Bundesvorstand
D	8	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	9	Ablehnung
D	10	Ablehnung
D	11	Ablehnung
D	12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	13	Annahme
D	14	grundsätzliche Zustimmung und Überweisung an die an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	16	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	17	Überweisung an den Generalsekretär
D	18	Überweisung an den Bundesvorstand und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	19	Überweisung an den Generalsekretär
D	20	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	21	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	22	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	23	Erledigung
D	24	Überweisung an die CDU-Landtagsfraktionen
D	25	Ablehnung
D	26	Ablehnung
D	27	Ablehnung
D	28	Überweisung an die CDU-Landtagsfraktionen
D	29	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	30	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

D	31	Annahme
D	32	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	33	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	34	Erledigung

Zu TOP 25: **Schlusswort** der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel MdB

REDNERVERZEICHNIS

Seite

Abler, Eugen	44 ff.
Althaus, Dieter	84 ff., 110
Baldauf, Christian	118 f.
Bleiler, Rainer	70
Böhmer, Maria	110 f., 178 f.
Brok, Elmar	119 f.
Carstens, Manfred	88
Demirbüken-Wegner, Emine	120, 174
Fuchs, Michael	120f.
Gönner, Tanja	121
Görner, Regina	121 f., 140
Gürth, Detlef	122 f.
Hecken, Josef	174 ff.
Heinen, Ursula	123
Hintze, Peter	17 ff., 65 ff., 73, 81 ff., 115 ff., 147 ff., 195 ff.
Jacoby, Peter	124
Jung, Franz Josef	124 f., 153 f.
Jungen, Peter	53 ff.
Kauder, Volker	185 ff.
Kaup, Ludger	157 f.
Koch, Friedhelm	71 f.
Koch, Roland	104 ff., 116
Kreiser, Elke	183
Krogmann, Martina	15, 56 ff., 109 ff.

Küsters, Tim	52 f.
Laschet, Armin	63 ff.
Laumann, Karl-Josef	56 ff., 111, 209 ff.
Lautenschläger, Silke	177
Lechner, Stephan	97
Lehmann-Brauns, Uwe	72 f.
Limbach, Editha	145
Martens, Wilfried	18 ff.
Merkel, Angela	7 ff., 20 ff., 98 f., 102 f., 108 f., 214 ff.
Michalk, Maria	125
Milbradt, Georg	11 ff., 15 ff., 101 ff., 140 ff., 151 ff., 161 ff.
Müller, Hildegard	112
Müller, Peter	48 ff.
Neisse-Hommelsheim, Carla	144, 173 f.
Oettinger, Günther H.	46 ff.
Orosz, Helma	171 ff.
Peiner, Wolfgang	91 ff.
Pflüger, Friedbert	112 f.
Philipp, Marcel	181 f.
Pofalla, Ronald	73 ff., 108, 142, 145
Pöttering, Hans-Gert	154 ff.
Quisthoud-Rowohl, Godelieve	126
Rachel, Thomas	138 ff.
Reiche, Katherina	126 f.
Renner, Andreas	127
Röwekamp, Thomas	91 ff., 169 ff.

Rüttgers, Jürgen	39 ff., 106, 116
Schäuble, Wolfgang	113
Schauerte, Hartmut	69 f.
Schavan, Annette	82 ff., 106 f., 116
Schipanski, Dagmar	127 f.
Schlarmann, Josef	51 f.
Schönbohm, Jörg	113 ff., 129
Seidel, Jürgen	130 f.
Sehrbrock, Ingrid	131 f.
Steinbach, Erika	132 f.
Stoiber, Edmund	195 ff.
Tillmann, Ferdinand	94 ff.
Vaatz, Arnold	133 f.
van Dinther, Regina	120
Veidt, Birgit	182
Vockert, Astrid	177 f.
Vogel, Bernhard	99
Vogel, Lutz	13 ff.
Volquartz, Angelika	134
von Beust, Ole	61 ff.
von Beverfoerde, Hedwig	176
von der Leyen, Ursula	53, 111 f., 162 ff., 183 f., 209 ff.
von Klaeden, Eckart	109, 115
Wagner, Christean	88 ff.
Weiß, Gerald	134
Winn, Kuno	65 ff.

Wissmann, Matthias	135
Wolff, Karin	135
Wüst, Hendrik	135 f.
Wulff, Christian	67 ff., 107, 116
Wulff, Otto	136 f.
Wybrands, Eva	137

Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de